Staat und Wirtschaft in Griechenland

1950 - 1980

ΠΑΝΕΠΙΣΤΗΜΙΟ ΚΟΙΝΩΝ. & ΠΟΛΙΤ. ΕΠΙΣΤ. - ΒΙΒΛΙΟΘΗΚΗ

2 Bände

INAUGURAL - SCHRIFT
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften (Dr. oec.)

vorgelegt dem
Wissenschaftlichen Rat der
Hochschüle für Ökonomie
"Bruno Leuschner" Berlin

von Dipl. oec.
Theodoros Sakellaropoulos
geb 29. 04. 1952
in Kalamata - Griechenland

Berlin, März 1983

Diese Abhandlung wurde

vom Wisaenschaftlichen Rat der

Hochschüle für Okonomie "Bruno Leuschner" Berlin

als

"Dissertation A zur Erlangung des akademischen Grades eines

Doktors der Wirtschaftswissenschaften"

angenommen.

Rektor der Hochschule

für Ökonomie Berlin

Prof. Dr. sc. R. Sieber

1 Gutachter: Prof. Dr. sc. W. Becker, wiss. Betrauer

2 Gutachter: Prof. Dr. sc. Alfred Schröter

3 Gutachter: Prof. Dr. sc. P. Khalatbary

Inhaltsvarzeixhnis

0.	Vorwort	I - IX
1.	Historische und theoretische Asrekte der okonomischen Rolle des Staates in der Vergangenheit und Gegenwart	1 - 5
1.1.	Historische Aspekte der Beziehungen zwischen dem Staat und der Okonomik in den vorkapitalistichen Produktionsweisen	5 - 26
1.2.	Theoretische und historische Aspekte der Rolle das Staates im Kapitalismus	26 - 27
1.2.1.	Der Staat als Geburtshelfer der kapitalistischen Produktionsverhältnisse	27 - 31
1.2.2.	War der Staat Nachtwächter in der Zeit des klassischen Kapitalismus der freien Konkurrenz?	31 - 35
1.2.3.	Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus	35 - 36
1.2.3.1.	Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus	36 - 45
1.2.3.2.	Mittel und Formen der staatlichen Regulierung der Wirtschaft	45 - 52
1.3.	Die theoretische Widerspiegelung der Entwicklung der okonomischen Rolle des Staates in der okonomischen Theorie Die marxistische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus	52 - 72
2.	Staat und Wirtschaft in Griechenland von 1950 bis zur Gegenwart	72 - 76
2.1.	Der Monopolkapitalismus in Griechenland	76 - 79
2.1.1.	Das Monopol in der produktiven Sphäre, unter basonderer Berücksichtigung des Industriemonopols	79 - 96
2.1.2.	Der besondere Charakter des griechischen Bankmonopols	95 - 109
2.1.3.	Die Beziehungen zwischen dem Bank- und Industriekapital. Der Charakter des Finanzkapitals in Griechenland	109 - 120
2.2.	Das System der staatlichen Regulierung der Wirtschaft.	120 - 121
2.2.1.	Die staatlichen Unternehmungen	121
2.2.1.1.	Die Ursachen der Entstehung des kapitalistischen Staatseigantums und seiner Entfaltung	121 - 129
2.2.1.2.	Die ökonomische Effektivität der staatlichen Unternehmungen und ihre Beziehungen zu den Monopolen	129 - 135

2.2.2.	Die Staatsfinanzen	135
2.2.2.1.	Die Staatsausgaben	135 - 144
2.2.2.2.	Die Staatseinnahmen	144 - 152
2.2.2.3.	Das wachsende Staatsdefizit und die Zunahme der Verschuldung des Staates	152 - 157
2.2.3.	Das Geld- und Kreditinstrumentarium	157 - 173
2.2.4.	Die Versuche der Programmierung der Wirtschaft	173 - 189
2.2.5.	Kurze Schlussfolgerungan	189 - 191
2.3.	Staatliche Wirtschaftstätigkeit und monopolistischer Reproduktionsprozess in Griechenland	191 - 192
2.3.1.	Die Rolle der staatlichen Regulierungstätigkeit in der erweiterten Reproduktion des Monopolkapitals in der Industrie	192
2.3.1.1.	Die Mobilisierung der inneren Akkumulationsquellen Der administrativ gelenkte Zinssatz	192 - 200
2.3.1.2.	Die staatliche Politik zur Stimulierung der Investitionen des ausländischen Kapitals	200 - 207
2.3.1.3.	Das Stimulierungssystem und seine Badeutung fur die Anlage von Konstantem fixen Kapital	207 - 211
2.3.1.4.	Die Gestaltung der Konkurrenzbedingungen des Kapitals durch den Staat	211 - 219
2.3.1.5.	Kurze Schlussfolgerungan	219 - 222
2.3.2.	Die staatliche Regulierung der Klassenbeziehungen und des Arbeitslohnes	222 - 236
2.3.3.	Die staatliche Regulierung der Landwirtschaft	236 - 258
2.3.4.	Zur antizyklischen Wirtschaftsregulierung	258 - 273
3.	Abschliessende Bemerkungen über die Rolle des Staates in der grischischen Wirtschaft	273
3.1.	Über die Ursachen der ökonomischen Staatstätigkeit	273 - 279
3.2.	Die direkten administrativen Formen der Staatstatigkait	279 - 289

Anbang (Band 2)

Tabellen/Abbilder

Quellen

0. Vorwort

Eine der wichtigsten Erscheinungen unseres Jahrhunderts besteht in der wachsenden Staatstätigkeit im ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Bereich.[1] Das betrifft nicht nur die Länder des Kapitals, sondern auch die sozialistischen und Entwicklungsländer. Die Probleme des Staates "gewinnen somit heute an Bedeutung sowohl in theoretischer als auch in praktischer Hinsicht"[1] und werden Gegenstand theoretischer Forschungen von Wissenschaftlern unterschiedlicher Weltanschauung und politischer Überzeugung.

Die mit dem Übergang des Kapitalismus zu seinem monopolistischen Stadium verbundene Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus erregte sehr frühzeitig die Aufmerksamkeit der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus. Jedoch eine geschlossene Theorie über diese "schwierigsten Problems" (Lenin)[2] haben sie nicht hinterlassen. Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (im folgenden StMK) in entwickelter und logisch geschlossener Form ist eine Leistung der späteren marxistischen politischen Ökonomie.

Es ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, die Entwicklung des StMK in Griechenland nach dem zweiten Weltkrieg auf der Grundlage der marxistischen Theorie zu untersuchen. Es soll eine Feststellung darüber getroffen werden, inwiefern die für die Herstellung der für den materiellen Reproduktionsprozeß notwendigen Proportionen der Wirtschaft vollzogene Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit nicht nur durch die spontanen "automatischen Marktkräfte", also den Profit-Preis-Mechanismus gelenkt, sondern auch von politischen Entscheidungen, d.h. dem Staat, bewußt und zielgerichtet mitgestaltet wurde.

In diesem Prozeß ist die Aufdeckung des Spezifischen im griechischen StMK von großer Relevanz. Sind die Formen der staatm-

1) Lenin, W.I.: Staat und Revolution. In: Werke, Bd. 25. S. 395
2) Lenin, W.I.: Über den Staat. In: Werke, Bd. 33. S. 40.

monopolistischen Regulierung in Griechenland ähnlich oder abweichend gegenüber denen in den entwickelten kapitalistischen Ländern? In diesem Zusammenhang sind die Ursachen der Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen.

Schließlich soll das Problem der zukünftigen Entfaltung der staatsmonopolitischen Regulierung in Griechenland untersucht werden. Gibt es Veränderungsprozesse in der Staatstätigkeit; welchen Charakter tragen sie, und durch welche objektiven Prozesse bzw. Widersprüche werden sie verursacht?

Die Arbeit besteht aus drei großen Abschnitten. Im ersten Teil werden einige historische und theoretische Aspekte diskutiert, die zu einer synthetischen Darstellung der ökonomischen Staatstätigkeit aus einem möglichst weiten Blickwinkel beitragen sollten.

Der Kern des zweiten Kapitels besteht in der Darstellung der StWK-Theorie in ihren Grundlinien. Die Erläuterungen über Wesen, Inhalt, Formen und Ursachen der ökonomischen Tätigkeit des Staates im Konopolkapitalismus sind insofern notwendig, als sie den theoretischen Ausgangspunkt und die Bezugsachse der Analyse der Spezifik Griechenlands bilden.

Im dritten Kapitel wird die Entwicklung der Theorie des StWK weitgehend dargestellt. Das Plädieren des Verfassers für die Grundauga- gegenüber der Phasenvariante des StWK ist begründet durch deren hohen wissenschaftlichen Wert bezüglich der richtigen Widerspiegelung der realen Bewegung besonders in Ländern mit niedrigem Grad der kapitalistischen Entwicklung wie in Griechenland. Darüber hinaus bildet dieser theoretische Ansatz die günstigste Grundlage für die Vervollkommnung und Erweiterung der Theorie des StWK zu einer allgemeinen Theorie der ökonomischen Staatstätigkeit, wobei die vorkapitalistischen Produktionsweisen stark beachtet werden sollten.

Die letzte Überzeugung des Verfassers bezüglich der Notwendigkeit der Ergänzung der Theorie des SMK findet ihre Reflexion im ersten Kapitel, wo Aspekte der ökonomischen Rolle des Staates in den vorkapitalistischen Produktionsweisen analysiert und ein historischer Ausgangspunkt für die nachfolgende Entwicklung eines logischen Ansatzes für die Theorie des SMK gesucht werden.

Dieses Vorgehen entspricht dem methodologischen Grundprinzip des Marxismus von der Einheit des Logischen und Historischen. Die kurze historische Darstellung der ökonomischen Funktion des Staates in den vorkapitalistischen Gesellschaften hat zur Aufstellung der interessanten Hypothese geführt, daß Wesen und Inhalt der ökonomischen Staatstätigkeit schon in den entwickelten warenproduzierenden Gesellschaften der Antike aufzuspüren sind.
Wie im Kapitalismus gab es dort eine relative Trennung des Staates von der ökonomisch herrschenden Klasse. Der Staat garantierte und mitgestaltete den gesamten Reproduktionsprozeß durch seine ökonomische Einwirkung. Der SMK tritt daher als eine entwickelte Form ökonomischer Staatstätigkeit auf, modifiziert entsprechend der kapitalistischen Basis der Gesellschaft und charakterisiert durch die überwiegende Verwendung ökonomischer Mittel zur Durchsetzung seiner Ziele. Die Herstellung dieses Zusammenhangs ist jedoch nur möglich auf der Grundlage der Grundzugtheorie, die den SMK auf einer anderen Abstraktionsebene, und zwar als Verstaatlichung des Reproduktionsprozesses, versteht.

Ein weiteres Ziel des ersten Kapitels (sowie der Abschnitte 1.2.1. und 1.2.2.) besteht darin, angesichts der Auffassungen der Vertreter der Phasentheorie, die eine umfassende ökonomische Staatstätigkeit erst im Spätkapitalismus sehen, die Tatsache zu betonen, daß die ökonomische Staatstätigkeit immer ein integriertes, aktives Strukturelement jeder Klassengesellschaft war. Das Postulat der Phasentheorie, den SMK als "Produktionsverhältnis" zu definieren, wird

damit aufgehoben, weil es andernfalls auf alle vorkapitalistischen Gesellschaften erweitert werden mußte, wo in der Regel die ökonomische Rolle des Staates wichtiger war als heute. Logisches Ergebnis dessen wäre eine allgemeine Verwirrung wichtiger Kategorien des historischen Materialismus, wie Produktionsverhältnis, Basis, Überbau u.a.

Der zweite Teil enthält die historische Analyse. Sein Gegenstand ist die Erläuterung der verschiedenen Momente des SMK in Griechenland.
Im ersten Kapitel dieses Teils wird zuerst untersucht, inwiefern das monopolitische Produktionsverhältnis als allgemeine Ursache der Entstehung des SMK überhaupt existiert. Als Spezifik dabei ergibt sich die relative Schwäche der monopolistischen Produktionsverhältnisse und der Charakter des Finanzkapitals, das sich im Verlauf der vergangenen dreißig Jahre zum staatlichen Finanzkapital entwickelte.
Im zweiten Kapitel werden die Präsenz, die Formen und die Dimensionen der staatlichen Regulierung der Wirtschaft, wie das Staatseigentum, die Staatsfinanzen, das Geld-Kredit-Instrumentarium und die Programmierung der Wirtschaft untersucht. Damit wird das spezifische Gewicht des Staates in der Wirtschaft ermittelt.
Im dritten Kapitel wird konkret die Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß anhand von zwei Bereichen (Industrie, Landwirtschaft) und von zwei speziellen Problemen (Reproduktion der Arbeitskraft und ökonomische Krise) analysiert. Das grundlegende Ziel dieses Kapitels ist, die Einflußnahme und die Effektivität der staatlichen Regulierung auf den materiellen Reproduktionsprozeß zu zeigen und die Ursachen und Strukturwidersprüche aufzudecken, die die historisch unterschiedlichen Formen der staatlichen Regulierung bestimmen.

Folgende wichtige Schlußfolgerung ist konstatierbar: ab Mitte der 60er Jahre, besonders seit dem Sturz der Diktatur im Jahre 1974, begann gleichzeitig mit der Stärkung des Monopols in Griechenland ein Prozeß des Übergangs zu indirek-

von Power erschlichen Eingreifens, der sich aber bis Anfang der 60er Jahre nicht vollständig durchsetzen vermochte. Das war die Grundlage eines umfangreichen "Modernisierungsprozesses" der ganzen Ökonomie, der Institutionen und des gesellschaftlichen Lebens, den das insulanischen gestützte industrielle Monopolkapital anstrebte. Dieser Prozeß wurde erheblich durch den Staatsapparat selbst behindert bzw. verlangsamt, um Erschütterungen des ganzen Systems zu vermeiden.

Die wirkliche Ursache für diesen Widerstand war jedoch nicht die unzureichende "Funktionsfähigkeit des politischen Systems"[3], wie es von einigen Wissenschaftlern vertreten wird, sondern lag in widerstrebenden gesellschaftlichen Interessen, die ihre Wurzeln in der komplizierten Struktur der Produktionsverhältnisse in Griechenland hatten. Die neue Etappe der Beziehungen Griechenland - EWG seit 1975 und die volle Mitgliedschaft seit 1981 schufen den äußeren Rahmen und beschleunigten die Anpassung des Überbaus an die neuen monopolistischen Produktionsstrukturen.

Schließlich im dritten Teil wird der Versuch unternommen, mit den aus der Analyse des griechischen SMK gewonnenen Erkenntnissen die Theorie des SMK zu bereichern. Der Beitrag der Arbeit besteht darin, bewiesen zu haben, daß sich für weniger entwickelte kapitalistische Länder, wie z.B. Griechenland, der SMK überwiegend über direkte administrative Formen durchsetzte. Andererseits bestätigt die Existenz von SMK in Ländern mit mittlerem Niveau der kapitalistischen Durchdringung und der Produktivkräfte die Grundaussagetheorie des SMK, nach der nicht unmittelbar der Stand der Produktivkräfte, sondern die monopolistischen Produktionsverhältnisse die Ursache des Zustandekommens des SMK sind.
Viele praktische Probleme, sowohl allgemeiner als auch spezieller Art, knüpfen an die Theorie des SMK an.

---

3) Vgl. Potiadis, S.: In: Die Bedeutung der politischen und ökonomischen Strukturen Griechenlands für seine Integration in die EWG. Diss. Tübingen 1979. S. 249.

Zunächst ergibt sich die Aufgabe, die bürgerlichen und sozialdemokratisch-reformistischen Auffassungen über den Wohlfahrtscharakter des Staates, die auch in Griechenland verbreitet sind, zu widerlegen und das wirkliche, klassenbestimmte Wesen der staatsmonopolistischen Regulierung aufzudecken.

Ein zweites Problem hängt mit der Überwindung des kapitalistischen Systems in Richtung Sozialismus zusammen. Ist die Existenz des SMK schlechthin immer ein Nachweis, daß in der gegebenen Gesellschaft die inneren Voraussetzungen des Sozialismus ausgereift sind?

Lenin nannte den SMK "vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus"[4]. Er bezog ihn aber auf solche entwickelte Länder, wo sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse vollständig herausgebildet hatten, wo durch die Industrialisierungsprozesse eine günstige materiell-technische Basis geschaffen wurde, wo das Monopol das ganze ökonomische und gesellschaftliche Leben beherrschte.

Die Entfaltung der staatlichen Regulierung des Reproduktionsprozesses war dabei ein zusätzliches Kriterium. Lenin wies mehrmals darauf hin, daß die Umwandlung des Kapitalismus in Monopolkapitalismus - also das Reifen der Produktionsverhältnisse - den Übergang zum Sozialismus signalisiert.[5] Die Entfaltung der staatlichen Regulierung des Reproduktionsprozesses war infolgedessen für Lenin ein "zusätzliches" Kriterium, der zwar die "Vollständigkeit" des Reifens für den Übergang unterstrich, aber auf keinen Fall allein die "Reife" anzeigt.

---

4) Lenin, W.I.: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Werke, Bd. 25. S. 370 (Hervorhebung d. Vf.).

5) Vgl. u.a. Lenin, W.I.: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus. In: Werke, Bd. 23. Berlin 1972, S. 104. Derselbe: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Ebenda, Bd. 22, Berlin 1974, S. 207. Derselbe: Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale. Ebenda, S. 108.

In einer anderen Arbeit[6] hat der Verfasser gezeigt, daß die kapitalistische Entwicklung in Griechenland seit dem letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts monopolistische und staatsmonopolistische Züge trug, die seit Ende der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts den kapitalistischen Sektor in Griechenland bestimmten.
Bedeutet das, daß die inneren gesellschaftlichen und materiell-technischen Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus schon da waren; daß die staatliche regulierende Tätigkeit in der Wirtschaft ein klares Zeichen für die sozialistische Revolution war?

Sicher, das ist eine komplizierte und umfangreiche Frage, weil noch andere Faktoren dabei eine Rolle spielen. Jedoch muß man die objektive Entwicklung sehen. Bis zum zweiten Weltkrieg war der kapitalistische Sektor der Wirtschaft sehr begrenzt. Die kapitalistische Industrie erzeugte nur ca. 18 % des Bruttosozialprodukts. Die Industrialisierung Griechenlands wurde erst in den 60er Jahren vollendet.

Staatliche Regulierung und die Existenz von Monopolen sind nicht immer ein Nachweis kapitalistischen Reifens, insofern der größte Teil der sozialökonomischen Strukturen nicht vom Kapitalismus berührt ist.
Wollte man gleich den Vertretern der Phasentheorie den staatsmonopolitischen Kapitalismus "als entwickeltes (überreifes) kapitalistisches Produktionsverhältnis" bezeichnen, so würde das bedeuten, daß die sozialistische Revolution bereits mit der partiellen Entfaltung von Konopolen und staatsmonopolistischer Regulierung möglich und notwendig würde, also in wenig entwickelten Griechenland schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts!

---

6) Vgl. Sakellaropoulos, Theodoros: Die Entwicklung von Grundzügen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den wichtigsten kapitalistischen Ländern Europas und ihre Auswirkungen auf Griechenland vor dem 2. Weltkrieg. Diplomarbeit, Hochschule für Ökonomie, Berlin 1979.

Dabei würde das wichtigste außer Acht gelassen: die Entwicklung des Kapitalismus selbst. Das würde zu einer Theorie des "reinen staatsmonopolistischen Kapitalismus" ohne kapitalistische Basis führen. Analogen Auffassungen von Bucharin über einen "reinen Imperialismus" und reine Monopole ohne kapitalistische Basis hat schon Lenin kritisiert.[7] Bildhaft hat er das Monopol als einen "Überbau" als eine "Spitze" über dem alten Kapitalismus dargestellt.

Das grundlegende Verhältnis bleibt also auch im SMK das Kapitalverhältnis selbst. Das Monopol und die staatliche Regulierung sind nur dann für die Bestimmung des Zeitpunkts des Übergangs zum Sozialismus aussagekräftig, wenn der Kapitalismus gewisse, für die ganze Produktionsweise bestimmende Dimensionen erreicht hat.
Das wird letzten Endes von der historischen Praxis bestätigt.

Unter der Bezeichnung des SMK als "entwickeltes Produktionsverhältnis" bleiben wichtige strukturelle Unterschiede zwischen entwickelten und wenig entwickelten, ökonomisch abhängigen Ländern verborgen. Das obere Beispiel war bezogen auf das Endziel der Arbeiterbewegung. Weitere Probleme bestehen z.B. bezüglich der Alternative einer antiimperialistischen, antimonopolistisch-demokratischen Umgestaltung als Anfang der sozialistischen Revolution. Die einfache und unvermittelte Übernahme solcher marxistischer Konzeptionen aus den hochentwickelten kapitalistischen Industrieländern würde zur Unterschätzung der strukturellen Schwächen und Abhängigkeiten Griechenlands führen.
Außerdem ist die Entwicklung des SMK nicht immer mit der Zuspitzung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse, mit der In-Frage-Stellen des kapitalistischen Systems als Ganzes zu identifizieren, wie die SMK-Theorie lange behauptete. Es gibt gewiß solche Momente, aber umgekehrt existieren auch Momente, die den illusorischen Charakter des Sta-

---

7) Lenin, W.I.: VIII. Parteitag der KPR(B). In: Werke, Bd. 29 S. 150 ff.

ten als Vertreter der gemeinsamen Interessen verstärken. Auf dieser objektiven Basis der staatlichen Regulierung entwickeln sich auch reformistische, klassenneutrale Illusionen und Theorien, die der Manipulierung der Arbeiterklasse dienen.

Die Hoffnung des Verfassers ist, daß die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur Klärung solcher praktischen Probleme der Arbeiter- und progressiven Bewegung in Griechenland leistet. Voraussetzung dafür ist aber die theoretische Klärung. Weil wir glauben, daß in der SMK-Theorie in der Vergangenheit viele subjektivistische voluntaristische und nicht wissenschaftliche Elemente Zugang gefunden haben, wurde in der vorliegenden Arbeit mit Nachdruck die Weiterentwicklung der marxistischen Theorie über den SMK angestrebt.

Viele theoretische und praktische Fragen, die behandelt werden, hält der Verfasser für noch offen und betrachtet sie als Aufgabenstellung künftiger Forschungsarbeit. Allein ihre Diskussion anzuregen, würde der Verfasser als Erfolg seiner Arbeit empfinden. Die marxistische Wissenschaft braucht heute mehr denn je den "inneren" und "äußeren" Dialog und die Kritik.

Ungünstig auf die Erarbeitung der vorliegenden Dissertationsschrift wirkte sich das Fehlen wichtiger Quellen wie Archivalien und der niedrige Stand der wirtschaftshistorischen Forschung in Griechenland für die letzten 60 Jahre aus. Diese Tatsache verhinderte oft das detailtreue historische Herangehen an viele Erscheinungen, wie z.B. die Entwicklung des Monopols.

Jedoch führte dieser Umstand nicht zu einer bloßen logischen Analyse des griechischen SMK und dem Nachweis der Existenz nur des Allgemeinen. Das historische Element der Analyse besteht

a) in der Aufdeckung der historisch strukturellen Besonderheiten des griechischen BRD gegenüber den führenden Industrieländer und

b) in der Bestimmung der wichtigsten Entwicklungsphasen der verschiedenen Erscheinungen und Prozesse aufgrund der Wirkung von spezifischen und allgemeinen Widersprüchen.

Dementsprechend ist die Verstärkung des griechischen Monopols ab Mitte der 60er Jahre die materielle Grundlage für die Umwandlung der Mittel und Formen der gesamten Staatstätigkeit in Griechenland. Gerade diese Erscheinung markiert auch den historischen Einschnitt der Darstellung.

So es jedoch möglich und für das Verständnis nützlich ist, folgt die Analyse der historischen Erscheinungsfolge der Dinge (z.B. die Darstellung des Bankmonopols oder Programmierung der Wirtschaft).

Abschließend möchte der Verfasser seinem Betreuer, Prof. Dr. sc. Walter Becker, für seine freundliche Hilfe und wissenschaftliche Unterstützung bei der Ausarbeitung der Dissertationsschrift seinen Dank aussprechen.

Ebenfalls möchte der Autor Dr. Ute Melich für seine hilfreichen Bemerkungen und seine geduldige redaktionelle Arbeit herzlich danken.

1. Historische und theoretische Aspekte der ökonomischen Rolle des Staates in Vergangenheit und Gegenwart

Sehr frühzeitig setzte sich die marxistische Theorie mit den Problemen des Staates auseinander. In der ersten Periode seines Schaffens bestimmte Marx unter Anwendung der materialistisch-dialektischen Methode den abgeleiteten, sekundären Charakter des Staates gegenüber den Produktionsverhältnissen, die das letztendlich Bestimmende des Staatswesens und der Staatstätigkeit darstellen. Damit befreite Karl Marx die Geschichtsauffassung von subjektivistischen, idealistischen Interpretationen.
Der zweite Schritt war die Bestimmung des Wesens des Staates. Im Unterschied zu bürgerlichen Auffassungen, die den Staat neutral als Interessenvertreter aller Mitglieder der Gesellschaft darstellten, haben die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus seinen Klassencharakter hervor. Im Prozeß der Spaltung der Gesellschaft in Klassen infolge der Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hat sich das Gemeinwesen allmählich gegenüber den Eigentumsverhältnissen verselbständigt, um die Unversöhnbarkeit der daraus ausgebrochenen Klassengegensätze zu dämpfen. Die ökonomisch herrschende Klasse benötigte und benutzte den Überbau für ihre Machterhaltung und wurde dadurch zur politisch herrschenden Klasse. Der Staat tritt als "konsentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft" auf, dessen Tätigkeit die ökonomische, ideologische und politische Klassenvorherrschaft reproduziert, die durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte objektiv notwendig wurde.

Der bürgerliche Staat ist "aber weiter Nichts als die Form der Organisation, welche sich die Bourgeois sowohl nach Außen als auch nach innen hin zur gegenseitigen Garantie ihres Eigentums und ihrer Interessen notwendig geben."[1]

---

1) Marx, K.; Engels, F.: "Die deutsche Ideologie". In: MEW, Bd. 3, Berlin 1958, S. 62.

Der Staat wird zugleich auch von einem anderen Moment charakterisiert, wodurch er gegenüber der unterdrückten Klasse legitimiert wird und eine breite, die Grenzen der herrschenden Klasse überschreitende Zustimmung unter den Massen finden kann. Dieses Moment ist die Gewährleistung der Reproduktion jedes Individuums der Gesellschaft. Das gemeinschaftliche Interesse existiert "nicht bloß in der Vorstellung als 'Allgemeines', sondern zuerst in der Wirklichkeit als gegenseitige Abhängigkeit der Individuen, unter denen die Arbeit geteilt ist."[4]

Diese durch die Produktion bedingte Abhängigkeit ist "eine reale Basis der vorhandenen Bände", eine reale Gemeinschaftlichkeit, die der Staat verkörpert. Darauf kann sich das illusorische gemeinschaftliche Interesse stützen und dem Staat den scheinbaren Charakter der Vertretung von allgemeinen Interessen verleihen.

2) Marx, K.: Die Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Dietz Verlag, Berlin 1974, S. 393.
3) Marx, K., Engels, F.: Die deutsche Ideologie, a.a.O. S. 32 f.
4) Ebenda.

Diese Marx'sche Erkenntnis, daß kein Klassenantagonismus stabil existieren kann, hat entscheidende Bedeutung für das Verständnis der ökonomischen Rolle des Staates und des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Gleichzeitig entsteht die Notwendigkeit, sie entsprechend den veränderten historischen Bedingungen zu ergänzen und zu präzisieren!

In den Grundrissen betont Marx, daß "der Zweck aller Gemeinwesen die Erhaltung" ist, d.h. die Gewährleistung der "Reproduktion der Individuen, die es (das Gemeinwesen; Verf.) bilden."[2] Diese Erhaltungsfunktion des Gemeinwesens vertritt das gemeinschaftliche Interesse aller Gesellschaftsmitglieder.
Unter den Bedingungen der Klassengesellschaft jedoch nimmt diese Erhaltungsfunktion, gerade weil Klassen- und damit Interessengegensätze existieren, eine illusorische Form an. Es ist eine "illusorische" Gemeinschaftlichkeit.[3]

In dem folgenden Abschnitt werden einige theoretische und historische Aspekte der ökonomischen Funktion des Staates behandelt.

Das Wesen der ökonomischen Staatstätigkeit wird vom Wesen des Staates selbst bestimmt. Bestimmend bleiben immer die Klasseninteressen. Jedoch allgemeine gesellschaftliche Interessen, besonders unter dem systemsichernden Aspekt, stimulieren erheblich die Entwicklung der regulierenden Rolle des Staates in der Wirtschaft. Das gilt besonders für den Kapitalismus, wo die Klassenpolarisierung am ausgeprägtesten ist. Insofern entspringt die ökonomische Funktion des Staates den objektiven Gesetzmäßigkeiten und Gesetzen jeder Produktionsweise und nicht dem Willen der jeweils herrschenden Klasse.

Für die Gesellschaften, wo sich die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft vollzogen hat, wo der Ausbeutungsprozeß Angelegenheit einer auf fremder Arbeit beruhenden ökonomisch herrschenden Klasse ist, besteht die ökonomische Funktion des Staates in der Gewährleistung des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, jedoch mit verschiedenen Mitteln, je nach der Art und Weise der Widersprüche dieser Gesellschaften.

Durch diese Zunahme der ökonomischen Aufgaben des Staates im Reproduktionsprozeß verstärken sich in der Gegenwart seitens der bürgerlichen Ökonomie die Tendenzen, seinen klassenbestimmten Charakter zu verschleiern und ihn als Wohlfahrtsstaat darzustellen.

Die historische Darstellung der ökonomischen Rolle des Staates in den vorkapitalistischen Produktionsweisen und ihre theoretische Verarbeitung ist somit ein Erfordernis der Gestaltung der praktischen Politik gegenüber dem heutigen bürgerlichen Staat.

Die kapitalistische Apologetik hat sehr früh durch den in den letzten Jahren wiederentdeckten deutschen Ökonomen A. Wagner[5] versucht, die materialistische Marxsche Lehre der gesellschaftlichen Entwicklung und speziell die Kapitalismusanalyse durch ein idealistisches, ahistorisches und vulgäres Gesellschaftsentwicklungsmodell zu ersetzen. Nicht die verschiedenen Formen der Produktionsverhältnisse, sondern die ökonomische Rolle des Staates sei das Unterscheidungskriterium der verschiedenen Gesellschaften. Der Monopolkapitalismus und die ökonomische Staatstätigkeit werden dementsprechend als eine neue "soziale Epoche" des Wohlfahrtsstaates charakterisiert. Die wachsende Ausdehnung der staatlichen Aufgaben, besonders auf dem Gebiet der Ökonomie, bedeutet für A. Wagner die Aufhebung jeglichen Übels, die Eröffnung einer Epoche von sozialer Gerechtigkeit. Seine Auffassungen[6] vertuschen nicht nur die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die Ursachen der Ausbeutung, d.h. das kapitalistische Eigentum, sondern basieren auch auf der falschen Behauptung, daß der Staat ab Ende des vorigen Jahrhunderts eine größere Rolle in der Geschichte spielte als in den vergangenen Jahrhunderten. Damit spricht A. Wagner den bürgerlichen Staat, besonders den damaligen junkerlich-bürgerlichen deutschen Staat frei von seinem Klassencharakter, verschleiert seine Rolle als Unterdrückungsapparat der herrschenden Klasse.

Der folgende historische Exkurs zeigt deutlich die immanente Existenz und die Tätigkeit des Staates auch in der Ökonomik der vorkapitalistischen Formationen. Er widerlegt die unwissenschaftliche, apologetische Wagnersche Theorie.

---

5) Wagner, A., "Finanzwissenschaft" Leipzig und Heidelberg 1883, S. 76 ff. Derselbe: Grundlegung der politischen Ökonomie. Zweiter Teilband, Leipzig 1893, S. 892 ff.

6) Eine Kritik des Wagnerschen Gesetzes der Ausdehnung der Staatstätigkeit siehe in: P. Jonek: Zur konjunkturellen Rolle des Staatshaushaltes im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus Westdeutschlands, Habilitationsschrift, Martin-Luther-Universität 1977, S. 20 ff.

Sind die letzteren Begriffe in erster Linie Kategorien, die von der heutigen Realität ausgehen, mit gegenwärtigem Inhalt und gegenwärtiger Bedeutung beladen, die aktuellen bzw. zukünftigen Probleme zu beantworten versuchen, dann beinhaltet jeder Versuch, sie in der bunten Wirklichkeit der vorkapitalistischen Gesellschaften anzuwenden, ein Risiko, nämlich das Unvermögen dieser Kategorien, das ökonomische und politische Geschehen und seine Dynamik wissenschaftlich adäquat widerzuspiegeln. Daraus resultiert die Einengung oder Erweiterung dieser Kategorien in der Geschichte.

Im Bewußtsein des Risikos der historischen Simplifizierung und des allgemeinen Mangels umfassender marxistischer Vorstellungen der ökonomischen Rolle der Staatlichkeit in den vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen wird im folgenden versucht, die Aspekte der Grundrichtungen der Beziehungen des Staates und der Produktionsverhältnisse zu illustrieren.

1.1. Historische Aspekte der Beziehungen zwischen dem Staat und der Ökonomik in der vorkapitalistischen Produktionsweise

Das heutige Verständis der Struktur und des Funktionierens der vorkapitalistischen Gesellschaftsformationen überhaupt, das Verhältnisses zwischen Politik und Ökonomie insbesondere, wird beträchtlich durch die Tatsache behindert, daß diese Gesellschaften viele Besonderheiten im Vergleich zum Kapitalismus aufweisen. Die Vorherrschaft der Naturalwirtschaft und des Grundeigentums, die persönlichen Abhängigkeits- und Knechtschaftsverhältnisse, der niedrige Grad der Arbeitsteilung, der Entwicklung der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Produktion, der Selbstverbrauch als Zweck der Produktion usw. sind nicht nur typische, wesenseigene Merkmale der vorkapitalistischen Produktionsweisen, sondern bestimmen wesentlich den Charakter solcher Erscheinungen und Prozesse wie Ökonomie, Politik und ihr wechselseitiges Verhältnis.

des Eigentums, der Reproduktions- und Ausbeutungsprozeß waren Hauptbereiche der Wirtschaftstätigkeit des vorkapitalistischen Staates, gerichtet auf die Aneignung des Mehrprodukts von der ausgebeuteten Klasse, auf die Sicherung und die Reproduktion des politischen Systems.

In Zusammenhang mit der Dialektik Produktivkräfte - Produktionsverhältnisse als Bewegungsgesetz der Geschichte betonte Engels nachdrücklich die aktive, modifizierende Rolle der Staatstätigkeit bei der Entwicklung der Produktionsverhältnisse, der ökonomischen Prozesse und Gesetzmäßigkeiten der verschiedenen Gesellschaften.
"Die Rückwirkung der Staatsmacht auf die ökonomische Entwicklung kann dreierlei Art sein: Sie kann in derselben Richtung vorgehen, dann geht's rascher, sie kann dagegen angehen, dann geht sie heutzutage auf die Dauer in jedem großen Volk kaputt, oder sie kann der ökonomischen Entwicklung bestimmte Richtungen abschneiden und andere vorschreiben - dieser Fall reduziert sich schließlich auf einem der beiden vorhergehenden. Es ist aber klar, daß in den Fällen II und III die politische Macht der ökonomischen Entwicklung großen Schaden tun und Kraft- und Stoffvergeudung in Massen erzeugen kann."[1] Die Staatstätigkeit entwickelt sich also in drei Richtungen. Sie fördert, verteidigt oder hemmt die Produktionsverhältnisse.

Die Geschichte der alten Völker bestätigt voll und ganz die Wechselbeziehung des Staatswesens und der herrschenden Eigentumsform. In der früheren Phase der Geschichte der antiken Produktionsweise, z.B. Athens, Roms, sollte der Staat als "Beziehung der freien und gleichen Privateigentümer aufeinander"[2] aktiv gegen die Differenzierungsprozesse im Gemeinwesen und zur Wiederherstellung der alten Eigentumsver-

---

1) Engels, F. an C. Schmidt, 27.10.1890. In: MEW, Bd. 37, S. 490

2) Marx, K.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Dietz Verlag, Berlin 1974, S. 379.

Eigentumsverhältnisse anstrebten.[3] Somit verteidigte und unterstützte der Staat die Eigentumsbasis der Gesellschaft, d.h. das Gemeinwesen "als ihre erste Voraussetzung".[4]
Die jedoch nicht erfüllte bzw. nur teilweise erfüllte neue Aufteilung des Landes, welche Kampfziel der Parzellen-Bauern war, zeigte die Grenze der Staatstätigkeit, ihre Ohnmacht gegenüber den neuen Eigentumsverhältnissen, d.h. des großen Grund- und Sklavenhaltereigentums, die die Entwicklung der Teilung der Arbeit verlangte.[5]

Die aktive fördernde Rolle des Staates bei der Herausbildung neuer Eigentumsformen entsprechend der Entwicklung der Produktivkräfte sieht man am Beispiel der Entstehung des westeuropäischen Feudalismus (Fränkisches Reich). Mit dem Königsland, Benefizialwesen und der Immunität[6] hat der zentrale Staat den Frühfeudalismus sogar zur Geburt des feudalen Eigentums und der feudalen Klasse beigetragen.[7]

3) In Athen erklärte Solon (594/3 v.u.Z.) die Seisachthie, wonach alle Schulden aufgehoben, die Versklavten wegen Schulden frei vom Staat zurückgekauft und die Schuldsklaverei beseitigt worden sind. Die entsprechenden Aktivitäten des Staates in Rom in den Jahren 417, 486, 132, 123 v.u.Z. für Landeszuteilung sind auf Widerstand der Oligarchie gestoßen und nur teilweise verwirklicht. Die bekanntesten Staatsmänner, die für die Verteidigung des kleinen privaten Eigentums eingetreten sind, waren die Brüder Tiberius und Gaius Gracchus.

4) Marx, K.: Grundrisse ..., a.a.O. S. 378.

5) Insofern entsprach das Programm der Brüder Gracchus, obwohl demokratisch und systemsichernd, nicht dem historischen Fortschritt. Vgl.: Weltgeschichte bis zur Herausbildung des Feudalismus. Akademie Verlag, Berlin 1977. S. 369.

6) Das königliche Grundeigentum bestand aus eroberten, enteigneten, dem Römischen Fiskus gehörenden Grund und Boden. Somit war der König zum größten Feudalherr geworden. Das Benefizialwesen waren die vom König an seine Gefolgsleute mit der Pflicht des Kriegsdienstes vergebenen Güter und Ämter. Die Immunität war die Gesamtheit der politischen Rechte, die einem Großgrundbesitzer verliehen wurden, als auch das Gebiet, auf das sich diese Verleihung bezog. Vgl.: Kossinski, J.A./Skaskin, S.D.: Geschichte des Mittelalters. Berlin 1953, S. 93. Vgl. auch Bettek, H.: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Berlin 1964, Bd. 1., S. 92.

7) Trotz der Teilung hat auch der Staat seit dem 11. Jhd. in Europa die Herausbildung des feudalen Eigentums stimuliert durch das Staatseigentum (Land des Fiskus und die Ämter des Herrschers), die Prekarie und die Vasallität (analog des Königslehns, Benefizium und Immunität in Europa). Vgl.: Kossinski, J.A./Skaskin, S.D.: Geschichte ..., a.a.O., S. 135 ff.

[illegible] Dimensionen dieser Aktivität haben viele Historiker dazu verleitet, den konstituierenden Charakter der Staatstätigkeit für die Eigentumsverhältnisse zu betonen. Dagegen tritt Engels auf, der auf die ergänzende, beschleunigende bzw. hemmende Rolle des staatlichen Eingreifens verwies: "Wenn wir also sehen werden, wie bei der Entstehung und Ausbildung dieser Klassen vielfach, ja scheinbar vorwiegend, politische Hebel, Gewalt und Betrug wirksam sind, so dürfen wir darüber nicht vergessen, daß diese politischen Hebel nur dienen zur Beförderung und Beschleunigung eines notwendigen ökonomischen Vorgangs."[8]
Und Engels setzte fort: "Wir werden freilich ebenso häufig sehen, wie diese politischen Hebel die ökonomische Entwicklung hemmen; dies geschieht oft genug und jedesmal da, wo die verschiedenen Beteiligten sie in entgegengesetzten oder einander durchkreuzenden Richtungen ansetzen."[9]

Die etatistische Intervention in die Produktionsverhältnisse vollzieht sich somit nicht auf der Basis eines abstrakten Willens, sondern setzt sich durch auf der Basis sozialer und Klasseninteressen, die sich widersprechen. Die ökonomisch stärkste und daher politisch herrschende Klasse bestimmt die Richtung der Staatsaktivität. In Westeuropa fehlten die Triebkräfte (Klassen, Staat usw.), die den Feudalisierungsprozessen entgegentreten konnten, was jedoch in anderen Regionen nicht der Fall war, wo ein Klassenstaat und entsprechende Klasseninteressen vergangener Gesellschaftsformationen noch aktiv waren, wie z.B. bei der byzantinischen und asiatischen Variante (China, Indien) der Entstehung des Feudalismus.[10] Die Existenz eines starken

8) Engels, F.: Fränkische Zeit, MEW, Bd. 19, S. 476.
9) Ebenda.
10) Außer dem vorfeudalistischen Staat wirkten auch andere Faktoren die Entwicklung des Feudalismus. Mehr über Byzanz siehe: Udalcowa, Z.V.: Probleme der Typologie des Feudalismus in Byzanz. In: Probleme sozialökonomischer Formationen (russisch). Moskau 1975. Akademieverlag (MO) Berlin. "Die Herausbildung des Feudalismus in Byzanz in komparativer Betrachtung". Konferenz der [illegible] Byzantinistik der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1974. In: [illegible] 1977/III. S. 251. Lipp über den feudalen asiatischen Staat siehe: Kollektivarbeit ... a.a.O., S. 107 f.

Staates hemmte dort die Entwicklung neuer Produktionsverhältnisse, verzögerte und deformierte sie.[11]
In extremen Fällen, wie z.B. in den altorientalischen Gesellschaften, führte das Vorhandensein eines Klassenstaates und einer Staatsbürokratie zwar zur Weiterexistenz des Gemeinwesens, jedoch auch zu einer allgemeinen Stagnation der gesamten sozialökonomischen Entwicklung, indem sie die Tendenzen zur Herausbildung von privatem Eigentum als Erfordernis der Zeit zurückdrängten.

Der vorkapitalistische Staat besaß, vielleicht stärker als später im Kapitalismus, eine konstitutive Rolle im Reproduktionsprozeß. Das lag zuerst an den Besonderheiten der vorkapitalistischen Gesellschaften (Naturalwirtschaft, Selbstverbrauch usw.) und an den komplizierten, tiefen Widersprüchen aller Art, die sich in jedem Land und in jeder Produktionsweise historisch anders entwickelten.

Für die altorientalischen Gesellschaften entfaltete sich die ökonomische Funktion des Staates im Zusammenhang mit den komplizierten geographisch-klimatischen Bedingungen, dem niedrigen Niveau der Arbeitsteilung usw., die der kooperierenden gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Leitung bedurften. Die Organisation der Bewässerungs-Entwässerungssysteme in den ägyptischen und mesopotamischen Staaten, die Errichtung anderer öffentlicher Arbeiten, die Kontrolle der Handelswege durch die Phönizier usw. konnten nicht von den einzelnen kleinen Grundbesitzern durchgeführt werden. Solche Aufgaben konnte nur eine konzentrierte, alle Gemeinden "zusammenfassende" Macht durchführen.
Marx bemerkte hierzu:

11) Es dauerte der Übergang zum Feudalismus in China von 2./3. bis 8./9. Jhd.; in Indien, von 5. bis 7. Jhd.; in Byzanz, von 7. bis 11. Jhd.; während in Westeuropa im 11. Jhd. die Feudalisierungsprozesse abgeschlossen waren.

"Die unbedingte Notwendigkeit einer sparsamen und gemeinschaftlichen Verwendung des Wassers ... macht im Orient das Eingreifen einer zentralisierten Staatsgewalt erforderlich. Hierdurch wurde allen asiatischen Regierungen eine ökonomische Funktion zugewiesen, die Funktion für öffentliche Arbeiten zu sorgen."[12]

Anders als im alten Orient entwickelte sich die Staatstätigkeit in den Sklavenhaltergesellschaften, wo die Reproduktionsbedingungen wesentlich von der Existenz des Privateigentums, von einem höheren Produktivkräfteniveau und von entfalteten Ware-Geld-Beziehungen geprägt waren. Wenn die entwickelte Sklavenhalterordnung ohne Warenproduktion nicht denkbar war[13], dann ist beides nicht denkbar ohne die aktive Einmischung des Staates. Der Staat mußte die naturalwirtschaftlichen Hindernisse und Schranken (z.B. die Tendenz zur Autarkie usw.), die mit der fortschreitenden Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen immer wieder auftauchten, beseitigen.

Der Staat hatte weiterhin die Aufgabe, durch seinen Unterdrückungsapparat die Beschaffung der Hauptproduktionsmittel, der Sklaven, und ihre Aufsicht vor Flucht bzw. Aufstand zu übernehmen.

Ebenso wichtig war die Aufgabe des Staates bei der Erschließung bzw. Eroberung von Absatzmärkten für die handwerklichen (Athen) oder landwirtschaftlichen (Rom) Produkte und die Ausschaltung der Konkurrenz der fremden Warenproduktion.[14]

---

12) Marx, K.: Die britische Herrschaft in Indien. MEW, Bd. 9, S. 129

13) Vgl.: Weltgeschichte, a.a.O., S. 673

14) Die Meinung von J. Kuczynski, daß die Hauptfunktion des Staates in der Sklavenbeschaffung bestand, ist insofern die halbe Wahrheit. Richtig ist der Bezug auf den Widerspruch zwischen der entwickelten Warenproduktion und den naturalwirtschaftlichen Schranken. Vgl. Kuczynski, J.: Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der DDR. Berlin 1972. S. 45.

die vom Staat für die Lösung dieser Aufgabe verwendeten Mittel waren wenig gesetzlicher und noch weniger ökonomischer Natur. Der Weg wurde immer wieder vom Staat durch Kriege[15] und Eroberungen, erzwungene Bündnisse mit anderen Völkern, die letztlich zur ökonomischen und politischen Hegemonie führten (z.B. die zwei Athener Seebünde, die Pax Romana usw.), geebnet.

Insofern erfüllte der Unterdrückungsapparat des Staates (Überwachung der Sklaven im Inneren und Krieg nach außen) überwiegt ökonomische Funktionen.[16] Der Staat gewährleistete direkt den Reproduktionsprozeß und war organischer Bestandteil der Abhängigkeits- und Knechtschaftsverhältnisse. Er war "das gemeinschaftliche Privateigentum der aktiven Staatsbürger, die den Sklaven gegenüber gezwungen sind, in dieser naturwüchsigen Weise der Assoziation zu bleiben."[17]

Im "klassischen" europäischen Feudalismus geht jedoch die ökonomische Funktion des Staates als Faktor des Reproduktionsprozesses relativ zurück. Das liegt daran, daß der leibeigene Produzent selbständig und mit seinen eigenen Produktionsmitteln arbeitete. Die materielle Produktion war weder an Naturkräften noch vom Markt abhängig wie in den vorfeudalen Gesellschaften. Die Reproduktion war Angelegenheit des Produzenten selbst, und ihr Zweck war der Verbrauch, nicht der Austausch." Die hierarchische Gliederung des Grundbesitzes und die damit zusammenhängenden bewaffneten Gefolgschaften gaben dem Adel die Macht über die Leibeigenen. Diese feudale Gliederung war ebensogut wie das antike Gemeindeeigentum eine Assoziation gegenüber der beherrschten produzierenden Klasse; nur war die Form der Assoziation und das Ver-

---

15) Die Eroberung Galliens durch Cäsar brachte 1 Mio. Sklaven. Im Jahr 30 v.u.Z. lebten in Italien 14 Mio. Menschen, von denen 4 Mio. Sklaven waren. In klassischen Athen gab es zehnmal soviele Sklaven wie Freie.

16) "Auch in der Antike hat das Militärwesen vom Staate zu Staate, zuletzt im römischen Reich, als Mittel des außerökonomischen Zwanges eine wachsende ökonomische Bedeutung gehabt." Welskopf, E.: Die Produktionsverhältnisse im alten Orient und in der griechisch-römischen Antike. Akademieverlag. Berlin 1977. S. 366.

17) Marx, K./Engels, F.: Die deutsche Ideologie. In: MEW. Bd. 3. S. 23.

"Der Krieg ist daher eine der ursprünglichsten Arbeiten jedes dieser naturwüchsigen Gemeinwesen, sowohl zur Behauptung des Eigentums, als zum Erwerb desselben."[17]
Insofern die Produktion auf Selbstverbrauch gerichtet war, war jede Aneignung fremden, schon produzierten Reichtums erweiterte Produktion für die erobernde Nation. Andererseits war die Vergrößerung des Feudaleigentums durch Expansion, Eroberung und Unterjochung extensiv erweiterte Reproduktion für die herrschende feudale Klasse.

17a) Marx, K./Engels, F.: Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, S. 29.

18) Ebenda, S. 62

19) Vgl.: Marx, K.: Grundrisse ..., a.a.O., S. 383.

20) E. E. Sorokow unterscheidet drei Formen der feudalen Staatlichkeit, die sich nach dem Konzentrationsgrad der Feudalgewalt unterscheiden: Feudalgefolgschaft, Ständemonarchie, zentralisierte Standesmonarchie. In: Zur Genesis des Feudalismus. Sow. Wissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Abt. 1952/2. Berlin 1953. S. 248.

21) Marx, K.: Grundrisse..., a.a.O., S. 391.

Verhältnis zu den unmittelbaren Produzenten verschieden, weil verschiedene Produktionsbedingungen vorlagen."[17a]

Die ökonomische Zersplitterung des "Gemeinwesens" und die Herrschaft des Landes über die Stadt bedingten auch die politische Zersplitterung, an den Ausbeutungsprozeß der selbständigen Produzenten durchzusetzen. Der Staat existierte im europäischen Feudalismus faktisch nicht als eine Institution "neben und außer der Gesellschaft"[18], weil die Gemeinde nicht als Staat wie in der Antike existierte.[19] Die staatlichen Funktionen waren wirklich verschmolzen mit der herrschenden Klasse[20], die nur durch persönliche Abhängigkeit das Mehrprodukt der unmittelbaren Produzenten aneignen konnte.

Nur in einer Hinsicht übten jedoch "staatliche Unterdrückungsapparate" und die Gefolgschaften eine ökonomische Funktion aus, und das ist mehr oder weniger charakteristisch für alle vorkapitalistischen Staatlichkeiten. Das war die Verteidigung bzw. die Erweiterung des Eigentums durch den Krieg.

auf die Bedeutung des Krieges und folglich auf die ökonomische Funktion des repressiven Apparates des Staates im Reproduktions- und Ausbeutungsprozeß der vorkapitalistischen Gesellschaften haben Marx und Engels mehrfach hingewiesen. Für sie war der Krieg ein Produktionsverhältnis "eine regelmäßige Verkehrsform"[22] zwischen Nationen und Klassen, das auf Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen beruhen.

Das organische Verhältnis zwischen Krieg, Staatsapparat und Ausbeutung bringt K. Marx zum Ausdruck am Beispiel der Funktionen des orientalischen Staates. Die zweite Funktion, das zweite Regierungsdepartement neben dem der Finanzen und öffentlichen Werke war das des Krieges zur Ausbeutung fremder Völker[23], unterstrich Marx. Eine noch größere Rolle im Ausbeutungsprozeß spielte das "zweite Regierungsdepartement" bei einigen militär-feudalistisch organisierten Staaten (z.B. Arabisches oder osmanisches Reich), wo die Beute aus Raub, Plünderung usw. zusammen mit dem Tribut und den Steuern zu wichtigen Einkommensmonopolen der Eroberer und ihrer herrschenden Klasse wurde.[23a]

In anderer Art und Weise gestalteten sich die Beziehungen des Staates und des Ausbeutungsprozesses im Inneren des Landes. Das hing mit dem Verhältnis der herrschenden Klasse zum Staatsapparat zusammen. Man unterscheidet danach zwei große Gruppen von Gesellschaften.

1. War die jeweils ökonomisch herrschende Klasse identisch mit dem Staatsapparat, d.h. bildete sich eine politische und militärische Staatsbürokratie heraus, die unter den Bedingungen eines "Vakuums" an ökonomischer Klassenherrschaft die "allgemeinen Interessen", die sie vertrat, zu "besonderen" zu "ihren eigenen" erhob, dann nahm der Staat zugleich den Charakter eines Ausbeutungsinstruments an. Die "asiatis-

---

[22] Marx, K.: Die deutsche Ideologie. a.a.O., S. 23.

[23] Marx, K.: Die britische Herrschaft in Indien, a.a.O., S. 129

[23a] Viele Ökonomen sprechen verabsolutierend die Bedeutung dieser Gesellschaften über eine "tributäre Produktionsweise". Vgl. Amin, S.: Die ungleichmäßige Entwicklung. Athen 1976 (gr.), S. 17 ff.

"die Grundlage" dieser Staaten, nämlich die "Verrichtung" der gemeinsamen Geschäfte, war gleichzeitig materielle Grundlage der klassenmäßigen Herrschaft und Ausbeutung, die über Umverteilungssysteme des erzeugten Produkts vor sich ging.
Steuer, Rente, Tribut fielen zusammen und repräsentierten die Realisierung der politischen und daher sozialen Herrschaft der jeweils den Staat besitzenden Klasse. Die politische Herrschaft gewährleistete hier die ökonomische und nicht umgekehrt, wie es grundsätzlich im Kapitalismus der Fall ist. In der Geschichte unterscheidet man vier Formen, in denen diese Grundqualität ihren konkreten Inhalt fand. Analog unterscheiden sich auch die politischen Beziehungen zwischen den Klassen hinsichtlich des Staates.
Die erste Form entspricht den altorientalischen Gesellschaften, wo der Staat als Grundeigentümer auftritt. "Steuer und Rente fallen zusammen oder es existiert vielmehr dann keine von dieser Form der Grundrente verschiedene Steuer."[24] Die politisch herrschende war auch die ökonomisch herrschende Klasse.

Die zweite Form entspricht dem byzantinischen (bis 11. Jh.) und asiatischen Feudalismus, vielleicht auch den spätfeudalistischen absolutistischen Staates Europas, wo auf der Basis eines stark zentralisierten, schon existierenden bzw. vererbten Staates sich eine starke Staatsbürokratie herausgebildet und sich ihr Einkommen durch die Steuer verschafft hat. Die Staatsbürokratie teilte die soziale und politische Herrschaft mit den anderen Gruppen der ausbeutenden Klasse, besonders mit den feudalen Grundeigentümern oder dem städtischen Adel (Byzanz). Es existierten recht entwickelte und komplizierte politische Beziehungen zwischen den Fraktionen der herrschenden Klasse im Kampf um den Staat.

---

24) Marx, K.: Das Kapital. Bd. 3, a.a.O. S. 793.

In der dritten Form entsteht die ausbeutende Staatsbürokratie meistens in solchen Übergangsperioden, in denen das kleine Privateigentum vorherrscht. "...Eine solche Zusammensetzung des Volkes aus kleinen Genossenschaften... macht ... eine ausbeutende Staatsgewalt zur Bedingung der Fortexistenz der Nation" nötig, bemerkte Engels für die Fränkische Zeit.[26] Diese Art der Klassenherrschaft findet man in den Anfängen jeder Nation. Die politische Auseinandersetzung um den Staat umfaßt alle Mitglieder-Eigentümer des Gemeinwesens.

Eine vierte und eigenartige Form stellt die Hauptphase des europäischen Feudalismus (11. - 14./15. Jh.) dar, die im Gegensatz zu den eben erwähnten Formen steht. Bezüglich der Dialektik Staat-Gesellschaft war die Staatlichkeit völlig in die Eigentumverhältnisse integriert. Es gab keine arbeitsteilige Trennung zwischen Staatsfunktionen und Produktionstätigkeit. Es existierte kein Staat "neben und ausser der Gesellschaft". Jedoch wurde auch hier die ökonomische Ausbeutung über die "politischen" Abhängigkeits- und Knechtschaftsverhältnisse vermittelt als eine Bedingung der gegebenen gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Die Identifizierung einer ausbeutenden Klasse mit dem Staatsapparat, die Verwandlung des Staatsapparates selbst in Eigentums- und Ausbeutungsinstrument einer Klasse stellt auch anders das Problem der "relativen Selbständigkeit der Staatlichkeit" dar. Von wem sollte der Staat relativ selbständig sein? Von sich selbst? Es gab keine Trennung zwischen den "besonderen" und "allgemeinen" Interessen der herrschenden Klasse und des Gemeinwesens. In der Führung der "gesellschaftlichen Amtstätigkeit" fielen die "allgemeinen" Interessen des Gemeinwesens mit den "besonderen" Interessen der herrschenden Klasse zusammen. Die Selbständigkeit des Staates gegenüber den Klassen trägt also nur Scheincharakter.

26) Engels, F.: Fränkische Zeit..., a.a.O., S. 474 ff.

Wie beobachtet man jedoch auch eine Variierung des Verhältnisses Staat-Ökonomie je nach dem Entwicklungsniveau der Gesellschaften. Das Spektrum erstreckte sich von der vollen Integration der politischen Verhältnisse in die allgemeine ökonomische Abhängigkeit, wie im Altorient[27], bis zur "völligen Trennung" der Staatsangelegenheiten von den herrschenden Produktionsverhältnissen, d.h. der Ökonomik der kleinen freien Grundeigentümer.

Bei diesen "eigenartigen" Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft ist jedoch, angesichts der Verabsolutierungsversuche und der daraus abzuleitenden Schlußfolgerungen für die Theorie zu bemerken, daß sie fast nur bei Übergangsperioden bzw. Gesellschaften im Übergang zutreffend sind und somit begrenzten Verallgemeinerungsgrad besitzen. Konsentsprechend war ein solches Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik typisch für solche Gesellschaften, die kein Schauplatz des historischen gesellschaftlichen Fortschritts geworden sind.

2. Völlig anders war der Ausbeutungsprozeß in jenen Gesellschaften bzw. Phasen der Gesellschaften organisiert, wo eine ökonomisch herrschende Klasse aufgrund ihres Eigentums und mit ihren eigenen Kräften die Abschöpfung des Mehrprodukts organisierte. Die Staatlichkeit war von der "bürgerlichen Gesellschaft" (Marx) getrennt und verwaltete als "politischer Ausschuß" nur die "gemeinsamen Geschäfte" der ökonomisch herrschenden Klasse (hauptsächlich die warenproduzierenden Sklavenhaltergesellschaften und teilweise die feudalen des Hochmittelalters, Byzanz und Orient, insofern die Warenproduktion entwickelt war).

Im ersten Fall, der die meisten Ähnlichkeiten mit der heutigen Phase des Kapitalismus aufweist, hatte der Staat nichts mit dem Ausbeutungsprozeß zu tun. Letzteres war ausschließliche Angelegenheit der Sklavenhalter[28], die für den Markt produzierten.

---

27) Unter diesen Umständen braucht das Abhängigkeitsverhältnis politisch wie ökonomisch keine härtere Form zu besitzen als die ist, welcher aller Untertanenschaft gegenüber diesem Staat gemeinsam ist. Marx, K.: Das Kapital, Bd.3, a.a.O., S. 799. Vgl. auch: Welskopf, E.: a.a.O., S. 365

28) Die Politik, wenn auch "ökonomische Potenz", war aber in der Antike schon geschieden von den ökonomischen Verhältnissen als solchen. Welskopf, E.: a.a.O., S. 367.

die ökonomisch herrschende Klasse hatte zwar auch auf der politischen Ebene die Macht, jedoch nicht unmittelbar, sondern vermittelt durch ihre politischen und militärischen Vertreter und Institutionen. Diese Trennung zwischen Staatsapparat und ökonomisch herrschender Klasse war durch den hohen Grad der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bedingt, der die einmalige und nicht wieder bis zur Entstehung des Kapitalismus auftauchende Verbreitung der Ware-Geld-Beziehungen verursachte.[29]

Der gesellschaftlich kombinierte Charakter des unmittelbaren Produktionsprozesses in den warenproduzierenden Gesellschaften ruft eine gewisse Verdopplung der Arbeit der Oberaufsicht und Leitung hervor, nicht nur im Rahmen eines Betriebes[30], sondern analog auf der erweiterten gesellschaftlichen Ebene. Die Oberaufsicht und Leitung des Produktions- und Aneignungsprozesses bleibt Tätigkeitsfeld des einzelnen privaten Eigentümers (in seiner doppelten Funktion), während die Oberaufsicht und Leitung, die aus dem Gegensatz der unmittelbaren Produzenten zu den Eigentümern der Produktionsmittel hervorgeht, dem Staat als kollektiven Eigentümer übergeben wird.
Dadurch entsteht eine personelle und institutionelle Trennung zwischen Staatsapparat und ökonomisch herrschender Klasse bzw. allen Klassen der Gesellschaft. Somit bildet sich die materielle Grundlage der relativen Selbständigkeit des Staates gegenüber den System der Produktionsverhältnisse heraus.

In der Geschichte der warenproduzierenden Klassengesellschaften ist jedoch diese Trennung zwischen Staat und Wirtschaft nicht absolut. Es sind zwei Momente und entsprechende Widersprüche, die ein gegenseitiges Durchdringen verlangen:

---

29) Handliche Handwerks- und Manufakturarbeit, als Nebenbetrieb des Bauernhaus, der die Basis bildet, ist die Bedingung der Produktionsweise, worauf diese Naturalwirtschaft beruht, in europäischen Altertum und Mittelalter... Marx, K.: Das Kapital. Bd. 3. a.a.O., S. 795.

30) Vgl. Marx, K.: Das Kapital. Bd. 3. a.a.O., S. 397.

a) die Gewährleistung des materiellen Reproduktionsprozesses,
b) die Aufrechterhaltung der bestehenden Produktions- und sozialen Verhältnisse,
c) die Beschaffung der notwendigen Geldmittel für die Erfüllung der staatlichen Aufgabe.

Die erhebliche Bedeutung des Unterdrückungsapparates und der Staatstätigkeit für den materiellen Reproduktionsprozeß ist schon geschildert worden.
Die Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen Grundlage des Systems vollzog sich über die staatliche Regulierung der Klassenbeziehungen und die "soziale Politik".
In den entwickelten Sklavenhaltergesellschaften bedrohte das existierende System nicht nur die Sklaven, sondern immer mehr auch die verarmten Staatsbürger. Ein doppelter Widerspruch war da. Im Gegensatz zum heutigen Kapitalismus übernahm der Staat die Aufgabe, systemsichernd einzuwirken, nicht nur gegenüber den unterdrückten Klassen, (dafür existierte der repressive Staatsapparat), sondern auch gegenüber einem Teil der potentiellen Eigentümer, der armen Freien, die gleiche politische Rechte und Ansprüche dem Staat gegenüber hatten wie die Sklavenhalter.
Die Gewährleistung der Weiterexistenz der armen Freien, die auch aus der Notwendigkeit der Durchführung von Kriegen diktiert wurde, ist durch verschiedene Maßnahmen und Staatsaktivitäten erreicht worden, wie die Eroberung, Verteilung und Kolonisation neuer "Ager publicus", wie die Preisstabilität usw. das Exportverbot von für die Ernährung des "Proletariats wichtigen Lebensmittel (wie z.B. Getreide), wie der Unterhalt der Armen auf Kosten der Staatskasse (Lebensmittel, Zugang zum Theater, öffentliche Bäder), wie die Organisation öffentlicher Werke durch den Staat (Straßen, Kunstwerke usw.), wo die Plebejer Arbeit fanden usw. usf.

Auch gegenüber der herrschenden Klasse wirkte der Staat regulierend ein, um die Grundlagen des Systems zu festigen.
In Rom der Niedergangsphase wurde versucht, der Nobilität, den Senatoren, Rittern u.a. die Beschäftigung mit dem Handel, der Bäckerei und der Seeschiffahrt gesetzlich zu verbieten.
Dagegen wurden viele Zwangs- und ökonomische Mittel

...wandt, um Teile der herrschenden Klasse zurück in die ...wirtschaft zu bringen.[31]

Den Differenzierungsprozessen und -wirkungen der Ware-Geld-Beziehungen in der sozialen Basis trat auch der Staat durch indirekte Maßnahmen entgegen, wie z.B. durch die Regulierung des Zinssatzes.[32]

Das dritte Feld ökonomischer Aktivitäten des antiken Staates stellte die Absicherung der Finanzmittel dar, um seinen wichtigen, vorher erwähnten Aufgaben gerecht werden zu können. Dabei spielten die Staatsfinanzen eine beträchtliche Rolle. Der Staat versuchte mit allen Mitteln, Geld zu beschaffen[33], insbesondere für die Durchführung von Kriegen oder für die Ernährung der Armen. Neben dem Tribut, der Steuer usw. aus alliierten bzw. eroberten Staaten entstanden Einnahmen aus dem Staatseigentum an Silberbergwerken[34], aus verpachteten Staatsland[35], aus Besteuerung der Händler, der Reeder, aus Importzöllen, sogar aus der vom Staat selbst betriebenen Münzverschlechterung (Zeit des Dominats).

Der bedeutende Zusammenhang zwischen der Wirtschaftslage und den Staatsfinanzen führte nicht nur zur Herausbildung eines bis dahin unübertroffenen Finanzsystems.[36]

---

31) Vgl.: Weltgeschichte..., a.a.O., S. 366

32) Marx, K.: Theorien über den Mehrwert. In: MEW, Bd. 26.3 a.a.O., S. 525 f.

33) In den vorkapitalistischen Produktionsweisen überhaupt war die Stellung des Staates zu den Ware-Geld-Beziehungen sehr widerspruchlich. Einerseits bekämpfte er sie, um die Differenzierungsprozesse innerhalb des Gemeinwesens zu vermeiden, andererseits aber integrierte und stimulierte er sie durch die Staatsfinanzen bzw. das Staatsmonopol, um den Erfordernissen der Reproduktion oder der Reichtumsgier der Herrscher gerecht zu werden.

34) Siehe ausführlicher: Vokov, V.: Bergbau und Hüttenwesen bei den alten Thrakern. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. 1971/II.

35) Weltgeschichte, a.a.O., S. 362

36) Vgl.: Andreades, A.: Geschichte der griechischen Staatswirtschaft. München 1931.

In Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde auch erkannt, daß eine Wirtschaftsbelebung ohne starke Staatsfinanzen nicht möglich war. Der antike "Keynes" Xenophon hat zu diesem Zweck einen entsprechenden Plan zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise ausgearbeitet, der teilweise realisiert wurde. Sein Kern war die Steigerung der staatlichen Einnahmen durch erhöhte Steuer, Stimulierung der Warengeld-Beziehungen und Vermietung von Staatssklaven an Privatpersonen.[37]

In den drei oben geschilderten Feldern der ökonomischen Staatstätigkeit in der Antike taucht der Staat als unentbehrlicher Faktor der materiellen Reproduktion und der Systemerhaltung auf.
Neben dieser Gemeinsamkeit mit den heutigen Beziehungen zwischen Staat und Ökonomie lassen sich Unterschiede erkennen, besonders hinsichtlich der Mittel, dem Status der Klassen und den Ursachen der staatlichen Wirtschaftsaktivität. Das liegt gewiß in der Verschiedenartigkeit der Produktionsweisen selbst, in dem unterschiedlichen Grad der Vergesellschaftung der Produktion.
Der gewaltige Einfluß des Staates auf die Produktion und Reproduktion des materiellen Lebens und der Produktionsverhältnisse der vorkapitalistischen Gesellschaften wird heute von keinem bestritten. Die Staatsgewalt war schon immer ein Faktor, der unmittelbar auf die ökonomischen Prozesse, die Produktion und Reproduktion einwirkte.[38] Sie war selbst eine ökonomische Potenz.

Welche Notwendigkeit und welche Ursachen riefen die aktive Staatseinmischung in die Wirtschaft der vorkapitalistischen Produktionsweisen hervor?
Es waren immer die grundlegenden Widersprüche jeder Gesellschaftsformation, die Spezifik der jeweiligen Reproduktionsbedingungen, die den Staat als Wirtschaftsfaktor in den Vordergrund rückten.

37) Pellow, E.: Staat und Ökonomie im Lichte schriftlicher Quellen des 4. Jh. v.u.Z. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. 1973/1?.

38) Vgl. auch: Welskopf, E.: a.a.O., S. 367.

es war nicht allein der Gegensatz zwischen Sklavenhalter und Sklaven, zwischen Despoten und Kleinbauern, zwischen Feudalherr und Leibeigenen. Klare und übersehbare, polarisierte Produktions- und Klassenverhältnisse sind erst im Kapitalismus hergestellt worden.[39] Es gab vielfältige, nicht nur von den direkten Produktionsverhältnissen[40] ausgehende Widersprüche, die das Geschehen in diesen Staaten beeinflußten.

Der vorkapitalistische Staat reagierte auf die Zuspitzung dieser Widersprüche, konnte sie jedoch nicht lösen, wie die langen Zerfallsprozesse der altorientalischen und antiken Gesellschaft zeigten.

Unter den unentwickelten materiellen Verhältnissen waren die vorkapitalistischen Gesellschaften viel mehr von der Lösung ökonomischer Aufgaben durch den Staat abhängig als der Kapitalismus. Diesen Gedanken brachte Engels zum Ausdruck als er schrieb:

"Ist der Staat auch heute, zur Zeit der großen Industrie und der Eisenbahnen, im ganzen und großen nur der Exekutor, in zusammenfassender Form, der ökonomischen Bedürfnisse der die Produktion beherrschenden Klasse, so mußte er dies noch viel mehr sein zu einer Epoche, wo eine Menschengeneration einen weit größeren Teil ihrer Gesamtlebenszeit auf die Befriedigung ihrer materiellen Bedürfnisse verwenden mußte, also weit abhängiger von ihnen war als wir heute sind."[41]

Die Tatsache der außerordentlich großen Bedeutung der Staatsgewalt für die Reproduktion der vorkapitalistischen Gesellschaften wird vom breiten Spektrum sowohl marxistischer als auch bürgerlicher Wissenschaftler anerkannt.

---

39) Weltgeschichte... s.a.O., S. 677.

40) F. Engels verstand die "ökonomischen Verhältnisse" im weitesten Sinne. Darunter zählte "die geographische Grundlage, worauf diese (die Produktionsverhältnisse - der Verf.) sich abspielten und die tatsächlich überlieferten Reste früherer ökonomischer Entwicklungsstufen, die sich fortgehalten haben, oft nur durch Tradition oder via inertiae, natürlich auch der diese Gesellschaftsform nach außen hin umgebende Milieu." F. Engels an F. Borgius. 25.1.1894. In: MEW, Bd. 39. s.a.O., S. 205 ff.

41) Engels, F.: Ludwig Feuerbach. In: MEW, Bd. 21. s.a.O., S. 301.

diese Anerkennung wird aber besonders seitens der "linken" Marxisten von vielen Mißverständnissen, Fehlinterpretationen der Klassikeraussagen und Verabsolutierungen begleitet. Zusammengefaßt sind diese Ansichauungen in einem neulich in Griechenland erschienenen Lehrbuch für öffentliche Finanzen zu finden.[42] Dementsprechend gibt es in allen Gesellschaftsformationen drei Strukturen, die ökonomische, die politische und die ideologische. Je nach der Produktionsweise spielt eine von diesen die "bestimmende Rolle" im Reproduktions- und Ausbeutungsprozeß. Im Kapitalismus herrscht die ökonomische, in der Antike die Politische und im Feudalismus die ideologische und politische Struktur vor.
Vom Standpunkt der Grundfrage der Philosophie im sozialen Bereich und von der Frage nach den Triebkräften der gesellschaftlichen Entwicklung ausgehend, hat sich schon Marx in seiner Zeit mit der bürgerlichen Geschichtswissenschaft über solche "weltbekannten Redensarten", daß im Mittelalter der Katholizismus und in Athen und Rom die Politik über die ökonomischen Verhältnisse herrschte, auseinandergesetzt. Er antwortete seinen Kritikern, daß "das Mittelalter nicht vom Katholizismus und die antike Welt nicht von der Politik leben konnten."[43] Er vordeutlichte damit, daß die staatliche Gewaltanwendung als Mittel für ökonomische Zwecke verwendet wurde und daß die ökonomischen Verhältnisse das Niveau der Arbeitsteilung, die Mittel und Methoden der Ausbeutung bestimmten.

Aber auch die Mittel, mit denen die Gewalt ausgeübt wurde, mußten zuerst produziert werden, d.h. sie sind von der Art und Weise der Produktion abgeleitet, fügte F. Engels im Kapitel über die Gewalt im "Anti-Dühring" hinzu.[44]
Nun einige Aussagen zu den heutigen Auffassungen der "linken" Marxisten.
Erstens: Obwohl sie abstrakt und im allgemeinen das Primat der materiellen Verhältnisse gegenüber der Politik und Ideologie nicht leugnen, identifizieren sie die "ökonomische

42) Vgl. Karagiorgas, D.: Die ökonomischen Funktionen des Staates. Athen 1979. S. 383 ff. (gr.)
Diese Auffassungen stützen sich weitgehend auf die Werke der französischen Marxisten L. Althusser und E. Balibar.
43) Marx, K.: Das Kapital. Bd. 1. a.a.O., S. 96.
44) Vgl. Engels, F.: Anti-Dühring. MEW, Bd. 20. Kap. Gewalt.

...ruktur" mit dem ökonomischen Zwang und die "politische ...ruktur" mit dem "außerökonomischen Zwang". Darüber hinaus teilt bei ihnen die "ökonomische Struktur" sowohl mit den materiellen Produktionsverhältnissen, mit der Basis als Kategorie des historischen Materialismus, als auch mit dem "ökonomischen Zwang" als Kategorie der politischen Ökonomie ...[illegible]. Hier also werden nicht nur die verschiedenen Abstraktionsebenen der Marxschen Begriffe und Kategorien vermischt, sondern diesen Kategorien wird ein anderer Inhalt zugefügt, als sie ihn in den Werken der Klassiker besitzen. Die wissenschaftlich klaren philosophischen, historisch-materialistischen und politökonomischen marxistischen Kategorien werden unter einen abstrakt strukturalistisch-soziologischen Aspekt nivelliert (charakteristische Denkweise einiger französischer Marxisten heute). Dieses strukturalistische Herangehen kann höchstens die verschiedenen Formen des Ausbeutungsprozesses erklären. Ihre ahistorische Erweiterung auf Probleme des historischen Materialismus führen jedoch zu solchen schon oben von Marx kritisierten Aussagen, daß in dem geschichtlichen Prozeß die Ökonomik (ökonomische Notwendigkeit) von der Politik bestimmt wird. Diese Denkweise führt auch zu anderen falschen Interpretationen theoretischer Probleme.[45]

Zweitens: Die Gewalt insgesamt läßt sich nicht nur mit der Staatsgewalt identifizieren. Wenn die Klassiker von Gewalt sprechen, meinten sie nicht immer die des Staates, die jedoch die umfassendste und wichtigste war.
Es gibt zwei Arten von Gewalt, die Gewalt des Eigentums und die politische Gewalt, betonte Marx.[46] Damit meinte er die ökonomische Gewalt (als Träger die Subjekte der Produktionsverhältnisse) und die außerökonomische Gewalt (als Träger der Staat). Die Ergastorien oder die latifundien unterlagen der Gewalt des privaten Eigentums des einzelnen Sklavenhalters und nicht des Staates. Die Schuldknechtschaft war auch Resultat der Gewalt des privaten Eigentums. Selbst die Versorgung mit Sklaven vollzog sich nicht immer durch den Krieg. In Athen

45) Vgl. u.a. bei Karagiorgus, D.: a.a.O., S. 389. Nach ihm z.B. ist erst in der kapitalistischen Produktionsweise die Rede von der relativen Selbständigkeit der Staatlichkeit.

46) Marx, K.: Die moralisierende Kritik und die kritische Moral. In: MEW, Bd. 4. S. 337.

...den sie von den Fachtervölkern gekauft. Demantspro-
...t es nicht nichtig: die Gewalt überhaupt auf ökonom-
...sch zu reduzieren und zu simplifizieren.

...Die Formen der ökonomischen Verhältnisse sind nicht
...ichen in allen Produktionsweisen. Der außerökonomische
...z.B. persönliche Abhängigkeits- und Knechtschaftsver-
..., ist die entsprechende Form der Produktionsverhält-
...se in den vorkapitalistischen Produktionsweisen, die auch
...ine verschiedene sekundäre Formen "von der Leibeigen-
...ft mit Lohnarbeit bis zur bloßen Tributpflichtigkeit".
...ier.[47] Das ist also eine Form der ökonomischen Struktur-
...esellschaften. Aber die Struktur selbst ist sie nicht.
...s ist noch weniger nur eine politische Struktur, wie
...vorhin erläutert wurde. Was aber ökonomischer und außer-
...ökonomischer Zwang gemeinsam haben, ist, daß beide ein Herr-
...schaftsverhältnis repräsentieren. Herrschaftsverhältnis ist
...nie das Kommando über fremde Arbeit und nicht das Ausüben
...physischer Gewalt, wie es einige falsch interpretieren. Dann
...gibt auch von Zwangsarbeit in zwei Formen: Eine "unmittel-
...bare Zwangsarbeit" oder "Gewalt", typisch für vorkapitalisti-
...sche Formationen, und eine "vermittelte" Zwangsarbeit gleich-
...bedeutend mit Lohnarbeit.[48]

...der alten Geschichte gibt es übrigens noch einige Punkte
...hinsichtlich der genauen Bestimmung der Produktionsverhält-
...nisse, die noch einer Klärung bedürfen. Um ein Beispiel zu
...nennen: Wenn es in der Antike nicht nur den Widerspruch zwi-
...schen Sklavenhaltern und Sklaven gab, sondern auch ein Wider-
...spruch zwischen reichen und armen Freien bestand, welchen
...Charakter hätte dann die Beteiligung der Armen an der Pro-
...duktion? Unterlagen sie als Arbeiter in den öffentlichen Wer-
...kstätten oder als Stipendiaten des "Demos" bzw. der Republik oder
...als bezahlte Soldaten usw. usf. auch dem außerökonomi-

47) ...Marx: Das Kapital, Bd. 3, a.a.O., S. 795.
48) ...Marx: Grundrisse..., a.a.O., S. 232, 695.

...en Zwang? Sicher nicht! Oder wenn die Leitung der gesellschaftlichen Arbeit in den altorientalischen Gesellschaften ...nzipiellen Charakter trug[49], inwiefern kann man dann allein von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen sprechen? Auf alle diese Fragen gibt das strukturalistische Herangehen keine Antwort.

...ist verwunderlich, daß die marxistische Kritik bürgerlicher und reformistischer Auffassungen über den Staat bezüglich der vorkapitalistischen Produktionsweisen, anders als im Kapitalismus, wo die marxistische Wissenschaft die starke Rolle des Staates hervorheben muß, die doch nicht allmächtige "Dominanz" der Staatlichkeit beweisen ~~muß jedoch bei es bleiben, daß~~ Produktion und Reproduktion in den vorkapitalistischen Produktionsweisen ohne die Staatlichkeit in ihren verschiedenen Formen nicht denkbar wären.

Die Beschäftigung mit den ökonomischen Funktionen des vorkapitalistischen Staates als eine Anforderung der theoretischen Verarbeitung der heutigen Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus sollte also in der Zukunft, ungeachtet der oben genannten Verabsolutierungsversuche, die Politik als den einzigen bestimmenden Faktor darzustellen, mit dem starken und tiefen theoretischen Eindringen in die "privaten Verhältnisse", den "privaten Regulierungsmechanismus" der vergangenen antagonistischen Gesellschaften einhergehen. Nur so wird die wirkliche Dialektik zwischen Ökonomie und Staat aufgezeigt werden können.

---

[49] Vgl. Welskopf, E.: a.a.O., S. 403.

1.2. Theoretische und historische Aspekte der Rolle des Staates im Kapitalismus

Obwohl die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft mehr oder weniger typisch für alle Gesellschaften ist, war die Trennung zwischen Staat und der ökonomisch herrschenden Klasse in der vorkapitalistischen Produktionsweise nicht immer klar, insoweit naturalwirtschaftliche Beziehungen und Grundeigentum herrschten.
Nur in denjenigen Gesellschaften, wo Ware-Geld-Beziehungen entwickelt waren, vollzog sich auch eine relative Verselbständigung des Staatsapparates vom direkten Ausbeutungsprozeß. Während letzterer Tätigkeitsfeld einer ökonomisch herrschenden Klasse (warenproduzierende) geworden war, garantierte nunmehr der Staatsapparat die allgemeinen äußeren Produktionsbedingungen[1], jedoch mit vorwiegend außerökonomischen Mitteln.
Im Kapitalismus, wo die Trennung zwischen dem Staat und der ökonomisch herrschenden Klasse ihren vollendetsten Ausdruck gefunden hat, erscheint der Staat nun wieder als Garant der allgemeinen Reproduktionsbedingungen der Bourgeoisie. Jedoch die Formen und die Mittel seiner Tätigkeit unterscheiden sich von Phase zu Phase, je nach der Zuspitzung der Widersprüche und dem Vergesellschaftungsprozeß.

Im Frühkapitalismus mußte der Staat ein fremdes naturalwirtschaftliches Milieu den Gesetzen der kapitalistischen Produktion unterordnen. Unmittelbare Gewalt und Herrschaft waren die entsprechenden Mittel.
Die Ungleichmäßigkeit der allgemeinen und der kapitalistischen Entwicklung, die Konkurrenz zwischen den Kapitalien rief das Bedürfnis der Abwehr hervor. Durch direkte staatliche Eingriffe, Initiativen oder Verbote, auch Kriege, hat man versucht, diese Widersprüche zu lösen.

Mit der Zuspitzung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus, der Vergesellschaftung der Produktion und der Entstehung des Monopols entstand ein qualitativ anderer Widerspruch, der die

---

1) Engels, F.: Anti-Dühring. In: MEW, Bd. 20. a.a.O., S. 261.

...duktion des Kapitals bedrohte: das Monopol selbst als ...ktionsverhältnis höherer Potenz.[2]

...ser garantiert der Staat die allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitals als Ganzes, insofern er das Ziel ...r Produktion, den Profit, vor seinem tendenziellen Fall ...t.

...nomische Mittel sind somit die adäquate Form ökonomischer ...ätigkeit.

...e Geschichte der warenproduzierenden vorkapitalistischen ...llschaften ist somit nur aussagekräftig für den Charakter und das Feld staatlicher ökonomischer Aktivität, nämlich ...e Orientierung auf den Reproduktionsprozeß. Das haben sie ...t dem Kapitalismus gemeinsam. Die Mittel und Formen lassen ...ch unterscheiden, obwohl Elemente ökonomischen und außerökonomischen Zwangs überall zu finden sind.

1.2.1. Der Staat als "Geburtshelfer" der kapitalistischen Produktionsverhältnisse

...sonders aktiv wirkte der Staat auf die Konstituierung der ...pitalistischen Produktionsweise. Als "die konzentrierte und ...ganisierte Gewalt der Gesellschaft" ist der Staat in der ...it der ursprünglichen Akkumulation benutzt worden, "um den ...rwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Übergänge abzukürzen".[3]

...n den Widerstand und die Widersprüche, die von den feudalen Eigentumsverhältnissen ausgingen, trug der absolutistische feudale Staat gewollt oder ungewollt zur Konstituierung ...pitalistischer Produktionsverhältnisse bei. Marx illustriert ...sehr nachdrücklich diese Prozesse für das klassische Land ...s Kapitalismus, England, in dem 24. Kapitel des ersten Bandes des "Kapital".

...wichtigste Moment der ursprünglichen Akkumulation war der ...dungsprozeß des Produzenten von dem Eigentum an seinen ...duktionsbedingungen, die Schaffung des doppelt freien Lohn-

...rx, K.: Das Kapital, Bd. 3, a.a.O., S. 260 f.

...rx, K.: Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., S. 779.

arbeiters. Neben der "gewaltsamen Verjagung der Bauernschaft" von Grund und Boden durch die großen Feudalherren wirkte der Staat auch aktiv für die Herausbildung des Proletariats. Durch den abnehmenden Hofstättenschutz, den kolossalen Diebstahl von Kirchengütern, die Veräußerung von Staatsdomänen, die Auflösung der feudalen Gefolgschaften, den Raub des Gemeineigentums usw. usf.[4] wurden die bäuerlichen Kleinproduzenten ihrer Eigentums- und somit Existenzmittel expropriiert. Um weiterleben zu können, mußten sie ihre Arbeitskraft verkaufen.

Das zweite Moment zur Konstituierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse war die Verwandlung der gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital und somit die "Genesis des industriellen Kapitalisten". Die Akkumulation von Geldmitteln wurde vielfältig vom Staat stimuliert mit ökonomischen und außerökonomischen Mitteln, je nach den nationalen Bedingungen. Der englische Staat z.B. hat sowohl innere (Staatsschuld, Steuersystem, Merkantilsysteme) als auch äußere (Protektionismus, Kolonialsystem, Handelskriege) Akkumulationsquellen mobilisiert. Anders war es jedoch in ökonomisch zurückgebliebenen Deutschland, wo primär die inneren Akkumulationsmittel in Angriff genommen werden mußten (staatliche Geldzuschüsse und Anreize an private Leute, Protektionismus, Gewährung von Privilegien gegen die Zünfte, Gewährung monopolistischer Rechte an Manufakturen, Gründung von staatlichen Manufakturen[5] u.a.).[6]
Das Vorhandensein des freien Proletariers und akkumulierter Geldmittel, wenngleich die wichtigsten Bedingungen, waren jedoch allein nicht hinreichend für das Funktionieren des kapitalistischen Produktionsprozesses. Unter den Bedingungen der "formellen Subsitution" der Arbeit unter das Kapital, den Zeiten der dem Kapitalismus adäquaten Produktivkräfte waren die Gesetze der kapitalistischen Produktion für die

---

4) Marx, K.: Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., Kap. 24.2, Die Expropriation des Landvolks von Grund und Boden.

5) Vgl. Kuczynski, J.: Die Frage der Arbeiter in Frankreich. Berlin 1954. Bd. 32. S. 20.

6) Kuczynski, J.: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 1. Berlin 1972. S. 295 ff.

Proletarier "unnatürlich", "nicht selbstverständlich".
Die Vereinigung des Kapitals mit der Arbeit, die erforderliche Disziplin des kapitalistischen Arbeitsprozesses,[1] die Abschöpfung des Mehrwerts mußten infolge-dessen dem Arbeiter aufgezwungen werden. "Die aufkommende Bourgeoisie braucht und verwendet die Staatsgewalt, um den Arbeitslohn zu 'regulieren', d.h. innerhalb der Plusmacherei zusagender Schranken zu zwängen, um den Arbeitstag zu verlängern und den Arbeiter selbst in normalem Abhängigkeitsgrad zu erhalten. Es ist dies ein wesentliches Moment der sog. ursprünglichen Akkumulation".[2] Diesem Zweck diente die "Blutgesetzgebung" in England, Frankreich und Deutschland. Es waren Gesetze gegen die Vagabunden, Bettler, Beschäftigungslosen, die sie zur Arbeit zwangen. Andere Gesetze, schon ab Mitte des 14. Jh., regulierten den Arbeitstag, die Lohntarife, die Koalitionsrechte der Arbeiter usw.[3], d.h. die Verwertungsbedingungen des Kapitals und den unmittelbaren Ausbeutungsprozeß. Diese Gesetzgebung diente der ganzen frühbürgerlichen Klasse.
Eine wichtige theoretische Frage hinsichtlich der ökonomischen Potenz des Staates in der Zeit der Konstituierung des Kapitalismus taucht bezüglich des Charakters des Staates auf. Wieso hat ein nichtkapitalistischer Staat den kapitalistischen Produktionsverhältnissen zum Durchbruch verholfen?

Die Geschichte der vorkapitalistischen Produktionsweisen zeigt schon, daß der jeweilige Staat, auch der feudalabsolutistische, eine widerspruchliche Haltung gegenüber den Ware-Geld-Beziehungen hatte. Die Tendenz, sie zurückzudrängen wegen der Differenzierungsprozesse im Gemeinwesen, hielt Schritt mit dem Versuch ihrer Ausnutzung zur Bereicherung der Despoten bzw. Staatsbürokratie oder zur militärischen Stärke. Sie waren ein wichtiger Faktor zur Verselbständigung der zentralen Gewalt von der herrschenden Klasse. Insofern haben immer die Ware-Geld-Beziehungen Unterstützung bei den verschiedenen Staatstypen gefunden, obwohl sie den herrschenden Produktionsverhältnissen fremde Elemente waren.

---

1) Marx, K.: Das Kapital, Bd. 1, a.a.O., S. 765 f.
2) Vgl. ebenda, Kapitel 24.3.

Der absolutistische Staat des Spätfeudalismus war kein rein feudaler Staat. Er hat sich weitgehend verselbständigt gegenüber den feudalen Produktionsverhältnissen. Es war immer ein Kompromiß zwischen einigen Teilen der Feudalklasse mit der Bourgeoisie. Es existierte eine Interessengemeinsamkeit zwischen zentraler Macht, Frühbourgeoisie und Fraktionen des Feudaladels.[9] Die Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen bedeutete immer größeren Reichtum, erhöhte Steuern und Einnahmen, letztendlich Erhaltung einer schlagkräftigen Armee. Dies waren die materiellen Verbindungen zwischen Frühbourgeoisie und zentraler Staatsgewalt. Die königliche Macht war "selbst ein Produkt der bürgerlichen Entwicklung",[10] sagte Marx. Insofern konnten die bürgerlichen Interessen nicht nur berücksichtigt, sondern auch stark durchgesetzt werden.
Obwohl der absolutistische Staat Übergangscharakter trug, diente er einem Bündnis von Ausbeuterklassen, und seine Tätigkeit wurde durch die gemeinsamen, sich durchkreuzenden oder widersprüchlichen Interessen dieser Klassen bestimmt. Sein fortwährend steigender Einsatz für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse lag lediglich in der Dynamik letzterer selbst, was jedoch nicht der Fall war bei den Ware-Geld-Beziehungen in der vorfeudalen Zeit.

9) In England war der absolutistische Staat von der Bourgeoisie und kapitalistisch deformierten Klein- und Mitteladel bestimmt. Er hatte mehr kapitalistischen Charakter und seine Staatsfunktionäre kamen aus der Bourgeoisie (siehe Kuczynski, J.: Die Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus. Bd. 32. Berlin 1964. S. 18.
In Deutschland, besonders in westelbischen Gebieten und Preußen, war der Staat ein Bündnis der Bourgeoisie mit dem großen Feudaladel gegen die Ritter. Die Interessen der letzteren an einer dezentralisierten Rents und verstärkte Ausbeutung der Bauern kamen in Widerspruch mit dem Großadel, der einen Teil seines Einkommens über die zentralisierte Rente-Steuer realisiert hat. "Der halbfeudale preußische Staat wurde von keinen echt feudalen Interessenten regiert und diente keinen echt feudalen Interessen." (Kuczynski, J.: ebenda. Bd. 22. S. 45.)
In Frankreich, einem klassischen Land des Absolutismus, hat der König die Bourgeoisie und Adel gegeneinander ausgespielt, bis er den feudalen Adel untergeordnet und zu seiner Hauptstütze gemacht hatte. Die staatliche merkantilistische und Wirtschaftspolitik, die vorwiegend den zentralisierten Großmanufakturen half, stimulierte indirekt die kapitalistische Entwicklung.

10) Marx, K.: Das Kapital. Bd. 1. a.a.O., S. 746.

1.2.2. War der Staat "Nachtwächter" in der Zeit des klassischen Kapitalismus der freien Konkurrenz?

Auch in der Zeit der überwiegend [11] freien Konkurrenz, als der Kapitalismus mit dem Fabriksystem seine adäquaten Produktivkräfte geschaffen hatte, spielte der bürgerliche Staat niemals die Rolle eines "Nachtwächters", wie der klassische Liberalismus entsprechend den frommen Wünschen der Bourgeoisie behauptete.

Weniger in England, mehr in den anderen kapitalistischen Ländern (Deutschland, Frankreich), die den Vorsprung und die Konkurrenz des englischen Kapitalismus zu kompensieren hatten, entwickelte der Klassenstaat eine doppelte Aktivität in der Regulierung und Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Arbeit in der Wirtschaft.
Die eine Richtung (im negativen Sinne) war die Abschaffung der Gesetze über die Lohnregulierung (z.B. in England im Jahre 1813), der Abbau des Merkantilsystems, die Zurückhaltung des Staates gegenüber den Angriffen auf die Preise, Löhne, Produktionssortimente, die Aufhebung des Koalitionsverbots der Arbeiter, die partielle Einführung des Freihandels, die Reduzierung des staatlichen Eigentums an Betrieben usw. usf.

Aufgrund der sich verstärkenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der dem Kapitalismus entsprechenden Produktivkräfte konnte nunmehr der kapitalistische Verwertungs- und Ausbeutungsprozeß "dem stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse", "den Naturgesetzen der Produktion" überlassen werden.[12]

"Sie (die Gesetze der Lohnregulierung; d. Verf.) waren eine lächerliche Anomalie seitdem der Kapitalist die Fabrik durch seine Privatgesetzgebung regulierte."[13]
In bezug auf die Regulierung des unmittelbaren Ausbeutungsprozesses sah Marx auch eine Abnahme der Rolle der außerökonomischen Gewalt, die zwar immer noch angewendet wurde, aber nur "ausnahmsweise".[14]

11) Über die Problematik freie Konkurrenz-vorherrschend freie Konkurrenz im Kapitalismus. Vgl. Mottek, H.: Wirtschaftsgeschichte, a.a.O., Bd. 2, S. 66 f.
12) Marx, K.: Das Kapital. Bd. 1. S. 765.
13) Ebenda. S. 768.
14) Ebenda. S. 765.

In positiver Hinsicht ist das Eingreifen des Staates in die Reproduktion in anderen (weiteren) Bereichen entwickelt worden.

Die staatliche Regulierung der Arbeitszeit, die Bestimmung eines "normalen" Arbeitstages schützte die Arbeitskraft vor der übermäßigen Ausbeutung und Zerstörung.[15] Der Aufbau des Verkehrssystems (Eisenbahnen, Kanäle, Chausseen usw.) mit direkter staatlicher Hilfe, Subventionen, Konzessionen usw. hatte erhebliche positive direkte und indirekte Auswirkungen auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß.[16] Die Errichtung eines staatlichen Bildungssystems ist in Deutschland bewußt als Wachstumsfaktor zum Aufholen gegenüber England benutzt worden.[17] Schließlich hat der Staat die ausländische Konkurrenz durch Schutzzölle zeitweilig behindert.[18]

Insgesamt kann man hinsichtlich der ökonomischen Rolle des Staates im Kapitalismus der freien Konkurrenz H. Mottek zustimmen, wenn er sagt, daß "auch in der Blüte des liberalen Kapitalismus in allen Ländern, einschließlich Großbritannien, die ökonomische Rolle des Klassenstaates keineswegs jenem theoretischen Modell des Liberalismus entsprach, daß die Rolle auf das Äußerste beschränkte und bei der Vertretung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit nur den Markt der freien Konkurrenz als Regulator auf der Grundlage des Wertgesetzes sah."[19]

Hinsichtlich nun der Intensität der Staatstätigkeit fügt er hinzu, daß der Abbau der älteren Formen (Merkantilsystem, Gewerbefreiheit usw.) durch die Entwicklung neuer Formen kompensiert wurde, so daß von einer "gleichbedeutenden Einwirkung des Staates auf die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit" die Rede sein soll.[20]

15) Vgl. Marx, K.: ebenda, Kapitel 9.6: Der Kampf um den Normalarbeitstag. Zwangsgesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit. Die englische Fabrikgesetzgebung von 1833 - 1864. S. 294.
16) Vgl. Mottek, H.: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 2. Berlin 1964. S. 160 ff., 170 f., 132 f.
17) Vgl. Ebenda, S. 85.
18) C. Rondi hat gegen das ideologische Axiom der liberalistischen Theorie bewiesen, daß abgesehen von einem kurzen Abschnitt zwischen 1860 und 1880 fast für alle Länder während des 19. Jhs. Schutzzölle und nicht Freihandelspolitik kennzeichnend waren. Vgl.: Historische Betrachtung zum Problem Freihandel und Schutzzoll. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. 1965/IV. S. 9f.
19) Mottek, H.: Zur historischen Entwicklung der ökonomischen Rolle des bürgerlichen Staates bis zum ersten Weltkrieg. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. 1974/III. S. 67 f.
20) Ebenda.

Für eine Reihe von Ländern lief die kapitalistische Entwicklung nicht parallel mit dem Weltentwicklungsstadium des Kapitalismus. Wenn für Deutschland und Frankreich die englische Konkurrenz die staatlichen Krücken erforderlich gemacht hat, hat für eine zweite Reihe von Ländern, wie Italien, Japan, Ungarn u.a., die Konkurrenz der drei Mächte die staatliche Hilfe erforderlich gemacht. Je später ein Land in die kapitalistische Ära eingetreten ist, desto größere Widersprüche und Hindernisse auftraten, desto umfangreicher und intensiver war die staatliche Intervention in der Ökonomik. In einigen Ländern, wie Japan beispielsweise, wo auch vom Staat Monopole geschaffen wurden, kam der Kapitalismus auf die Welt "gewissermaßen als staatsmonopolistischer Kapitalismus".[23]

---

21) Marx, K.: Grundrisse, a.a.O., S. 544.

22) Vgl.: Knczynski, J.: Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD. Berlin 1972. S. 45 f.

23) Baudis, D./Naßbaum, H.: Wirtschaft und Staat in Deutschland Ende des 19. Jh. bis 1918/19. Bd. 1. Akademie Verlag. Berlin 1978. S. 116.

Ausgehend von den berühmten Marxschen Zitat in den "Grundrissen"[21] und dem Entwicklungslauf des englischen Modells der Entwicklung des Kapitalismus, behaupteten viele marxistische Wissenschaftler, daß die ökonomische Rolle des Staates nur in der frühen und späteren Phase jeder Gesellschaftsformation bemerkenswert ist.[22]
Jedoch das daraus abgeleitete Modell der Beziehungen zwischen Staat und den Produktionsverhältnissen (auf die Beine helfen - laufen lassen - Krücken liefern) kann nach den historischen Erfahrungen höchstens und unter vielen Vorbehalten nur für vorkapitalistische Produktionsweisen und dabei für die Länder mit einer klassischen Ausprägung dieser Produktionsweisen gelten.
Die obigen Äußerungen Mottek's für England stellen jedoch dieses Axiom für den Kapitalismus generell in Frage.
Auf der Ebene der gesamten kapitalistischen Gesellschaftsformation, ist die Präsenz der staatlichen Regulierung unter einem kombinierten räumlich-zeitlichen Gesichtspunkt zu betrachten.

Wenn man also die Weltentwicklung des Kapitalismus als eine weltweite Gesellschaftsformation betrachtet, dann ist der Schluß der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie über die Nachtwächterrolle des Staates sehr fragwürdig, denn erstens existierte der Kapitalismus der vorwiegend freien Konkurrenz nur eine kurze Zeitperiode im Vergleich zu der Dauer seiner Früh- wie Spätphase, und zweitens trifft das nur für

24) Vgl. u.a. Gross. K.: Südosteuropa, Bau und Entwicklung der Wirtschaft. Leipzig 1930. Derselbe: Die Industrialisierungspolitik der südosteuropäischen Staaten bis zum zweiten Weltkrieg. In Südosteuropa. Jb. Bd. 9, München 1962. S. 35-45. Manoilescu, M.: Die sozialökonomische Struktur Südosteuropas. In: Weltwirtschaftliches Archiv 60. 1944.

25) Vgl. Baudis, D./Nußbaum, H.: a.a.O. S. 117.

26) Vgl. die Pionierarbeiten des sowjetischen Wissenschaftlers V.I. Pawlow:
- The Indian Capitalist Class. New Delhi 1964.
- derselbe, Rastyannikov, V., Shirokov, G.: India: Social and Economic Development. Verlag Progress. Moskau 1975.
- derselbe: Die Typologie der Genesis des Kapitalismus in Asien und Afrika. Aus: Probleme sozialökonomischer Formationen. Moskau 1975. Arbeitsübersetzung. Bibliothek der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner".

noch größere Vermischung der Stadien der kapitalistischen Entwicklung und damit der inneren Widersprüche und damit die frühzeitige Entstehung staatlicher Regulierungsmechanismen neben der Marktregulierung ist in einer dritten Ländergruppe zu beobachten, der die meisten südosteuropäischen Länder angehören.[24] Die allgemeine Rückständigkeit dieser Länder verlängerte die Industrialisierungsprozesse bis zum zweiten Weltkrieg.
Besonders kraß wirkten dabei die von der einseitigen Auslandsabhängigkeit ausgehenden Widersprüche, die zur ständigen Staatseinmischung führten.
Schließlich erscheint die Rolle des Staates in einer vierten Ländergruppe, der die meisten ehemaligen Kolonialländer angehören und die den kapitalistischen Weg unter den Bedingungen eines entwickelten Monopolkapitalismus im 20. Jh. eingeschlagen haben, noch größer.[25] Die von vielen Wissenschaftlern als staatskapitalistisch bezeichnete ökonomische Staatsaktivität in diesen Ländern birgt viele Elemente vorkapitalistischer Staatstätigkeit in sich, deren Kern die durch den Staat erfolgenden Umverteilungsprozesse des Nationalprodukts zugunsten der führenden staatsbürokratischen Schichten (Kolonialbehörde oder einheimische regierende Bürokratie) ist.[26]

einige Länder (England, Frankreich, USA und teilweise Deutschland) zu.
Die ganze Geschichte des Kapitalismus bis heute (das Monopolstadium eingeschlossen) zeigt ganz deutlich, daß sowohl räumlich als auch zeitlich die Existenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse ohne staatliche Mitwirkung und Regulierung nur als Ausnahme betrachtet werden können.

1.2.3. Aspekte des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Die Entwicklung der Produktivkräfte (neue chemische und Stahlschmelzverfahren, Dampfturbine, Verbrennungsmotor usw.) Ende des vorigen Jahrhunderts hat den Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise zwischen Vergesellschaftung der Produktion und kapitalistischer Aneignung zugespitzt. Als Ergebnis der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals ging der Kapitalismus in ein neues entwickeltes Stadium über. An der Stelle von tausenden miteinander konkurrierenden Fabriken entstanden einige große Unternehmungen, die Monopole, die den größten Teil der Produktionskapazitäten, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, der Produktion, des Kapitals, der Gewinne und der Arbeiter konzentrierten. So z.B. stieg der Anteil der 100 größten Firmen der USA am Gesamtkapital der Industrie, des Handels und der Dienstleistungen von 16-18 % vor dem ersten Weltkrieg auf 30 % im Jahre 1958.[1] Ähnliche Prozesse waren in allen entwickelten kapitalistischen Ländern zu beobachten. Dadurch wurde die freie Konkurrenz erheblich beschränkt. An ihre Stelle trat die monopolistische Konkurrenz. Das Monopol in seinen verschiedenen Organisationsformen (Kartell, Konzern, Syndikat usw.) bedeutete somit das Auftauchen eines entwickelten kapitalistischen Produktionsverhältnisses, das nunmehr alle Sphären der bürgerlichen Gesellschaft bestimmte. Lenin, der eine gründliche Analyse dieser neuen Strukturveränderungen der kapitalistischen Basis in dialektischer Beziehung zu dem Niveau der Produktivkräfte gemacht hatte, unterstrich:

---

1) Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. Dietz Verlag. Berlin 1972. S. 122.

"Diese Verwandlung der Konkurrenz in das Monopol ist eine der wichtigsten Erscheinungen - wenn nicht die wichtigste - in der Ökonomik des modernen Kapitalismus."[2]

Die Entwicklung des Monopolkapitalismus rief eine Reihe von tiefgreifenden Veränderungen in dem bisherigen Funktionsmechanismus des Kapitalismus, in seinen ökonomischen Gesetzen, in der Klassenstruktur und in seinen Reproduktionsbedingungen hervor.
Nunmehr realisierte sich das Grundgesetz des Kapitalismus, das Mehrwertgesetz, über den Monopolprofit. Der Durchschnittsprofit als der alte Mechanismus der Verteilung der gesamtgesellschaftlichen Arbeit funktionierte unter den Bedingungen der Monopolisierung der materiellen Reproduktionsbedingungen nicht mehr hinreichend. Als Realisierungsform des monopolistischen Eigentums impliziert der Monopolprofit nicht nur intensivere Ausbeutung der Lohnarbeiter, sondern ebenso den Tribut nichtmonopolistischer Schichten sowie kolonialer und abhängiger Länder.[3]

Die Herausbildung des Finanzkapitals auf der Basis der "neuen" Rolle der Banken, der Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, erweist sich als eine höhere Phase der Vergesellschaftung der Produktivkräfte und der Monopolisierung, die nicht nur die Produktions-, sondern auch die Distributions- und Zirkulationssphäre umfaßt.
Diesen Strukturumwälzungen der kapitalistischen Basis entsprechend traten Veränderungen innerhalb der Klassen auf.
Die Entstehung der Monopol- und Finanzoligarchie führte zu einer Spaltung der Bourgeoisie. Ihnen gegenüber stehen die nichtmonopolistischen Kapitalisten, die zwar mit der ersten Gruppe das Kapitaleigentum aufrechterhalten wollen, aber entgegengesetzte Interessen bezüglich der Reproduktion ihres Eigentums haben. Im direkten Gegensatz dazu befindet sich

2) Lenin, W.I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke, Bd. 22. S. 201 f.
3) Politische Ökonomie des Kapitalismus. Lehrbuch. Dietz Verlag. Berlin 1980. S. 459.

das stets wachsende, die ganze Gesellschaft umfassende, immer stärker organisierte, weiter ausgebildete und kämpfende Proletariat.

Das Streben nach Monopolprofit drängt das Monopolkapital zur stärkeren Expansion. Kontrolle über die Rohstoffe und Arbeitskräfte, Kapitalexport, neue Absatzmärkte, wachsende Internationalisierung der Produktion, Vertiefung der Arbeitsteilung innerhalb der Monopole und der imperialistischen Länder usw. führen zur Herausbildung internationaler Monopole, die miteinander konkurrieren und/oder zusammenarbeiten. Auf diese Weise kommt es zur Entstehung multinationaler Monopole.

Die Internationalisierung des Monopolkapitals, die ökonomische und territoriale Aufteilung der Welt zwischen Monopolverbänden und Ländern sowie deren Konkurrenz bestimmen den aggressiven Charakter des Monopols. Gewalt, Kriege, Militarisierung der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens werden somit zu wesenseigenen Erscheinungen des Monopolkapitalismus.

Dieses Monopolkapital repräsentiert eine höhere Entwicklungsstufe des Kapitalismus. Die Entstehung des Monopols war eine Anpassung, eine Abwehr der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gegenüber den ihnen "über den Kopf gewachsenen" Produktivkräften und den Widersprüchen, die sie verursachten. Aber das Monopol kann diese Widersprüche nicht lösen und den Kapitalismus nicht stabilisieren, wie Reformisten und Opportunisten (z.B. R. Hilferding, K. Kautsky) behauptet haben. Es reproduziert diese Widersprüche auf einer höheren Stufe.

Das Monopol und der Imperialismus verkörpern die Niedergangsphase des Kapitalismus und den Vorabend des Sozialismus. Der Monopolkapitalismus stellt die materielle Vorbereitung des Sozialismus dar. Die Widersprüche des Kapitalismus sind voll ausgereift. Das Proletariat wird unmittelbar an die sozialistische Revolution herangeführt.[4] "Das aus dem Kapitalismus hervorwachsende Monopol ist bereits das Sterben des Kapitalismus, der Beginn seines Übergangs in den Sozialismus. Die ge-

---

4) Politische Ökonomie, a.a.O., S. 514.

mäßige Vergesellschaftung der Arbeit durch den Imperialismus hat dieselbe Bedeutung."[5]

Die Dialektik zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, speziell der Grundwiderspruch des Kapitalismus, ist in letzter Instanz die Ursache der Entstehung und des Untergangs des Monopolkapitalismus.
In der Realität aber wirkt der Grundwiderspruch vermittels anderer konkreter Widersprüche, die das ganze System von allen Seiten untergraben. Die Zuspitzung dieser Widersprüche ist gesetzmäßige Erscheinung und Ergebnis des Übergangs zum Monopolkapitalismus.

1.2.3.1. Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Das Kapitalverhältnis wird heute sichtbar durch drei große Gruppen von Widersprüchen gefährdet, die zu ihrer Eindämmung die Reaktion des privaten Sektors der Monopole als auch des Staatsapparates bedingen[6]:

a) die Widersprüche in der materiellen Reproduktion des Kapitals;
b) die Widersprüche in der Reproduktion des Kapitalverhältnisses;
c) die Widersprüche in der Reproduktion der politischen Macht des Kapitals.

Die Lösung dieser Widersprüche und die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems machen die aktive Staatseinmischung, die Entwicklung der ökonomischen Funktionen des bürgerlichen Staates, die staatliche Regulierung ökonomischer Prozesse erforderlich. Infolgedessen erhält der bürgerliche Staat durch die Zuspitzung dieser Widersprüche, d.h. mit Beginn des Übergangs zum Monopolkapitalismus, wenngleich unterschiedlich in

---

5) Lenin, W.I.: Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus. In: Werke. Bd. 23. S. 104.
6) Vgl.: Deudis, D./Nußbaum, H.: a.a.O., S. 37 f.

Intensität, Formen und Tempo entsprechend den jeweils vorhandenen Bedingungen, eine neue ökonomische Rolle.
Die erste Widerspruchsgruppe des Monopolkapitalismus, die die staatliche Regulierung des materiellen Reproduktionsprozesses verlangt, resultiert aus der wachsenden Akkumulation des Kapitals und der Vergesellschaftung der Produktion. Mit der wachsenden Akkumulation des Kapitals und dem voranschreitenden Verlauf des wissenschaftlich-technischen Fortschritts steigt die organische Zusammensetzung des Kapitals und beschleunigt die Tendenz zum Fall der Durchschnittsprofitrate.[7]

Das Nichterreichen der Durchschnittsprofitrate von einem Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals führt zur relativen Überakkumulation von Kapital und zu Kapitalüberschuß in der Gesellschaft. Ein Teil des Kapitals kann nicht vollständig verwertet werden und repräsentiert damit entwertetes Kapital. Dadurch wird die kapitalistische Reproduktion wesentlich gestört. Das Kapital wird selbst zur Schranke der kapitalistischen Produktionsweise.[8]
Durch zwei Methoden bekämpft das Kapital diese Erscheinung, einerseits mit der Herausbildung des Monopols, der Preismanipulation und des Monopolprofits sowie andererseits mit der wachsenden staatlichen Regulierung.

Die staatliche Regulierung des Monopolprofits nimmt zwei Formen an: a) die Erweiterung des Staatseigentums und b) die staatliche Finanzierung.[9] Der kapitalistische Staat erscheint hier als Kapitaleigentümer und Eigentümer von Produktionskapazitäten. Die vom Staat vergebenen Kredite und Aufträge, die Subventionen bzw. der Verkauf der vom Staat produzierten Waren oder Dienstleistungen zu niedrigeren, d.h. unter den Kosten liegenden Preisen an private Monopole usw. steigern die Profitrate des privaten Kapitals. Insofern wirft das dem Staat gehörende Kapital nicht die Durchschnittsprofitrate ab. Es arbeitet mit Verlust, so daß dieser Teil des Kapitals entwertetes Kapital darstellt. Dadurch können die Widersprüche der Verwertung des

7) Vgl. Mottek, H./Becker, W./Schröter, A.: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. 3, Berlin 1977, S. 72.
8) Marx, K.: Das Kapital. Bd. 3, a.a.O., S. 269.
9) Vgl. Der Staatsmonopolistische Kapitalismus, Dietz Verlag. Berlin 1972. S. 38 ff.

...ten Kapitals vorübergehend gelöst werden. Das Wirken ... Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate modifiziert sich erheblich, da das staatliche Kapital ihr Fallen ...ensiert.

...de und nur unter dem Aspekt der vom Kapitalverhältnis ... Laufe der Entwicklung der Produktivkräfte selbst gesetzten Schranken sprach Engels über die Notwendigkeit der Staatseinmischung "...So oder so, mit oder ohne Trusts, muß schließlich der offizielle Repräsentant der kapitalistischen Gesellschaft, der Staat, die Leitung der Produktion übernehmen."[11]

...n zweiter Widerspruch in der materiellen Produktion entsteht durch die Notwendigkeit der Regulierung des Monopolprofits. Die Planmäßigkeit innerhalb der großen Konzerne gerät in Widerspruch mit der wachsenden Anarchie auf gesellschaftlicher Stufenleiter, hervorgerufen durch die monopolistische Konkurrenz. Die Gewährleistung des Gesamtreproduktionsprozesses erfordert die Existenz eines stabilen gesetzlichen und ökonomischen Rahmens, des Bekanntseins der Spielregeln zwischen den Monopolen, des Vorausgesehens und der Programmierung gesamtwirtschaftlicher Kennziffern usw., usf. Aus diesem Bedürfnis entwickelt sich die staatliche Programmierung und Planung als eine Form der staatsmonopolistischen Regulierung.

Schließlich machen die wachsende Akkumulation des Monopolkapitals, die Vergrößerung der Dimensionen der Produktion, die Vertiefung der Arbeitsteilung und die Internationalisierung des Monopolkapitals die staatliche Regulierung auf internationaler Ebene notwendig. Internationale staatliche Organisationen und Regelungen, sowohl wirtschaftlicher als auch politischer Art, widerspiegeln den Versuch der bürgerlichen Staaten, die nationalen Schranken, die den Expansionsdrang der Monopole hindern, zu beseitigen.

...n zweites Feld der staatlichen Regulierung entspringt der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse, die aus dem antagonistischen Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie hervorgeht. Das Wachstum der Ar-

---

11) Engels, F.: In: MEW Bd. 19. a.a.O., S. 220 f.

beiterklasse, ihre Organisierung in den Gewerkschaften und in den Arbeiterparteien zwingt die Bourgeoisie durch den fortwährenden Klassenkampf zu vielen Zugeständnissen und zur Anpassung an die neuen Bedingungen. Angesichts der Systemgefährdung interveniert der Staat aktiv in die Klassenbeziehungen durch die Bestimmung der Lohnleitlinien und der Einkommenspolitik, durch die Einführung und Vervollkommnung sozialer Zuwendungen sowie der sozialen Versicherung. Diesem Zweck dienen auch ähnliche sozialpolitische und Einkommensmaßnahmen gegenüber anderen antimonopolistischen Klassen und Schichten (Bauern, Handwerker u.a.), deren Existenz vom Monopolprofit immer mehr bedroht wird.

Die dritte Ursache, die die ökonomische Staatsaktivität erzeugt, ist die Aufrechterhaltung des politischen Systems und des bürgerlichen Staates selbst, als Voraussetzung für die Weiterexistenz des Kapitalismus. Dabei wirkt der äußere Widerspruch, hervorgerufen durch die Entstehung des Sozialismus, die Befreiungsbewegung sowie die imperialistische Auseinandersetzungen bis zur zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Im Inneren wirkt der direkte politische Klassenkampf des Proletariats.
Die wachsende Militarisierung der Wirtschaft, die steigenden Ausgaben für den Unterdrückungsapparat, die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitung sind konkrete Ursachen, wodurch staatliche ökonomische Tätigkeit sich entfaltet. Der Parasitismus des Monopolkapitalismus kommt zusätzlich zum Ausdruck in der wachsenden Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten der politischen und militärischen Staatsbürokratie.

Die aufgrund der drei Widerspruchskomplexe hervorwachsende staatliche Regulierung der Wirtschaft vollzog sich mit dem Übergang des Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus. Das Monopolkapital ist Gesellschaftskapital. Es stellt die Aufhebung des Kapitals innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise dar und "fördert daher die Staatseinmischung heraus."[12] Die Notwendigkeit der ökonomischen

[12] Marx, K.: Das Kapital. Bd. 3. a.a.O., S. 454.

Rolle des Staates im Spätkapitalismus geht also von der Entwicklung des Monopolkapitalismus aus, die alle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise verschärft.
Die Dämpfung der Widersprüche der materiellen Reproduktion durch den bürgerlichen Staat ist nicht neu[13] in der Geschichte im allgemeinen, und der des Kapitalismus im besonderen. Diese Aufgabe liegt im Rahmen seiner Kompetenz, die Klassengegensätze zu dämpfen. Nur erscheinen im Kapitalismus die Klassenkonflikte überhaupt in ökonomischer Hülle, d.h. vermittelt. Darüber hinaus erreicht die Produktion mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus einen höheren Vergesellschaftungsgrad, so daß die Regulierung des Reproduktionsprozesses zur Hauptfunktion der Staatstätigkeit wird. Dadurch erhält auch die ökonomische Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß eine "neue Qualität"[14].
Jedoch stellt die staatliche Regulierung des Reproduktionsprozesses nur eine Seite dar. Kooperierend und arbeitsteilig mit ihr wirkt der Regulierungsmechanismus der Monopole. Monopolprofitmechanismus und staatliche Regulierung sind somit ein einheitlicher Mechanismus von Vorgängen, Maßnahmen, Institutionen usw.

Die ökonomische Staatstätigkeit ist heute zu einem unabdingbaren Bestandteil des Reproduktionsprozesses geworden. Immer mehr tritt Staatsaktivität in verschiedenen Formen auf, um den vergangenen spontanen Wert-Profit-Mechanismus zu ersetzen, zu ergänzen und zu korrigieren. Der gesamte Reproduktionsprozeß wird nicht mehr allein durch das Wertgesetz reguliert. Der technische Fortschritt und die politischen Entscheidungen modifizieren seine Durchsetzung. Insofern modifizieren sich erheblich die Wirkungsbedingungen der ökonomischen Gesetze, nehmen andere Formen an. "Was sich in historisch verschiedenen Zuständen ändern kann, ist nur die Form, worin jene Gesetze sich durchsetzen."[15] Letzten Endes aber bilden die inneren Gesetze der kapitalistischen Basis den be-

13) Baudis, D./Nußbaum, H.: a.a.O., S. 36.
14) Ebenda. S. 37 f.
15) Marx, K.: In: MEW. Bd. 32. S. 553. Über die Modifizierung des Wertgesetzes am Beispiel der Aufrüstung. Vgl. auch Lenin, W.I.: In: Werke, Bd. 25. S. 57 f.

dominanten Faktor der Wirtschaftsregulierung und die Triebkraft jeglicher Entwicklung.[16]

Der Staat spielt eine wachsende Rolle bei der Verteilung der gesamten gesellschaftlichen Arbeit in der Wirtschaft. Somit ist der Inhalt der ökonomischen Staatstätigkeit heute die Regulierung des gesamten Reproduktionsprozesses. Dagegen bleibt die Leitung des unmittelbaren Verwertungs- und Ausbeutungsprozesses primär Angelegenheit des privaten Monopolkapitals. Da aber daraus bestimmte Effekte für die gesamte Reproduktion entstehen, verliert die spontane privatmonopolistische Regulierung nicht an Bedeutung.
Die Einheit von staatlicher und privatmonopolistischer Regulierung in der staatsmonopolistischen Regulierung ist somit die heutzutage allein mögliche Bewegungsform des Reproduktionsprozesses im Imperialismus. Infolgedessen ist staatsmonopolistischer Kapitalismus die wachsende Verstaatlichung der kapitalistischen Reproduktion[17], die darauf gerichtet ist, "die spontanen privatkapitalistischen Regelmechanismen zu stärken und ihre (begrenzte) Anpassung an die sich ständig erweiternde Stufenleiter der Vergesellschaftung der Produktion zu unterstützen".[18]
Lenin charakterisierte den einheitlichen staatsmonopolistischen Regulierungsmechanismus der Reproduktion als "die Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus".[19] Unter Vereinigung aber dieser zwei Mächte versteht er nicht die institutionelle Verschmelzung, Fusion, Absorption und Verschwinden der einen Seite in der anderen.[20] Es geht vielmehr um eine Wechselwirkung zwischen den zwei Strukturen des heutigen Kapitalismus,

16) Vgl. auch: Baudis, D./Nußbaum, H.: a.a.O., S. 37 und Politische Ökonomie des Kapitalismus. Lehrbuch. a.a.O., S. 571.

17) Malich, Uwe: Theoretisches und Historisches zur Genesis des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland. Ein Beitrag zur Diskussion. In "Studien zur Wirtschaftsgeschichte des Imperialismus". H.Ö, Berlin 1982. S. 115.

18) Baudis, D./Nußbaum, H.: a.a.O., S. 37.

19) Lenin, W.I.: Krieg und Revolution. In: Werke, Bd. 24, S. 401.

20) Vgl. auch: Der Staatsmonopolistische Kapitalismus. a.a.O. S. 22.

wobei jede Struktur ihre eigene Rolle und relative Selbständigkeit bewahrt. Die Ziele jedoch sind gleich, nämlich die Gewährleistung eines reibungslosen Reproduktionsprozesses, die Profitmaximierung und die Systemsicherung.
Jedoch entstehen zwischen Staatsapparat und den Monopolen Unterschiede und Gegensätze, so daß die staatsmonopolistische Regulierung als eine widerspruchsvolle Einheit betrachtet werden kann. Die besonderen Interessen des Monopolkapitals zur Profitmaximierung lassen sich nicht immer mit den gesamten Interessen der Systemerhaltung vereinbaren, die eine Profitregulierung verlangen. Auch Widersprüche zwischen Monopolfraktionen stören erheblich den gesamten Reproduktionsprozeß.[21] Insgesamt ist der Verwertungsprozeß des einzelnen Monopolkapitals und der daraus resultierende Monopolprofitmechanismus als spontaner Regulator der erweiterten Reproduktion nicht zu vereinbaren mit dem Ziel der Staatsfunktion, nämlich dem Schutz des gesamten Systems. Für das einzelne Monopolkapital bleiben, trotz der steigenden Bedeutung der Assoziation gegenüber dem Proletariat und dem Sozialismus, das Ausbeutungsfeld und die Profitmaximierung primär, während die Sicherung des gesamten Reproduktionsprozesses primär dem Staat überlassen wird.
Sicherung des Systems aber bedeutet hier nicht nur Zugeständnisse gegenüber der Arbeiterklasse und Schutz der Staatsexistenz selbst, sondern auch Sicherung der Profitrate gegen ihre Tendenz zum Fallen, ohne die das Kapital die Produktion nicht wiederholen kann.
Die Unterschiedlichkeit der unmittelbaren Ziele, die dem eigenen Wesen der historischen Subjekte (Staat, Monopolbourgeoisie) entspringt, bietet den Boden für Konflikte, Auseinandersetzungen - auch zuweilen sehr grundsätzlichen Charakters - zwischen Staat und Monopolen bzw. Monopolkapital, die die gesamte Wirtschaftsregulierung und ihren Apparat kritisch gefährden können.

---

21) Vgl.: Der Staatsmonopolistische Kapitalismus. Einführungen in marxistische Analysen aus der DDR, Frankreich und der SU. Frankfurt am Main 1973. S. 75.

3.2.3.2. Mittel und Formen der staatlichen Regulierung der Wirtschaft

Die Herstellung der gesellschaftlich notwendigen Proportionen der Wirtschaft für den reibungslosen Verlauf der erweiterten Reproduktion beeinflußt der Staat mit den Mitteln und Instrumenten, die zu seiner Verfügung stehen. Sie sind Erscheinungsformen der ökonomischen Rolle des Staates und Produkte der historischen Entwicklung.

a) Das Staatseigentum ist das ausgeprägteste Mittel, in dem die ökonomische Präsenz des Staates heute sichtbar wird. In den meisten hochentwickelten kapitalistischen Ländern ist der Staat zum großen Eigentümer und insofern zum "wirklichen Gesamtkapitalisten" geworden. Anfang der 70er Jahre verfügte der BRD-Staat über ca. 27 % des Kapitals aller Aktiengesellschaften.[1] Nach anderen Angaben besaß der Staat Anfang der 60er Jahre einen wichtigen Teil des Nationalreichtums, nämlich 14,2% in den USA, 36 % in Frankreich, 24,4 % in Japan.[2] Die Bedeutung des Staatseigentums geht aber über seine absolute Größe hinaus, denn es besitzt einen hohen Anteil in einer Reihe führender Zweige und repräsentiert einen extrem hohen Monopolisierungsgrad in einigen Wirtschaftssphären.[3] Die Ursachen für das im Vergleich mit dem vormonopolistischen Kapitalismus enorme Wachstum des Staatseigentums heute sind vielfältig und in der Verschärfung der komplizierten Widersprüche des Kapitalismus zu suchen.
Alle drei Widersprüche, die die ökonomische Rolle des Staates erfordern, sind auch bei der Herausbildung des Staatssektors vorhanden. Besondere Beachtung verdient jedoch jenes Staatseigentum, das direktes Instrument zur Erhöhung des gesamten Monopolprofits ist.
Die Erhöhung des Monopolprofits auf diese Weise erfolgt über die Umverteilung des in den Staatsbetrieben produzierten Mehrwerts zugunsten der Monopole durch niedrige Verkaufs-, höhere

[1] Autorenkollektiv: Der Imperialismus in der BRD. Berlin 1972, S.15
[2] Politische Ökonomie des heutigen ...a.a.O., S. 417
[3] Ebenda, S. 421.

Ankaufpreise, kostenlosen Zugang zu den wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen u.a., durch den Aufkauf von unrentablen, veralteten aber gesellschaftlich notwendigen Betrieben (Energie, Verkehr, Infrastruktur u.a.) oder durch Reprivatisierung anderer noch konkurrenzfähiger Betriebe. Insoweit beeinflußt das Staatseigentum direkt den Verwertungsprozeß des Monopolkapitals. Der Staat verwandelt sich direkt in einen, dem Fall der Profitrate entgegenwirkenden Faktor.
Dadurch aber unterstreicht das Staatseigentum auch nachdrücklich die Überlebtheit des kapitalistischen Eigentums und die objektive Notwendigkeit der Entstehung einer anderen Eigentumsform, des sozialistischen Eigentums.
„Denn nur in dem Falle, daß die Produktions- oder Verkehrsmittel der Leitung durch Aktiengesellschaften wirklich entwachsen sind, daß also die Verstaatlichung ökonomisch unaufhaltsam geworden, nur in diesem Falle bedeutet sie, auch wenn der heutige Staat sie vollzieht, einen ökonomischen Fortschritt, die Erreichung einer neuen Vorstufe zur Besitzergreifung aller Produktivkräfte durch die Gesellschaft selbst."[4]

Es ist gerade auch diese doppelte Bestimmung des Wesens des Staatseigentums, welche die wütenden Angriffe des Monopolkapitals gegen den Staat heute hervorruft.

b) Die Staatsfinanzen sind ein zweites Mittel der ökonomischen Staatstätigkeit. Ihr Inhalt bildet die Umverteilung des Sozialprodukts und seine Lenkung nach Prioritäten, die den Monopolprofit, die gesamte Reproduktion und Systemsicherung garantieren.
In vielen hochentwickelten kapitalistischen Ländern hat der Anteil des durch den Staat konzentrierten und umverteilten Nationaleinkommens Ende der 60er Jahre fast 50 % erreicht.[5] Das veranschaulicht die erhebliche Rolle der sekundären Ver-

4) Engels, F.: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. In: MEW. Bd. 19. S. 221.

5) Im Jahr 1968 waren es in den USA 35,1%, England 42,5%, Frankreich 47,9%, BRD 47,2%, Italien 38,2%, Japan 25,3%. Tjulpanow, S.I./Scheinis, V.L.: Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus. Verlag Die Wirtschaft. Berlin 1975. S. 114.

...lung bei der gesellschaftlichen Distribution, die direkt politischen Entscheidungen unterliegt.
Die Besonderheit der Staatsfinanzen heute gegenüber früheren Epochen liegt am Übergewicht der mit der ökonomischen Reproduktion zusammenhängenden Ausgaben, so daß es gerechtfertigt ist, von einer "neuen Rolle" der Staatsfinanzen zu sprechen. Aber auch die Ausgaben für traditionelle Zwecke haben durch die Militarisierung und Bürokratisierung nicht nachgelassen, zumal sie durch einen neuen, von der dem Monopol immanenten Aggressivität bestimmten Inhalt gekennzeichnet sind.
Die Staatsfinanzen bilden das Herz der gesamten ökonomischen Aktivität des Staates, die wichtigste materielle Grundlage und den Hebel für die Realisierung seiner Rolle im Reproduktionsprozeß. Eine Reihe von Formen der Staatsaktivität, wie Sozial-, Wachstums-, Konjunktur-, Industrie- und Handelspolitik u.a. sind unmittelbar an die Existenz und Blüte der Staatsfinanzen geknüpft.

c) Das Geld- und Kreditsystem des heutigen Monopolkapitalismus wurde im Verlauf der allgemeinen Krise des Kapitalismus der staatlichen regulierenden Wirtschaftstätigkeit untergeordnet.
Institutionell kam diese Tatsache zum Ausdruck in der Entstehung des staatlichen Banksystems, insbesondere der Zentralnotenbanken als Steuerungszentren der Geldzirkulation, des Kreditwesens usw.
Die wachsende staatliche Tätigkeit in der Zirkulationssphäre sieht man ganz deutlich in der Veränderung des Charakters des Geldes. Im ersten Weltkrieg wurde in allen Ländern die Einlösungspflicht des Papiergeldes und der Staatsbanknoten gegen Gold aufgehoben und nie wieder uneingeschränkt eingeführt (eine Ausnahme bildeten lediglich die USA). Mit dem System von Bretton Woods nach dem zweiten Weltkrieg ist die Goldkonvertibilität auf den US-Dollar und kurzfristig auf das englische Pfund nur innerhalb des internationalen Verkehrs erhalten geblieben.

Im Verlauf des dritten Stadiums der allgemeinen Krise des Kapitalismus wurde die Goldkonvertibilität endgültig beseitigt (1971).
Durch diese Prozesse sind die nunmehr auf echtem Kreditgeld beruhenden Staatsbanknoten vollständig in fiktives Geld mit Zwangskurs verwandelt worden.
Diese Veränderungen in der Geldzirkulation wurzeln im wesentlichen in der zunehmenden Rolle des Monopols und letztlich der Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses.
Zur Überwindung der kurzfristigen Wirtschaftsschwankungen (Krisenzyklus, internationaler Waren- und Kapitaltransfer) und zur Steuerung des Reproduktionsprozesses führen die zentralen Banken eine aktive Kreditpolitik durch: a) die Diskontopolitik zur Beeinflussung der Höhe der Zinssätze, b) die Offen-Markt-Politik zur Beeinflussung des Umfanges des Geldes durch Verkauf-Ankauf von staatlichen Wertpapieren, c) die Mindestreservenpolitik zur Beeinflussung der Kreditgewährung der privaten Banken durch Hinterlegung eines bestimmten Teils ihrer Einlagen.
Geld- und Kreditpolitik sind eng mit der Finanzpolitik, den Staatsschulden, Papiergeldemissionen u.a. verflochten. Ihr Ziel ist es, die Investitionstätigkeit zu erweitern und riesige Produktionskapazitäten (Rüstung, Export) auszulasten, unabhängig von den objektiv bestimmten Realisierungsmöglichkeiten. Um den Preis der Inflation gestattet die staatsmonopolistische Beeinflussung der Geldzirkulation und des Kreditwesens "...bedeutend umfassender als unter den Bedingungen des Wirkens von nur privaten Bankmonopolen, die Produktion zeitweilig relativ unabhängig von den tatsächlichen objektiven Realisierungsmöglichkeiten auszuweiten, damit in bestimmtem Umfang zeitweilig und teilweise Schranken, die die kapitalistischen Produktionsverhältnisse ziehen, zu überspringen."[6]

---

6) Politische Ökonomie des Kapitalismus. a.a.O., S. 593.

d) Die Programmierung ist ein Mittel zur staatlichen Regulierung des Reproduktionsprozesses, die trotz ihres erstmaligen Auftretens in der Kriegswirtschaft des ersten Weltkrieges bzw. mit der großen Wirtschaftskrise 1929-33, erst nach dem zweiten Weltkrieg zu einem umfassenden, für viele kapitalistische Länder gemeinsamen Charakteristikum geworden ist.[7] Die materielle Grundlage dafür ist die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion, das Vorhandensein eines breiten staatlichen Sektors, die Notwendigkeit der Umverteilung des Sozialprodukts durch die Staatsfinanzen, der Druck des Klassenkampfes und der monopolistischen Konkurrenz.
Die wachsende Konzentration des Kapitals und die zunehmende monopolistische Konkurrenz machen es für die Monopole notwendig, die langfristigen Tendenzen in der Wirtschaft zu berücksichtigen und perspektivisch strategische Struktur- und Zweigbewertungen auszuarbeiten.
"Eine mehr oder minder abgestimmte Zusammenfassung der verschiedenen perspektivischen Richtungen in der Wirtschaftspolitik des Staates ist das Ziel der staatsmonopolistischen Programmierung."[8]
Inhalt der Programmierung ist die Meisterung makroökonomischer Aufgaben wie Wachstum, Beschäftigung, Investitionsstrategie, Regional- und Zweigstruktur u.a.

Die letzten Jahrzehnte sind dadurch gekennzeichnet, daß von der kurzfristigen auf die mittel- und langfristige Programmierung übergegangen wurde. Entsprechend den historischen Besonderheiten ist die Programmierung unterschiedlich stark in den verschiedenen Ländern entwickelt; in Frankreich, Japan, Belgien, England beispielsweise stärker und frühzeitiger als in der BRD und den USA. In letzteren trat sie zunächst als langfristige Prognostizierung auf.
Endziel jeder kapitalistischen Planung ist die Regulierung des Monopolprofits und die Systemerhaltung. Insofern dient die Wirtschaftsprogrammierung primär den Interessen der Finanzoligarchie.

7) Siehe ausführlicher: Bönisch, A: Wirtschaftsprogrammierung im Kapitalismus. Verlag Die Wirtschaft. Berlin 1969. Auch: Butterwegge, Ch.: Alternativen der Wirtschaftslenkung. Paul-Rugenstein, Köln 1976.
8) Politische Ökonomie des heutigen...a.a.O., S. 464.

objektive Grenze, die das Privateigentum der Programmie-
rung setzt, der unverbindliche Charakter der Planziele, soll-
ten zu einer Unterschätzung der Bedeutung der Programmie-
rung für den kapitalistischen Reproduktionsprozeß führen:
Widerspruchsvoll, unvollständig und inkonsequent die kapi-
talistische Programmierung auch sein mag, sie ist jedoch falsch,
die Rolle zu übersehen, die sie im Reproduktionsprozeß spielt.

Da sie die gesamte Wirtschaft oder einen bedeutenden Teil da-
von umfaßt und für eine bestimmte Perspektive zugeschnitten
ist, erweist sie sich zweifellos wesentlich effektiver als
die laufende Regulierung wie auch die sporadischen Maßnahmen,
die nur einzelne Abschnitte und Bereiche der kapitalistischen
Wirtschaft berühren.

Durch die oben genannten vier Mittel des staatlichen Regulie-
rungsinstrumentariums versucht der kapitalistische Staat heu-
te, konkrete Widersprüche in der Reproduktion einzudämmen.
Dabei erscheinen verschiedene Konkretionen staatlicher Akti-
vität, wie beispielsweise die Sozial-, Wachstums-, Antikrisen-,
Einkommens-, antiinflationistische und Handelspolitik sowie
die Militarisierung der Wirtschaft. Alle diese Politiken des
Staates streben die Gewährleistung eines reibungslosen Repro-
duktionsprozesses des Profits und des Systems an. Gleichzei-
tig verstärkt sich mit der gesetzmäßigen Zuspitzung aller Wi-
dersprüche des Kapitalismus die Verstaatlichung des kapitali-
stischen Reproduktionsprozesses.

Große Bedeutung, sowohl für die Theorie als auch für die Pra-
xis, kommt der Unterscheidung zwischen den direkten, adminis-
trativen und den indirekten Formen der staatlichen Regulie-
rung zu.

Unter den direkten staatlichen Regulierungsmaßnahmen bzw.
dem Dirigismus versteht man das Staatseigentum und die un-
mittelbare Einflußnahme auf den Reproduktionsprozeß durch
Produktionsbefehle (Lohn- und Preisstop, Devisenzwangswirt-
schaft, Zwangsbewirtschaftung u.ä.). Diese Art von Regulierung
ist typisch für die Zeit der Kriegs- und Rüstungswirtschaft.

9) Politische Ökonomie des heutigen..., a.a.O., S. 474.
10) Vgl.: Dirigismusdiskussion in: DIW-Berichte, Heft 9/
1971. Berlin. S. 6 ff.
11) Hottok, H./Becker, W./Schröter, A.: a.a.O., S. 148.

Dagegen ist die indirekte staatsmonopolistische Regulierung durch die Ausnutzung ökonomischer Hebel wie z.B. der Staatsfinanzen und des Geld- und Kreditinstrumentariums gekennzeichnet.
In der Entwicklung des Monopolkapitalismus wechseln diese beiden Formen. Direkte administrative ökonomische Staatstätigkeit ist zu beobachten, insbesondere wenn sich in einem Land die ökonomischen Schwierigkeiten vertiefen.
Der starke Gegensatz der Monopolbourgeoisie zu diesem administrativen Charakter der Wirtschaftsregulierung verfolgt nicht nur praktische Zielsetzungen, d.h. die Ausschaltung des Monopolprofits von der staatlichen Regulierung, sondern auch politisch-ideologische Ziele. Das Modell der "gelenkten Marktwirtschaft" ist viel geeigneter für die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus. Darüber hinaus fürchtet das Monopolkapital, daß durch die offene Regulierung der Preise, Löhne usw. die Massen ihren Einfluß auf den Staatsapparat verstärken könnten.

Aber auch die Arbeiterklasse widersetzt sich den direkten Regulierungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates. Die Gewerkschaften in Frankreich haben sich im letzten Jahr direkt gegen einen Lohn- und Preisstop ausgesprochen, sogar unter der Regierung einer sozialistischen Partei.
Aber auch indirekte Formen der staatlichen Wirtschaftslenkung können in schwierigen Zeiten entstehen, vor allem aufgrund nationaler Besonderheiten. Dazu gehört z.B. die Roosevelt'sche New-Deal-Politik der 30er Jahre in den USA. Jedoch die volle Entfaltung der indirekten Methoden der Staatstätigkeit erfolgt mit Hilfe der ökonomischen Theorien nach dem zweiten Weltkrieg.[12]
Jedoch nahmen auch Eingriffe administrativen Charakters in den Reproduktionsprozeß unter den Bedingungen der 70er Jahre, wie z.B. der Lohn- und Preisstop in Großbritanien 1973 und in den USA 1971, d.h. in Jahren zunehmender ökonomischer Schwierigkeiten wieder zu. Ein besonderes Ausmaß erreichte diese Tendenz in vielen Ländern nach der Wirtschaftskrise 1974-1975.

[12] Ebenda. S. 148, 132 f.

1.3. Die theoretische Widerspiegelung der Entwicklung der ökonomischen Rolle des Staates in der ökonomischen Theorie. Die marxistische Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die zunehmende Verstaatlichung des Reproduktionsprozesses als eine Begleiterscheinung der Entwicklung des Monopolkapitalismus fand unterschiedliche Reflexionen in den ökonomischen bürgerlichen und marxistischen Theorien.

Mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus wird auch die bürgerliche politische Ökonomie immer mehr verstaatlicht.[1] Innerhalb einer Fülle von Theorien entwickelten sich hauptsächlich zwei Richtungen, die entweder mehr die ideologisch-apologetische oder mehr die praktisch-anleitende Funktion der ökonomischen Theorie bei der Verteidigung der Interessen der Monopolbourgeoisie und der Stabilisierung des Systems repräsentierten, heraus. Vertreten werden diese zwei Richtungen vor allem durch die Theorie des Wohlfahrtsstaates und die des keynesianischen "regulierten Kapitalismus".

Indem die Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus die staatliche Regulierung des Reproduktionsprozesses notwendig gemacht hat, entwickelte sich mit Notwendigkeit das Erfordernis eines theoretischen Gerüsts, das Anleitung zum praktischen Handeln des bürgerlichen Staates ist. Die Entstehung des Keynesianismus und seiner Lehre vom "regulierten Kapitalismus" in der ersten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus war eine Reaktion auf diese objektiven Erfordernisse. Die Anerkennung der Widersprüche des Kapitalismus (Arbeitslosigkeit, Krisen u.a.) und ihre Bekämpfung durch den Staat bedurfte dringend realer Erkenntnisse über den gesamten kapitalistischen Reproduktionsprozeß. Keynes' Beitrag bestand darin, daß er mit seinem ökonomischen Hauptwerk, "Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes", der Hinwendung der bürgerlichen politischen Ökono-

---

1) Autorenkollektiv: Politische Ökonomie (Leitung G.A. Kosakow). Dietz Verlag. Berlin 1977. Bd. 2. S. 630.

zu den gesamtwirtschaftlichen Prozessen und Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Durchbruch verholfen hat. Innerhalb der bürgerlichen politischen Ökonomie hat seitdem der Begriff "Makroökonomie" seinen festen Platz.[2]

Sowohl die keynesianischen und neokeynesianischen Theorien des regulierten Kapitalismus in ihrem Streben nach effektiver Wirtschaftspolitik, zu wissenschaftlichen Analysen, Teiltheorien und Vorschlägen für eine erfolgreiche staatliche Wirtschaftsregulierung der kapitalistischen Ökonomik gelangten, blieben die Ursachen der kapitalistischen Widersprüche verborgen. Die Wissenschaftlichkeit ihrer Aussagen ist nur auf die äußeren verwandelten Formen, in denen sich die kapitalistischen Produktionsverhältnisse an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft darstellen, beschränkt. Die allgemeinen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten bleiben außer Betracht. Diese Schlußfolgerung bestätigten auch die Krise sowie das Scheitern der staatsmonopolistischen Regulierung und der Wirtschaftspolitik in den 70er Jahren, wo praktisch langjährig als Regeln geltenden Grundsätze der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie zunichte gemacht wurden.[3]

Stärker als im Keynesianismus kommt indes die apologetische, wesensideologische Funktion in der modernen bürgerlichen Ökonomie des "Wohlfahrtsstaates" zum Ausdruck. Dementsprechend richtet sich die ökonomische Staatsaktivität auf die Sicherung der Wohlfahrt aller Mitglieder der Gesellschaft, denen die soziale Versicherung garantiert. Der "demokratische" bürgerliche Staat sorgt für die Vollbeschäftigung und die gerechte Umverteilung des Nationaleinkommens, vor allem mittels der Sozialpolitik zugunsten der Ärmeren. So wird der Staat ein Instrument der gesamten Gesellschaft. Revolutionäre politische und soziale Veränderungen sind überflüssig. Die Gesellschaft hört auf, kapitalistisch zu sein.

---

[2] Siehe z.B.: Neokeynesianismus. Akademie Verlag, Berlin 1972.

...se Theorie, die übrigens nicht einheitlich, sondern in ...lichen Varianten existiert[3], wurde besonders unter den für den Kapitalismus günstigen Bedingungen der 50er und 60er Jahre von der rechten Sozialdemokratie propagiert. Der "Wohlfahrtsstaat" war teilweise identisch mit dem Leitbild des "demokratischen Sozialismus" in seiner rechten Ausprägung.[4] Wegbereiter und Vorläufer der Theorie des Wohlfahrtsstaates trifft man sehr frühzeitig innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung, besonders in Deutschland, wo die soziale, systemstabilisierende Funktion des bürgerlichen Staates sich am frühesten entwickelte. Dazu gehören z.B. die Auffassungen über den bürgerlich-reformistischen "Staatssozialismus" von A. Wagner (1835-1917)[5] oder die des Revisionisten E. Bernstein, der in der erweiterten Rolle des Staates die überflüssig werdende Vergesellschaftung der Produktionsmittel durch die sozialistische Revolution sah.[6]

Ziel dieser Theorien war die ideologische Beeinflussung der Massen, ihre Integration in das kapitalistische System. Die durch den Kampf der Arbeiterklasse erkämpften sozialen Rechte und die Anpassung der Monopolbourgeoisie an die Bedingungen des organisierten Kampfes des Proletariats wurden der Tätigkeit des angeblich den Interessen der gesamten Gesellschaft dienenden Staates zugeschrieben. Der ideologisch-apologetische Charakter der Theorie des Wohlfahrtsstaates, ihre falsche Widerspiegelung der Wirklichkeit und damit ihr unwissenschaftlicher Charakter tritt unter anderen gerade in den Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten und Krisen in Erscheinung. Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, Abbau der staatlichen Sozialausgaben und Beihilfen u.a. zeigen ganz deutlich den bürgerlichen Charakter des Staates. Somit stellte die Wirtschaftskrise 1974-76 folgende Zeitperiode auch den Bankrott der sozialdemokratisch-reformistischen Theorien und Illusionen über den Wohlfahrtsstaat, wie selbst viele sozialdemokratische

3) Felix, D.: Das Dilemma der Theorie vom Wohlfahrtsstaat. Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin 1979. S. 9.
4) Ebenda, S. 56.
5) Vgl.: Krause, W./Rudolph, G.: Grundlinien des ökonomischen Denkens in Deutschland 1848 bis 1945. Akademie-Verlag. Berlin 1980. S. 131 ff.
6) Bernstein, E.: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart 1920. S. 190 ff.

[illegible][7] der.
In der Theorie des "Wohlfahrtsstaates" wird das Problem des Eigentums an den Produktionsmitteln umgangen und verschwiegen. Gerechtigkeit und soziale Sicherheit werden nicht in den Produktionsverhältnissen der Gesellschaft gesucht, sondern in den sekundären Umverteilungsprozessen. Die Ausbeutung in der Produktion bleibt unangetastet und die Stellung des Arbeiters zu den Produktionsmitteln unbeachtet. Aber, betonte schon F. Engels:
"Das ist ja gerade der wunde Punkt, daß, solange die besitzenden Klassen am Ruder bleiben, jede Verstaatlichung nicht eine Abschaffung, sondern nur eine Formveränderung der Ausbeutung ist."[8]

Der letzten Endes unwissenschaftliche Charakter aller bürgerlichen Theorien über die ökonomische Rolle des Staates im Monopolkapitalismus kommt, wie auch die Praxis der staatsmonopolistischen Regulierung zeigt, darin zum Ausdruck, daß sie nicht die gesamtgesellschaftlichen, sondern nur die Interessen der Monopolbourgeoisie reflektieren, die im Widerspruch zum objektiven Fortschritt stehen. Das Subjekt-Objekt-Verhältnis der ganzen Gesellschaft gegenüber ihren Produktionsbedingungen wird nicht aufgehoben. F. Kumpf betont dabei: "Es handelt sich um die mehr oder weniger wissenschaftliche Erfassung bestimmter realer Sachverhalte im gesellschaftlichen Produktionsprozeß. Dennoch kann sie nicht darauf prätendieren, eine bewußte wissenschaftliche Lenkung des gesellschaftlichen Prozesses darzustellen. Da die kapitalistische Lenkung nicht von den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen ausgeht, weil sie nicht auf die Realisierung der Interessen der gesellschaftlichen Individuen in ihrer konkreten Totalität gerichtet ist, bleibt auch der gesellschaftliche Zusammenhang undurchschaubar, was zur Folge hat, daß auch die wissenschaftliche Erkenntnis bestimmter Zusammenhänge und die darauf aufbauende Programmierung, so exakt sie auch von den objektiven Interessen des Monopolka-

---

7) Vgl.: Pelis, K.: a.a.O., S. 59 ff.

8) Engels, F. an H. Oppenheim. 24. März 1891. In: MEW, Bd. 38. Dietz Verlag, Berlin 1968, S. 64.

pitals aus bestimmte Bereiche erfassen und programmieren und, unwissenschaftlich vom Standpunkt der gesellschaftlichen Entwicklung bleiben."[9]

Die ganze für die metaphysisch denkende bürgerliche Ökonomie schwer zu verstehende Dialektik der ökonomischen Staatstätigkeit im Spätkapitalismus hat aber sehr frühzeitig die marxistische politische Ökonomie erfaßt. Schon Marx und Engels haben auf die doppelte Natur der "Verstaatlichung der kapitalistischen Produktion"[10] hingewiesen, daß dabei zwar der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, aber gleichzeitig der Übergang zu einer neuen Gesellschaft, zum Sozialismus, angekündigt wird.
"Aber weder die Verwandlung in Aktiengesellschaften ... noch die in Staatseigentum, hebt die Kapitaleigenschaft der Produktivkräfte auf ... Der moderne Staat, wie auch seine Form, ist eine wesentlich kapitalistische Maschine, Staat der Kapitalisten, der ideelle Gesamtkapitalist ... Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung."[11]

Den historischen Platz des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat auch Lenin nachdrücklich betont, als er sagte, daß er "die vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist."[12]
Inhaltlich bedeutet dies nicht nur die Feststellung, daß die Produktivkräfte soweit vergesellschaftet sind, daß die Beseitigung des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus

---

9) Kämpf, F.: Probleme der Dialektik in Lenins Imperialismusanalyse. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin 1968. S. 197.

10) Lenin, W.I.: Krieg und Revolution . Werke Bd. 24. Berlin 1974. S. 401.

11) Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW, Bd. 20. o.e.O., S. 260.

12) Lenin, W.I.: Die drohende Katastrophe... In: Werke Bd. 25. S. 370.

möglich, sondern auch, daß die sozialen und ökonomischen Widersprüche im Kapitalismus mit den üblichen Mitteln, auch den staatlichen, nicht zu bewältigen sind, daß sie sich weiter zuspitzen und der Sozialismus objektiv notwendig wird.

Der wissenschaftliche Charakter der Erfassung der neuen ökonomischen Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß durch die marxistische Ökonomie, insbesondere die Klassiker, war objektiv bedingt, denn die Wissenschaftlichkeit hing mit den Interessen der fortschrittlichen Klasse in der Gesellschaft, der Arbeiterklasse, zusammen.
Die entstandene marxistische Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus basiert auf den festen Grundlagen der Kapitalismus-Imperialismus-Analyse und der Staatstheorie von Marx, Engels und Lenin. Im Laufe der historischen Entwicklung wurden jedoch verschiedene Stadien der Herausbildung dieser Theorie sichtbar, in denen neben ihren wissenschaftlichen Grundlagen auch unwissenschaftliche, oberflächliche theoretische Verallgemeinerungen Zugang fanden.
Die Möglichkeit, daß auch in der marxistischen Wissenschaft Meinungsverschiedenheiten und nichtwissenschaftliche Elemente vorhanden sein können, ist durchaus erklärbar.
Viele Kategorien, besonders von den Klassikern formulierte, werden ohne Beachtung ihres Zusammenhangs mit dem historischen Material für sich genommen. Dabei verlieren sie ihren Wert. E. Engelberg betont "Kontroversen unter den Marxisten sind ... in der Schwierigkeit begründet, die Dialektik von Theorie und Empirie in der praktischen Forschung zu meistern."[13]

Das kommt unter anderem zum Ausdruck in der Vermischung der Abstraktionsebenen, auf die sich die verschiedenen methodologischen und theoretischen Kategorien beziehen. Ein typisches Beispiel dafür ist die in den 60er Jahren in der DDR

---

13) Engelberg, E./Mittler, W.: Formationstheorie und Geschichte. Akademie Verlag, Berlin 1978. S. 6.

zwischen Politökonomen und Philosophen durchgeführte Diskussion, ob der Staat in seiner ökonomischen Funktion im Kapitalismus und Sozialismus ein Teil der Basis geworden ist.[14]

G. Stiehler bemerkt dazu, daß es in der Diskussion um zwei verschiedene Abstraktionsebenen, um zwei ganz verschiedene Dinge ging, nämlich zum einen um das Abstrakt-Allgemeine (im Rahmen des historischen Materialismus) und zum anderen um das Konkret-Besondere (die Kapitalismus- bzw. Sozialismus-Analyse). "Die Abstraktionen höchster Stufe haben affirmativen Charakter; sie stellen einen universellen Tendenzzusammenhang fest und abstrahieren dabei von dem gegenwirkenden Momenten, darin liegt ihre große wissenschaftliche Bedeutung und zugleich ihr Mangel."[15] Die konkrete Betrachtung führt folglich zur Aufdeckung der konkreten-historischen Momente der Widersprüchlichkeit der Realität. Das ganze als konkrete theoretische Aneignung der Wirklichkeit besteht somit aus beiden Momenten, und damit wird die vereinfachende dichotomische Feststellung aufgehoben.

Schließlich entstehen theoretische Kontroversen unter den Marxisten in Ergebnis des Fortschritts in der Spezialisierung und der empirischen Forschung. Der Prozeßcharakter des Erkennens läßt den Widerspruch zwischen dem erkennenden Subjekt (Wissenschaftler) und dem zu erkennenden Objekt (Gesell-

---

14) Vgl. u.a. folgende Beiträge in der "Deutschen Zeitschrift für Philosophie".
Alexander, G./Kirsch, H.: Zum Inhalt der Kategorie Basis-Überbau in der marxistisch-leninistischen Philosophie. Heft 7/1969.
Eichhorn, W./ Kosing, A.: Zur Dialektik Basis-Überbau. Heft 5/1969.
Koch, G.: Produktionsverhältnisse und Basis-Überbau-Beziehungen. Heft 7/1972.
Stiehler, G.: Zur methodologischen Handhabung der Kategorien Basis-Überbau. Heft 11/1975.
Derselbe: Über die Elastizität von Kategorien des historischen Materialismus. Heft 7/1977.
Steinsieloff, H.: Über das Verhältnis von Basis und Überbau der Gesellschaft. Heft 4/1977 u.a.

15) Stiehler, G.: Dialektik und Gesellschaft. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin 1981. S. 19.

schaft) nur allmählich und nur annähernd lösen. Dabei ist für die Gesellschaftswissenschaften, wo das Experiment fehlt, die Praxis, d.h. das Zustandekommen der Erscheinungen und Prozesse in ihrer vollständigen reifen und universellen Form von größter Relevanz.'

In der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus erkennt man mehrere Entwicklungsstadien bezüglich der Erfassung des Wesens, der Ursachen und des historischen Platzes des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Als erster hat Lenin im Zusammenhang mit dem ersten Weltkrieg, der Militarisierung der Wirtschaft und der besonderen Stellung des deutschen Imperialismus Wesen und Inhalt des staatsmonopolistischen Kapitalismus wiedergegeben, wenngleich nicht in geschlossener Darstellung. Nach Lenin war der staatsmonopolistische Kapitalismus oder Staatskapitalismus , wie er ihn oftmals nennt, die "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates zu einem einzigen Mechanismus, der viele Millionen Menschen in einer einzigen Organisation des Staatskapitalismus erfaßt."[16] Als materielle Grundlage dieser Erscheinung unterstrich er die Entwicklung der monopolistischen Produktionsverhältnisse, auf die der Krieg als beschleunigender Faktor dabei einwirkte.[17] Darüber hinaus deckte Lenin, wieder in Beziehung mit der Kriegswirtschaft, den Inhalt des SMK als Regulator des Reproduktionsprozesses, als Verstaatlichung der kapitalistischen Produktion und der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf.[18]

Die zersplitterten, nicht systematischen, jedoch eindeutigen Äußerungen Lenins über das Zusammenwachsen des Monopolkapitalismus und der ökonomischen Rolle des Staates veranlaßte J. Kuczynski, die staatsmonopolistische Regulierung des Reproduktionsprozesses als ein sechstes Merkmal, ein nachträgliches Kapitel im Leninschen Werk "Der Imperialismus..." zu betrachten.[19] Diese Meinung entspricht der ganzen Leninschen

16) Lenin, W.I.: Krieg und Revolution. In: Werke, Bd. 24. Berlin 1974. S. 401.
17) Lenin, W.I.: ebenda, Bd. 23, S. 218; Bd. S. 229; Bd. 25, S. 295; 423.
18) Vgl. u.a. Lenin, W.I.: Krieg... a.a.O., derselbe: Siebente Gesamtrussische Konferenz der SDAPR(B), Werke, Bd. 24, S. 302 f.
19) Kuczynski, J.: Zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: Hrsg. L. Zumpe: Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Berlin 1976. S. 3.

Imperialismusanalyse und -theorie, indem die Beziehungen der Ökonomik und der Politik in der Zeit des Monopolkapitalismus einen neuen Charakter annehmen und in einer engen dialektischen Wechselbeziehung stehen.
Jedoch bis Ende der 50er Jahre sind diese genialen Gedanken Lenins über die ökonomische Staatsaktivität von einem großen Teil der marxistischen Ökonomen unterschätzt bzw. deformiert worden. Die dialektische Beziehung des Staates mit dem Monopol als zwei arbeitsteilig kooperierende Glieder einer Einheit verwandelte sich in eine propagandistischen Zielen dienenden "Unterordnung"[20] des Staaten unter das Monopol. Der Staat wurde als ein willenloses Instrument, ohne inneres Leben, Selbstbewegung und historische Existenzgrundlage in den Händen der herrschenden Klasse dargestellt.

Der Inhalt des Staatsmonopolismus wurde andererseits nicht mehr als Regulierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, sondern als ein "räuberisches Instrument" zugunsten der Monopole aufgefaßt.[21]
Diese einseitige und undialektische Betrachtung, die Überschätzung der ohnehin bestimmenden Rolle der Monopole beinhaltete für die Taktik der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern gefährliche Schlußfolgerungen. Scharfe Kritik dieser Version des SMK übte E. Varga.[22]
Die neuen marxistischen Versuche in den 60er und 70er Jahren, das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus wiederzugeben, führten auf Leninsche Formulierungen zurück. Jedoch die "Vereinigung der Riesenmacht des Kapitalismus mit der Riesenmacht des Staates" wurden weitgehend als "Verschmelzung" bei-

---

20) Vgl. u.a.: Politische Ökonomie. Lehrbuch. Berlin 1955. S. 292. Stalin, J.W.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin 1952. S. 44.

21) Vgl. z.B. Kuusinen, O.: Die Tendenzen und Perspektiven des heutigen Monopolkapitalismus. In: Neue Kosmos. 6-7/1960. S. 86 ff. (gr.).

22) Varga, E.: Der Kapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg. In: Ausgewählte Schriften 1918-1964, Bd. 3. Berlin 1979. S. 136 ff. und derselbe: Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus. ebenda.

der Pole dargestellt, wo Widersprüche, Gegensätze und Kampf zwischen Staat und Monopolgruppen ausgeschlossen sind bzw. nur nebenbei genannt werden.[23]

Um die neue Stufe der kapitalistischen Akkumulation in der Nachkriegszeit erklären zu können, gingen viele dieser Autoren aber noch weiter. Sie faßten den staatsmonopolistischen Kapitalismus auf einer höheren Abstraktionsebene, als eine neue Stufe der Monopolisierung und des Monopols.[24] Das hängt auch damit zusammen, daß sie den staatsmonopolistischen Kapitalismus als eine entwickelte Phase des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus betrachten, der hauptsächlich nach dem zweiten Weltkrieg voll herausgebildet wurde.
Die heutige marxistische Diskussion zum SMK wird besonders unter der Frage durchgeführt, ob der SMK ein Grundzug oder eine Phase des Imperialismus ist.
Beide Auffassungen gehen davon aus, daß der Staat in seiner historischen Qualität und Tätigkeit von der Ökonomik, d.h. den herrschenden monopolistischen Produktionsverhältnissen, bestimmt wird, jedoch über eine relative Selbständigkeit und eigene Bewegungsfreiheit verfügt, die notwendig ist, um seine Aufgaben besser und effektiver zu erfüllen.
Hinter der Frage "Phase oder Grundzug" aber verbergen sich ernste wissenschaftliche Meinungsverschiedenheiten über das Wesen, die Ursachen und historischen Perspektiven des SMK, die auch wichtige praktische Bedeutung für die Politik der kommunistischen Parteien haben.
Nach der Meinung der meisten, besonders politökonomischen Autoren in der DDR und in der UdSSR, ist der staatsmonopolistische Kapitalismus ein qualitativ weiterentwickeltes kapitalistisches Produktionsverhältnis, das eine privatmonopolistische Phase ablöste. Der Durchbruch dieser Phase wird aber unterschiedlich festgesetzt, entweder im ersten Weltkrieg (H. Mottek, J. Kuczynski, A. Schröter) oder in der

23) Vgl. u.a.: Lehrbuch Politische Ökonomie. Vergesellschaftete Produktionsweisen. Berlin 1972. S. 548. Chulnanow, S.I./Scheinis, V.I.: ebenda, S. 23; Der Imperialismus der BRD a.a.O. S. 35.

24) Politische Ökonomie des Kapitalismus. Lehrbuch. Berlin 1980. S. 502 f. Ökonomisches Lexikon, Bd. 2. Berlin 1979. S. 189 f. (H. Wagner über staatsmonopolistischen Kapita-

großen Wirtschaftskrise oder in den 50er Jahren (Französisches Autorenkollektiv, Tjulpanow u.a.).[25]
Die Bestimmung des qualitativen Umschlages glauben die genannten Autoren, anhand verschiedener Kriterien nachweisen zu können, wie z.B. der Schnelligkeit der Herausbildung staatsmonopolistischer Formen, der Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik, der Art und des Ziels der Staatsfinanzierung, der Modifikation des Krisenzyklus, bis hin zu einem Komplex von Kriterien wie Politik, Ökonomie, Verschmelzungsgrad, Internationalisierung und Effektivität der staatsmonopolistischen Regulierung. Bei den Vertretern der Phasentheorie fehlen klar formulierte und allgemein akzeptierte einheitliche Kriterien, um den Grad der Wandlungen zu messen. Welchen Maßstab, welche Grenze gibt es zwischen den verschiedenen Entwicklungsabschnitten des Imperialismus, wo [illegible] die Rede von einem qualitativen Umschlag sein kann? Dazu sollte man auch einheitliche Kriterien für den Vergleich verschiedener Länder ausarbeiten, um einen gemeinsamen Nenner für die theoretische Verallgemeinerung zu haben.
"Ein grundlegender Qualitätsumschlag in der Entwicklung der Produktionsverhältnisse innerhalb des Monopolkapitalismus läßt sich meines Erachtens noch immer nicht beweisen, ein Qualitätsumschlag, der uns berechtigen könnte, von einer privatmonopolistischen und einer staatsmonopolistischen Phase des Imperialismus zu sprechen; die grundlegenden Produktionsverhältnisse des gegenwärtigen Kapitalismus sind noch immer privatmonopolistisch. Dabei stellt die Bestimmung noch immer im Grunde genommen sogar eine Untertreibung dar, denn das private Monopolkapital ist in den vergangenen siebzig Jahren in seinem materiellen Umfang - und damit in seiner Macht - natürlich ungeheuer angewachsen; beherrschte es um 1900 wesentliche Kommandohöhen der Ökonomik, so durchdringt es nunmehr in zunehmendem Maße alle Bereiche der Ökonomik und des gesamten gesellschaftlichen Lebens, wobei selbst dieser Durchdringungsprozeß noch nicht abgeschlossen ist."[26]
Konstatierte hingegen die Hauptvertreterin der Grundzugstheorie, K. Kußbaum.

---

25) Eine ausführliche Literaturanalyse der verschiedenen Versionen der Phasentheorie trifft man in: Baudin, D./Kußbaum, K.: a.a.O., Bd. 1, S. 17-36 und Kulich, U.: a.a.O.
26) Baudin, D./Kußbaum, K.: a.a.O., S. 22.

Die Grundzugstheorie wird von den sowjetischen Autoren, wie z.B. M. Bargilew, Leontiew, Zelasowa, Petrovic, und Wirtschaftshistorikern der DDR vertreten. Am deutlichsten findet diese Auffassung ihren Niederschlag in dem oft zitierten dreibändigen Werk "Wirtschaft und Staat in Deutschland", wo die beständige Aktivität des imperialistischen Staates bei der Entwicklung des Monopolkapitalismus nachdrücklich unterstrichen wird.

"Verflochten mit diesem Prozeß des Anwachsens und der Ausdehnung des Monopolkapitals entwickelte sich die 'Kooperationsgemeinschaft' zwischen dem Staat und den Monopolen. Ähnlich wie bei der Entwicklung des Monopolkapitals und dem Prozeß seines Eindringens in die verschiedenen Sphären der ökonomischen Basis im 20. Jahrhundert, der ebenfalls wellenförmig oder sprunghaft verlief, lassen sich bei der Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Monopolen sprunghafte oder etappenweise Verstärkungen feststellen. Derartige Qualitätssprünge in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Grundzugs wurden hervorgerufen durch: den ersten Weltkrieg und die Oktoberrevolution sowie ihre weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Folgen; die Weltwirtschaftskrise 1929-1933; den zweiten Weltkrieg, seine weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Folgen und den Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution."[27]

In Gegensatz zu der Phasentheorie, die den STK auf einer höheren Abstraktions- und Verallgemeinerungsstufe zu definieren versucht und damit zur Entstehung von Unklarheiten führt, bleibt die Grundzugstheorie auf einer niederen Verallgemeinerungsebene.
Der staatsmonopolistische Kapitalismus wird demzufolge nicht als eine Weiterentwicklung des Monopols, als potenziertes Monopol, sondern als Regulator des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses aufgefaßt.
Der niedrigere Abstraktionsgrad der Grundzugstheorie sichert jedoch die Geschlossenheit und die innere Logik der Theorie bezüglich der Übereinstimmung mit der Realität, der Ursachen und der Perspektiven der Entfaltung des staatsmonopolisti-

---

27) Ebenda.

schen Zapitalismus. Widerspruchsfrei zu sein, ist der Vorteil der Grundzugs- gegenüber der Phasentheorie:

a) Der schon in der Vergangenheit von einigen marxistischen Autoren, wie E. Varga und E. Chmelnizkaja[28], vertretene Standpunkt, daß der SMK sich vor dem zweiten Weltkrieg entwickelte, ist heute durch neue Forschungen in der Wirtschaftsgeschichte, besonders der Deutschlands, sichere Erkenntnis geworden. Die ökonomische staatliche Tätigkeit wird nicht mehr als Tendenz, sondern als ständige Begleiterscheinung des Imperialismus betrachtet. Sie entwickelt sich entsprechend der jeweiligen Phase der monopolistischen Akkumulation und des kapitalistischen Grundwiderspruchs unterschiedlich in Umfang, Formen und Intensität. Die politökonomische Phasentheorie räumt diesen unbestrittenen Erkenntnissen nicht die entsprechende Bedeutung ein, kann aber dennoch den Tendenzcharakter nicht leugnen.

b) Obwohl die Vertreter der Phasentheorie die Ursachen des SMK in dem Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen sehen, sind sie nicht einig hinsichtlich der konkreten Ursachen. Unter anderem werden mit verschiedenen Akzenten hierzu die Oktoberrevolution, Wirtschaftskrisen, wissenschaftlich-technische Revolution u.a. gezählt, deren gemeinsamer Nenner aber nicht die Entwicklung der Produktivkräfte ist. Demgegenüber erkennt die Grundzugstheorie in der Entwicklung des Monopolkapitalismus selbst, d.h. in der Weiterentwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die entscheidende Ursache der Verstaatlichung des Reproduktionsprozesses.

c) Nach der Phasentheorie ist der SMK ein entwickeltes kapitalistisches Produktionsverhältnis - höchste Abstraktion. Seine Grundlage ist das Staatseigentum an den Produktionsmitteln, d.h. eine Eigentumsform die sich vom privat- und kollektivkapitalistischen Eigentum unterscheidet. Diese Auffassung gerät jedoch in Widerspruch zur ökonomischen Ka-

---

28) Vgl.: Kuczynski, J.: Zur Theorie..., a.a.O., S. 7 ff. und Chmelnizkaja, E.: Der Westdeutsche Monopolkapitalismus. Verlag Die Wirtschaft. Berlin 1962. S. 118.

tegorie des Eigentums.[29] Sie plädiert für eine juristische Eigentumsdefinition entsprechend dem Subjekt-Besitzer und der Verfügungsgewalt.
Auch der Übergangscharakter dieser Eigentumsform rechtfertigt nicht, den SMK als entwickeltes kapitalistisches Produktionsverhältnis zu kennzeichnen. Wichtig bleibt die Frage nach dem Funktionieren dieses Eigentums, danach, wem es zugute kommt. Und das ist das Monopolkapital! Soweit Monopolkapitalismus existiert, werden das Staatseigentum und die ökonomische Staatsaktivität den ökonomischen Gesetzen des Kapitalismus untergeordnet. Infolgedessen herrschen im SMK immer noch die monopolistischen Produktionsverhältnisse.

d) Sofern der Monopolkapitalismus existiert, ist es nicht richtig, von einem vollständig herausgebildeten, ohne Perspektive bestehenden SMK zu sprechen, wie das in der Phasentheorie erfolgt. Auf der Basis der akuten Verschärfung seiner Widersprüche haben sich keine endgültigen Formen und Methoden des SMK herausgebildet. Er bleibt weiter entwicklungsfähig. "Die immer noch vorhandene, obwohl mehr oder weniger beschränkte Reaktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems läßt es durchaus als möglich erscheinen, daß noch neue Seiten, Funktionen, erweiterte oder veränderte Instrumentarien hervortreten, mit denen versucht wird, den neuen Herausforderungen zu begegnen, kurz gesagt, daß sich der SMK weiterhin wandelt oder fortbildet."[30]

e) Bezüglich der praktisch-politischen Aufgaben in Richtung der Ablösung des Kapitalismus ist die Phasentheorie unfähig, die komplizierten und widerspruchsvollen Einwirkungen der staatlichen Tätigkeit im Bewußtsein der Massen zu erklären. Wenn es wahr ist, daß sich jeder ökonomische Kampf der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des SMK

29) Vgl.: Leontiew, L.: Die Rolle des Staates in der Wirtschaft des gegenwärtigen Kapitalismus. In: Sowjetwissenschaften. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Juni 1974 Berlin, S. 655 f.
30) Huffschaum, M.: a.a.O., S. 132.

Diese Tatsache erklärt nicht nur die Nachkriegserfahrungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, sondern auch die wesentlichen Ereignisse der 20er und 30er Jahre, wo Teile der Arbeiterklasse unter sozialdemokratischem Einfluß im bürgerlichen Staat einen Partner sahen. Solche reformistischen und opportunistischen Auffassungen und Taten sind bereits mit der Entwicklung des Imperialismus entstanden und nicht erst nach dem zweiten Weltkrieg. Die Phasentheorie läßt diesen Aspekt unberücksichtigt, obwohl er große Relevanz für den Klassenkampf besitzt.

Es gibt noch einen anderen Aspekt, unter dem die Phasentheorie unfähig ist, sich zu behaupten: die Theorieentwicklung selbst.

---

31) P. Kampf spricht vom objektiven "Schein" a.a.O., S. 198. Die verstärkte Gemeinschaftsillusion des Staates im Imperialismus betont auch G. Haney: Die Dialektik von Staat und Gesellschaft. In: Dialektik-Staat-Recht. Akademie-Verlag. Berlin 1976. S. 18.

direkt gegen den bürgerlichen Staat richtet und somit politischen Charakter trägt, muß ebenso richtig sein, daß die Werktätigen aufgrund der Sicherung des gesamten Reproduktionsprozesses durch den Staat in ihm die Lösung ihrer Probleme sehen. Der "illusorische" Charakter des Staatsapparates als Verkörperung des Gemeinwesens gewinnt an Bedeutung im SMK, genau wegen seiner ökonomischen, den gesamten Reproduktionsprozeß garantierenden und lenkenden Tätigkeit.[31] Das wirkt negativ auf das Bewußtsein der arbeitenden Massen, besonders unter solchen Bedingungen, wo keine revolutionäre Situation herrscht und der Staatsapparat noch handlungsfähig ist.

Mit der Entwicklung der ökonomischen Funktion des bürgerlichen Staates (reale Erscheinung) als ein Regulator des Reproduktionsprozesses werden die kapitalistischen Produktionsverhältnisse immer mehr verschleiert und die relative Selbständigkeit des Staates immer mehr in den Vordergrund gerückt. Das Gesamtkapital erlangt damit gewissermaßen einen vierten Scheincharakter. Es verstärkt sich die Illusion vom "neutralen"oder "unabhängigen" Staat und damit die Manipulierungsmöglichkeiten der Massen durch die bürgerliche bzw. sozialistisch-reformistische Ideologie.

Die Rolle des Staates als ökonomischer Faktor beginnt nicht erst vergleichsweise plötzlich in der zweiten Hälfte des 20. Jh. reale Bedeutung zu erlangen. Es ist keine Erfindung der Kapitalisten, die Massen durch ein neugeschaffenes Ausbeutungsinstrument zu überlisten. Der Staat als ein Produkt der Arbeitsteilung und der Klassenspaltung der Gesellschaft mit relativer Selbständigkeit gegenüber den Klassen ausgerüstet, hatte immer eine bestimmte, objektiv bedingte Rolle zu spielen, wie es in 1.1. dargelegt wurde. Seine Funktionen, besonders die ökonomische, in einer weiten historischen Sicht zu betrachten, ist somit eine Aufgabe der politischen Ökonomie. Dies entspricht durchaus der logisch-historischen marxistischen Methode. Konkret ergibt sich die Frage:
In welchem Zusammenhang steht die ökonomische Rolle des Staates im Imperialismus mit der in den vorkapitalistischen Produktionsweisen? Wie ordnet sich die Theorie des staatsmonopolitischen Kapitalismus in eine allgemeine Theorie der ökonomischen Staatstätigkeit und des Staates in der Geschichte überhaupt ein?

Weder die Phasen- noch die Grundzugstheorie versuchen, eine solche Beziehung herzustellen[32] und einen Ausgangspunkt bzw. Ansatz in der vorkapitalistischen Geschichte zu finden. Jedoch auf dem Boden der Grundzugstheorie ist die Erweiterung der Theorie, ihre Ergänzung und Vervollkommnung aus zwei Gründen möglich:

a) Die ökonomische Staatstätigkeit wird an die Produktionsverhältnisse und die Zuspitzung der systembedingten Widersprüche geknüpft, d.h. es wird die stetige Existenz und der historische Charakter der Erscheinung anerkannt.

b) Insofern die ökonomische Funktion des Staates auf der Ebene der Regulierung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses bleibt, wird der Inhalt der ökonomischen Staatstätigkeit aufgedeckt, der gemein für alle Produktionsweisen ist, wo eine Trennung zwischen den ökonomisch herrschenden Klassen und dem Staatsapparat besteht.

32) Ausnahme ist J. Kuczynski in: Klassen...a.a.O. der aber bei seinen historischen Vergleichen stehenbleibt und die spezifischen Qualitäten jeder Produktionsweise übersieht (Vgl. die Kritik von H. Nußbaum.a.a.O., S. 35.

...suche, die ökonomische Funktion des modernen Staates in einer allgemeinen Theorie unter Einschluß der vorkapitalistischen Produktionsweisen zu entwickeln, wurden ab Anfang der 70er Jahre von westdeutschen "linken" Marxisten unternommen.[33] Ihre von der Aufbaulogik des Kapitals ausgehenden und daher "Staatsableitungsdiskussion" titulierten Überlegungen führten aber zu fehlerhaften Schlußfolgerungen, die vom wirklich marxistischen Standpunkt kritisiert wurden.[34] Ihr theoretischer Ausgangspunkt der Analyse des bürgerlichen Staates sind nicht die kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern der "Warenaustausch", die "einfache Warenzirkulation".[35]

---

33) Es gibt eine Reihe Veröffentlichungen in der BRD zu dieser Thematik. Vgl. u.a.: in der Zeitschrift: Probleme des Klassenkampfes. Westberlin: Müller, W./Neusüß, C.: Die Staatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital. 1/1971, S. 7 - 70.

Altvater, E.: Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus. 3/1972.

Gerstenberger, H.: Zur Theorie der historischen Konstitution des bürgerlichen Staates. 8-9/1973.

von Flatow, S./Huisken, F.: Zum Problem der Ableitung des bürgerlichen Staates. 7/1973.

Wirth, M.: Zur Kritik der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. 8-9/1973.

auch Hrsg. Ebbinghausen, R.: Monopol und Staat. Zur Marx-Rezeption in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Suhrkamp Verlag. Frankfurt/M. 1974.

34) Vgl. u.a. Butterwege, Ch.: Probleme der marxistischen Staatsdiskussion. Pahl-Rugenstein. Köln 1977.

Jung, R./Schleifstein, J.: Die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und ihre Kritiker. Marxistische Blätter. Frankfurt/M. 1979.

35) siehe z.B. Ebbinghausen, R. a.a.O., S. 109 ff.

Die kapitalistische Gesellschaft wird reduziert auf eine Gesellschaft einfacher gleichberechtigter Warenproduzenten, deren angebliche Gleichheit der Staat beim Austausch garantiert. Arbeiter und Kapitalisten werden als Warenbesitzer bezeichnet, die ihre Arbeitskraft bzw. materielle Waren besitzen. Im Austausch dieser Waren gewährleistet der bürgerliche Staat, damit die gesellschaftliche Reproduktion stattfinden kann. Diese Auffassungen kamen in krassen Widerspruch zu der heutigen Wirklichkeit und führten daherzum Scheitern dieses theoretischen Ansatzes. Die ökonomische Funktion des heutigen Staates besteht nicht darin, die Arbeiter zur Arbeit bzw. zum Ankauf der kapitalistisch produzierten Waren zu zwingen. Das vollzieht sich heute unter "dem stummen ökonomischen Zwang der Dinge". Dieser Ansatz konnte vielleicht, "modifiziert" freilich durch die Blutgesetzgebung, die Realität der ursprünglichen Akkumulation richtig widerspiegeln, wo der Arbeitende noch andere Alternativen,seinen Lebensunterhalt zu gewinnen, hatte. Heutiges Ziel der Staatstätigkeit ist dagegen nicht, den kapitalistischen Produktionsprozeß durchzusetzen, sondern ihn durch Schaffung günstiger Profitbedingungen und durch Zugeständnisse an die Arbeiterklasse zu sichern, um das kapitalistische System insgesamt aufrechtzuerhalten.

Was die Auffassung der "Linken" höchstens erklärt, ist die Notwendigkeit der Trennung der Gesellschaft in die bürgerliche Gesellschaft und den Staat, die Trennung zwischen Politik und privatem Leben, die Hervorhebung der Politik zu einer besonderen Sphäre. Dies alles aber war Gegenstand der Marxschen "Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie". Andererseits erklären diese Meinungen nicht, warum die ökonomische Staatstätigkeit gerade in der Zeit der Monopole sich als Notwendigkeit erweist. Warum, wenn auch für eine kurze Periode (der freien Konkurrenz) ist in einem Staat wie England diese Tätigkeit zurückgegangen? Der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaftsformation ist für sie keine Gegebene, darauf zu antworten.

Jedoch zwei Momente der Staatsdiskussion unter den "Linken" sollen für die weitere Darstellung und Forschung in bezug auf die Frage einer Erweiterung der Theorie der ökonomischen Funktion des Staates bewahrt sein und ausgebaut werden.

a) Das erste Moment ist die Einbeziehung der allgemeinen historischen Elemente des Staatsbegriffs in die Diskussion, i.A. die starke Unterscheidung zwischen Gemeinwesen in allgemeinen als Erhaltungsmoment der Reproduktion jeder Gesellschaft[36] und des Staates als "verselbständigtes Gemeinwesen", die sich nur unter bestimmten Bedingungen vollzieht. Wie es in 1.1. gezeigt wurde, hat in beiden Fällen die ökonomische Funktion des Staates einen anderen Inhalt. Nur dort, wo die Trennung des Staatsapparates von der Gesellschaft existiert, funktioniert der Staat als Mitregulator des Reproduktionsprozesses, jedoch mit verschiedenen Mitteln, je nach der Qualität der Widersprüche. Stößt der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß auf naturalwirtschaftliche Schranken, die dem Vorherrschaftscharakter der vorkapitalistischen Produktionsweisen entspringen (entwickelte Sklavenhaltergesellschaft, Spätfeudalismus, Frühkapitalismus), dann verwendet der Staat überwiegend außerökonomische Mittel. Entspringen diese Schranken der Vergesellschaftung des Kapitals selbst, wie im heutigen Spätkapitalismus, dann nimmt der Staat primär in ökonomischen Mitteln Zuflucht.

b) Die zweite Orientierung ist eine Anforderung der logisch-historischen Methode des Übergangs vom Abstrakten zum Konkreten. In falscher Weise hatten die Linksmarxisten versucht, eine logische Ableitung des Inhalts und Wesens des Staatsbegriffs im logischen Ausgangspunkt der marxistischen Theorie zu finden (in der einfachen Warenproduktion und -zirkulation, insofern sie der Kapitalismusanalyse dienen). D.h., sie vollzogen ein Absteigen von einem Abstraktum zu einem anderen Abstraktum, ohne die Vermittlung des Konkreten und scheiterten daher.

---

36) Marx, K.: Grundrisse... a.a.O., S. 393.

Der logische Ausgangspunkt kann nur als Resultat einer historischen Analyse, eines konkreten Prozesses, die immer zur Abstraktion führt, gewonnen werden.
Das Streben und Suchen nach einem logischen Ausgangspunkt ist durchaus legitim, wissenschaftlich richtig und sollte zukünftig in die Theorie des STK einbezogen werden.
Den Inhalt und das Wesen der ökonomischen Staatstätigkeit in seiner einfachen und elementaren Bestimmung kann man ebenso gut in den vorkapitalistischen Gesellschaften, wo entwickelte Warenproduktion und -zirkulation herrschten, definieren, wie es im Abschnitt 1.1. der vorliegenden Arbeit getan wurde.
Die Spezifik der ökonomischen Staatstätigkeit im Kapitalismus im allgemeinen und der im staatsmonopolistischen Kapitalismus im besonderen ist eine modifizierte Form dieser Tätigkeit, deren Unterschied zu früheren Formen von der Spezifik der kapitalistischen Produktionsweise, ihren Widersprüchen und dem Vergesellschaftungsgrad der Produktion bestimmt wird.[37]

---

37) Die wachsende Zuwendung der marxistischen Wirtschaftsgeschichte in der DDR auf die Probleme der ökonomischen Staatstätigkeit der vorkapitalistischen Gesellschaften als Erfordernis für das Verständnis der heutigen Rolle des Staates in der Wirtschaft spiegelte sich Anfang der 80er Jahre in der wissenschaftlichen Literatur wider. Der Staat wurde als besonderer Wirtschaftsfaktor in jeder Produktionsweise untersucht. Dazu siehe:
a) Autorenkollektiv: Politische Ökonomie des Kapitalismus. Lehrbuch. Dietz Verlag. Berlin 1980. S. 52, 57, 73.
b) Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR: Handbuch Wirtschaftsgeschichte. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin 1981. S. 374, 451, 535.

2. Staat und Wirtschaft in Griechenland von 1950 bis zur Gegenwart

Die Entfaltung des Kapitalismus, besonders des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Griechenland nach dem zweiten Weltkrieg, war Resultat vielfältiger historischer, innerer und äußerer Faktoren.

Trotz der frühzeitigen Entwicklung der Ware-Geld-Beziehungen im hellenischen Raum am Ende der byzantinischen Herrschaft (15. Jh.) bewirkte der feudale Gegenangriff in Form der Eroberung der militärisch-feudalistisch organisierten Türken eine gewaltige Unterbrechung dieser Prozesse und verzögerte enorm die sozialökonomische Entwicklung der Balkanländer insgesamt bis zum letzten Viertel des 19. Jh.[1]
Die Gründung des griechischen nationalen, unabhängigen Staates (1828) hat die Voraussetzung für eine sozialökonomische Entwicklung in Richtung Kapitalismus hergestellt, indes ist sie bis 1871 jedoch nicht recht in Gang gekommen, wofür folgende Gründe genannt werden können:[2] a) die geringe innere Kapitalakkumulation; b) die Auslandsorientierung der ökonomischen Aktivitäten der griechischen Bourgeoisie und c) die günstigen Bedingungen für die Entwicklung der Agrarproduktion in dieser Zeit, die zu einem Mangel von freien Arbeitskräften führten.

Die erst mit dem Übergang des Weltkapitalismus in sein monopolistisches Stadium im letzten Drittel des vergangenen Jahrhunderts begonnene Industrialisierung in Griechenland und der daraus entstehende Kapitalismus wiesen im Vergleich zu den führenden kapitalistischen Ländern viele Besonderheiten auf:

a) Die Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland war ein langsamer, schleichender Prozeß, der fast 100 Jahre dauerte, bis die Lohnarbeit zum herrschenden Element in der Gesellschaft geworden war.

---

1) Vgl. Psirukis, N.: Die griechischen Ansiedler in der neuen Zeit. Athen 1977. S. 24 (gr.)

2) Vgl. Panagiotopoulos, B.: Die industrielle Revolution und Griechenland 1832-1871. In: Modernisierung und industrielle Entwicklung der Balkanländer im 19. Jh. Athen 1980. S. 221 (gr.)

Mitte in den 70er Jahren unseres Jahrhunderts erreichten die Industriearbeiter annähernd ein Drittel und die lohnabhängigen überhaupt ca. die Hälfte der berufstätigen Bevölkerung Griechenlands (siehe dazu Tabellen 1 und 2 im Anhang).
Der kapitalistische Industrialisierungsprozeß vollzog sich in drei Etappen, wobei insbesondere die Perioden von 1870-1910 und 1922-1929 sowie 1960-1975 Phasen schnellen industriellen Wachstums waren.[3]

b) Die Ursachen der Industrialisierung Griechenlands waren, in kausaler Verknüpfung, sowohl äußerer als auch innerer Natur. Haupttriebkraft war das internationale Kapital (ausländisches bzw. auslandsgriechisches), das je nach den Schwankungen und Phasen des Industriezyklus in den schon industrialisierten Ländern einen Ausweg aus seinen Verwertungsschwierigkeiten durch Expansion in die wenig entwickelten Länder suchte. Ausgeprägte Expansionsschübe des internationalen Monopolkapitals in schwach entwickelte Gebiete erfolgten während der Krise von 1873-79 und der darauffolgenden Großen Depression, in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in den 20er Jahren und in den 60er Jahren.
Die modernsten, dynamischsten und produktivsten Industriebetriebe sind in Griechenland in der Regel immer vom ausländischen Kapital gegründet worden.
Allerdings ist auch die Rolle der inneren Triebkräfte in der kapitalistischen Entwicklung Griechenlands nicht zu unterschätzen. Wenn das Kapital ein Verhältnis zwischen Kapitalistenklasse und Proletariern ist, wie der Marxismus nachweist, dann ist nicht nur ein genügender Stand der Kapitalakkumulation[4], sondern auch das Vorhandensein

3) Die weitere Darstellung der Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland bis 1940 basiert überwiegend auf der Diplomarbeit des Verfassers: Sakellaropoulos, Th.: u.a.O. Desweiteren siehe z.B. Aleku, P.: Zur Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland bis 1940. Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973/II. Berlin.

4) Am ausgeprägtesten unter den griechischen bürgerlichen Ökonomen vertritt Zolotas, X.: In: Griechenland auf dem Weg zur Industrialisierung. Diss. Leipzig 1926. Athen 1964, die Auffassung, daß allein die "Kapitalknappheit" die industrielle Entwicklung Griechenlands hemmte.

von freien Arbeitskräften (und anderen Voraussetzungen, z.B. wie die Existenz eines hinreichend großen inneren Marktes) eine notwendige Bedingung der Entwicklung des Kapitalismus. So ist z. B. mit dem Eintreffen von 1,3 Millionen Flüchtlingen aus Kleinasien im Jahre 1922 der langjährige Arbeitskräftemangel überwunden worden. Die Flüchtlinge bildeten ein großes Potential billiger Arbeitskräfte, das die weitere Industrialisierung erheblich stimulierte. Das gleiche gilt für die Vergrößerung des inneren Marktes in den 20er und 60er Jahren.
Will man die Genesis des Kapitalismus in Griechenland nur auf äußere Determinanten (ausländisches Kapital) beschränken[5], dann bedeutet dies, daß man nur das Kapital als konstituierendes Moment des Kapitalverhältnisses betrachtet, was nach Meinung des Verfassers nicht konsequent marxistisch ist. Unumstritten ist jedoch die Frage, daß die äußeren Kräfte das auslösende Moment darstellten und ihnen somit eine Prioritätsrolle in dieser Hinsicht zuzuweisen ist.

c) Obwohl der griechische Kapitalismus in einem überwiegend kleinbürgerlichen Milieu und mit allmählicher Entwicklung der Produktivkräfte angewachsen ist, wurde er sehr früh von monopolistischen Tendenzen gekennzeichnet, so daß die Feststellung nicht übertrieben wäre, daß das Kapital von Anfang an monopolistisches Kapital darstellte[6] und daß die Industrialisierung in Griechenland als monopolistische Industrialisierung bezeichnet werden kann.
Das Kapital ist nicht nur von außen als schon monopolistisches in das Land gekommen. Die inneren Bedingungen der geringen Akkumulation und der fehlenden Konkurrenz bedingten die Polarisierung des kapitalistischen Eigentums und die Beherrschung wichtiger Zweige der Wirtschaft durch einige Kapitalvereinigungen. Ab 1922 wurde diese Erscheinung ganz deutlich im ökonomischen Leben.

---

5) Das kommt direkt oder indirekt, gewollt oder ungewollt in vielen marxistischen Arbeiten zum Ausdruck, wie z.B. in: Sakellaropoulos, Th.:...a.a.O.

6) Behanasis, S.: Die Entwicklung des griechischen Kapitalismus. In: Kommunistiki Epitheorisi 4(7) August 1970. ohne Verlagsort, (gr.)

Ein hoher Konzentrationsgrad des Kapitals ist auch festzustellen im Bank-, Handels- und Reedereiwesen.
Die Bankmonopole bildeten bis zum zweiten Weltkrieg die führende und stärkste Fraktion der griechischen Finanzoligarchie.

d) Sehr frühzeitig entwickelte sich auch die regulierende Rolle des Staates in der Wirtschaft. Die grundlegende Ursache dafür war der Schutz des schwachen griechischen Monopols, ja des Kapitals überhaupt, gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die Schutzzölle und die Industriepolitik der 20er Jahre und das ganze Schutzinstrumentarium der 30er Jahre (Autarkiepolitik) verbesserten bedeutend die Verwertungsbedingungen der einheimischen Monopole und stärkten sie. Zugleich sind zur Systemsicherung in den 30er Jahren sozialpolitische Maßnahmen ergriffen worden.
Der Staat verteilte ca. 20 - 25 % des Nationaleinkommens um und war in umfangreichem Maße Kapitaleigentümer (in verschiedenen Formen), besonders in den infrastrukturellen Betrieben (z.B. Eisenbahnen, Häfen usw.).
Besonders stark erwies sich die staatliche Regulierungstätigkeit bei der Bekämpfung der negativen Folgen der Weltwirtschaftskrise (1929-33) sowie bei der Überwindung der negativen Auswirkungen der Störung der internationalen ökonomischen Beziehungen in den 30er Jahren.

Unter der Berücksichtigung aller dieser Tatsachen und trotz der starken Besonderheiten ist die Feststellung berechtigt, daß auf jeden Fall ab Ende der 20er Jahre vom staatsmonopolistischen Kapitalismus in Griechenland die Rede sein kann.[7] Monopole und Staat beherrschten und regulierten durch ihre eigenen Apparate vollständig den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß in Griechenland.
Der folgende Abschnitt hat die Beziehungen des Monopolkapitals mit dem Staat und ihre Rolle im Reproduktionsprozeß während der dritten Phase der monopolistischen Industrialisierung in Griechenland zum Gegenstand. Zuerst wird die Entwicklung

---

7) Vgl. Sakellaropoulos, Th.: a.a.O. S. 147 ff.

des Monopolkapitalismus gezeigt (2.1.). Es folgt die Darstellung des staatlichen Regulierungsinstrumentariums (2.2.), wobei die Untersuchung mit der Analyse der Auswirkungen, die das staatliche Eingreifen für das Monopol, die Wirtschaft insgesamt und schließlich für das werktätige Volk hat, abschließt.
Wo es das vorhandene Material erlaubt, erfolgt die Analyse historisch-empirisch. Allerdings behindert der niedrige Stand der wirtschaftshistorischen Forschung in Griechenland, namentlich über unseren Betrachtungszeitraum, erheblich diese Herangehensweise, so daß der Verfasser in vielen Fällen gezwungen ist, die historische durch die logische Analyse zu ergänzen. Die Aufdeckung des spezifischen Charakters des griechischen staatsmonopolistischen Kapitalismus ist aber dadurch kaum beeinträchtigt.

2.1. Der Monopolkapitalismus in Griechenland

Das Monopolkapital als ein entwickeltes kapitalistisches Produktionsverhältnis ist ein direktes Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte. Seiner Untersuchung muß daher die des Niveaus und des Reifens der Produktivkräfte der Gesellschaft vorausgehen. Die folgende kurze Darstellung der Entfaltung der Produktivkräfte in Griechenland nach dem zweiten Weltkrieg entspricht diesem Erfordernis und verdeutlicht gleichzeitig eine wichtige Besonderheit des griechischen Monopolkapital , die ein Merkmal seiner Existenzweise in der ganzen zu untersuchenden Periode darstellt.

Der aussagefähigste Indikator des Niveaus der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes ist das Brutto-Inlandprodukt (BIP) pro Kopf der Bevölkerung. Die Tabelle 1 verdeutlicht, daß das Pro-Kopf-Inlandprodukt in Griechenland in den letzten 20 Jahren sich mehr als verdoppelte, aber auch noch im Jahre 1979 nur ein Drittel des westdeutschen bzw. die Hälfte des der europäischen Länder der OECD betrug. Jedoch war es aber immerhin viel höher als in der Türkei, in Portu-

gal oder in den wenig entwickelten kapitalistischen Ländern. Insofern nimmt Griechenland eine mittlere Position zwischen hochindustrialisierten und Entwicklungsländern hinsichtlich der Produktionsfähigkeit der Wirtschaft ein.
Die Untersuchung der Entstehung des Brutto-Inlandsproduktes (BIP) nach Bereichen zeigt auch eine andere Besonderheit. Trotz der höheren Steigerungsrate des BIP in Griechenland als in den fortgeschritteneren kapitalistischen Ländern in den 60er und 70er Jahren[1], erbrachte die Industrie Ende der 70er Jahre nicht mehr als ein Drittel dieses Produktes (Tabelle 2). Sicher war die Verdopplung des Anteils der Industrieproduktion am BIP eine bedeutsame und kaum zu unterschätzende Strukturverbesserung der griechischen Wirtschaft, die sie in ein Industrie-Agrar-Land umwandelte. Dennoch blieb Griechenland aber in dieser Hinsicht noch weit hinter den entwickelten Ländern zurück (Tabelle 3). Die landwirtschaftliche Produktion und der Dienstleistungssektor spielten weiterhin eine entscheidende Rolle.

Ein wesentliches Merkmal der Entwicklung der materiell-technischen Basis eines Landes ist die Struktur der Industrie. Als positiv ist die Tatsache einzuschätzen, daß Ende der 70er Jahre die Verarbeitungsindustrie fast zwei Drittel der gesamten Industrieproduktion erbrachte (Tabelle 4). Und innerhalb der verarbeitenden Industrie verschob sich das Schwergewicht von den traditionellen Bereichen (Lebensmittel-, Getränke-, Bekleidungs-, Tabakindustrie usw.) auf die modernen (Chemieindustrie, Metallurgie, Transportmittelindustrie usw.), die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt und damit eine höhere Arbeitsproduktivität verkörpern (Tabelle 5). Dieser Vorgang kommt gewissermaßen zusammenfassend zum Ausdruck in der bedeutenden Erhöhung des Anteils der Schwerindustrie an der gesamten Industrieproduktion auf 42,8 % im Jahre 1978 (Tabelle 6).

---

1) siehe: National Accounts of Greece 1958–1975. Nr. 23. Athen 1976. S. 212.

Im Vergleich mit anderen Ländern ist dieser Anteil allerdings noch niedrig. Zum anderen fehlen in Griechenland ganz und gar solche Bereiche, wie z.B. der Werkzeugmaschinenbau, die Elektronik, Elektrotechnik usw., die wiederum die Grundlage der Automatisierung und anderer Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution sind.[2]

Die Feststellung der Durchsetzung der wissenschaftlich-technischen Revolution in einem Land und damit des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte verwendet man heute immer häufiger den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP. Im Jahre 1969 betrug er in Griechenland 0,17 % und Ende der 70er Jahre ca. 0,2 - 0,25 %. In den entwickelten Ländern schwankte er zur gleichen Zeit aber zwischen 1,5 - 3,0 %.[3] Auch der Anteil der Wissenschaftler für Forschung und Entwicklung war mit 3 pro 10.000 Einwohner äußerst niedrig in Vergleich zu den hochindustrialisierten Ländern, wo im Jahre 1971 25-68 auf 10.000 Einwohner kamen.[4] Diese Zahlen machen die Tatsache sehr deutlich, wie wenig doch die modernen Produktivkräfte Eingang in Griechenland gefunden haben.
Infolgedessen überschritt das Niveau der Arbeitsproduktivität, besonders in der Industrie, trotz des erheblichen Fortschritts der 60er und 70er Jahre[5] nicht ein Drittel bzw. die Hälfte des Standes der hochentwickelten kapitalistischen Industrieländer Europas, ganz zu schweigen von den USA, der führenden Macht der kapitalistischen Welt.
Die angeführten Daten und Angaben erlauben die Schlußfolgerung, daß Griechenland hinsichtlich des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte weit unter dem Weltniveau liegt (sowohl Anfang der 50er Jahre als auch noch gegenwärtig).

2) Siehe auch Balanasis, S./Soulas, K.: Griechenland in der Peripherie der entwickelten Länder. Athen 1976. S. 58 (gr.)
3) Balawanidis, Th.: Soziale Faktoren der wissenschaftlichen und technischen Unterentwicklung in Griechenland. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Juni 1981, S. 54 (gr.).
4) Ebenda.
5) Den vorherrschend intensiven Charakter der Entwicklung der griechischen Industrie in den 60er und 70er Jahren unterstreichen: Balanasis, S./Soulas, K.: a.a.O. S. 27 ff. Negrepodi-Delivani, M.: Analyse der griechischen Wirtschaft. Athen 1981, S. 93 - 103 (gr.).

wurde man das griechische Entwicklungsniveau der Produktivkräfte international einordnen, müßte man es als ein mittleres klassifizieren.[6]

2.1.1. Das Monopol in der produktiven Sphäre unter besonderer Berücksichtigung des Industriemonopols

Wie bereits nachgewiesen, kennzeichnet das Auftauchen des Industriemonopols von Anfang an die kapitalistische Entwicklung in Griechenland. Bestimmendes Produktionsverhältnis ist es in den 20er und 30er Jahren geworden[1], als der Kapitalismus selbst in Griechenland eine ausreichende Dimension erreichte.
Bis Anfang der 60er Jahre blieb die Qualität der Industriemonopole in Griechenland dann fast unverändert, was mit der relativen Stagnation der kapitalistischen Entwicklung zu erklären ist. Nach Tabelle 2 ist der Anteil der Industrieproduktion am Bruttoinlandprodukt bzw. Bruttonationalprodukt von 1935 bis 1958 um ca. 5 auf 23,2 % gestiegen. Der wichtigste Grund der nur langsamen kapitalistischen Entwicklung war die Abschwächung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen infolge der großen Weltwirtschaftskrise 1929-33 und der Kriegs- und Nachkriegs- und Wiederaufbaubedingungen der 40er und 50er Jahre, die eine Verringerung des Kapitalexports der führenden imperialistischen Länder nach Griechenland mit sich brachte. Damit aber fehlte eine entscheidende Antriebskraft der Industrialisierung und der Konzentration der Produktion und des Kapitals und folglich der Verstärkung des Monopols.
Das verfügbare statistische Material erlaubt keinen genauen quantitativen Vergleich des Monopolisierungsgrades der Industrie in den 30er und 50er Jahren. Nur wenige Betriebe, was von der Statistik (Vgl. Tabelle 1) jedoch nicht explizit ausgewiesen wird, hatten vor dem zweiten Weltkrieg mehr als 100 Beschäftigte, die hauptsächlich in der Leichtindustrie (Le-

6) Zur Problematik Griechenlands als Land mit mittlerem Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte und des Kapitalismus überhaupt, siehe: Kalios, M.: Die heutige Phase der Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland. Athen 1975 (gr.)

1) Vgl. Savvas, G.: Staat und Kapital in Griechenland. Verlag Nea Biblia. 1976. S. 95 (gr.)

bensmittel-, Getränke-, Tabak-, Webereiindustrie u.a.) sowie in der Infrastruktur (Energie-, Wasserwirtschaft-, Transport) tätig waren.[2]

Im Jahre 1958 war der Konzentrationsgrad der Produktion und des Kapitals in Griechenland immer noch relativ gering. Nur die 316 Betriebe oder 0,23 Prozent der gesamten Zahl der Betriebe in der Verarbeitungsindustrie, die über 100 Arbeiter beschäftigten, konzentrierten 21 Prozent der Arbeitskräfte und 35,4 Prozent der installierten Leistungskraft (vgl. Tabelle 2) in diesem Zweig. Die Zahl der wirklichen Monopolbetriebe war aber noch geringer.

Jedoch brachte die Periode von 1930 bis 1960 bemerkenswerte strukturelle Veränderungen für das Monopolkapital in Griechenland. Aus den sehr starken ausländischen monopolistischen Großunternehmen bzw. Großunternehmen mit ausländischer Beteiligung (besonders in der Elektrizitätswirtschaft, der Wasserwirtschaft, dem Verkehrs- und Fernmeldewesen), die sich während der 20er Jahre in Griechenland angesiedelt hatten, entwickelte sich durch den allmählichen bzw. einmaligen Ankauf durch den Staat und weitere öffentliche Investitionen das staatliche Monopol in diesen Zweigen (nähares siehe in 2.2.1.).

Diese Entwicklung resultierte nicht zuletzt daraus, daß das Profitstreben des ausländischen Monopolkapitals gerade in diesen entscheidenden Knotenpunkten der Wirtschaft (auch im Bankwesen, wie im folgenden zu sehen ist) die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals und die allgemeine ökonomische Entwicklung äußerst gefährdete.

Das geringe Tempo der kapitalistischen Akkumulation zwischen 1930 und 1960 verhinderte jedoch nicht eine weitere Verstärkung der vorhandenen "traditionellen" Monopole in der Verarbeitungsindustrie. Stimulierend dabei wirkte a) die Abschwächung der äußeren Konkurrenz infolge der Kontraktion der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und b) der vom Staat aufgebaute Schutzrahmen.

---

2) Ausführlicher über das Industriemonopol in der Zeit 1920 bis 1940 siehe in: Sakellaropoulos, Th.: Die Entwicklung... a.a.O., S. 88 ff.

letzteres beinhaltete die Ausschaltung der äußeren und inneren Konkurrenz durch das faktische Verbot der Gründung von neuen Betrieben (Zweckmäßigkeitserlaubnis), die hohen Zölle und Einfuhrkontigentierungen, die staatlichen Aufträge und Garantien. Diese Regelungen sind bis Ende der 50er Jahre streng eingehalten worden (näheres siehe Kapitel 2.3.1.4.) und stabilisierten in der Tat die wenigen, zunächst recht schwachen und labilen griechischen Monopole.

Ein dritter Faktor, der die Stellung der "traditionellen" Monopole begünstigte, war das fremde Geld, die Zusammenarbeit einmal mit den faschistischen Besatzungstruppen (z.B. Katzambas vom Webereimonopol "Piraiki-Patraiki" und der "König" der chemischen Industrie A. Bodosakis usw.) sowie nach dem Krieg die Ausnutzung der Gelder des Marschallplanes, der AMAG usw., die nur für den Wiederaufbau "der schon vor dem Kriege vorhandenen Industriebetriebe" verwendet werden sollten.
Die Kriegs- und Nachkriegsbedingungen erlaubten also den "traditionellen" Monopolen in Griechenland, ihre Macht gegenüber den mittleren und kleineren Betrieben weiter auszubauen.

Eine neue und dynamische Etappe der Entfaltung des Monopolkapitals in Griechenland begann dann mit der dritten Phase der Industrialisierung in den 60er Jahren.
Die Überakkumulation des Kapitals in den führenden Industrieländern während der 50er Jahre hat in der nachfolgenden Zeit zu einem explosiven Kapitalexport, zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen geführt.
Die ausländischen Investitionen in Griechenland in der ersten Hälfte der 60er Jahre haben der kapitalistischen Entwicklung große Impulse gegeben. Die Industrieproduktion stieg sprunghaft und erreichte im Jahre 1968 einen Anteil von 30 Prozent am Bruttoinlandsprodukt.
Neue, moderne Zweige, wie z.B. Erdölverarbeitung, Metallurgie, chemische Industrie, Produktion von Plasten und Kautschuk entstanden mit ausländischem Kapital und veränderten nur das traditionelle Profil der griechischen Verarbeitungs-

...ustrie. Auf die genannten vier Zweige entfielen drei Viertel des während der 60er Jahre nach Griechenland geflossenen internationalen Kapitals (vgl. Tabelle 4 und Kapitel 2.3.1.).

Der größte Teil des investierten Kapitals gehörte großen internationalen Monopolen wie Pechiney, Esso, Shajer, Phillips usw. Es war also monopolistisches Kapital, und als solches wurde es auch weitgehend in Griechenland angelegt.

Im Jahre 1970 verfügten 28 der insgesamt 190 ausländischen Gesellschaften in der griechischen Verarbeitungsindustrie über 50 Prozent der Aktiva aller dieser Gesellschaften. Fünf Jahre später war dieser Anteil noch weiter angestiegen (Vgl. Tabelle 7).

Daß die Form des ausländischen Kapitals in Griechenland vorwiegend die monopolistische war, wird von der Tatsache erhärtet, daß im Jahre 1973 61 der 100 größten Gesellschaften eine ausländische Beteiligung hatten (die meisten über 50 Prozent).[3] Hierbei wird der Zusammenhang zwischen ausländischem, schon konzentriertem und monopolistischem Kapital und der Verstärkung der monopolistischen Produktionsverhältnisse in Griechenland während der 60er Jahre offenbar. Im Jahre 1970 hatten die Zweige, in denen ausländische Monopole tätig waren, den höchsten Monopolisierungsgrad (vgl. Tabelle 6).

Die starke Präsenz des ausländischen Monopolkapitals, besonders in den modernsten, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmenden Zweigen der Wirtschaft, verstärkte die ökonomische Abhängigkeit Griechenlands vom Ausland und von den internationalen Monopolen. Obwohl die ausländischen Investitionen die sozialökonomische Entwicklung vorangetrieben haben, führten sie nicht zu einem einheitlichen nationalen Reproduktionsprozeß, bestimmt von den Interessen der nationalen Entwicklung. Sie verschärften die sozialen und ökonomischen Widersprüche des Landes, machten Griechenland den Schwankungen des Weltmarktes gegenüber anfälliger.

3) Vgl. ICAP-Hellas 1973, Athen 1974, S. 56 (gr.).

konkreten Bedingungen beeinflußten das ausländische
Kapital in Griechenland während dieser Zeit?
erster Stelle ist der frühzeitig und stark ausgebaute ge-
liche Rahmen zum Schutz und zur Stimulierung der ausländi-
Investitionen zu nennen (näheres in 2.3.1.). Erhebliche
Bedeutung besaß auch das im Vergleich zu den Metropolen nied-
Lohnniveau sowie die allmählich sich vergrößernde Auf-
nahmefähigkeit des inneren Marktes. Die Vorbereitung auf bzw.
Assoziierung Griechenlands an die EWG in den 60er Jahren
lte besonders das Interesse des USA-Monopolkapitals an, das
durch Konkurrenzvorteile gegenüber den westeuropäischen Mo-
polen gewissermaßen von "innen" zu gewinnen trachtete.
Nicht zuletzt zog Griechenland durch seine günstige geographi-
Lage zu den arabischen und afrikanischen Märkten die in-
nationalen Monopole an.

60er Jahre waren eine entscheidende Wende für die sozial-
nomische Entwicklung Griechenlands. Das Bruttoinlandspro-
stieg erheblich an (vgl. Tabelle 1/Kapitel 2.1.), die
Industrie erlangte eine moderne, wenngleich strukturell be-
schränkte materiell-technische Basis und die kapitalisti-
schen Produktionsverhältnisse verbreiteten sich im ganzen
Lande. Das Monopol stellte den Kern dieser Verhältnisse dar.

Auf der Basis dieser Voraussetzungen entfaltete sich der Mo-
polkapitalismus in den 70er Jahren weiter, jedoch nunmehr
mit neuen Zügen:

- Die Konzentration des Kapitals und der Produktion schritt
weiter voran. Ende der 70er Jahre kontrollierten die 751
Betriebe (oder 0,38 Prozent der gesamten Zahl), die über
100 Arbeiter beschäftigten, ca. ein Drittel der gesamten
Arbeitskräfte und die Hälfte der mechanischen Kraft (vgl.
Tabelle 2). Nur 85 Monopole aber, die über 500 Arbeiter
beschäftigten, waren wirklich sehr groß, sie kontrollier-
ten ca. 13 Prozent der gesamten Arbeiterzahl (vgl. Tabel-
le 10).
Die wachsende Differenzierung des kapitalistischen Eigen-
tums in der Industrie und die Verstärkung der Industrie-
monopole schlug sich auch in der wachsenden Konzentration
des Kapitals in immer weniger Händen nieder.

Die Zahl der AG und GmbH wuchs um das 4fache zwischen 1958 und 1976, während die Zahl der gesamten Betriebe nur um das 1,5fache wuchs. Zugleich erhöhte sich fast um das 23fache das Gesamtkapital der AG und GmbH. Betrug es 15,2 Mrd. Drch im Jahre 1957, so stieg es auf 370,7 Mrd. in der Mitte der 70er Jahre.[4]

Erhebliche Unterschiede beobachtet man auch in der Konzentration des Kapitals innerhalb der AG und GmbH, die aus der Tabelle 3 hervorgeht. Um das 25fache stieg die Zahl der über mehr als 100 Mio. Drch Gesamtkapital verfügenden Gesellschaften. Von 21 im Jahre 1958 stieg ihre Zahl auf 105 im Jahre 1967 und auf 528 Mitte der 70er Jahre. Der relative Anteil der kleineren und mittleren Gesellschaften ging von 88,2 Prozent der gesamten Gesellschaften auf 50,6 Prozent zurück.

Die Realisierung des kapitalistischen Eigentums zeigt sich im Profit. Die Vorherrschaft des Industriemonopols in Griechenland verwirklicht sich in den besonders günstigen Verwertungsbedingungen gegenüber den mittleren und kleineren kapitalistischen Betrieben. Wie aus der Tabelle 4 ersichtlich ist, schöpften 77 Betriebe (0,06 Prozent der Gesamtzahl) ein Viertel des produzierten Mehrwerts ab. Die Mehrwert- und Profitrate der mehr als 100 Arbeiter beschäftigenden Betriebe war aufgrund der höheren Technik, der Verfügung über qualifizierte Arbeit, der Marktbeherrschung usw. viermal bzw. doppelt so hoch wie in den kleineren Betrieben.

Die außerordentlich günstigen Verwertungs- bzw. Akkumulationsbedingungen der Industriemonopole in Griechenland beschleunigten die Konzentration des Eigentums und der Macht weiter zugunsten dieser Monopole. Wuchsen die Kapitalbestände der gesamten Verarbeitungsindustrie zwischen 1958 und 1973 um 12 Prozent, so war dieser Zuwachs für die AG und GmbH noch höher, nämlich 15,6 Prozent.[5]

4) Griechischer Verband der Industriellen: Die griechische Industrie im Jahre ..., entsprechende Jahre 1974, 1977, Athen 1975, 1978, S. 104 (gr.)

5) Koutsomitis, G.: Finanzierung und Entwicklung der Industrie. 1958, Athen 1976, S. 152 (gr.)

beträchtliche Differenzen kennzeichnen den Monopolisierungsgrad der verschiedenen Industriezweige. Nach Tabelle 6 wird fast die ganze Produktion an Erdöl- und Kohleprodukten, der Metallurgie, der Transportmittel-, der Kautschuk- und der chemischen Industrie in einer kleinen Zahl von Unternehmungen erzeugt. Die Konzentration der Produktion auch einiger "traditioneller" Zweige (z.B. Tabakindustrie, Webereigewerbe, Papierindustrie) stand aber hinsichtlich der Monopolisierung nur geringfügig nach.

Die hohe Monopolisierung der modernen Zweige erklärt sich primär aus den hohen Kapitalminimum, das für die Errichtung eines Betriebes in diesen Zweigen erforderlich ist. Im Durchschnitt betrug es Anfang der 70er Jahre 200 Mio. Drch in der Metallurgie und bis zu 1 Mrd. Drch in der Erdölverarbeitung. Diese Summen aber konnten nur die internationalen Monopole aufbringen. Der relativ schwächere Konzentrationsgrad des griechischen Kapitals schloß eine Konkurrenz aus und sicherte dem Auslandskapital die Monopolstellung.

Ab Ende der 70er Jahre kann von einem hohen Monopolisierungsgrad der griechischen Industrie die Rede sein. Das noch schwache Monopolkapital der 50er Jahre verstärkte und verbreitete sich in den 60er und 70er Jahren und bestimmte nunmehr das gesamte wirtschaftliche Leben Griechenlands. Jedoch ist es nicht gerechtfertigt, das internationale Gewicht der griechischen Monopole zu überschätzen, selbst auch im Rahmen Griechenlands, wo die internationale Konkurrenz sehr stark war und noch ist. Vergleiche der griechischen mit den internationalen Monopolen haben die Unhaltbarkeit solcher Meinungen bewiesen.[6]

b) Ein zweites Merkmal der Entwicklung des Monopols in den 70er Jahren war die Erhöhung des spezifischen Gewichts der "traditionellen" griechischen Monopole der Leichtindustrie aufgrund der Erweiterung des inneren Marktes in den vergangenen Jahrzehnten.

---

6) Vgl. Sommaras, G.: s.a.O., S. 87.

Traditionelle griechische Industriemonopole sind im Bereich des Webereigewerbes (Piraiki-Patraiki, Ägeon usw.) und der Zementindustrie (AGET, Iraklis, Titan, Zement of Chalkis usw.) anzutreffen. Sie haben seit langem enge Beziehungen zum ausländischen Kapital. Die Piraiki-Patraiki (PP) ist mit 18 Betrieben im Webereigewerbe tätig. Mit 6,000 Arbeitern besitzt sie die erste Stelle innerhalb der griechischen Monopole. Sie verbraucht ein Drittel der Baumwollproduktion Griechenlands, und einer ihrer Besitzer war lange Vorstandsmitglied (sogar Vorsitzender in der Zeit der Diktatur) der Baumwollorganisation, einer staatlichen Organisation, die den Preis und Ankauf der Baumwolle regelt.
Dreihundert kleinere Betriebe sind von diesem Monopol abhängig. Die PP ist zusammen mit dem Staat und dem ausländischen Kapital Eigentümer von "Kloatiria Filiation AE", das früher staatliches Eigentum war. Es produziert 40 Arten Webereiprodukte, deren Mehrheit (über 3/4) ein Monopol am inneren Markt hat.[7]
In der Zementindustrie waren seit Ende des zweiten Weltkrieges 7 Betriebe tätig, die sich zusammenschlossen zu dem Verband der Zementindustrien. Zwei dieser Monopole (AGET und TITAN) verfügten Ende der 70er Jahre über 75 Prozent der gesamten Zementproduktion und gehörten nach dem Umsatz zu den ersten zehn Unternehmen Griechenlands im Jahre 1980. Nur AGET erbrachte 38 Prozent der Zementproduktion, 35 Prozent der Zementexporte und erwirtschaftete etwa die Hälfte der von der Zementindustrie eingenommenen Devisen.

In Gegensatz zu den anderen Monopolen entwickelte sich das Monopolkapital im Webereigewerbe und in der Zementindustrie auf Basis der starken inneren Nachfrage nach solchen Produkten.
Schon Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre wandelten sich jedoch die Monopole dieser Zweige in exportorientierte um. So z.B. wurde Griechenland der zweitgrößte Zement-

---

7) siehe Bericht der Zeitung "Ethnos Patris", 7/6/1981 (gr.)

exporteur Europas (nach Spanien); die PP exportierte ca. ein Drittel ihrer Produktion usw.

Die Verstärkung dieses Teils des griechischen Monopolkapitals und seine expansionistischen Tendenzen machten es zu einem glühenden Befürworter des Beitritts Griechenlands zur EG.[8] Die enormen Vorteile, die es davon erwartete, waren nicht nur marktbedingt, d.h. zollfreier Absatz der Produkte, sondern es interessierte sich auch für Finanzierung, Subventionen, Anleihen usw., die der griechische Staat und die EWG dem großen Kapital unter dem Vorwand der "Vorbereitung" einräumten.[9] Durch die Zusammenarbeit mit dem Staat und der EWG verstärkte sich weiter die schon vorhandene finanzielle, technologische und ökonomische Verflechtung des "traditionellen" griechischen Monopolkapitals mit dem internationalen Kapital. Gegenseitige Beteiligungen, Lizenzenverkauf usw. sind die häufigsten Formen dieser Zusammenarbeit.

Eine weitere Kategorie von Monopolen in den "traditionellen", auf den inneren Markt orientierten Zweigen, von denen die meisten schon vor dem Krieg tätig waren, sind die Tabak-, Lebensmittel-, Getränke- und Papiermonopole sowie die, die elektrische Apparate produzieren. Vor dem zweiten Weltkrieg existierten 140 Tabakbetriebe, Anfang der 70er Jahre konzentrierten nur 4 Betriebe 95 Prozent der Produktion. Monopole wie z.B. FIX, EBGA, HBH-Panagopoulos usw. monopolisieren die Produktion in der Getränkeindustrie. Die "Athener Papierindustrie" hatte lange das absolute Monopol in ihren Zweig (siehe Tabelle 6).

Leider behindert der Mangel an Informationen, Angaben, Statistiken, sogar wissenschaftlichen Forschungen auf diesem Gebiet den Versuch der Darstellung des Entwicklungsweges (über Fusionen, innere Akkumulation, Verschlingen, Ankauf

---

[8] Die expansionistischen Tendenzen dieses Monopolkapitals brachte schon seit Ende der 60er Jahre der Vorsitzende der PP oft zum Ausdruck, siehe z.B.: Katsambas, Ch.: Die griechische Baumwollindustrie und der Export. In: Spondi. 1H. 1968 Athen (gr.)

[9] So hat z.B. AGET im Jahre 1975/76 mit der Unterstützung der staatlichen Banken und des Staates den größten Zementbetrieb des kontinentalen Europas aufgebaut. Im Jahre 1981 erhielt sie von der Europäischen Investitionsbank noch 1,3 Mrd. Drch für die Umstellung ihrer Energiebasis.

und Erneuerung mittlerer Betriebe durch ausländisches Kapital usw.) und der Entstehung dieser Monopole.
Die Rückständigkeit der Forschung, die ein wichtiger Grund für die Unterschätzung der Periode von 1930 bis 1960 ist, erscheint noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß von den 20 erfolgreichsten und effektivsten Unternehmen der 70er Jahre (die meisten sind bekannte Monopole), 5 vor dem Krieg und 5 vor 1960 gegründet worden sind,[10] d.h. zu den "traditionellen" Monopolen gehören.
Diese inzwischen verstärkte Monopolgruppe, obwohl eng mit ausländischem Kapital verbunden, vertritt dennoch mehr nationale Interessen als die anderen Fraktionen der griechischen Bourgeoisie (z.B. die Reeder), weil sie die äußere Konkurrenz "zu Hause" hat und sich primär ihren Profit über den inneren Markt erschließt. Äußerungen gegen das ausländische Monopolkapital waren sehr oft in den 70er Jahren von Vertretern der "traditionellen" Industriemonopole in der Presse zu lesen. Auch bestimmte "Öffnungen" der griechischen Außenpolitik nach 1974 sowie eine "Modernisierungswelle" des öffentlichen und sozialen Lebens wurden unterstützt und dienten den Interessen des gestärkten griechischen industriellen Monopolkapitals.
Die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen dem ausländischen bzw. ausländischem Interesse unterworfenen Monopolkapital und dem griechischen Monopolkapital zugunsten des letzteren, erklärt viele Fragen der politischen Entwicklung der 70er Jahre.[11] Spezielle Untersuchungen in dieser Richtung, die leider in der ökonomischen und politologischen Literatur Griechenlands noch fehlen, wären eine große Hilfe für die ökonomische und politische Theorie und die praktische Politik der Arbeiterbewegung.

10) Angaben von ICAP-Hellas, entnommen der Zeitung "To Vima" 11/6/1981.

11) Vgl. dazu Poulantzas, N.: Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien. Suhrkamp Verlag. Frankfurt/M. 1977, der den Sturz der Diktatur im Jahre 1974 mit der Verstärkung des einheimischen Industriekapitals zu erklären versucht.

Veränderungen sind in den 70er Jahren auch bei der Anlage des Auslandskapitals in Griechenland zu verzeichnen.

Die Tabelle 9 macht deutlich, daß zwischen 1970 und 1975 der Anteil der ausländischen Monopole an der Verarbeitungsindustrie von 31,5 auf 28,5 Prozent gesunken ist. Nach anderen Angaben sank zwischen 1968 und 1974 der Anteil der Gesellschaften unter ausländischer Kontrolle am konstanten fixen Kapital der Industrie von 24 auf 14 Prozent.[12]

Diese relative Abschwächung der Bedeutung des ausländischen Kapitals lag nicht nur in dem langsameren Tempo seines Eindringens infolge der Wirtschaftskrise (1974-76), sondern auch in der Verstärkung des griechischen Monopolkapitals, wie oben dargestellt wurde.[13]

Bevorzugte Anlagebereiche in den 70er Jahren waren nun die Produktion von elektrischen Maschinen und Geräten, die Transportmittelindustrie und die Leichtindustrie (Getränke-, Nahrungsmittel-, Papier-, Lederindustrie usw.). Das veranschaulicht die Tabelle 1 (Abschnitt 2.3.1.). Der Hauptgrund dafür war die Ausdehnung des inneren Marktes in dieser Periode.

Im Vordergrund stand nicht mehr die Gründung neuer Betriebe, sondern die Beteiligung an schon existierenden, besonders kleineren und mittleren griechischen Unternehmungen. Durch die erreichte finanzielle und technologische Abhängigkeit wurden schließlich bestimmte "Überfremdungsprozesse" begünstigt, die partiell auch zum völligen Verkauf dynamischer griechischer Monopole an ausländische führten, wie z.B. die IZOLA und PIKROS AE im Bereich der langlebigen elektrischen Konsumgüter an US-amerikanisches bzw. BRD-Kapital, die ELAIS AG an den internationalen Unilever-Konzern im Bereich der Lebensmittelproduktion usw.

12) siehe dazu Untersuchungsergebnisse einer von der Regierung PASOK gegründeten Arbeitsgruppe. Bericht in: Ekonomikos Tachidromos 10/6/1982. S. 17 (gr.)

13) vgl. dazu Gkanitzis, A.: Ökonomische Integration Griechenlands in die EWG und ausländische direkte Investitionen. In: EWG-Griechenland-Mittelmeer. Athen 1975. S. 141 (gr.)

Verstärkung der Präsenz ausländischer Monopole in griechischen Unternehmungen durch Beteiligungen ist in unterschiedlicher Art und Weise auch in anderen Zweigen feststellbar, in denen früher das griechische Kapital die Oberhand hatte, wie z.B. in der Transportmittelindustrie (ELAMAK, Sarakakis usw.), in der Stahlindustrie,[14] oder in dem hochmonopolisierten Bergbau.[15] Daraus wird die Gefahr der Überfremdung des nationalen Kapitals ersichtlich und deutlich. Zugleich läßt sich der parasitäre und schädliche Charakter des ausländischen Monopolkapitals daran erkennen, daß es nicht neue Produktivkräfte schafft, sondern eher die schon vorhandenen ausnutzt.

Erhebliche Strukturveränderungen vollzogen sich auch hinsichtlich des Herkunftslandes der ausländischen Monopole.

Die Vorherrschaft des amerikanischen Kapitals der 60er Jahre wurde zugunsten der westeuropäischen Monopole in den 70er Jahren gebrochen (vgl. Tabelle 7,d), was aus den engeren Beziehungen EG-Griechenland zu erklären ist.
Innerhalb der EG-Monopole erhöhte sich die Bedeutung des BRD-Monopolkapitals. Nach dem US-amerikanischen lag es Mitte der 70er Jahre an der zweiten Stelle, gefolgt vom französischen Monopolkapital.
Das Eindringen des westdeutschen Monopolkapitals in Griechenland hing mit seiner allgemeinen, ab Ende der 70er Jahre verstärkt wirksam werdenden Tendenz, die "alten" Zweige ins Ausland zu verlagern, zusammen. (wie z.B. Webereien, Automobilwerke usw.)
In Griechenland wurde es durch Beteiligungen an mittleren und größeren, technologisch schwachen Betrieben im Bereich der Produktion von Nahrungsmitteln, elektrischen Apparaten, Textilien usw. angelegt.
Insgesamt läßt sich feststellen, daß sich in den 70er Jahren nicht nur die Abhängigkeit der griechischen Industrie

14) Panagopoulos, G.: Die Lage der griechischen Stahlindustrie und die Auswirkungen des Beitritts Griechenlands in die EWG. In: Kathimerini 25/7/80. Athen (gr.)
15) Drei Monopolgruppen (Iliopoulos, Skaltsiris, Rodopoulos) erschlossen und exportierten den größten Teil der griechischen Minoralien, ohne eine bedeutende Verarbeitung ins Ausland. Ausführlicher siehe: Benas, D.: Das Eindringen des ausländischen Kapitals in Griechenland. Athen 1975. S. 299 - 307 gr.

vom ausländischen Monopolkapital (hinsichtlicher seiner direkten Investitionen) relativ verminderte, sondern daß diese Abhängigkeit zugleich differenzierter geworden ist.

1) Die Tendenz der wachsenden Monopolisierung der Industrie ging aber gleichzeitig mit einem Weiterbestehen bzw. mit einer noch existierenden quantitativen Vorherrschaft der sehr kleinen Betriebe (bis 9 Beschäftigte) vor sich, wie die Tabelle 2 zeigt. Charakteristisch für die ganze Nachkriegszeit ist die hohe Präsenz der kleinen Betriebe in der Verarbeitungsindustrie des Landes. Ende der 70er Jahre machten sie fast 93 Prozent der Gesamtanzahl der Industriebetriebe aus.
Diese Erscheinung negiert den Monopolcharakter der griechischen Wirtschaft nicht, wie viele bürgerliche Autoren behaupten, sondern betont eher den rückständigen Charakter des griechischen Kapitalismus und die Besonderheiten des griechischen Monopols.
Im Unterschied zu anderen kapitalistischen Ländern, wie z.B. Japan, waren die kleinen Betriebe in Griechenland kein Geschöpf des modernen Monopols und standen in keiner organischen Verbindung zu ihm; es fehlten weitgehend die gegenseitigen Produktionsverflechtungen im Sinne der Lieferantenbeziehungen. Wie wir später sehen werden (2.3.1.), beeinträchtigten diese kleinkapitalistischen Betriebe erheblich die Verwertungsbedingungen des starken Monopolkapitals.
Relativ wuchs in dieser Zeit auch die Rolle des mittleren Kapitals.
Die Tendenz zur "Zersplitterung des Kapitals" in Form der Errichtung neuer kleinerer und mittlerer Betriebe erinnert stark an die Zeit der industriellen Revolution und markiert das Eindringen des Kapitalverhältnisses in solche Gebiete, in denen es früher nicht vertreten war. In den Tabellen 9 und 10 sieht man neben dem starken Monopolisierungsgrad der Industrie in den 70er Jahren auch die Tendenz der Zersplitterung des Kapitals in mittlere, nicht monopolistische Unternehmen.

Während der relative Anteil dieser Betriebe am angelegten Kapital sank, vergrößerte sich die relative Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeitskräfte. Sie beschäftigten im Jahre 1978 fast ein Viertel der Arbeitenden in der Verarbeitungsindustrie. Dieses Verhältnis macht die technische Rückständigkeit, die niedrige Arbeitsproduktivität und die große Bedeutung der Arbeitskräfte für die Verwertung dieses Kapitals deutlich.

Die überdurchschnittliche Rentabilität, die manche Ökonomen bei diesen Betrieben konstatieren, verdanken sie, wie diese Ökonomen selbst zugeben müssen, der hohen Arbeitsintensität, der Verlängerung des Arbeitstages durch Überstunden usw.[16]

Ist das Nebeneinander der Konzentration und der Zersplitterung des Kapitals eine allgemeine Tendenz der Akkumulation des Kapitals in jedem Stadium der kapitalistischen Entwicklung,[17] so bleibt aber dabei die Frage offen, welche ist die vorherrschende, bestimmende Richtung? In den imperialistischen Hauptländern, die seit langem ihren Industrialisierungsprozeß abgeschlossen haben, ist die Konzentration, die Monopolisierung heute die moderne Bewegungsform des Kapitals. Wo sich aber die kapitalistische Entwicklung verspätet hat und deswegen schwach ist, wie z.B. in Griechenland, vollzog sich diese Entwicklung nicht nur in Form des Monopols (vertikale Entwicklung), sondern ebenso in Form der Errichtung neuer mittlerer Kapitalbetriebe (Zersplitterung des Kapitals - horizontale Entwicklung), wobei letztere Entwicklung der ersten untergeordnet war und deswegen mit Recht von monopolistischer Industrialisierung die Rede sein kann.

---

16) Vgl. dazu: Kleine, mittlere und große Unternehmungen in der griechischen Industrie. ICAP, Athen 1982. S. 15 (gr.)

17) Marx, K.: Das Kapital. Bd. 1. a.a.O., S. 653 ff.

Monopole entwickelte sich auch in den anderen produktiven Zweigen. Abgesehen von staatlichen Monopolen in der Infrastruktur stimulierte die sozialökonomische Entwicklung der 70er Jahre die Konzentration und Zentralisation des Kapitals im Bauwesen(die drei Konstruktionsgesellschaften Archirodon, Doksiadis, ETBOK-ATER monopolisierten die öffentlichen Bauten in Griechenland und expandierten in die benachbarten arabischen und afrikanischen Länder)im Handel [18] und in der Schiffahrt.

letztere verdient eine besondere Darstellung wegen der außerordentlichen internationalen Macht der griechischen Reedereimonopole.

Die griechische Handelsflotte war Ende der 70er Jahre mit ca. 5.000 Schiffen und 55 Mio Tonnen Kapazität (vgl. Tabelle 11) die größte der Welt (15 Prozent der Weltkapazität). Einige wenige griechische Reeder verfügten als Familienunternehmungen über den größten Teil davon.

Nach der "Financial Times" besaßen die größten griechischen Reeder Ende der 70er Jahre folgende Vermögen: [19]

1)	A. Onasis	49 Schiffe	5,9 Mio $
2)	P. Goulandris	45 "	4,3 "
3)	K. Lemos	- "	- "
4)	S. Niarchos	40 "	3,9 "
5)	M.G. Goulandris	36 "	3,6 "
6)	G.S. Libanos	23 "	2,9 "
7)	Koulouncundis	28 "	1,6 "
8)	Erben Chandri	38 "	1,5 "

Die Entwicklung der großen griechischen Schiffahrtsgesellschaften erklärt sich nicht nur aus den traditionellen starken Positionen des griechischen Reedereikapitals[20], auch nicht nur

18) Im Jahre 1972 besaßen 4,3 Prozent aller Handelsgesellschaften, 57,4 Prozent des gesamten Handelskapitals. Viele davon waren Filialen ausländischer Monopole. Vgl. Benas, D.: a.a.O., S. 280, 287.

19) Siehe Bericht in: Ekonomikos Tachidromos 31/7/1980. Athen.

20) Vgl. Vaitsakis, N.: a.a.O. Wo die Entwicklung des griechischen Reedereikapitals mit den verschiedenen Stadien der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes und -handels erklärt wird.

aus den besonderen Fähigkeiten des griechischen Volkes in der Seewirtschaft, wie die bürgerliche apologetische Wirtschaftswissenschaft behauptet, sondern liegt direkt an der großzügigen Hilfe des griechischen Staates für das Reedereikapital. Mit staatlichen Mitteln ist die zerstörte Handelsflotte nach den zwei Weltkriegen wieder aufgebaut worden. Außerdem sind durch eine bevorzugte Gesetzgebung (Steuerfreiheiten, Senkung der Versicherungsbeiträge, verlängerte Abschreibungen usw. usf.) und Unterdrückung der gewerkschaftlichen Bewegung der Seeleute günstige Konkurrenz- und Profitbedingungen geschaffen worden, die bestimmte Nachteile der griechischen Handelsflotte überkompensierten.[21] Von besonderer Bedeutung ist für Griechenland die aus den wachsenden Schwierigkeiten und der Konkurrenz in der internationalen Schiffahrt hervorgerufene Umwandlung eines Teils des hochmonopolisierten und auch im Ausland wirkenden griechischen Reedereikapitals in Industriekapital am Anfang der 60er und 70er Jahre. Das Bevorzugen solcher Zweige wie Transportmittel (Werften) und erdölverarbeitende Industrie (Raffinerien) hing auch mit der Haupttätigkeit (Schiffahrt) zusammen. Die Werften von Niarchos z.B. sind rentabel, weil, wenn es keine Aufträge gibt, sie die Schiffe des Reeders reparieren. Ähnlich arbeiten auch die Raffinerien. Transport und Verarbeitung des Erdöls sind ausschließliches Recht der Monopolgruppe. Im Jahre 1975 konzentrierten die 10 ersten Monopole dieser zwei Industriezweige etwa 80 - 100 Prozent der gesamten Aktiva, des Profits und des Personals. Das Gewicht des in industrielles umgewandelten Reedereikapitals wächst, solange die enormen Schwierigkeiten im internationalen Schiffahrtsmarkt noch existieren, immer weiter. Über ein Drittel der Aktive der vom ausländischen Kapital kontrollierten Gesellschaften war im Jahre 1975 griechischer reederischer Herkunft.[22]

21) Somit ist die Meinung nicht richtig, nach der der griechische Staat nicht genügenden Schutz dem griechischen Reedereikapital gewährt hat. Die Nachteile gegenüber den Konkurrenten lagen in der monopolistischen Stellung letzterer bei den "Konferenzen" (regelmäßige Linienfahrt), in dem Fehlen eines starken ökonomischen Hinterlandes mit entwickeltem Außenhandel usw. usf. (siehe Notaras, D.: Die griechische Seewirtschaft und die EWG. In: EWG-Griechenland-Mittelmeer. Athen 1976. S. 355 gr.)

22) Die griechische Industrie im Rahmen der internationalen Entwicklungen. In: Sichrona Themata 11/1981. Athen, S. 21 (gr.

das Monopolkapital reedereicher Herkunft war und ist eine der wichtigsten Fraktionen der Monopolbourgeoisie, die ihre Profite primär über den internationalen Markt erzielt. Insofern stellt es einen glühenden Befürworter der Abhängigkeit Griechenlands von den internationalen Monopolen und der NATO dar und setzt sich entschieden gegen jegliche Industrialisierungstendenz, die die nationale ökonomische Unabhängigkeit verstärken würde ein. Die engen Beziehungen der Reeder mit dem ausländischen Kapital und ihre Rolle bei der Errichtung und Festigung der Diktatur (1967-74) verleihen ihnen den Charakter des reaktionärsten Teils der griechischen Monopolbourgeoisie.

Will man nun die wichtigsten Schlußfolgerungen dieses Kapitels zusammenfassen, dann sollte man an erster Stelle die Tatsache unterstreichen, daß ab Anfang der 60er Jahre eine Verstärkung des Monopolkapitalismus in Griechenland zu verzeichnen ist. Das schwache "traditionelle" Monopol der Zeit von 1930 bis 1960 wurde durch das Eindringen ausländischer Monopole, die eine neue Phase der monopolistischen Industrialisierung eingeleitet haben, überflügelt. Als Ergebnis dessen entwickelten sich in den 70er Jahren starke ausländische und einheimische Monopole, die ihrerseits nun wiederum nach internationaler Expansion trachteten.
Die primäre und unbestrittene Bedeutung des ausländischen Kapitals für die Weiterentfaltung des griechischen Monopolkapitalismus sollte nicht die komplizierte Wechselwirkung der inneren und äußeren Faktoren bei dieser Entwicklung außer acht lassen. Das ausländische Monopolkapital beschleunigte beträchtlich die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse in der griechischen Industrie, determinierte sie aber nicht, wie die Wiedererstarkung der "traditionellen" Monopole in den 70er Jahren zeigt.
Eine Eigenartigkeit des griechischen Monopolkapitalismus sowohl vor als auch nach dem Einschnitt der 60er Jahre war sein relatives Zurückbleiben, seine Schwäche gegenüber anderen Ländern. Damit ist nicht nur das niedrige Niveau der Monopolisierung, sondern auch das allgemein niedrige Niveau der produktiv-

kürzte gemeint, welches in der Koexistenz der weniger starken Monopole mit einem Ozean kleineren kapitalistischen Betrieben zum Ausdruck kommt. Wie später in 2.3. dargestellt wird, beeinträchtigte diese Konstellation sehr stark den Monopolprofit und daraus die weitere Konzentration des Kapitals.

2.1.2. Der besondere Charakter des griechischen Bankmonopols

Die Entstehung des Monopols in der Industrie war begleitet von ähnlichen Konzentrations- und Zentralisationsprozessen im Bankwesen, die zur Herausbildung des Bankmonopols führten.
Die "neue Rolle" der Banken im Imperialismus, die nach Lenin die "wichtigsten Nervenknoten" des gesamten monopolkapitalistischen Systems darstellen, war ein objektives Erfordernis der weiteren Vergesellschaftung der Produktion.
Das Bankmonopol erwuchs aus der Notwendigkeit der hohen Kapitalakkumulation, der Entstehung neuer kapitalaufwendiger Wirtschaftszweige, der Vergrößerung der Summe der vorübergehend freien Gelder und Kapitalien, dem wachsenden notwendigen Kapitalminimum und der zunehmenden Bedeutung des Kredits für die Verwertung des Industriekapitals.

Im folgenden untersuchen wir das Bankmonopol und das Finanzkapital in Griechenland. Die primär historische Herangehensweise dieses Abschnitts wird dann im nächst folgenden durch eine logische Ableitung des besonderen Charakters des griechischen Finanzkapitals abgelöst.
Im Gegensatz zu den führenden kapitalistischen Ländern trat das Bankmonopol in Griechenland sehr früh auf. Grundlage dafür war nicht ein hoher Grad der Kapitalkonzentration in der Industrie, sondern die Rückständigkeit der kapitalistischen Entwicklung überhaupt. Diese Tatsache läßt sich aus der Einwirkung von äußeren Faktoren, d.h. namentlich der internationalen Konzentration des Kapitals, erklären. Träger der ersten griechischen Bankmonopole waren die im Ausland bzw. die in Zusammenarbeit mit dem ausländischen Kapital prosperierten Teile der griechischen kompradorischen Bourgeoisie (Händler,

Reeder, Bankiers), die aufgrund der wachsenden Schwierigkeiten, die ihnen der internationale Übergang zum Monopolkapitalismus und die sich zuspitzende Konkurrenz bereiteten, Griechenland als günstige Kapitalanlagesphäre entdeckten.[1] Ihre Macht wurde potenziert durch das Heranziehen von und die Zusammenarbeit mit ausländischem, besonders englischem und französischem Kapital.

Zwischen 1821 und 1921 wurden so 47 Banken und weitere 40 innerhalb des nächsten Jahrzehnts gegründet. Diese "Gründungswellen" fallen mit der internationalen Bewegung des Bankkapitals zusammen.[2] Das heißt, sie traten während und nach der Großen Depression 1873 sowie in der Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus auf. Die Triebkraft dieser massiven Bankgründungen waren die schnellen, hohen und risikolosen Profite über die Ausnutzung der vorhandenen Produktivkräfte, die Neuentwicklungen nicht unbedingt erforderten. Ihre Bankrotte, Ankäufe und Fusionen im ersten und dritten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts demonstrierten schließlich nicht nur den spekulativen, gelegentlichen Charakter ihrer Tätigkeiten, sondern auch den kompradorischen Charakter der griechischen Bourgeoisie. Während der ganzen Zeit bis zum Vorabend des 2. Weltkrieges waren 90 Prozent der gesamten Banktätigkeit in nur 5 Banken konzentriert. An der Spitze befand sich die ETE mit erheblichem Vorsprung zu den anderen. Die starke Konzentration des Bankkapitals und das relative Zurückbleiben des Industriekapitals machten das erstere zum Wortführer innerhalb des besonderen griechischen Finanzkapitals.[3]

Die Entwicklung des Bankkapitals nach dem zweiten Weltkrieg wies zwei wichtige Merkmale auf, die es stark von dem der führenden kapitalistischen Länder unterschied: a) seine sehr hohe Monopolisierung und b) sein Übergang in staatliche Kontrolle.

1) Weiteres über das griechische Bankkapital im vergangenen Jahrhundert siehe: Dertilis, G.: Die Frage der Banken, ETE Athen 1981.
2) Vgl.: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. a.a.O. S. 133.
3) Vgl. Sakellaropoulos, Th.: a.a.O. S. 112.

Es ist tatsächlich fragwürdig, ob die hohe Konzentration des Bankwesens aus sich selbst heraus, ohne die aktive Unterstützung des Staates, erfolgen konnte. Ausgangsbasis war wegen der Kriegskatastrophen, wegen Geldmangels, wegen der relativ geringen inneren Akkumulation usw. – nicht die Konzentration, sondern die Zentralisation des Bankwesens. Um die Konkurrenz zu beschränken und um die Geldknappheit und die Geldverwendung bestimmen zu können, zwang der Staat im Jahre 1953 die zwei großen Banken (ETE und Athener Bank) zur Fusion und erlaubte bzw. förderte (zur Verfügungstellung der notwendigen Devisen) im Jahre 1958 den Ankauf von zwei mittleren Banken (Ionian und Volksbank) durch die zweitgrößte, die Kommerzielle Bank. Innerhalb von zwanzig Jahren (1938–58) sank schließlich die Gesamtzahl der Banken von 31 auf 13.

Die unter der aktiven Mitwirkung des Staates erfolgte Zentralisation des Bankkapitals in den 50er Jahren hatte zwei Ergebnisse: a) Der Staat konnte nunmehr das Bankwesen besser kontrollieren und die Effektivität seiner Geld-Kredit-Politik erhöhen; b) die weitere Akkumulation des Bankkapitals und damit sein Monopolisierungsgrad wuchsen sprunghaft. Nach Tabelle 5 stieg zwischen 1953 und 1979 das Gesamtkapital der Geschäftsbanken um das 295fache und das Eigenkapital um das 94fac

Die Struktur des Bankwesens erscheint in Griechenland eigenartig. An der Spitze befinden sich seit den 60er Jahren zwei Bankmonopole (ETE und ET), die zusammen ca. 70 – 75 Prozent der gesamten Einlagen und Kreditgewährungen der Geschäftsbanken kontrollieren (vgl. Tabelle 1). Ihre tatsächliche Macht aber ist noch größer (ca. 80 Prozent), weil sie auch die Kontrolle über die meisten (mit Ausnahme von drei) kleineren griechischen Banken haben.

Aber auch zwischen der größten und der zweitgrößten Bank gibt es einen erheblichen Abstand. Die ETE allein machte während der ganzen Nachkriegszeit (siehe Tabelle 2) 55 Prozent bis 60 Prozent aller Aktiven der Geschäftsbanken. Ihre Tradition (Gründung 1841), ihr Geldemissionsprivileg bis 1928 und ihre Beziehungen mit dem Ausland machten dieses Bankmonopol zum bestimmenden Element des wirtschaftlichen

...in Griechenland, so daß viele sagten: "ETE ist Griechenland und Griechenland ist ETE." Im Jahre 1978 verfügte diese Bank über 317 Filialen im Inland und 40 im Ausland. Die Internationalisierung des wirtschaftlichen Lebens; die im Ausland befindlichen griechischen Gastarbeiter, Reeder und Seeleute, der Europamarkt usw. machten die ETE zum internationalen Bankmonopol (aber bereits vor dem zweiten Weltkrieg hatte sie Filialen in Ägypten, Frankreich und den USA).

Ihre internationale Tätigkeit ist allerdings noch nicht mit jener mächtigen internationalen Bankmonopole vergleichbar. Nur 12 Prozent ihrer gesamten Gewinne ergaben sich Ende der siebziger Jahre aus internationalen Arbeiten, während bei den größeren EG-Bankmonopolen dieser Anteil ca. 30 Prozent betrug.[3]

Es ist also festzustellen, daß das griechische Kreditsystem während der ganzen Nachkriegszeit durch eine sehr hohe Konzentration des Bankkapitals gekennzeichnet war.

Es gibt mehrere Faktoren, die diese Entwicklung stimulierten. Es wurde bereits auf die Rolle des Staates bei der Zentralisation hingewiesen. Wichtig waren ebenfalls die Privatinitiativen und Übereinkünfte der Bankmonopole zur Gründung des "Vereinigung der griechischen Banken" im Jahre 1928. Diese offizielle Abmachung, die die innere und äußere Konkurrenz ausschalten suchte und darauf abzielte - wie es damals ein Bankspezialist formulierte -, "die gemeinsamen Interessen besser schützen" zu können[4], besteht bis zur Gegenwart. Der außerordentlich hohe Monopolisierungsgrad des griechischen Bankwesens hat auch tiefe Wurzeln in der schwachen Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland überhaupt, die den Zufluß neuen Kapitals in das Bankwesen eher verminderte. Diese objektive Tatsache hat verschiedene Erscheinungsformen. Sie drückt sich z.B. in der niedrigen Sparquote, der unbedeutenden Rolle des Kapitalmarktes, der schwachen Entwicklung neuer Arten von Kreditanstalten, wie z.B. Investi-

[3] Kerisopoulos, N.: Komitee für die Untersuchung des Bankwesens, Konspekte der Berichte. Athen 1981. S. 234 (gr.)

[4] Karkilitsis, N.: Das Bankwesen in Griechenland. Athen 1934. S. 72. (gr.)

...genossenschaften, in den Fehlen von lokalen Landkredit-...stitutionen und Genossenschaftsbanken und in der niedri-...n Dichte des Banknetzes aus.[5]

...iese Besonderheiten begünstigten beträchtlich die Konzentration und verhinderten die Zersplitterung des Bankkapitals. Eine entgegengesetzte Entwicklung läßt sich in den führenden EWG-Ländern feststellen. Dort beherrschen auch einige Bankmonopole das ganze Banksystem, die ersten drei Banken kontrollierten Ende der 70er Jahre ca. 50 Prozent der Depositen der Geschäftsbanken in den meisten Ländern.

...ber die Rolle und Tätigkeit der anderen Kreditanstalten (lokale und Landesbanken, Genossenschaftsbanken usw.) gleichfalls noch groß ist, beschränkt sich der Anteil der großen Bankmonopole an den Passiva des Banksystems insgesamt auf 10 bis 20 Prozent.[6] Die zwei großen Bankmonopole Griechenlands konzentrierten in derselben Zeit ca. 70 Prozent der gesamten Einlagen. Daraus ergibt sich der Schluß, daß je schwächer das Kapitalverhältnis, je niedriger die Kapitalakkumulation in einem Land ist, desto größer ist die Rolle der Banken, desto höher ist ihr Konzentrationsgrad.

---

5) a. Die Sparquote als Anteil der inneren Ersparnisse an Brutto-Nationaleinkommen betrug (in Marktpreisen) 1951-60 = 13,2 Prozent, 1951-70 = 20,5 und 1971-75 = 24,5 Prozent (siehe National Accounts of Greece 1958-75, Athen 1976, S. 36 (gr.)

b. Über den Kapitalmarkt sind z.B. im Jahre 1977 in Griechenland nur 7 Prozent der vorübergehend freien Gelder gehandelt worden. Dieser Anteil betrug im gleichen Jahr 42 Prozent in der BRD, 49 Prozent in den USA, 42 Prozent in Italien. (siehe Charisopoulos, N.- Komitee für die Untersuchung des Bankwesens. Bericht. T.E. Athen 1979, S. 25 (gr.)

c) Die Dichte des Banknetzes (Kreditinstitute pro 10.000 Einwohner) betrug 1977 in Griechenland 0,8, in England 4,2 und in Italien 2,2 (siehe ebenda.)

6) Für die Angaben siehe: ebenda, S. 24.

[illegible]ser wesentliche kausale Zusammenhang blieb den bürgerli-
[illegible]en Spezialisten der "Bank of Greece"[7], als sie eine entspre-
[illegible]chende Untersuchung des Banksystems anläßlich des griechischen
[illegible]eitritts zur EG durchführten.
[illegible]ese Herangehensweise konnte nur oberflächlich, auf dieser
[illegible]ene allerdings richtig, Zusammenhänge aufdecken, die lediglich verschiedene Erscheinungsformen einer der wahren Ursachen, nämlich die niedrige Sparquote, das faktische Fehlen [illegible]nes Kapitalmarktes usw. als Funktionen der allgemeinen ökonomischen Entwicklungsschwäche, darstellen. Darüber hinaus [illegible]bstrahierten sie voll und ganz von den Konzentrationsprozessen des Kapitals innerhalb des Bankwesens, wie sie bis Ende der 50er Jahre vor sich gegangen sind. Der hohe Monopolisierungsgrad des griechischen Bankwesens ist somit Ergebnis sowohl der schwachen sozialökonomischen Entwicklung des Landes als auch der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Bankkapitals.
Von enormer Bedeutung für den hohen Konzentrationsgrad des griechischen Bankkapitals war die mit Hilfe des Staates erfolgte Ausschaltung der äußeren Konkurrenz. Das bestätigt die Erkenntnis, daß einerseits die Kapitalkonzentration die staatliche Einmischung hervorruft sowie andererseits letztere die weitere Monopolisierung stimuliert. In der Ausschaltung der äußeren Konkurrenz kamen jedoch außer dem Profitinteresse der griechischen Bankmonopole auch spezielle staatliche systemsichernde Aspekte zum Ausdruck. Dies war z.B. die Gewährleistung von Bedingungen für die Finanzierung der ökonomischen Entwicklung mit billigem Geld. Insofern die ausländischen Banken ein destabilisierender Faktor für diese Politik waren, ist die positive Haltung des Staates gegenüber dem Ankauf der ausländischen Beteiligungen an den griechischen Banken in den 50er Jahren hervorzuheben.
Die Beschränkung der ausländischen Banken war grundsätzlich durch drei Bestimmungen festgelegt: a) die Gewährleistung einer Zweckmäßigkeitserlaubnis seitens der "Monetären

---

7) Diese Auffassung vertrat mehr oder weniger die Mehrheit der bürgerlichen Ökonomen in Griechenland.

...als bürgerliche Experten geben das zu, daß diese Tendenz ...on seit 1965 auftrat. Diese Entwicklung hängt hauptsächlich ...ch mit der ersten Welle der direkten Investitionen ausländischer Industriemonopole in Griechenland, die bis in die erste Hälfte der 70er Jahre anhielt, zusammen. Die Politik der Diktatur erleichterte enorm diesen Prozeß.

Die zweite Welle von ausländischen Bankniederlassungen begann sich gegen Ende der 70er Jahre abzuzeichnen (1979-80 wurden 4 ausländische Bankvertretungen gegründet). Hauptgrund dafür war die Integration Griechenlands in die EWG. Wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist, verdoppelte sich die Aktivität der ausländischen Banken in den 70er Jahren. Ihre insgesamt 36 Filialen repräsentierten u.a. die namhaftesten internationalen Bankmonopole, wie z.B. Chase Manhatten, City Bank, Bank of America usw. und beteiligten sich im Jahre 1980 mit 12,3 bzw. 14,5 Prozent aller Einlagen bzw. Gewährungen der Geschäftsbanken am Geld- und Kreditgeschäft.

Die Tätigkeit der ausländischen Banken zielte primär auf die Finanzierung der Unternehmen der internationalen Monopole.[7b] Ende der 70er Jahre hatten sie enge Beziehungen

[7b] Jedoch begannen sie in den 70er Jahren im Einklang mit internationalen Tendenzen, verstärkt die inneren Ressourcen als Kreditquelle auszunutzen. Die Tabelle 3 zeigt deutlich ihren wachsenden Anteil an Depositen und gewährten Krediten.

...ndert für die Bankenkonzentration, c) das Kapitalexport-
...die Banken und mehr als 40 Prozent am Aktienkapi-
...l und im Vorstand einer Bank, c) die Pflicht der Mutterbank
... von 5 bzw. in den 70er Jahren 10 Mio. Dollar für eine
...dergründung.

Auf dieser Basis vergrößerten sich die Positionen der einhei-
...en Bankmonopole. Von den schon vor dem Krieg tätigen
...ländischen Banken blieb zunächst nur eine bis 1964 noch
...ig. Die Gründung einer zweiten Bank in diesem Jahre rief
...e große Reaktion hervor. Massiv jedoch drangen ausländi-
...e Bankmonopole in der Zeit der Diktatur (1967-74) nach
...rasilien ein. Von den im Jahre 1980 existierenden 16
...ländischen Banken, haben sich 10 in dieser Zeit nieder-
...lassen. Der spekulative Charakter der Wirtschaftspolitik
...r Militärs und ihre Kapitulation vor dem ausländischen Ka-
...l erklären jedoch noch nicht allein diese umfangreiche
...derlassung ausländischer Bankmonopole. Es ist wahr, und

... 30 der insgesamt 50 größten Industriemonopole Griechen...
...ands.[8] Ihre besonderen Beziehungen zu den internationalen
...monopolen sind schwer nachzuweisen, da sie, im Gegensatz
zu den griechischen Banken, vom Staat das Recht erhielten,
die Jahresbilanz nicht zu veröffentlichen bzw. keine Ge-
winnauskunft zu geben.
...chen ausländischen und griechischen Banken entbrannten
in den 70er Jahren Auseinandersetzungen um die Privilegien,
die die ersteren vom Staat erhalten hatten. Der Staat sollte
konfliktdämpfend eingreifen, indem er bestimmte Rechte
auch auf die griechischen Bankmonopole erweiterte (z.B. Steuer- und Gebührenfreiheiten durch das Gesetz 976/71) oder bestimmte Rechte der ausländischen Bankmonopole zurückschnitt (z.B. die Befreiung von der Pflicht der Zinsrückzahlung bei Exportkrediten nach der Realisierung des Geschäfts (Beschlüsse der Monetären Kommission 63/72, 17/74).
...tralisation des Bankkapitals, Ausschaltung der äußeren
und inneren Konkurrenz mit staatlicher Hilfe, verstärkte innere Kapitalakkumulation und -konzentration waren die Ursachen für die Entstehung der sehr starken griechischen Bankmonopole.
...n die inneren Akkumulationsmöglichkeiten des Bankkapitals
zu veranschaulichen, ein paar Worte zum Bankgewinn.
...n Mittel für die hohe Konzentration des Bankkapitals waren
der Bankgewinn und seine Quelle, der Zins, der wiederum vom
Staat über die ganze zu untersuchende Periode hinweg administrativ reguliert wurde.
...n allgemeinen herrscht der Eindruck vor, daß unter dem Aspekt der vom Staat verfolgten Politik des billigen Geldes
...r Stimulierung der kapitalistischen Entwicklung auch die
...nkgewinne niedriger sein müßten. Nach Aussagen aber von
...nkexperten war das Kreditgeld in Griechenland nicht so billig wie es schien, sondern teurer als in anderen kapitalistischen Ländern. Das liegt nicht zuletzt daran, daß Gebühren,
...rovisionen und andere Belastungen den Zinssatz für kurzfri-

[8] Vgl. Zeitschrift Ikonomiki Poria. 8/1981 Athen (gr.)

nige Kredite faktisch um 4 - 5 Mgheiten erhöhten.[9] Der internationale Vergleich, den das "Komitee für die Untersuchung des Bankwesens" für das Jahr 1977 durchgeführt hat, besagt, daß die Bruttoeinnahmen, gemessen auf Basis der Aktiva, des größten Bankmonopols EFG mit 9,54 Prozent höher waren als die der Banken in der BRD (6,54 Prozent), in Belgien (8,4 Prozent) bzw. niedriger waren als der Durchschnittsgewinn der italienischen (11,7 Prozent).[10] Der Gewinn war mit 0,9% Prozent als Anteil der Aktiva zwar höher als der der italienischen Banken, jedoch geringfügig niedriger als der der französischen und belgischen Banken sowie deutlich niedriger als der der englischen Banken (1,20 Prozent).[11] Am Eigenkapital gemessen standen der Bankprofit der EFG mit 7,6 Prozent und der der ET mit 6,9 Prozent im Jahre 1979[12] nicht viel der Durchschnittsprofitrate der Industrie (8 Prozent) nach.[13] Die gleichen Bankexperten des Untersuchungsausschusses fanden, daß die Gründe für das relative Nachstehen der Reingewinne nicht nur in der mangelnden Rationalität des griechischen Bankensystems zu suchen seien, sondern daß der vergleichsweise höhere Anteil des eigenen Kapitals an den Passiva sowie die Beteiligungen der griechischen Banken am Aktienkapital von Unternehmungen[14] das wirkliche Ausmaß der Gewinne verschleiern. Der Vorteil des griechischen Bankkapitals gegenüber dem anderer Länder zeigt sich jedoch nicht in der absoluten Höhe der Gewinne, sondern in ihrer relativen Höhe und Stabilität, die vom Staat selbst über die Festlegung des Zinssatzes garantiert werden.[15] So erklärt sich auch das enorme Wachstum des Bankkapitals, wie es zu Anfang dargestellt wurde.

---

9) Charitakis, D.: Möglichkeiten und Probleme der Kreditpolitik, Athen 1978, S. 123 (gr.)
10) Vgl. Chrysopoulos, P. - Komitee für die Untersuchung des Bankwesens. Kompendium der Berichte. Athen 1981, S. 20 (gr.)
11) ebenda, S. 95
12) Ekonomikos Tachydromos 13/12/81 Athen.
13) Chrysopoulos, P. - Komitee... a.a.O. S. 240.
14) Bulletin von 1978 S. 425.
15) "Der regulierte (und nicht unbedeutende) Profit sowie die nicht-diskretionäre Entlohnung der Geschäftsbanken wird mit Recht gesehen als Belohnung zur Durchsetzung der Kreditsysteme, zur Verstärkung des Geld-Kredit-Mechanismus (daher der Gegenstandsbereich) sowie seines Widerstandes gegenüber anderen nicht gesellschaftlichen Interessen." Doukakis, M.: Kontrolle der Bank [illegible] Gewinn." aus Referaten in "Gesellschaftliche Arbeit" 11/1982 S. 32 (gr.)

Im großen und ganzen erwies sich die staatliche Politik im weiteren Sinne als ein wichtiger konstituierender Faktor für die Konzentration des Bankwesens in Griechenland, die auf verschiedene und vielfältige Weise zum Ausdruck kam. Von Gründung der ersten Bank im Jahr 1841 an bis heute hat der Staat ständig, vielfältig, umfassend und freigebig seine Unterstützung den Bankmonopolen, ja dem Bankkapital im allgemeinen gewährt.

Obwohl die hohe Monopolisierung das griechische Bankkapital von Anfang an kennzeichnete, trat jedoch sein staatlicher Charakter im wesentlichen als ein Ergebnis der Veränderungen der Nachkriegszeit zutage. Gewiß wurde die Grundlage bereits durch die Gründung der zentralen Staatsbank (TE) im Jahre 1928 und der Landwirtschaftlichen Bank (1929) sowie des Bodenkreditinstituts "Ktimatiki" geschaffen. Die Nachkriegsnotwendigkeiten aber und die Widersprüche des griechischen Monopolkapitalismus führten dann zur faktischen Verstaatlichung des Banksystems.
Der erste und wichtigste Schritt vollzog sich direkt nach dem letzten Weltkrieg und betraf die Überführung des größten Monopols, der ETE, unter staatliche Kontrolle über Ankauf der privaten Anteile, besonders der ausländischen. Auch hier hat die wirtschaftshistorische Forschung bisher fast nichts geleistet, so daß viele Umstände noch im Dunkeln bleiben. Auf jeden Fall befindet sich heute die ETE unter staatlicher Kontrolle, ebenso wie die vier weiteren von ihr kontrollierten Banken, trotz des privaten Besitzes eines nicht bekannten Aktienanteils. Der Staat bestimmt den Vorstand, den Vorsitzenden und den Bankrat.
Die ETE ist heute Hauptaktionär in einer Reihe anderer Unternehmungen, wie in drei Versicherungsgesellschaften, einer Investmentgesellschaft, einem Hotelkomplex, einem Ingenieurmonopol, der Wassergesellschaft (EYDAP), einer Investitionsbank und einer Werft (Neorion Sirou).

Der zweite Schritt zur Verstaatlichung des Bankwesens war die weitgehende Verstaatlichung des zweiten Monopols, der "Kommerziellen Bank" im Jahre 1975 und mithin ihres unmittelbaren Machtbereiches, der aus fünf mittleren und kleineren Banken, darunter einer Investitionsbank, zwei Werften, einem Flugzeugmonopol, zwei Versicherungsgesellschaften, einem Hotel und noch anderen, insgesamt 16 Betrieben in vielen Zweigen der Wirtschaft besteht.
Diese Verstaatlichung vollzog sich über die Aufstockung des Aktienkapitals der Stammbank (KT) und die Übernahme der neuen Aktien durch staatliche Gesellschaften und Organisationen. Ähnlich wie bei der DT2, sowie gleichzeitigem Verbot des Verkaufs von Aktien an die alten Aktionäre, deren Anteil sich durch diese Maßnahmen auf 25,5 Prozent verringerte.
Offiziell wurde die Verstaatlichung begründet mit: a) der Übertragung von Vermögen der Gesellschaft an personelle Unternehmen der Bankaktionäre, und zwar zu niedrigen Preisen, besonders im Ausland; b) der Finanzierung der eigenen Gesellschaften mit Geldbeträgen, die ein Fünftel des eigenen Bankkapitals überschritten (Gesetzverstoß); c) vielen Verstößen gegen Beschlüsse der "Monetären Kommission" zur Finanzierung eigener Gesellschaften.
Hinter den juristischen Gründen, die zur Verstaatlichung der "Kommerziellen Bank" führten, lassen sich deutlich die eigentlichen Ursachen erkennen, nämlich die monopolistische Konkurrenz und der Kampf der Monopolgruppen gegeneinander.

Durch die Unterstützung der Diktatur und die enge Zusammenarbeit mit dem internationalen Finanzkapital hat dieses Bankmonopol so gewaltige ökonomische Macht erworben, daß es sich zu einer überragenden Finanzgruppe mit erheblichen Privilegien gegenüber den anderen monopolistischen Gruppierungen zu entwickeln drohte, die über keine eigene Bank und damit eigene Geldquelle verfügten. Konkret heißt das, es ist das zweitgrößte Bankmonopol (siehe Tabelle 1), das ausschließlich bestimmte Unternehmungen einer Finanzgruppe finanziert (privilegiert), während die anderen Monopolisten von staatlichen Banken (abgesehen noch von den ausländischen) als

"gleichberechtigt" betrachtet wurden. Die Gleichheit in der monopolistischen Konkurrenz könnte allein dann wiederhergestellt werden, wenn der Grund der Ungleichheit, nämlich der private Charakter der "Kommerziellen Bank", durch ihre Einverleibung in das staatliche Bankensystem überwunden werden würde.
Einen ebenfalls maßgeblichen Grund für die Verstaatlichung hatte der Staat selbst, der sah, daß die Konzentration eines großen Teils der Spareinlagen und ihre unkontrollierte Verwendung seine Kredit- und Geldpolitik bedrohte, was besonders unter den Bedingungen der Wirtschaftskrise (1974-76), als die Handhabung der monetären Hebel von entscheidender Bedeutung für die Bekämpfung der Stagflation war, sichtbar wurde (siehe 2.3.4.).
Der Fall der "Kommerziellen Bank" zeigt deutlich, wie wichtig für den Staat die Wahrnehmung der gesamtmonopolistischen Interessen ist und wie in solchen Fällen starke Gegensätze und Konflikte zwischen den monopolistischen Fraktionen und dem Staat möglich sind. Letzten Endes ergaben sich daraus Vorteile für die gesamte "assoziierte" Monopolbourgeoisie. Das folgende "Sozialisierungsgeschrei" konnte diese Tatsache nicht verbergen und hatte nur ideologische Gründe.
Im Vergleich zu diesem Herangehen des Staates dominierte bei der Überführung der ETZ unter staatliche Kontrolle und ihrer Fusion mit der zweitgrößten Bank in den 50er Jahren der Aspekt der Wiederherstellung der Wirtschaft, der Schaffung des monetären Rahmens der Geldstabilität und der aktiven Stimulierung einer Politik der kapitalistischen Entwicklung mit besonderer Unterstützung der Industriemonopole.
Die monopolistische Konkurrenz kam in diesen aufgeblähten Staaten als Konkurrenz zwischen zwei Fraktionen der Monopolbourgeoisie, nämlich der Industrie gegen das Bankkapital, zum Ausdruck. Damit der Staat als "Gesamtkapitalist" erfolgreich ausgleichend agieren und Strukturveränderungen im Richtung der weiteren Industrialisierung vornehmen konnte, war es

nötig, den Bankgewinn und die privaten Bankmonopole zu schmälern,[16] da deren Interessen in bestimmter Hinsicht unter den gegebenen niedrigen Produktivkräftenivean der Industrialisierung zuwider liefen.

Schließlich entstand noch Staatseigentum im Bankwesen über einen anderen Weg, und zwar durch die aufgrund des gesetzmäßigen Prozesses der Spezialisierung erforderlich gewordene Gründung neuer, überwiegend staatlicher Investitionsbanken zur Finanzierung der Industrie und andere vom Staat bevorzugter Bereiche. Schon vor dem zweiten Weltkrieg gründete der Staat die landwirtschaftliche Bank und die "Ktimatik". Nach dem Krieg entstanden die OEA (1954) und die ETBA (1964), staatliche Organisationen für die langfristige Finanzierung, insbesondere der Industrie. Gleichzeitig gründeten die zwei großen Geschäftsbanken eigene Investitionsbanken, die ETEBA (1963) und die TT (1962). Die Verstaatlichung der Stammbanken brachte auch diese Filialen unter staatliche Kontrolle. Mit der Konzentration des Bankkapitals vollzog sich gleichzeitig seine Spezialisierung.

Abschließend ist es nicht übertrieben zu sagen - wie es manche auch viele Marxisten und bürgerliche Ökonomen in ähnlicher Weise ausdrücken -, daß das griechische Bankkapital durch ein doppeltes, fast absolutes Monopol, besonders nach 1975, gekennzeichnet ist: ein Monopol von zwei Banken mit ihren Filialen und das staatliche Monopol am gesamten Bankkapital. In dieser Hinsicht ist heute das Bankesystem und -kapital mehr "vergesellschaftet" als jeglicher andere Zweig der griechischen Wirtschaft und zugleich noch stärker als das Bankwesen z.B. in Frankreich und in Italien, wo der staatliche Anteil im Bankwesen nicht mal 50 Prozent beträgt. Diese Tatsache des absoluten Staatsmonopols im Bankwesen sowie den später

16) "Der Architekt der ökonomischen Politik der letzten drei Jahrzehnte schrieb damals, daß die Geschäftsbanken der Industrie Finanzmittel zur Verfügung stellen sollten nicht nur unter dem alleinigen Kriterium ihres eigenen Gewinns, sondern die "sozialökonomische Produktivität" der finanzierten Betriebe in Rechnung stellen sollten. "Wenn dies nicht der Fall ist, dann ist die Auferlegung spezieller Kontrollen des Bankwesens erforderlich, bis es seiner Verantwortung im Rahmen der ökonomischen Entwicklung gerecht wird." Zolotas, X., Monetäres Gleichgewicht und ökonomische Entwicklung, III. Athen 1964, S. 24

in 2.2.3. dargestellten herrschenden Typen von administrativen Regelungen im Bankwesen bedeutet nicht nur eine Umwandlung der Banken in unmittelbare Instrumente der Wirtschaftspolitik[17] und eine weitgehende Ausschaltung der Marktgesetze, sondern auch eine Verstärkung der relativen Selbständigkeit des Staates gegenüber den privaten Interessen, eine Überbetonung des politischen Faktors im ökonomischen und sozialen Geschehen Griechenlands.

2.1.3. Die Beziehungen zwischen dem Bank- und Industriekapital. Der Charakter des Finanzkapitals in Griechenland

Die hohe Konzentration und Monopolisierung des Bankkapitals ging einher mit der "neuen Rolle", wie es Lenin formulierte[1], die die Banken zu spielen begannen in der Zeit des Imperialismus. Sie hörten nun auf, bloße "Vermittler" des zeitlich freien Geldkapitals zu sein, und stellten durch verschiedene Formen, wie Aktienbeteiligungen, die Gewährung langfristiger Anleihen usw., langfristige und stabile Beziehungen zu den Industriemonopolen her. Gleichzeitig drangen die Industriellen in das Bankwesen ein, als Aktionäre, in ihre Vorstände usw. Diese gegenseitigen Verflechtungen von Industrie- und Bankmonopolen schufen eine Interessengemeinschaft und führte zur Herausbildung einer höheren Form der Monopolisierung, die eine höhere Vergesellschaftungsstufe der Produktion und des Kapitals darstellte.
Nach dem ersten Weltkrieg fingen auch die griechischen Banken an, ihre Beziehungen mit der Industrie zu verstärken. Aber das niedrige Niveau der kapitalistischen Entwicklung war ein Hemmnis für die Entwicklung umfassender Beziehungen. Nur sehr wenige Industriemonopole in einem Meer von Handwerksbetrieben konnten die Vorteile der Zusammenarbeit mit den Bankmonopolen ausnutzen, weil nur sie den Banken sichere Gewinne versprachen. Andererseits war das private monopolisti-

17) Ebenda.

1) Lenin, W.I.: Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: Werke, Bd. 22, Berlin 1977, S. 214 ff.

...ches Bankkapital während der Zeit der Beschränkung der ausländischen Konkurrenz (nach 1922), als die Profitaussichten besser waren, in der Kreditgewährung zurückhaltend, versuchte es nicht, die Industrialisierung selbständig vorwärtszutreiben, wie es z.B. während der Industrialisierung in Deutschland der Fall gewesen war. Darin zeigt sich nochdrücklich der überwiegend spekulative Charakter der griechischen Banken. Die "neue Rolle" der griechischen Banken blieb also vor dem zweiten Weltkrieg in Griechenland gering, war nur auf einige, unter staatlichem Schutz stehenden Industrie- bzw. Handelsmonopole beschränkt.[2] Ausländisches Kapital und die ETE gründeten 1928 die "Hellenik und General Trust" zur langfristigen Finanzierung der Industrie usw., jedoch ohne Effekte für die Industrialisierung. Erfolglos blieben auch andere entsprechende Versuche von Finanzgruppen, die den Ansprüchen und Bedürfnissen des jungen industriellen Kapitals nur wenig gerecht wurden.
Die sehr enge Verflechtung des Bankkapitals mit den wenigen existierenden Industriemonopolen blieb auch nach dem zweiten Weltkrieg erhalten. Darüber hinaus übernehmen jetzt die unter staatlicher Kontrolle stehenden Banken auch eine aktive Rolle zur Stimulierung der gesamten kapitalistischen Entwicklung.

Die Untersuchung der Verflechtung von Bank- und Industriekapital in Griechenland wird aus zwei Gründen erschwert. Einerseits aus dem großen Mangel an Angaben, Informationen und Zahlen, die bewußt von Banken und Staat zurückgehalten werden, zumal die Banken staatlich sind und die Möglichkeit der Partizipation des Staates zugunsten einer Schicht bzw. Gruppe des Kapitals in Banken bleiben soll. Die Finanzierungen der Industrie durch die ETE erscheinen so in der Öffentlichkeit völlig undifferenziert unter dem Titel "Finanzierung von Industrie und Handwerk". Die genaue Verteilung der Kredite und Anleihen nach Betriebsgrößen bleibt dabei verborgen.
Andererseits wirkt der staatliche Charakter des Bankkapitals [illegible] auf das Ausmaß der Verflechtungen, das durch die Beteiligung der entwickelten kapitalistischen Länder und

---

[illegible], Bd. 2, S. 165 ff.

ihre tatsächliche Widerspiegelung gefunden hat, so daß das Allgemeine durch viele Besonderheiten, wie im griechischen Fall, stark modifiziert erscheint.

Um den Anforderungen der Industrie-, Schiffahrts- sowie anderer Monopole und der monopolistischen Industrialisierung gerecht zu werden, spezialisierte sich das Bankensystem nach dem zweiten Weltkrieg durch die Gründung von Investitionsbanken. War die KSD (Zentrales Anleihekomitee 1948-1954) orientiert auf die Wiederherstellung der Industrie durch Gewährung von "ausländischer Hilfe" ("Marshall-Plan") und langfristigen Anleihen, so haben sich die nachfolgenden Kreditinstitute OAOA (1954-64), CBA (1959-64) und die einzige, nach 1964 verbliebene, die ETBA auf der Basis von Fonds der Staatsbank breitere Ziele gestellt. Mit der Gründung weiter entsprechend spezialisierter Filialen der großen Bankmonopole ETEBA (1963) und TE (1962), verfügte das Bankensystem schließlich über drei Investitionsbanken, die zwar finanziell völlig abhängig von ihren Stammbanken und von ausländischen Beteiligungen waren, jedoch langfristige Industriefinanzierungen durch Kredite und Beteiligungen, die Ausarbeitung von Investitionsprogrammen, die direkte Gründung neuer Industrien und industriellen Interessen dienender Organisationen (z.B. Exportorganisationen) sowie die Unterstützung infrastruktureller Objekte vornehmen konnten.

Die staatliche ETBA hatte als Hauptaufgabe die langfristige Finanzierung der Industrie, in der sie ca. 70 Prozent ihrer Aktiva anlegte. Zwischen 1954-76 stellte sie 13 Mrd. Drch für die Errichtung bzw. Erneuerung von 564 Betrieben zur Verfügung. In der gleichen Zeit war sie Hauptaktionär vieler Unternehmen (1976-89), die zumeist eine Monopolstellung in der griechischen Wirtschaft inne hatten. Viele davon wurden von ihr selbst oder zusammen mit anderen Kapitalgruppen gegründet. Während der Diktatur ging sie von ihren traditionellen Anlagesphären in bestimmten Maße ab und finanzierte prononciert die Schiffahrt und den Tourismus. Ende der 70er Jahre hatte dann jedoch die Finanzierung der Industrie mit über 50 Prozent wieder das Hauptgewicht gewonnen. Angesichts des griechischen

Beitritts in die EG, übernahm die ETBA zusätzlich die Projektierung und Gestaltung von Industriezonen, wo sie von 1975 bis 1980 3,4 Mrd. Drch oder 5 Prozent ihres Kapitals angelegt hat.[3]

Engere Beziehungen zur Industrie entwickelten auch die zwei kleineren Investitionsbanken, und zwar in Zusammenarbeit mit ausländischem Kapital, das in ihren Vorständen stark vertreten war und ist. Die ETEBA hatte im Jahr 1979 die größte Zahl der Beteiligungen am Aktienkapital anderer Unternehmungen. Sie ist "Pionier der Aktienbeteiligungen", wie ihr Vorsitzender mit Genugtuung feststellte. Ein Fünftel ihrer Kunden haben diese Beteiligung akzeptiert. In den ersten 15 Jahren ihrer Tätigkeit (bis 1978) war sie an 600 Investitionsprojekten beteiligt, vor allem auf dem Gebiet der Verarbeitung einheimischer Rohstoffe. Sie organisierte die Gründung der privaten Bank "Makedonien - Thrazien" sowie eine eigene Investitionsgesellschaft.[4]

Die dritte kleinere Investitionsbank (TE) ist orientiert auf das "Anlocken" ausländischen Kapitals und die Zusammenlegung von Industriebetrieben besonders mittlerer Größe.

Abschließend sei jedoch auf <u>den niedrigen Anteil der Industriebeteiligungen an den Aktiva</u> der Investitionsbanken verwiesen. Betrug er im Jahre 1965 im Druchschnitt nur 6,1 Prozent[5], erhöhte er sich bis 1980 bei der ETBA auf 20 Prozent, ETEBA 15 Prozent, und TE 12 Prozent. International gesehen, bleibt dieser Anteil immerhin niedrig (siehe Tabelle 4,7).

Insgesamt weist die Tätigkeit der Banken und ihrer Beziehungen zur Industrie zwei wichtige Besonderheiten, ja Grenzen auf. Einerseits hielten sie sich zurück beim selbständigen aktiven Eingreifen in die Industrie. Ihr erklärtes Ziel war immer die Förderung des Privatkapitals und nicht seine Ersetzung. Andererseits stellten sie nur in beschränktem Umfang langfristige Kapitalien zur Verfügung, bemerkte das Untersuchungskomitee des Bankensystems.[6]

---

3) Vgl. Bericht in der Zeitschrift "Epilogi" Oktober 1981 und Oikonomikos Tachidromos 11/12/1980, S. 46, Athen (gr.)
4) Bericht in "Oikonomikos Tachidromos" 30/8/79
5) Chalikias, D. a.a.O. S. 75.
6) Charisopoulos, N.: Komitee ..., Hauptpunkte des Berichts. a.a.O. S. 119.

im Bereich der traditionellen langfristigen Kreditgewährungen, und deswegen konkurrierend mit den oben genannten Banken, betätigen sich auch die Geschäftsbanken.

Charakteristika dieser Finanzierung unterstreichen die Bankexperten immer wieder, wie z.B. der heutige Vizevorsitzende der Staatsbank, D. Chalikias, ohne sie aber konkret zu belegen:

a) Die langfristige Finanzierung kam nur zugunsten derjenigen Unternehmen - in der Regel der größten - zustande, die die von den Banken verlangten dinglichen Sicherheiten (Hypotheken, Depositen usw.) bieten konnten. Die produktive Tätigkeit, die Investitionspläne und -perspektiven waren kein Kriterium für die Kreditgewährung, wie es in den führenden kapitalistischen Ländern der Fall ist. Das war zum Vorteil der schon existierenden Monopole.

b) Kurzfristige Anleihen sind in großem Maße mit stillschweigendem Einverständnis der Banken wegen des höheren Zinssatzes zur langfristigen Finanzierung verwendet worden.[7]

c) Die Industriekredite sind wegen der Zinssatzspanne in hohem Maße[8] als Handelskredit benutzt worden.

d) Wenige Industriemonopole haben den größten Teil der Industrieanleihen bekommen.[9] Aus einem in den Zeitungen veröffentlichten vertraulichen Bericht der ETE ist zu ersehen, daß sich diese Finanzierung nach drei Kategorien vollzog. Den 620 Unternehmungen, die über 50 Mio Drch Kredite nahmen, standen 73 Prozent der gesamten Kreditmenge zur Verfügung. Für die 117.136 Unternehmungen mit jeweils weniger als 50 Mio Drch Kreditaufnahme dagegen nur 22 Prozent und die restlichen 5 Prozent den übrigen Betrieben.[10]

7) Vgl. Chalikias, D.; a.a.O. S. 141 ff.
8) Ebenda, S. 140.
9) Ebenda, S. 138.
10) Zeitung "Oikonomikos" 4/6/81.

Diese Verteilung ist determiniert durch die Tatsache der Beteiligung der Geschäftsbanken "am Aktienkapital und an der Verwaltung einer bedeutenden Zahl der großen Industriebetriebe"[11]. Der Amerikaner H. Ellis bemerkte, daß geheime Abmachungen zwischen Banken und großen Industriemonopolen zur Behinderung der Kreditierung potentieller industrieller Konkurrenten bestanden.[12]

Unter diesen Bedingungen der "freigebigen Kreditgewährung kurz- und langfristiger Anleihen" ist es nicht verwunderlich, daß genau die größeren Monopole, die den Löwenanteil von Krediten an sich zogen, den kleinsten Anteil eigenen Kapitals am fungierenden Gesamtkapital hatten.[13] Daraus ergaben sich viele Gewinne, wie wir bereits feststellten.
Sehr treffend bemerkte der hier oft zitierte Chalikias, daß die monopolistische Struktur des Kreditmarktes zur faktischen Monopolisierung verschiedener Zweige der Industrie führte.

Diese Tendenz der Überfinanzierung einiger Unternehmungen durch die Banken ist eine ständige Erscheinung der 60er und 70er Jahre und half vielen Monopolen direkt, Machtpositionen zu erobern. Eine Veröffentlichung der neuen Regierung vom November 1981 in Form einer Liste der größten verschuldeten Unternehmungen, der sogenannten "problematischen", warf neues Licht auf die Überfinanzierungsmethoden. Zu den angeführten Unternehmen gehörten 60 Gesellschaften, die fast alle zu den 100 ersten Griechenlands gehören. 56 von ihnen nahmen 57 Prozent der Gesamten Bankfinanzierung der Industrie in Anspruch. Ihre Schulden beliefen sich im Mai 1981 auf 140,7 Mrd Dach[14], d.h. ca. die Hälfte des gesamten Kapitals der größten 100 Industriegesellschaften Griechenlands.
Die übermäßige Finanzierung der Industriemonopole durch die Banken, die sich im Rahmen des gewöhnlichen Zivilrechts bewegte, "ängliche Sicherheiten und Pfänder" (Hypotheken etc.)

11) Chalikias, D.: a.a.O. S. 161.
12) Vgl. Ellis, H.S.: Das Industriekapital in der Entwicklung der griechischen Wirtschaft. Athen 1964. S. 203.
13) Vgl. Tabelle 2a, Abschnitt 2.3.1.
14) Zeitung "Rizospastis" 25/11/81.

erforderte, stellte eine "unmoderne", entwicklungshemmende kooperative Verflechtung" zwischen Bank- und Industriekapital dar.[15]

Diese Art der Verflechtung zwischen Bank- und Industriemonopolen stellt noch eine Besonderheit schwach entwickelter kapitalistischer Länder gegenüber den führenden monopolkapitalistischen Ländern dar.

Ein Vorteil jedoch ist, daß dadurch die Banken zu potentiellen Eigentümern wichtiger Industriemonopole geworden sind. Diese Spezifik, die erst zuletzt mit den hoch verschuldeten "problematischen" Monopolen offen und deutlich geworden ist, bietet auch günstige Bedingungen für zukünftige Nationalisierungen auf indirektem Weg über die Verwandlung der Schulden in Staatsbeteiligungen am Aktienkapital dieser Industriemonopole.

Auch in bezug auf die Personalunion, einer anderen Form des Verflechtens des Industrie- und Bankkapitals, weicht Griechenland vom Muster der hochentwickelten Länder ab.

Als die Bankmonopole noch privaten Charakter trugen (vor dem zweiten Weltkrieg), konnte man gewisse personelle Verflechtungen zwischen Industrie und Bankwesen konstatieren. Dasgleiche galt zeitweilig für die Finanzgruppe der "Kommerziellen Bank" und gilt heute noch für kleinere Privatbanken bzw. ausländische Banken und Industrieunternehmungen.

Jedoch mit der allmählichen Verstaatlichung des Bankwesens sind diese Beziehungen in großem Maße beseitigt, indem nunmehr der Staat Hauptaktionär geworden ist. Die privaten Monopolisten dürften nur Kleinaktionäre bleiben, ohne auf ihr Direktionsrecht gestützt die Politik der Banken beeinflussen zu können.

Die staatlichen Bankmonopole erhielten und verstärkten jedoch ihre Präsenz in den Verwaltungsräten der Industriemonopole. Somit zeigt sich wieder die einseitige Verflechtung des Industrie- und Bankkapitals in Griechenland zugunsten des letzteren.

---

15) Diese Einheiten "verstärken die Abhängigkeit der Unternehmungen von den Banken, halten die Banken ab, Veränderungen in der Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und die Möglichkeit, eine weitere Bank zu suchen." Charlesopoulos, Die Struktur ... a.a.O., S. 6.

Es wäre aber falsch zu behaupten, daß die Industriemonopole überhaupt keinen Einfluß auf die Banken hätten, zumal höhere Bankbeamte solchen Einfluß auch zugeben. Diese Einflußnahme war jedoch nicht intitutioneller, offizieller Art, sondern basierte in höchstem Maß auf inoffiziellen Beziehungen der Industriellen zu der höheren Schicht der staatlichen Bankbeamtenschaft. Die zugleich der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Korruptionsskandale, Bestechungen, Erpressungen usw. [16] bestätigen diese inoffizielle "persönliche Verflechtung" zwischen höheren Bankbeamten und industriellen Kreisen.
Die Verstaatlichung des Bankwesens und die "inoffiziellen Beziehungen" zwischen Monopolisten und höherer Beamtenschaft stellen der weiteren ökonomischen, soziologischen und politologischen Untersuchung das Problem der Staatsbeamtenschaft überhaupt und das der staatlichen Bankbeamtenschaft im besonderen, vor allem hinsichtlich ihrer Haltung gegenüber dem Staatseigentum.
Ohne in dieser Arbeit weiter darauf eingehen zu wollen, ist immerhin der widersprüchliche Charakter der Beamtenschaft zu unterstreichen. Das läßt sich erkennen nicht nur an den Differenzen zwischen den höheren und den unteren Beamten, sondern auch innerhalb der höheren Schicht.
Insofern einem Teil der höheren Bankbeamten die Grundlage ihrer materiellen Existenz, nämlich das Staatseigentum, bewußt ist und wird, widersteht er diesen "inoffiziellen Beziehungen" zu den Monopolen und den Reprivatisierungsversuchen des Banksystems, die anläßlich des griechischen Beitritts in die EWG propagiert wurden. Entsprechend fördernd wirkt der Druck der demokratischen und Arbeiterbewegung. Andererseits ist diese Schicht wegen ihrer besonderen Bedeutung für die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals korruptionsanfällig und kaum von den anderen Teilen der Staatsbürokratie zu trennen, besonders unter den Bedingungen der Herrschaft von konservativen Koalitionen (wie der Fall in Griechenland fast ununterbrochen zwischen 1950-1961), die offen monopolistische Interessen verteidigen.

16) Vgl. u.a. Bericht in: Ökonomikos Tachidromos 21/3/73.

Abschließend sind abstrahiert von bestimmten Ausnahmen noch in aller Kürze die Merkmale der Beziehungen zwischen Industrie- und Bankkapital in Griechenland zusammenzufassen.

a) Die gegenseitigen Kapitalverflechtungen in Form der Beteiligungen waren einseitig und insgesamt schwach. In der Zeit 1959-77 erreichten die in Bankbesitz befindlichen Wertpapiere nicht mal 2 Prozent der gesamten Bankaktiva. In der BRD dagegen betrugen sie 9 - 12 Prozent (vgl. Tabelle 4,5).

b) Die Industriemonopole waren einseitig vom staatlichen Bankkapital abhängig durch ihre sehr hohen Schulden, durch die "dinglichen Garantien" (Hypotheken usw.) und die Präsenz der Bankvertreter in ihren Verwaltungsräten.

c) Die personellen Verflechtungen, insofern sie existierten, waren über die höhere Schicht der Bankbeamten vermittelt.

Aus diesen Feststellungen ist der Schluß berechtigt, daß die Verflechtungen des Industrie- und Bankmonopols in Griechenland einseitiger und besonderer Art waren. Der Hauptgrund dafür war der staatliche Charakter des griechischen Bankkapitals, das die gewöhnliche, in den entwickelten kapitalistischen Ländern sowie in Griechenland zeitweilig und im Ansatz existierende Verflechtung, stark modifizierte.
Und weiter: Insofern die gegenseitige Verflechtung des Industrie- und Bankkapitals eine höhere Form der Monopolisierung, das Finanzkapital, darstellt, ist es berechtigt, in Griechenland von einer besonderen Art des Finanzkapitals zu sprechen, vom staatlichen Finanzkapital. Und das nicht nur bezüglich der Investitionsbanken wie einige Marxisten behaupten[17], sondern generell. Zwei Gründe sind dafür anzuführen: a) weil das Bankkapital im weiteren Sinne des Wortes Staatskapital ist, und b) weil nicht nur die Investitionsbanken, sondern auch die Geschäftsbanken spezifische Beziehungen zur Industrie entwickelt haben.

17) Svolos, G.: a.a.O. S. 152.

Es bleibt jedoch noch eine wichtige Frage offen für die Diskussion. Wenn, wie oben dargestellt, das Bankmonopol dem Staat gehört und die Beziehungen des Bank- und Industriekapitals sehr einseitig sind, wie kann dann überhaupt die Rede sein von Finanzkapital, ganz zu schweigen von der Existenz einer Finanzoligarchie.[18] Ist es aber vielleicht doch nicht verschwunden?

Eine solche durchaus legitime Frage nach dem "Verschwinden des Finanzkapitals" insbesondere nach 1975, stößt auf Gegenargumente.

a) Historisch gesehen, existierte bis 1975 eine in aller Öffentlichkeit bekannte, relativ starke private Finanzgruppe der "Kommerziellen Bank". Sie verkörperte eine Reihe von größeren und kleineren Banken und Betrieben und war ein typischer Vertreter des Finanzkapitals mit ihren vielfältigen Verflechtungen und Einflüssen in allen Gebieten und Bereichen des Wirtschaftslebens. Andererseits gibt es starke Elemente und Tendenzen, die die Existenz bzw. ein potentielles Auftreten privater finanzkapitalistischer Strukturen erkennen lassen, ohne jedoch bereits vollkommen herausgebildete Finanzgruppen darzustellen. Der staatliche Charakter des Bankkapitals sowie der strenge administrative Rahmen ist nicht ein für allemal gegeben. Entgegenwirkende Faktoren sind die ausländischen Banken, die kleineren griechischen privaten Banken und die Existenz der industriellen Monopole. Die Verstärkung aller dieser Faktoren, besonders des letzteren, erfordert den Übergang zu höheren Formen der Monopolisierung, die Herausbildung finanzkapitalistischer Gruppen. Stimulierend in dieser Hinsicht wirkt auch der EG-Beitritt Griechenlands. Die sogenannte "Liberalisierung des Banksystems" (Devisenmarkt, Abgehen vom administrativ geregelten Zinssatz usw.), die

18) Für einen Teil der griechischen marxistischen Literatur sind widersprechende Aussagen in dieser Frage typisch. Einerseits spricht man von vollständiger staatlicher Kontrolle des Bank- und Kreditwesens (Staatseigentum) und andererseits von "griechischer Finanzoligarchie". Nur ein Beispiel dazu in: Fundulis, K.: Die Frage nach dem SMK in Griechenland. In: Kommunistiki Epitheoria. 4/1973, Athen (gr.). vgl. S. 25 und 30. In Seite 31 wird jedoch angenommen, daß sich die "Herrschaft der griechischen Finanzoligarchie sich ausschließlich auf den Staatsapparat" stützt.

ab Ende der 70er Jahre durchgesetzt wurde sowie der freie Kapitalverkehr bieten günstige Voraussetzungen zur Wiederverstärkung der privaten finanzkapitalistischen Elemente.

b) Es ist nicht berechtigt, vom Verschwinden des Finanzkapitals zu sprechen, da es im Kapitalismus das Bedürfnis "einer Lenkung und Leitung der Reproduktion des Kapitals auf der Stufenleiter der ganzen Gesellschaft"[19] zum Ausdruck bringt, unabhängig von seiner Form, privatkapitalistisch oder staatlich. Das Finanzkapital ist ein grundlegender Begriff, um die höhere Stufe der Vergesellschaftung der Produktion und des Kapitals zu bestimmen. Es hebt die Tatsache hervor, daß der Reproduktionsprozeß der Gesellschaft von einigen mächtigen Zentren geleitet wird. Das ist ein Erfordernis der ungeheueren Entwicklung der Produktivkräfte, ihrer Weiterexistenz unter der kapitalistischen Hülle. Praktische Relevanz erlangt jedoch die Form des Finanzkapitals im Hinblick auf die Untersuchung der Klassenstruktur einer Gesellschaft und die Orientierung des Klassenkampfes. Ist es unter dem Licht des bisher Gesagten berechtigt, von griechischer Finanzoligarchie zu sprechen? Ist sie nicht von Teilen der höheren Staatsbürokratie ersetzt worden bei der Leitung der entscheidenden sozialökonomischen Prozesse? Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen hinsichtlich der praktischen Politik?
Alle diese Fragen beziehen sich auf die Klassenstruktur des griechischen Kapitalismus und sollten in der Zukunft Gegenstand intensiver Forschungen seitens marxistischer Klassenschriftler werden.

[19] Politische Ökonomie des Kapitalismus, Lehrbuch, Dietz Verlag, Berlin 1980, S. 470.

2.2. Das System der staatlichen Regulierung der Wirtschaft

In Kapitel 2.1. sind wichtige Aspekte der Entwicklung des griechischen Monopolkapitalismus nach dem zweiten Weltkrieg aus historisch-logischer Sicht diskutiert worden.
Es konnte festgestellt werden, daß sich im Laufe der dritten Phase der Industrialisierung Griechenlands in den 60er und 70er Jahren das alte, schwache und nur in einigen Gebieten vertretene Monopol in ein starkes, die ganze Wirtschaft bestimmendes Produktionsverhältnis umgewandelt hat.
Als wichtige Besonderheiten des Monopolkapitalismus in Griechenland konnten die maßgebliche Präsenz des ausländischen Monopolkapitals, die allgemein niedrige Entwicklung der Produktivkräfte, die Existenz einer Masse von kleineren und mittleren kapitalistischen Betrieben, die unter direkter resp. indirekter staatlicher Kontrolle befindlichen Bankmonopole und der spezifische staatliche Charakter des Finanzkapitals herausgearbeitet werden.

Das Kapitel 2.2. untersucht nun die Instrumentarien, mit denen der Staat den kapitalistischen Reproduktionsprozeß zu beeinflussen versucht, sowie die Bedingungen ihrer Konstituierung. Die Bezugsebene bleibt immer noch die historische, ergänzt durch einige logische Exkurse.
Das Staatseigentum, die Staatsfinanzen, die Geld- und Kreditpolitik sowie die Programmierung sind Untersuchungsgegenstände dieses Kapitels. Besondere Aufmerksamkeit wird dem Nachweis der Beziehungen zwischen den verschiedenen Mitteln des staatlichen Eingreifens und den monopolistischen Interessen gewidmet. Eine umfassende Darstellung der Verbindung der Formen der Staatlichkeit mit den ökonomischen Widersprüchen, wie sie den Besonderheiten des griechischen Monopolkapitalismus entspringen, wird erst im Kapitel 2.3. herzustellen versucht.

2.2.1. Die staatlichen Unternehmungen

2.2.1.1. Die Ursachen der Entstehung des kapitalistischen Staatseigentums und seiner Entfaltung

Eines der wichtigsten Mittel der unmittelbaren Präsenz des bürgerlichen Staates in der heutigen Wirtschaft sowohl der industriell entwickelten Länder als auch der weniger entwickelten ist das staatliche Eigentum an den Produktionsmitteln geworden.

In Griechenland entstand das staatsmonopolistische Eigentum nach dem zweiten Weltkrieg auf dem Boden eines kontinuierlichen Prozesses. Bis zur zweiten Bodenreform (1922) war der Staat durch die "nationalen Ländereien" der größte Grundeigentümer des Landes. Mit der raschen kapitalistischen Entwicklung der 20er und 30er Jahre erweiterte sich das Staatseigentum. Ab 1914 begann schon begann die allmähliche Verstaatlichung der Eisenbahnen. Im Jahr 1923 wurde die Hafenorganisation von Piräus gegründet. Gemischte Unternehmungen mit ausländischem Kapital wurden gegründet auf dem Gebiet der Elektroenergieproduktion und -verteilung, der Wasserwirtschaft, des Telephon- und Telegraphiewesens. Ende der 20er Jahre bildete sich auch ein Netz von staatsmonopolistischen Organisationen (als Kern die Landwirtschaftsbank) zur Ausbeutung der Landbevölkerung sowie, wie oben gezeigt, die staatlichen Banken.

Nach dem zweiten Weltkrieg kann man interessante Tendenzen der Entfaltung des Staatseigentums beobachten, das sich praktisch wellenförmig ausbildeten.

Die erste Welle des Auftauchens des staatsmonopolistischen Eigentums war charakterisiert durch die direkt stattfindende Umwandlung der früher in der Infrastruktur tätigen gemischten Konzerne (staatliches und privates ausländisches Kapital) in fast vollständiges Staatseigentum. Elektroenergieproduktion und -verteilung, Fernmeldewesen, Wasserversorgung, Verkehrsmittel usw. waren sehr wichtig für die Gewährleistung der Reproduktions- und allgemeinen Bedingungen des Kapitals, vor allem des Monopolkapitals. (Auf die Verstaatlichung des größten Bankmonopols, die die gleiche Bedeutung hatte, wurde bereits hingewiesen.) Der Monopolbesitz der

...ichtigsten Knotenpunkte der Wirtschaft und die auf Monopolprofit orientierte Aktivität hätten die Verwertungsbedingungen der übrigen, besonders der Industrie, beeinträchtigt. Andererseits wäre auch eine vom Staat betriebene Politik im Interesse der ökonomischen und namentlich industriellen Entwicklung insgesamt durch die Herausbildung bestimmter besonderer, mit monopolistischer Macht vertretener Interessen eher gehemmt bzw. untergraben worden. Infolge dessen traten die Verstaatlichungen Ende der 40er und Anfang der 50er Jahre als Versuch des bürgerlichen Staates zutage, das System als Ganzes zu sichern und die Voraussetzungen seiner erweiterten Reproduktion zu schaffen.

Zur Erfüllung dieses letzten Ziels entwickelte der griechische Staat dann bis in die Mitte der 70er Jahre hinein eine beträchtliche Investitionstätigkeit. Nicht die Enteignung schon vorhandener materieller Produktivkräfte durch den Staat, sondern die Schaffung neuer durch öffentliche Investitionen, kennzeichnen demgemäß die zweite Welle der Entfaltung des Staatseigentums. Hierin zeigt sich auch die durchaus schöpferische Rolle der staatlichen Wirtschaftstätigkeit gegenüber den eher schwachen "privaten Initiativen".

Die öffentlichen Investitionen konzentrierten sich hauptsächlich auf zwei Schwerpunkte. Zuerst auf den Aufbau, die Erweiterung und Vervollkommnung der schon in der Infrastruktur tätigen und in der vorhergehenden Periode verstaatlichten Betriebe. Gigantische Werke der 50er und 60er Jahre sind z.B. eng mit der Elektrifizierung des Landes und dem Staatsmonopol DEI verbunden. Andererseits zeichnete sich ab Mitte der 60er Jahre die Tendenz ab, daß der Staat zunehmend in die Verarbeitungsindustrie eindrang, indem er durch staatliche Banken Betriebe errichtete und in Betrieb nahm, wie z.B. Werften, Raffinerien, Verkehrsgesellschaften ("Olibiaki"), Nahrungs- und Genußmittelindustrien usw. Besonders stark war diese Tendenz zwischen 1959 und 1963.

Interessante Aufschlüsse über die Verteilung der öffentlichen Investitionen vermittelt die Tabelle 1. Energiesektor, Verkehrs- und Nachrichtenwesen verschlangen fast in allen

123

jahrelang zwischen 50 und 70 Prozent der gesamten Investitionen. Die Monopolstellung des Staates in diesen Sektoren erkennt man in der Spalte 2, wo der Anteil der öffentlichen Investitionen an den gesamten Investitionen berechnet ist.
Die Spalte 2 verdeutlicht auch die relative Zunahme der staatlichen Tätigkeit in der Verarbeitungsindustrie und im Bergbau. Zwischen 1953 und 1967 betrug der Anteil der öffentlichen Investitionen in diesen Zweigen ca. 10 Prozent bis 15 Prozent. Unter der offen promonopolistischen Politik der Diktatur verringerten sich diese Investitionen dann allerdings, entsprechend den Interessen des privatmonopolistischen Kapitals, sehr stark.
Äußerst interessant ist das wachsende Engagement des Staates im Bergbau, das seit den 70er Jahren, besonders in der zweiten Hälfte, beobachtet werden kann. Diese zunehmende Erschließung von einheimischen Rohstoffen und Mineralien hängt direkt mit der internationalen Rohstoffverknappung und den Preissteigerungen sowie nicht zuletzt mit einer aufgrund der internationalen Krise zurückhaltenden Investitionstätigkeit der im Bergbau herrschenden Monopole zusammen.
Durch die öffentlichen Investitionen und das daraus entstehende Staatseigentum bis 1974 zielte der bürgerliche Staat im Grunde genommen auf zwei Dinge ab. Zunächst auf die Verbesserung der allgemeinen Verwertungsbedingungen und damit höhere Profite für das Monopolkapital. Andererseits, auf das Vorantreiben der ökonomischen Entwicklung und der monopolistischen Industrialisierung durch die Schaffung neuer Produktivkräfte, neuer Betriebe usw. Dadurch sollten auch die sozialen Widersprüche, die aus der relativen Rückständigkeit des Landes resultierten, abgebaut werden.
Jedoch haben die öffentlichen Investitionen in Griechenland keine strukturellen Veränderungen der Wirtschaft in Richtung einer konsequenten, inneren Bedürfnissen entsprechenden Industrialisierung eingeleitet. Der Staat hat es bis auf wenige Ausnahmen nicht gewagt, technisch moderne und hocheffektive Betriebe in der Verarbeitungsindustrie zu gründen. Im Gegensatz zu anderen Ländern, die sich auf einem gleichen Niveau der sozialökonomischen Entwicklung wie Griechenland befinden, (Brasilien, Argentinien, Mexiko) und wo der Staat aktiv in

die Verarbeitungsindustrie eingriff, blieb letztere in Griechenland das "Allerheiligste" des privaten Kapitals. Jegliche Versuche des Staates, hier Betriebe aufzubauen, riefen den heftigen Widerstand der Monopole hervor und wurden schnell zurückgezogen.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre gab es einen weiteren Anstoß zur Entwicklung des Staatseigentums. Die Ursachen und Wege waren jedoch nicht einheitlich. Im allgemeinen überwog der Weg der Verstaatlichung. Durch den Ankauf verschiedener Verkehrsgesellschaften (IIPAP, IKM) und die Gründung neuer (EAS, OAS) wurde das Staatseigentum im Verkehrswesen vervollkommnet. Der Grund der Verstaatlichung der Finanzgruppen der Kommerziellen Bank mit ihren 17 Unternehmen war, wie es schon in 2.1.2. dargestellt wurde, die Wiederherstellung der in der Diktatur aufgehobenen Gleichheit der Bedingungen der monopolistischen Konkurrenz und die Gewährleistung eines stabilen Kredit- und Geldrahmens.

Der Wiederankauf der Raffinerie "Aspropyrgos" und die Schaffung der öffentlichen Unternehmen für Erdöl (DEA) unterstreichen nachdrücklich die Auswirkungen der Erdölkrise und die Notwendigkeit einer konzentrationalen Energiepolitik. Der Wiederankauf der Fluggesellschaft "Olimbiaki" vom Großreeder Onassis ist ein weiteres Beispiel der schon oftmals bewiesenen Tatsache, daß der Staat die Sanierung alter defizitärer Unternehmungen übernimmt. Der sich ausweitende Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei trug auch dazu bei, daß der Staat unter dem Druck des Militärs Waffenindustrien aufkauft und modernisiert bzw. neu aufgebaut hat (Flugzeugbau, Waffenbetriebe, Werften, Stahler-Hellas usw.).

Die Verstaatlichungen der zweiten Hälfte der 70er Jahre folgte eine neue Welle von öffentlichen Investitionen zur Erweiterung und Modernisierung der Staatbetriebe, diesmal aber mit den öffentlichen Unternehmungen und nicht den Staatshaushalt als Hauptträger (wie aus der Tabelle 2 zu sehen ist).

Die strukturelle Veränderung ist verursacht durch die Notwendigkeit der Inflationsbekämpfung. Als Ergebnis dessen wuchs die Belastung der staatlichen Unternehmungen im System der öffentlichen Verschuldung.

Der Verlauf der Entwicklung des Staatseigentums in der Nachkriegszeit in Griechenland weist in wirtschaftshistorischer Sicht die interessante Besonderheit auf, daß es sich wellenförmig und in einer Kausalfolge von Verstaatlichungen und staatlichen Investitionen herausbildete. Jeder Verstaatlichungswelle folgte eine Erweiterung der staatlichen Investitionen bis zur nächsten Runde. Das kontinuierliche Wachstum des Staatseigentums unterbrach nur die Periode der Diktatur, in der diese Entwicklung fast stagnierte (siehe auch Tabelle 1, die Zeit 1968/74) und umgekehrt Reprivatisierungsversuche sich abzeichneten. Die konkret-historischen Ursachen, die zur Entstehung des Staatseigentums führten, waren ausschließlich innerer Natur und sehr vielfältig. Sie können letztlich aber auf den Schutz und die Gewährleistung der allgemeinen ökonomischen und politischen Bedingungen des Monopolsystems in Griechenland zurückgeführt werden.

Wie groß war nun das Staatseigentum in Griechenland? Wie stark und mächtig war der "wirkliche Gesamtkapitalist"?

In den dreißig Nachkriegsjahren (1950-80) verlief die Erweiterung des Staatseigentums parallel mit der monopolistischen Industrialisierung. Ende der 70er Jahre war der Staat als größter Eigentümer in fast allen Wirtschaftssphären tätig.

Im Verkehrs- und Nachrichtenwesen ist der Staat mit seinen 14 Monopolen (OTE, SEK, "Olibiaki; ELTA, ERT, usw.) der größte Kapitalist. Er produziert 42 Prozent des geschaffenen Neuwerts und beschäftigt 54,5 Prozent der Arbeitskräfte.[1]

Absolutes Monopol besitzt der Staat in den Bereichen Energie- und Wasserwirtschaft. Das öffentliche Elektrizitätsunternehmen (DEH) ist heute zu einem Super-Monopol geworden. Im Jahr 1979 waren seine Aktiva fast die Hälfte des Gesamtkapitals der 100 ersten Industriemonopole Griechenlands. Seine Tätigkeit erstreckt sich von der Erschließung von Primärenergiequellen über die Produktion bis hin zur Versorgung und Verteilung von Elektroenergie. Ebenfalls unter absoluter staatlicher Kontrolle befinden sich die Erdöl- und Gasproduktion.

[1] European Centre of Public Enterprises (CEEP).: Public Enterprises in the European Economic Community. 1981. S. 64 f. (engl.)

Niedriger ist das Gewicht des Staatseigentums in der verarbeitenden Industrie. Die Staatsmonopole kontrollierten Ende der 70er Jahre aber immerhin 50 Prozent der Erdölverarbeitung und der Werften, außerdem 100 Prozent der Zucker- und 70 Prozent der Dingemittelproduktion.

Nach dem Bericht einer vom Staat gegründeten Kommission für die Untersuchung der griechischen Verarbeitungsindustrie[2] war der Staat im Jahr 1980 an 195 Betrieben beteiligt. In 47 von ihnen betrug seine Beteiligung über 50 Prozent des Aktienkapitals des staatlichen Anteils. Der gesamte Wert betrug 26,5 Mrd. Drch. Durch die staatlichen Unternehmen kontrollierte der griechische Staat mehr oder weniger 2,93 Prozent aller Unternehmen, 14,4 Prozent der Beschäftigten, 22 Prozent des konstanten fixen Kapitals und 19,5 Prozent des Gesamtkapitals aller AG und GmbH im Lande. Damit ist die Bedeutung des Staatssektors in der Verarbeitungsindustrie immer noch niedriger als in den anderen kapitalistischen Ländern Europas.

Stark ist die staatliche Präsenz auch in der chemischen, der metallverarbeitenden, der metallurgischen und der Elektroindustrie. Zumeist ist die Beteiligung des Staates eine indirekte, über die staatlichen Banken (mit Ausnahme von 3 Unternehmungen) vermittelte.

Welches Gewicht hat nun das Staatseigentum in der griechischen Wirtschaft insgesamt? Eine genaue Aussage ist schwierig, da viele Angaben nicht zugänglich sind. Andererseits geben die meisten Untersuchungen auf dem Gebiet der öffentlichen Unternehmungen, überwiegend von bürgerlichen Wissenschaftlern vorgenommen,[3] meist nur ein verschwommenes Bild der Realität, weil die das Staatseigentum vom juristischen Standpunkt ausgehend bestimmen. So bleiben viele Unternehmungen, in denen der Staat eine indirekte Rolle ausübt, unberücksichtigt.

2) Vgl. Bericht in: Ekonomikos Tachidromos. 10/6/1982, S. 17-19.

3) Vgl. OECD über griechische öffentliche Unternehmungen. a.a.O. auch Protopoulos, E.: Die öffentlichen Unternehmungen und Organisationen. Athen 1982.

Die Berechnungen von Drakos[4] weisen Staatseigentum in 134 Unternehmungen aller Zweige der Wirtschaft nach, die ein Gesamtkapital von 1.163,2 Mrd Drch verkörpern, das damit fast doppelt so groß war, wie das gesamte, in der verarbeitenden Industrie fungierende Kapital (nur AG und GmbH)[5]. Das Eigenkapital dieser Unternehmungen betrug 173,8 Mrd Drch (Angaben von 1979). Nach Angaben des Wirtschaftsministers betrug der Anteil der Staatsbetriebe fast 85 Prozent des gesamten angelegten Kapitals in den Sektoren, in denen diese Unternehmungen tätig waren (Bank-, Fernmelde-, Nachrichten- und Verkehrswesen, Elektroenergie, Zucker-, Düngemittelindustrie, Versicherungen, Raffinerien, Werften, usw.)[6].
Der Vergleich mit vergangenen Jahren verdeutlicht die Tatsache des tendenziellen Wachstums des staatlichen Eigentums. Für das Jahr 1963 wurde berechnet, daß der Kapitalanteil des Staates in der Wirtschaft ca. 25 Prozent betrug.[7] Anfang der 70er Jahre stieg er auf ein Drittel[8], und am Ende des Jahrzehnts erreichte er ca. 40 Prozent[9].
Der gegenwärtig hohe Stand des Staatseigentums stellt Griechenland in die erste Reihe der kapitalistischen Länder hinsichtlich des Anteils des Staates am Gesamtkapital, seiner Ausprägung als "realer Gesamtkapitalist".

Beim Vergleich von Verlauf und Ursachen der Entstehung des Staatseigentums in Griechenland mit denen der führenden kapitalistischen Länder lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen. Maßstab und Konzentrationsgrad des Staatseigentums sind mit aller Wahrscheinlichkeit in Griechenland

4) Vgl. Drakos, G. a.a.O.
5) Vgl. SEB: Die griechische Industrie im Jahre 1979. Athen 1980. S. 103 ff.
6) Zweret, M.: Die Losungen von PASOK und die Wirklichkeit. Zeitung "Rradini" 7/11/1979.
7) Ökonomiki Farla. 20/12/63. Auch Paraskos, G.: In: Neos Kosmos. März 1961, S. 15.
8) Samaras, G. a.a.O. S. 110.
9) Nach Imakos, P.: waren 40 Prozent der Unternehmertätigkeit in Griechenland unter staatlicher Kontrolle. Der Rest wird zu pari vom ausländischen und vom einheimischen Privatkapital kontrolliert. Siehe: Ökonomische Entwicklung und Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit. In: Wirtschaft und Wissenschaft. Athen 11/1978. S. 13 (gr.)

größer[10], wenn auch das Bankwesen einbezogen wird. Neben den allgemeinen Entstehungsgründen in allen Ländern des Kapitalismus (Sicherung der allgemeinen Produktionsbedingungen) hatte für Griechenland die Überwindung der relativen kapitalistischen Rückständigkeit, d.h. das unmittelbare Vorantreiben der erweiterten Reproduktion, erstrangige Bedeutung. Davon waren die Mittel und Wege abhängig. Nicht Nationalisierungen oder Verstaatlichungen, sondern die selbständige aktive staatliche Investitionspolitik hatte das Übergewicht bei der Herausbildung des Staatseigentums.
Unter diesem Aspekt erscheint das Staatseigentum in Griechenland und in allen ähnlichen Ländern eine doppelte Negation des Kapitalismus zu sein. Die Verstaatlichungen deuten auf "die Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der Produktionsweise" (Marx) hin, d.h. auf die aus der Zuspitzung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus erwachsende Vergesellschaftung der Produktion und die Notwendigkeit ihrer Überführung unter gesellschaftliche Kontrolle. Hierin zeigt sich nachdrücklich die allgemeine welthistorische Überlebtheit des Kapitalismus. Andererseits beweist die Schaffung neuer Produktivkräfte durch den Staat selbst die Unfähigkeit der Bourgeoisie, ihrer Aufgabe, der allseitigen Entwicklung der "Produktivkräfte der Arbeit" im Land gerecht zu werden. Diese Tatsache also unterstreicht die Notwendigkeit der Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in einem solchen Typ von Ländergruppen, wo sich der Kapitalismus spät, langsam, partiell und mit äußeren Anstößen entfaltet hat. Daraus resultiert auch das relative Unvermögen der Bourgeoisie, im Rahmen der privaten "bürgerlichen Gesellschaft" und im Bewußtsein breiter nationaler Schichten ihre hegemo-

10) Für Vergleiche zwischen Griechenland und anderen Ländern siehe:
a) Einige Fragen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in neueren sowjetischen Publikationen. Rezension. Ins Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. 1976/IV. Berlin. S. 127.
b) Public Enterprises in the European Community. European Center of Public Enterprises. Jahre 1978, 1981. Die Angaben sind jedoch unzulänglich, da viele indirekt vom Staat kontrollierte Unternehmungen nicht berücksichtigt werden. So z.B. werden für Griechenland nur 46 Staatsunternehmungen erwähnt.

ziale Rolle zu spielen. Die Kompensation aller dieser Unzulänglichkeiten vollzieht sich deswegen vielmehr durch Unterdrückungsmaßnahmen als über ideologiebildende, indirekte Prozesse.

Im Gegensatz dazu bereitet das Staatseigentum das Bewußtsein der Werktätigen für eine positive Überwindung des Kapitalismus in Richtung Sozialismus vor. Die Verfestigung dieses Bewußtseins und seine "erweiterte" Reproduktion vollzieht sich modifiziert durch zwei Besonderheiten des Staatseigentums[11], nämlich, a) daß der Staat und dadurch die Gesellschaft nicht nur für die Erhaltung des Staatseigentums aufkommt, sondern es auch vergrößert (daher Identifizierung von Eigentümer, Investor und Arbeiter), und b) die Defizite der Staatsunternehmungen bezahlt und ihre Reproduktion durch die Steuer, d.h. mit dem Geld der Mehrheit gewährleistet. Einige Seiten der Reproduktion des staatlichen Eigentums werden wir weiter unten noch ausführlicher behandeln müssen.

2.2.1.2. Die ökonomische Effektivität der staatlichen Unternehmungen und ihre Beziehungen zu den Monopolen

Das Anwachsen des Staates zum "wirklichen Gesamtkapitalisten" war von Anfang an von heftigen Angriffen der Monopolbourgeoisie gegen diese Tendenzen begleitet. Trotz der objektiv-bedingten staatlichen Unternehmertätigkeit im Interesse des gesamten kapitalistischen Systems sieht die Monopolbourgeoisie darin die Untergrabung ihrer Produktionsgrundlagen, d.h. des privaten und kollektiven kapitalistischen Eigentums. Staatliche Unternehmertätigkeit ist ein offenes Bekenntnis ihres Bankrotts.

Die Hauptrichtung ihrer Propaganda ist, daß der Staat kein guter Unternehmer sein kann. Als Beweis dafür werden die ökonomische Ineffektivität der staatlichen Betriebe und ihre großen Defizite angeführt. In der Tat wuchsen die Defizite der Staatsmonopole in Griechenland zwischen 1974 - 1980 von

[11] Autorenkollektiv: Die kapitalistische Ausbeutung heute. Dietz Verlag. Berlin 1977. S. 171.

Der Mangel an Informationen und Angaben erschwert eine ausführliche Untersuchung der Ursachen und Gründe der Defizite der Staatsunternehmungen. Im allgemeinen jedoch lassen sich die wichtigsten Tendenzen abzeichnen.

Zunächst muß man unterstreichen, daß nicht alle Staatsunternehmungen defizitär sind. Die Angriffe der Monopole lassen dies gezielt außer Acht. Sie greifen den Unternehmerstaat als Ganzes an und verlangen die Reprivatisierung nur der effektivsten Unternehmen. Von den uneffektiven, die ihnen die Armonte lieferm, kein Wort. Hierin zeigt sich deutlich der heuchlerische und unwissenschaftliche Charakter dieser Propaganda.

Die Staatsunternehmen mit großen Defiziten erweisen sich besonders diejenigen, die im infrastrukturellen Bereich arbei-

(2) Konferenz des CNPF, Athen 11-14/5/1981, Tageszeitungen:
- "Wir haben den öffentlichen Unternehmen gestattet, große Dimensionen zu erlangen..." Mance, E. Industrieminister und selbst Industrieller.
- "Die Politik der Bank ist der Verkauf von Aktien der von ihr gegründeten Unternehmungen für die Erschließung der Binnenmärkte des Landes." Spetsos, I. Vorsitzender der staatlichen Industriebank ETBA.
- "Die Rolle der Staatsunternehmungen in der EWG ist sekundär. Das Ziel ist ihre Reprivatisierung, wo es möglich ist." Sotos, Griechischer Vizepräsident von CNPF.

17,5 auf 79 Mrd Dch. Das zeitliche Zusammenfallen der Entstehung der Defizite mit der dritten Welle von Verstaatlichungen, Nationalisierungen und Gründungen von Staatsbetrieben in der Verarbeitungsindustrie und im Bergbau waren ein Vorwand für die privaten Monopole, ihre Attacken gegen den Staat zu verschärfen, durch ihre Presse, durch ihre neuen wissenschaftlichen Institute (z.B. Institut für Ökonomische und Industrielle Forschungen IOBI) und deren Veröffentlichungen usw. Solche Angriffe fanden Unterstützung bei einem Teil der Regierung und der Staatsbürokratie sowie bei verschiedenen EWG-Kreisen.[12] Das gemeinsame Ziel war die Reprivatisierung einiger Staatsunternehmen, besonders derjenigen, die ökonomisch am effektivsten arbeiteten. Die Erfolge waren jedoch begrenzt aufgrund des starken Gegendrucks der progressiven Kräfte des Landes. Der "Mythos" der ökonomischen Ineffektivität der Staatsunternehmungen wurde in der letzten Zeit auch von bürgerlichen Wissenschaftlern zunehmend scharf kritisiert.

ten und, wie gesagt, allgemeine Bedeutung für die Verwertungsbedingungen der Monopolbourgeoisie insgesamt besitzen. Das enorme notwendige Kapitalminimum, die Ungewißheit des Abwerfens des Durchschnittsprofits, die monopolistische Konkurrenz usw. machen diese Bereiche für die Kapitalisten zu nicht investitionswürdigen Anlagesphären. Da sie aber gesellschaftlich nützlich und notwendig sind, sollen sie weiter erhalten bleiben, ohne Rücksicht auf die erforderlichen Kosten. Das Privatkapital verlangt also vom Staat das, was es selbst nicht unternehmen kann, aber gemacht werden muß, damit es sich weiter verwerten lassen kann. Hierin zeigt sich der besondere Widerspruch zwischen gesellschaftlich und privatkapitalistisch Notwendigem. Die hohen Verluste und Defizite der staatlichen Unternehmungen sind also eine unabdingbare Voraussetzung der Verwertung des privatmonopolistischen Kapitals. Die Vergesellschaftung der Verluste unterstützt die private Aneignung insofern, daß der Produktionsprozeß weiter laufen kann. Das Staatseigentum repräsentiert eine Überakkumulation und Entwertung des Kapitals, insofern die staatlichen Betriebe keinen Durchschnittsprofit aufwerfen, egal ob es zur Verbilligung des privaten konstanten (Subventionen, Zuschüsse, Erleichterungen) oder des variablen (z.B. subventionierte Preise für Transport, Lebensmittelkosten usw.) Kapitals führt.

Welche konkreten Ursachen riefen nun die wachsenden Defizite der Staatsunternehmungen in Griechenland hervor? Die Preispolitik der Staatsunternehmungen. Leider gibt es kaum Veröffentlichungen von Analysen und Interpretationen der Tarifpolitik dieser Unternehmungen in Griechenland[13] mit Ausnahme einiger im Bereich der Energiewirtschaft.[14] Im Jahre 1981 z.B. wies das öffentliche Unternehmen für Elektroenergie (DEH) 5 Mrd Drch Defizite auf. Die wichtigste Ursache dafür war der

[13] Karagiorgas, D.: a.a.O. S. 473.
[14] Vgl. Miliotis, P.: Die Preise für Energie in Griechenland. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Februar 1980.
Chamodraka, P.: Auswirkungen der Besteuerung auf die Preispolitik von DEI. Wissenschaftliches Bulletin von DEI 1975. S. 7.
Nikolau, N.; Chamodraka, P.; Delis, K.: Electricity Tariffs in Greece: Tariffs in Practice, Principles... Conference on Electricity Tariffs. Madrid 1975.

Verkauf von Elektroenergie an die privaten Monopole beträchtlich unter den Produktionskosten infolge weitgehender Rabattgewährungen. Die 4 größten Monopole (Aluminium Griechenlands A.G., LARKO, ESSO-Pappas und AEBA) absorbierten im Jahr 1966 ein Drittel der gesamten von der Industrie verwendeten Energie und zahlten faktisch die niedrigsten Preise. Zehn Jahre später stieg der Anteil dann auf fast die Hälfte, das entspricht 26,1 Prozent der gesamten Elektroenergieproduktion des Landes. Damit subventionierte der Staatshaushalt indirekt den Profit dieser und anderer Monopole, insofern er den Schaden vergesellschaftete.

b) Die Auftragsbeziehungen, d.h. Beziehungen der Staatsbetriebe zu den großen Monopolen. Als Ergebnis dessen ergeben sich große Verluste für die ersteren. Hohe Preise, skandalöse Konzessionen, Verkauf von technologisch veraltetem Material usw. kennzeichnen solche Verträge z.B. mit ausländischen Monopolen für die Elektrifizierung des Landes mit den berühmten Hegdowa und Koruos Werken vor und nach der Diktatur. Ein anderes Beispiel sind die überhöhten Transporttarife, die die staatliche Erdölraffinerie dem Großreeder Niarchos nach dem Liefervertrag zahlen soll.

c) Großen Verlust bereiten dem Staat schließlich die Verstaatlichungen solcher Unternehmen, die einer Sanierung bzw. Modernisierung bedürfen, wie z.B. die Fluggesellschaft "Olibiaki", die staatliche Raffinerie usw.

d) schließlich die Konkurrenz und Untergrabung der Tätigkeit effektiver Staatsbetriebe durch die privaten Monopole.

Ein zweiter Ursachenkomplex der ökonomischen Ineffektivität der Staatsbetriebe hängt mit der spezifischen Ausprägung des äußerlichen politischen Systems in Griechenland zusammen.

a) Obwohl dem Gesetz nach die staatlichen Unternehmen eine weite ökonomische und verwaltungsmäßige Selbständigkeit genießen, in Form der Aktiengesellschaft organisiert sind, ist die Selbständigkeit tatsächlich aber so, "als ob sie nicht existierte".[15] Der jeweilige Vorsitzende des Aufsichtsrates

15) Karagiorgas, D. a.a.O. S. 479.

z.B. wird direkt vom zuständigen Minister ausgewählt und eingesetzt, und zwar zumeist aus einem Kreis von politischen Personen, vorzugsweise ehemalige Militärs, die überhaupt keine Beziehung zu ihrem neuen Tätigkeitsgebiet haben. Anders ist es z.B. in Frankreich, wo die Vorsitzenden und das höhere Leitungspersonal der Staatsbetriebe hoch qualifizierte Technokraten sind.

Die Tätigkeit jedes Staatsunternehmens wird durch einen Regierungskommissar beobachtet, und wichtige Beschlüsse (Tarif- und Investitionspolitik) unterliegen der Bestätigung durch die Regierung.

Eine gewöhnliche Praxis, die durch regelmäßige Skandalberichte der Presse bekannt wird [15], ist die direkte Einmischung von Ministern und Regierungspersonen in die verschiedensten Angelegenheiten der Unternehmen[16], wie z.B. Versetzungen, Vertragsabschlüsse, Beeinflussung usw. Nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer Nutzen ist damit verbunden. Die Verletzung der ökonomischen und verwaltungsmäßigen Selbständigkeit der Betriebe ist auch Ursache der schlechten Effektivität der Staatsunternehmen.

b) Über das politische System werden die Staatsbetriebe zunehmend "Absorptionsfaktor" von Krisenerscheinungen der griechischen Wirtschaft. Die übermäßige Aufnahme von Angestellten, ausschließlich unter politischen Kriterien in den Staatsbetrieben, reduziert die Arbeitslosigkeit einer besonderen Schicht von halbgebildeten Proletariern und vergrößert gleichzeitig das Defizit dieser Betriebe. So war z.B. die durchschnittliche Wachstumsrate der Beschäftigung in den öffentlichen Unternehmen zwischen 1975-79 doppelt so hoch wie in der übrigen Wirtschaft. Nur 4 Unternehmen (DEI, OTE, OA, ELF) beschäftigten über die Hälfte der gesamten Zahl von 26.056 Werktätigen der Staatsbetrieb im engeren Sinne.[17] Bei arbeitsintensiven Betrieben wie der Post, wo 85 Prozent der

[15] "Die griechischen Staatsunternehmen können sich wegen der Regierungseinmischungen nicht selbst verwalten. Aus dem gleichen Grund können die meisten von ihnen auch nicht aus der wirtschaftlichen Sackgasse kommen. Trotz der Bemühungen ihrer Vorsitzenden weisen die meisten von ihnen große Defizite auf." (Erklärung von Spetzas, Vorsitzender der staatlichen Industriebank ETBA, in: Ekonomikos... a.a.O. 26/3/81.

[17] Vgl. OECD a.a.O.

ausgaben Personalkosten darstellen, vergrößert das Übermaß an Personal die Defizite weiter.[18]

Diese Erscheinung, nämlich die überzählige Beschäftigung in den staatlichen Unternehmungen, die ihre ökonomische Effektivität senkt, ist Teil eines umfassenderen Problems, und zwar der Existenz einer bei niedrigem Qualifizierungsgrad aufgeblähten Staatsbürokratie (siehe auch im nächsten Abschnitt), die objektive (sozial und ökonomisch bedingte) Wurzeln in der kleinbürgerlichen Struktur der griechischen Gesellschaft hatte und hat.

Angesichts einer Dämonisierung dieser Frage seitens der bürgerlichen Kritik ("einmalige Staatsbürokratie") oder der negativen, völlig undialektischen Haltung einiger marxistischer Autoren ("unvermeidliche Konsequenz des klassenmäßigen bürgerlichen Wesens des Staates")[19] ist der Verfasser der Meinung, daß diese Erscheinung als ein weiteres Anzeichen der Schwäche und der Spezifik des griechischen staatsmonopolistischen Kapitalismus anzusehen ist. Es gibt letzten Endes kapitalistische Staaten (wie z.B. BRD, USA, Großbritannien usw.), wo unter dem Druck des Kapitals mehr oder weniger auch der Staatsapparat "rationalisiert", gestrafft und verölligt ist.[20] Die Überbeschäftigung in den Staatsunternehmungen und im Staatsapparat ist also kein wesenseigenes Merkmal des bürgerlichen Staates im allgemeinen, sondern nur des griechischen.

Diese Tatsache sowie andere strukturelle Besonderheiten, die spezifisch in Griechenland die Effektivität der Staatsunternehmungen beeinträchtigen, sollten seitens der demokratischen und progressiven Kräfte des Landes eine besondere Beachtung in der heutigen Kritik des staatsmonopolistischen Systems sowie im Programm für den sozialistischen Aufbau finden.

---

18) Vgl. Bericht in: Ekonomikos Tachidromos. a.a.O. 8/10/81.
19) Semeras, G.: a.a.O. S. 115.
20) "Sie (Richter, Offiziere, Pfarrer usw.) leben von dem produce of other people's industry, müssen also auf das unvermeidliche Maß reduziert werden... und ihre Kosten, da sie an und für sich zu den Nebenkosten der Produktion gehören, müssen auf das unentbehrliche Minimum reduziert werden." (K. Marx: Theorien über den Mehrwert. In: MEW, Bd 26.1 a.a.O. S. 273.)

Aus dem Gesagten geht sehr deutlich hervor, daß die ökonomische Ineffektivität der Staatsunternehmungen kein wesenseigenes Merkmal des Staatseigentums ist, sondern daß sie bestimmt wird durch die Vorherrschaft der Monopole in der Wirtschaft und den Einfluß des speziellen Charakters des politischen Überbaus auf den Reproduktionsprozeß der staatlichen Unternehmungen.

2.2.2. Die Staatsfinanzen

Die Staatsfinanzen gehören heute zu den wichtigsten Mitteln der staatlichen Regulierung der Wirtschaft. Ihre Funktion besteht in der Umverteilung des Nettoprodukts der Gesellschaft in Richtungen, die vom Staat unter dem Aspekt der weiteren Entwicklung des herrschenden ökonomischen, sozialen und politischen Systems bestimmt werden.
Die enorme Bedeutung der Staatsfinanzen für die Erhaltung der staatsmonopolistischen Verhältnisse und den reibungslosen Verlauf der materiellen Reproduktion offenbart sich in dem sehr hohen Anteil des Bruttoinland-produkts (ca. 40 bis 50 Prozent in den entwickelten kapitalistischen Ländern, siehe Tabelle 1), der unter das Verfügungskommando des Staates kommt.
Im folgenden werden wir die Staatsfinanzen in Griechenland untersuchen. Während ihr Entwicklungsverlauf und ihre Determinanten in historischer Sicht nachvollzogen werden, können ihre Beziehungen zum Monopolkapital, die Umverteilungsprozesse, die sie in Gang setzen, sowie die Auseinandersetzung mit bürgerlichen Theorien im wesentlichen nur auf logischer Ebene abgehandelt werden.

2.2.2.1. Die Staatsausgaben

Wie aus Tabelle 2 erkennbar ist, stieg der Anteil der Staatsfinanzen am Brutto-Nationalprodukt (BNP) von 19 Prozent im Jahr 1953 auf 32,3 Prozent im Jahr 1979.

Diese Konzentration von einem Drittel des BNP in den Händen des griechischen Staates war die materielle Grundlage für die Ausdehnung seiner Tätigkeiten während dieser Zeit. Die Wachstumskontinuität der Staatsfinanzen, die sich schneller als das Bruttonationalprodukt erhöhten (Siehe Tabelle 4), veranschaulicht Abbild 1.

Im Vergleich zu den entwickelten kapitalistischen Ländern sind die Staatsfinanzen in Griechenland noch relativ wenig entwickelt. Jedoch ist diese Tatsache allein von geringer Aussagekraft für die Bestimmung der Qualität des staatsmonopolistischen Kapitalismus, da beispielsweise in einem solchen Land wie Japan der Staat sogar noch weniger Sozialprodukt als der griechische (vgl. Tabelle 1) zentralisiert.

Was höchstens die Staatsfinanzen belegen können, sind Besonderheiten in den Formen der Durchsetzung der staatlichen Regulierung.

Der wichtigste und zugleich bestimmende Teil der Staatsfinanzen ist in allen Ländern, obwohl mit Unterschieden (aus historischen und nationalen Gründen), der Staatshaushalt. In Griechenland blieb die entscheidende Bedeutung des zentralen Staatshaushaltes im Vergleich zu den sozialen Versicherungsfonds und den Finanzen der lokalen und kommunalen Verwaltung während der ganzen Nachkriegszeit erhalten. Fast drei Viertel der laufenden Staatsausgaben und 95 Prozent der staatlichen Investitionen entfielen am Ende der 70er Jahre auf den zentralen Staatshaushalt.[1] Dieser hohe Zentralisierungsgrad der Staatsfinanzen ist, im Unterschied zu den anderen kapitalistischen Ländern, wie z.B. der BRD, nicht zuletzt auf solche Faktoren zurückzuführen, wie beispielsweise die Notwendigkeit der staatlichen Investitionspolitik, die Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen, den hypertrophierten Staatsapparat wie auch die sogenannte Stabilisierungspolitik.

Wollen wir die allgemeinen konkret-historischen Ursachen des Wachstums der Staatsfinanzen untersuchen, so ist es erforderlich, die Struktur der Staatsausgaben genau zu betrachten, die die Tabellen 3,4 angeben und die Abbilder 1,2 veranschaulichen.

[1] Vgl. National Accounts of Greece, Nr. 23, Athen, S. 31.

a) Fast die Hälfte der Staatsausgaben wurde in der gesamten Nachkriegszeit durch den Staatsapparat selbst verbraucht. Das ergab sich aus der Notwendigkeit der Selbsterhaltung des Staates als eine unabdingbare Voraussetzung für die Gewährleistung der Kontinuität der Klassenherrschaft und des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

I. Der parasitäre Charakter dieser Ausgaben kommt für Griechenland unter anderem zum Ausdruck in dem hohen Anteil der Militärausgaben, die Mitte der 70er Jahre ca. 45 Prozent der öffentlichen Konsumtionsausgaben in Anspruch nahmen (siehe Tabelle 11). Obwohl dieser Fonds teilweise realen Verteidigungszwecken diente (z.B. ab Mitte der 70er Jahre gegen die wachsende türkische Aggressivität in der Ägäis und auf Zypern) ist sein wahrer Charakter, der in der Unterstützung der aggressiven Pläne der NATO im Nahen Osten und gegen die sozialistischen Länder sowie im Aufbau bzw. der Aufrechterhaltung eines autoritären repressiven Staatsapparates zur Unterdrückung der griechischen Arbeiterklasse und der progressiven Bewegung insgesamt besteht, nicht zu verwechseln, was besonders durch die Diktaturzeit (1967-74) offenbar wurde. Hier zeigt sich wiederum, daß die wachsende Militarisierung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens eine gesetzmäßige Begleiterscheinung des Monopolkapitalismus ist.

II. Einen sehr großen Teil seiner Ausgaben verwendet der griechische Staat traditionell für Gehälter und Löhne des im Staatsapparat arbeitenden zivilen und militärischen Personals. Diese Summe machte zwei Drittel der gesamten öffentlichen Konsumtion oder ein Drittel der gesamten Staatsausgaben aus (siehe Tabellen 3 und 12). Der Staat ist somit der größte Arbeitgeber und der Staatsapparat das größte Unternehmen, in dem tausende Werktätige in einem besonderen, wesentlich härteren Arbeitsverhältnis stehen, als im "privaten" Sektor.
In Abbild 2 (Linie 2) sieht man deutlich, daß in zwei Perioden die Staatsbürokratie besonders schnell wuchs, nämlich

während der ganzen 50er Jahre und während der Diktatur, als der staatliche Repressionsapparat aufgebaut bzw. vervollkommnet wurde.
Der Anteil der Staatsbeamten und Angestellten an der berufstätigen Bevölkerung betrug in den 70er Jahren durchschnittlich zwischen 8 und 8,5 Prozent. Ihre Gehälter und Renten betrugen ebenfalls 8,3 bis 8,8 Prozent des Nationaleinkommens oder 21 Prozent des gesamten Lohneinkommens (vgl. Tabelle 10). Verglichen mit anderen europäischen kapitalistischen Ländern haben die für den Staat in Griechenland Arbeitenden ein spezielles Gewicht in der Gesellschaft, sowohl qualitativ als auch quantitativ. Damit sind zwei wichtige Problemkreise verbunden.

1. Unter ökonomischen Gesichtspunkt spielte der Staatssektor eine wichtige Rolle bei der Verminderung der Arbeitslosigkeit einer besonderen Schicht von "halbausgebildeten Proletariern", d.h. von Arbeitskräften mit Oberschulbildung, die entsprechend der langen Tradition den gesellschaftlichen Prestiges in solchen kleinbürgerlichen Ländern wie Griechenland eine Stellung im Staatsapparat als gesellschaftliche Anerkennung und materielle Sicherheit betrachten.
   Die Besonderheiten des bürgerlichen politischen Systems, d.h. die Funktion der politischen "Klientenschaft" hat diese Erscheinung durch immer neue Einstellung von Beamten ermutigt und stimuliert. Dadurch milderte sich einerseits die Arbeitslosigkeit dieser Schicht, während aber gleichzeitig ein hypotrophierter, wenig flexibler und quellifizierter Staatsapparat geschaffen wurde.

2. Soziologisch gesehen, bildete diese Beamtenschaft, trotz Differenzierungen, den relativ homogenen Kern der griechischen Staatsbürokratie mit autonomen Interessen und eigener Ideologie. Ihre Stellung in der sozialen Struktur der griechischen Gesellschaft ist bisher nicht genügend erforscht worden. Eines jedoch ist sicher. Diese Beamtenschaft bildet die "materialisierte Präsenz" des Staates in der gesellschaftlichen Struktur und ist mit eine breite und feste soziale und politische Basis des bürgerlichen Staates geworden.

III. Als Träger der umfangreichen öffentlichen Konsumtion erwies sich der griechische Staat auch als der größte Markt für griechische und ausländische Monopole. Das Gewicht der öffentlichen Konsumtion (einschließlich der Kaufkraft des Staatspersonals) stieg während der 70er Jahre im Verhältnis zum privaten erheblich an (siehe Tabelle 13).

Obwohl genaue Angaben über die Beziehungen dieses Staatsmarktes zu seinen Lieferanten nicht zugänglich sind, tauchen ab und zu in der Presse Veröffentlichungen über die privilegierte Behandlung der großen Monopole auf, die über Beziehungen und andere Mittel große Aufträge bekommen. Sichere Märkte, hohe Preise, sichere Profite sind für die Monopole die Vorteile der Geschäfte mit dem Staat. Dadurch entwickelten und festigten sich die Beziehungen zwischen Staatsapparat und Monopolkapital.

b) Stimulierend auf die Erhöhung der Staatsausgaben wirkte auch die Sozialpolitik des Staates zur Erweiterung des Gesundheits- und Bildungswesens, der Sozialversicherung und die Zahlung von Arbeitslosenunterstützungen, Familienbeihilfen usw. mit einem Wort, alle Tätigkeiten, die das soziale und politische System stabilisierten und die Verwertungsbedingungen des privaten Kapitals verbesserten. In der bürgerlichen Finanzstatistik werden diese Ausgaben unter dem Namen "laufende Transfers an private Personen" geführt. Der Beginn der Zunahme dieser Ausgaben fiel in die Zeit der raschen Industrialisierung Griechenlands 1958-67 sowie der kurzen Regierungszeit des Zentrums von 1964 bis 66 (siehe Abbild 2 Linie 3). Der Staat hat damit die entstandenen sozialen Widersprüche einzudämmen versucht. Aber auch die günstigen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und ihr Druck haben dazu beigetragen, daß breitere sozialpolitische Maßnahmen getroffen werden mußten.

Bis zur Errichtung der Diktatur stieg der Anteil der Ausgaben für sozialpolitisches Ziele auf 27 Prozent der gesamten Ausgaben, dabei war das Wachstumstempo fast doppelt so groß wie in der darauffolgenden Periode. (siehe Tabellen 3 und 4)

trotz der absoluten Erhöhung dieser Ausgaben unter der Herrschaft der militärischen Diktatur (1957-74) sank ihre relative Bedeutung erheblich, und zwar auf 22 Prozent der Gesamtausgaben. Hierin äußert sich anschaulich die arbeiterfeindliche Politik des autoritären Regimes. Darüber hinaus war dieses verlangsamte Wachstum der sozialpolitischen Ausgaben (alle andere Posten haben sich währenddessen erhöht) die grundlegende Ursache für das fast gleichbleibende spezifische Gewicht der Staatsfinanzen in der Wirtschaft während der Zeit der Diktatur (siehe Tabelle 1). Daraus kann man schließen, daß die Diktatur fast kaum zur Verstärkung der Staatsfinanzen als Mittel der monopolistischen Regulierung beigetragen hat. Das heißt weiter, daß die Entwicklung indirekter Formen der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung stagnierte zugunsten der Erweiterung dirigistischer bzw. administrativer Maßnahmen der Wirtschaftslenkung, wie wir im Punkt 2.3. sehen werden.
In der nachfolgenden Periode (1974-80) stiegen die Sozialausgaben dann wieder an, ohne jedoch ihr vordiktatorisches Niveau je zu erreichen. Wichtige Triebkraft dafür war nicht nur die Kompromißbereitschaft, zu der sich das Monopolkapital, überrascht von dem plötzlichen Sturz der Diktatur, bequemen mußte, sondern auch die stürmischen Kämpfe der Arbeiterklasse in dieser Zeit.

c) Eine weitere Ursache für die Steigerung der Staatsfinanzen waren die vom Staat durch staatliche Investitionen unternommenen Aktivitäten im produktiven Bereich.
Die Investitionstätigkeit der zweiten Hälfte der 50er Jahre erklärt sich aus der umfangreichen staatlichen Tätigkeit bei der Schaffung infrastruktureller Objekte und der Gründung staatlicher Unternehmungen. Die ersteren zielten auf die Stimulierung der privaten, insbesondere der ausländischen Investitionen, ab. Die Diktatur dann mit ihrer spekulativen und propagandaorientierten Wirtschaftspolitik bewirkte eine enorme Zunahme der öffentlichen Investitionstätigkeit, besonders der öffentlichen Bauten, um künstlich eine Belebung und Kon-

konjunktur zu stimulieren. Die mit Zwang erreichte Stabilität der Preise, die großen Geldmengen für die Finanzierung von Staatsausgaben und die daraus entstandene Inflation Ende 1973 sowie die Wirtschaftskrise von 1974 zwangen den postdiktatorischen Staat zu drastischen Kürzungen der öffentlichen Investitionen, um in erster Linie die Inflation zu bekämpfen.

d) Besonders rasch entwickelten sich die Subventionen. Ihr Tempo war 3 - 4mal höher als das Wachstum der übrigen Staatsausgaben (siehe Tabelle 4).
Die staatliche Subventionierung hatte zwei Ziele. In erster Linie diente sie der Systemsicherung, indem sie das bäuerliche Einkommen mit Zuschüssen garantierte (ausführlicher im Kapitel 2.3.). Andererseits wurde sie unmittelbar Teil des Monopolprofits.
Der Stärkung der griechischen Monopole in den 60er Jahren folgte ab Anfang der 70er Jahre ihre intensive Expansionstätigkeit. Der Staat unterstützte sie vielfältig, indem er ihre Exporttätigkeit und Konkurrenzfähigkeit mit Zuschüssen förderte. Ab Anfang der 70er Jahre gewann in den Finanzstatistiken der Posten der Exportsubventionen enorm an Bedeutung infolge der beginnenden staatlichen Finanzierung der Zinsen für Exportkredite (siehe auch Abbild 2, Linie 4).
Von den insgesamt 13.210 Exportbetrieben beherrschten nur 44 große Monopole im Jahre 1976 rund 40 Prozent des Exportes[2] und erhielten damit auch den entsprechenden Anteil an den staatlichen Subventionen.
Hierin wird ganz deutlich, zu wessen Nutzen die Staatsgelder fließen und in welche Richtung die Staatsfinanzen wirken.

Zusammenfassend kann man über die Rolle der Staatsfinanzen in Griechenland sagen, daß sie als eines der wichtigsten Mittel der staatsmonopolistischen Regulierung mit der Verstärkung des Monopolkapitalismus in den 60er Jahren in eine neue Entwicklungsstufe übergegangen sind, sowohl quantitativ als auch qualitativ. Das war auch ein gewichtiges Anzei-

2) Griechischer Verband der Industriellen. Bulletin. H. 365. Athen 1976. S. 9 - 12 (gr.)

chen der neuen Phase der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Griechenland, in der indirekte Regulierungsmethoden als adäquate Formen des gestärkten Monopols an Boden zu gewinnen begannen.

Ein zweiter Schluß ist, daß die Staatsausgaben und jede ihrer Kategorien eine besondere Tätigkeit des Staates in der Wirtschaft zum Ausdruck bringen. Dementsprechend ist der Staat zum größten Markt, Investor, Arbeitgeber, Schuldner usw. der kapitalistischen Wirtschaft in Griechenland geworden. Diese Entfaltung der Staatsfinanzen ist jedoch nicht plötzlich eingeleitet worden, sondern ist Resultat der Verschärfung der vielfältigen Widersprüche, die der Monopolkapitalismus und die monopolistische Industrialisierung auslösten. Zwar gab es einen kontinuierlichen Anstieg der Staatsausgaben, doch übernahmen bestimmte Bereiche in den verschiedenen Zeitetappen die führende Rolle. In der Zeit des Bürgerkrieges und unmittelbar danach sowie auch in der Zeit der Diktatur standen die Verstärkung des Verwaltungs- und Repressionsmechanismus des Staatsapparates im Mittelpunkt. Hingegen gewann in den 50er Jahren das Schaffen allgemeiner Bedingungen für die kapitalistische Reproduktion und in den 60er Jahren die Sicherung des Systems durch die Eindämmung der sozialen Widersprüche an Bedeutung. Die Verstärkung des Monopolkapitalismus und die Schwierigkeiten in den Verwertungsbedingungen des Kapitals führten in den 70er Jahren auch zur direkten Unterstützung der Monopole durch Subventionen, wobei die ganze Größe dieser Unterstützung nicht im Staatshaushalt ihren Niederschlag fand, wie es übrigens auch in den meisten anderen kapitalistischen Ländern der Fall ist.

In diesen konkreten, aus den gesellschaftlichen Notwendigkeiten und Widersprüchen der monopolistischen Verhältnisse entspringenden Ansätzen geht die neoklassische bürgerliche Interpretation der Staatsfinanzen vorbei.

Ausgehend von der schon kritisierten Feststellung des bürgerlichen Ökonomen des vergangenen Jahrhunderts, A. Wagner, daß die wachsende Steigerung der Staatsausgaben mit der allmählichen Steigerung des Nationalprodukts sowie der allgemeinen

ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung verbunden ist[3], hat die neoklassische "öffentliche Lehre" versucht, das Phänomen der Staatsausgaben auf der Basis der von ihr entwickelten Theorie der "öffentlichen oder sozialen Güter" zu erklären.[4] Nach dieser Lehre ist jede Staatsausgabe als ein Angebot von "öffentlichen Gütern" zu sehen, dem der wachsenden Nachfrage bzw. dem wachsenden Nationaleinkommen gerecht werden muß. Verwaltungstätigkeiten, militärische Aufrüstung, Investitionen, Subventionen, Arbeitslosenunterstützungen, Bildung, Gesundheit, alles wird addiert zu "öffentlichen Gut", nach dem die Nachfrage rücksichtslos durch den Bürger gesteigert wird. Das politische Wahlverhalten macht demnach angeblich die Bedürfnisse der juristisch gleichen Individuen deutlich und zeigt an, welche Art Güter sie bevorzugen.

Eine solche Erklärung der Ursachen des Wachstums der Staatsfinanzen bejahen auch die Vertreter der neoklassischen Lehre in Griechenland und versuchen zugleich die Einflußgröße solcher Faktoren zu messen, wie zum Beispiel über Nationaleinkommens-, Bevölkerungs-, Schüler-, Studenten-, Ärztezuwachs u.a.[5] An der Theorie der "öffentlichen Güter", die übrigens von Marx als unwissenschaftlich kritisiert wurde[6], ist deutlich der apologetische Charakter der heutigen bürgerlichen Ökonomie hinsichtlich der Verdeckung der klassenbedingten Tätigkeit des Staates ersichtlich. Die Erweiterung der staatlichen Interventionen in der Wirtschaft wird zum Anlaß, die ganze repressive Tätigkeit des bürgerlichen Staates unter ökonomischen Gesetzen und Begriffen zu verdecken und zu rechtfertigen. Waffen, Polizeiknüppel und Bildung sind in einen Topf geworfen, um ihre soziale Nachfrage zu bestimmen. Diese "Ökonomisierung" der Funktionen des Staates verschleiert nicht nur den klassenbedingten Charakter seiner Wirtschaftstätigkeit im Interesse der Gewährleistung des Systems und des Profits der Monopole heute, sondern auch seine gesamte repressive Unterdrückungstätigkeit und letztlich sein Wesen.

3) Vgl. Wagner, A.: Finanzwissenschaft, Leipzig 1890, S. 76.
4) Vgl. Xenophontos, D.: Die ökonomischen Funktionen des Staates. Athen 1979, S. 102 ff (gr.)
5) Vgl. Provopoulos, G.: Staatsausgaben und ökonomische Tätigkeit, IOBE-Athen 1981, S. 50 ff und 71 ff (gr.)
6) Siehe Marx, K.: Randglossen zu A. Wagners 'Lehrbuch der politischen Ökonomie'. In: MEW, Bd. 19, S. 370.

Obwohl von einer richtigen Feststellung ausgegangen, zeigt sich im "Wagnerischen Gesetz" auch eine apologetische Funktion bei der Erklärung der Ursachen der wachsenden Staatsausgaben. Allgemeinen Wachstum und ökonomische Entwicklung hat es im Kapitalismus immer gegeben, ohne jedoch immer mit Notwendigkeit eine Erhöhung der Staatsausgaben zur Voraussetzung gehabt zu haben. Diese war und ist ein Resultat der Entwicklung des Monopolkapitalismus ab Ende des vergangenen Jahrhunderts. Das beweist die Analyse der einzelnen Ausgaben, die vorhin für Griechenland durchgeführt wurde. Das Wagnerische Gesetz bringt keinen kausalen Zusammenhang der Erscheinungen zum Ausdruck. Es bringt höchstens die funktionelle Relation zwischen den Staatsausgaben und der Besteuerungsfähigkeit der Gesellschaft, die vom allgemeinen Entwicklungsniveau abhängt, zum Ausdruck. Die kapitalistische Praxis zeigt aber, daß die Staatsausgaben sich verselbständigt haben, d.h. schneller wachsen als die Steuern. Mit der Politik der Staatsverschuldung hat der bürgerliche Staat die Steuergrenze überwunden, so daß die Größe der Staatsausgaben heute eine relativ unabhängige Variable geworden ist, unabhängig von der Steuerfähigkeit und vom Niveau der ökonomischen Entwicklung. Das zeigt gerade die Unhaltbarkeit des Wagnerischen Gesetzes, und es bestätigt nachdrücklich die marxistische Interpretation, die die Ursachen der steigenden Ausgaben in den sozialen Beziehungen der Klassen sieht und in der staatlichen Politik der Umverteilung des Nationaleinkommens zwecks Systemsicherung und Profitmaximierung des Monopolkapitals.

2.2.2.2. Die Staatseinnahmen

Die wichtigste Finanzierungsquelle der oben herausgearbeiteten Tendenz des schnelleren Wachstums der Staatsausgaben gegenüber dem Wachstum des BNP waren die Steuereinnahmen, die ebenfalls ein größeres Wachstumstempo als das BNP aufweisen. Ende der 70er Jahre erreichte der Anteil der Steuern über ein Viertel des BNP (vgl. Tabelle 2), was allerdings noch erheblich unter dem Prozentsatz in den führenden kapitalistischen Ländern liegt.

Das Wachstum der Steuereinnahmen stand in einem engen Zusammenhang mit dem ökonomischen Wachstum während der 60er und 70er Jahre in Griechenland in dem Sinne, daß ein größeres Nationaleinkommen dem Staat mehr Steuereinnahmen ermöglichte. Die Ursache der wachsenden Besteuerung lag aber schließlich vor allem begründet in den wachsenden ökonomischen Funktionen, die der kapitalistische Staat zu erfüllen hatte. Notwendig war jedoch zunächst die Schaffung eines flexiblen gesetzlichen Rahmens, der die reibungslose Steigerung der Steuereinnahmen entsprechend dem Wachstum des Nationaleinkommens ermöglichte.
Der Sprungpunkt der ganzen Steuerpolitik war die Reform des Steuersystems in der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Damit wurde die einheitliche Einkommensteuer für private (ab 1956) und juristische Personen (ab 1958) anstelle des veralteten Systems proportionaler Besteuerungsregeln eingeführt. Mit der progressiven Besteuerung des persönlichen Einkommens (Lohn, Revenuen usw.) und der proportionalen der juristischen Körperschaften (grundsätzlich 40 Prozent der rein unverteilten Gewinne) erreichte der Staat die automatische Steigerung seiner Einnahmen mit der Entwicklung des Nationaleinkommens. Gleichzeitig wurde mit der Einführung des Progressivitätsprinzips und mit vielen Ausnahmen von der Steuerpflicht für Werktätige mit niedrigem Einkommen, der Anschein der "gerechten Besteuerung" erweckt. Die Ergebnisse dieser Reform machten sich jedoch erst sehr spät bemerkbar[7], wie das stabile niedrige Niveau der Direktsteuer im genannten Zeitraum bis 1967 erkennen läßt (siehe Tabelle 5).

Die Steuerreform bewies zwei Tatsachen: einmal, daß sich der bürgerliche Staat sehr frühzeitig seinen neuen Aufgaben bewußt wurde und dementsprechende Initiativen entwickelte, andererseits, daß er das Hemmnis für die Realisierung einer neuen Rolle, nämlich die Rückständigkeit der kapitalistischen Strukturen in Griechenland, erkannte und sich daher einsetzte, sie zu überwinden. Mit der fortschreitenden Industrialisierung und Kapitalakkumulation konnte sich der Staat dann mehr als vorher auf die direkten Steuern beziehen.

[7] Siehe Zolotas, X.: "Monetäres Gleichgewicht..." s.a.O. S. 127.

Der überwiegende Teil der Steuern wurde jedoch immer über die indirekte Besteuerung aufgebracht (Tabelle 5). Trotz ihres sinkenden Anteils an den Gesamtsteuereinnahmen blieb ihre entscheidende Bedeutung auch in der ganzen Nachkriegszeit erhalten.

Die traditionelle Vorherrschaft der indirekten Steuer in Griechenland verstärkte sich während der 50er Jahre angesichts stark wachsender Defizite des laufenden Staatshaushaltes, die allein aus der USA-"Hilfe" nicht zu decken waren, sogar nicht einmal zeitweilig.

Die massenhafte Durchsetzung von Konsumsteuern zwischen 1951 und 1955 (auf Salz, Benzin, Brennstoffe, Zucker, Zigaretten usw.) war primär fiskalisch bestimmt[8], d.h. zur Gewährleistung der "Produktions- und Reproduktionsbedürfnisse" des repressiven Staatsapparates. Einmal mit Erfolg durchgesetzt, erhalten und entwickeln sich die indirekten Steuern praktisch autonom weiter.

Zur selben Zeit versuchte der Staat, mittels der Steuerpolitik auch die Akkumulation des Kapitals zu beeinflussen. Die Einführung einer allgemeinen Körperschaftssteuer für alle Aktiengesellschaften wurde von einer breiten Palette von Steuerbefreiungen begleitet mit dem Zweck, die Entwicklung des konstanten Kapitals zu begünstigen, wie im Abschnitt 2.3. zu sehen ist. Zu dem gleichen Ergebnis, nämlich der Veränderung der Struktur der Profitverwendung zugunsten der Akkumulation, führte auch die Erhöhung der Konsumsteuer auf Luxusgüter zwischen 1958 und 1960, wobei auch Handelsbilanzaspekte eine Rolle spielten.

Die grundlegenden Steuerreformen der 50er Jahre haben jedoch die älteren Steuern, so z.B. die Umsatzsteuer (seit 1933), die "Steuer zugunsten Dritter" (davon existieren ca. 1.800) usw. unangetastet gelassen bzw. nur leicht modifiziert. Das Gesamte Steuersystem Griechenlands ist durch die Anhäufung vieler Steuerregelungen heute so kompliziert geworden, daß

8) Vgl. Zolotas, X. Monetäres Gleichgewicht... a.a.O., S. 125.

"die griechischen Bürger nicht in der Lage sind zu wissen, welche Einkommensgruppen und -klassen von diesen schlechten und verstreuten Steuern belastet werden."[9]

Bevor wir uns dem Problem der Steuerbelastung zuwenden, muß noch auf die Gründe der Vorherrschaft der indirekten Steuern in Griechenland eingegangen werden, woraus sich auch Rückschlüsse für die Entwicklungsländer allgemein ergeben können. Es ist meiner Meinung nach eine subjektivistische Erklärung und an sich allein falsch zu behaupten, daß das Überwiegen der indirekten Steuern darin liegt, daß "sie für den Werktätigen nicht spürbar sind", daß das "Fehlen einer langfristigen Programmierung der Staatsfinanzen bei akuten Finanzschwierigkeiten leicht zur Konsumsteuer führt" usw., wie Professor Kazigiorgas schreibt.[10] Genauer betrachtet liegen hier zwei objektive, schwer zu bewältigende Faktoren vor:

a) Die kleinbürgerliche Struktur Griechenlands und ähnlicher Länder (wo unter 50 Prozent der Erwerbstätigen Lohnabhängige sind) erschwert äußerst die Erfassung und Besteuerung des Einkommens an seiner Quelle. Wenn dem Lohnarbeiter ein Teil seines Einkommens vom Betrieb abgenommen und an den Staat abgeführt wird, wie ist das gleiche möglich bei selbständigen Geschäftsleuten, Landwirten, industriellen Bauern usw., d.h. bei der Mehrheit der Bevölkerung? Die oben genannten Schichten haben große Möglichkeiten, ihr Einkommen zu verfälschen und Steuern zu hinterziehen. In Griechenland vergrößerte sich das steuerpflichtige, jedoch verschleierte Einkommen aus Profit in den 70er Jahren gewaltig, wie aus der Tabelle 7 zu sehen ist. Die indirekten Steuern waren und sind das effektivste Mittel des Staates, sich mit notwendigen Geldern zu versorgen.

Ein weiterer Faktor ist die objektive Schwäche der Verwaltung überhaupt, der Steuerdienste und des Steuerpersonals im besonderen, die Steuererfassung, -aufbringung, -durchführung und -kontrolle durchzuführen. Die mangelnde Qualifikation und Arbeitsor-

9) Papandreou, D. a.a.O., S. 378.
10) Kazigiorgas, a.a.O., S. 374 ff.

ganisation, Korruptionsanfälligkeit, fehlende materielle Ausstattung der Dienste usw. sind eine sehr ungünstige Voraussetzung für die Stabilität der Steuereinnahmen. Aus den genannten Gründen bilden die indirekten Steuern die sicherste Quelle, und außerdem war auch der Aufwand für ihre Aufbringung nicht so hoch.

Man muß also die Steuerstruktur jedes Landes anhand der spezifischen nationalen und historischen Entwicklung des Kapitalismus betrachten, in der die konkret-historischen Faktoren, wie z.B. die Stellung der Mittelschichten, der Klassenkampf, die auftauchenden verschiedenen Widersprüche und die Dringlichkeit ihrer Überwindung usw., ihre Spuren hinterlassen. Die politisch-praktische Bedeutung der Analyse der Steuerstruktur ist nicht nur einseitig in dem Aufdecken der wirklichen Umverteilungsrichtungen des Nationaleinkommens zu sehen, sondern auch in der Ermittlung und Bestimmung der Spezifik der Widersprüche zwischen Bourgeoisie, Staat und Arbeiterklasse.

Durch drei grundlegende Steuerarten schöpfte der Staat einen Teil des Lohnes ab:

a). Die in Griechenland überwiegend wirkenden indirekten Steuern belasten in wesentlichen Güter des primären Bedarfs (Verbrauchssteuer usw.), wofür der Hauptanteil des Arbeitslohnes oder des Einkommens der Bauern, der Mittelschichten usw. verbraucht wird. Dadurch fällt faktisch die Höhe des Reallohnes.

b) Weiterhin erhöhten sich die Beiträge der Arbeiter und anderer Schichten für die Sozialversicherung. Aus der Tabelle 6 geht hervor, daß diese Beiträge in der gesamten Zeit von 1950 bis 1980 schneller als die der Arbeitgeber wuchsen und daß sie ab 1958 den Hauptanteil ausmachten.

c) Ebenfalls schnell stieg die direkte Besteuerung des Einkommens der Lohnabhängigen und Rentner, so daß sie in den 70er Jahren auf das Niveau der Profitsteuern (Tabelle 7) anwuchs.

Die Steuerhinterziehung, die, wie gesagt, besonders hoch ist und sich auf etwa zwei Drittel des Profiteinkommens bezieht, ist zu einem Mittel geworden, das Profiteinkommen besonders kleinerer und mittlerer Unternehmer aber auch das der Monopole von der Besteuerung zu entlasten.[13]

Die 1972 ausgebrochene große Inflation hat eine enorme Belastung der Löhne hervorgerufen, dadurch, daß die Nominallöhne in höhere Steuerstufen hineinwuchsen und somit für den Werktätigen eine real höhere Belastung sich ergab. Durch diese Mittel des "fiscal drag" erhöhten sich die staatlichen Einnahmen aus den Lohnsteuern bis 1975 zusätzlich um 26 und bis

11) Siehe: Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. a.a.O. S. 439 ff.

12) Karagiorgas, D.: Die steuerliche Ausbeutung in Griechenland. In: Politis. Januar/Februar 1978. Athen (gr.)

13) a: siehe Karagiorgas, D.: Öffentliche Finanzen. Bd. 2 a.e.O. S. 3[illegible].

b) Vgl. Riscapastis 2/12/81 über Steuerhinterziehung des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten. Nur 5 bis 30 Prozent der Verkäufe wurden hier angemeldet und entsprechend besteuert.

letzteren blieben in ihrem Anteil an den direkten Steuern fast unverändert. Das gleiche kann man auch feststellen für die Sozialversicherungsbeiträge, die zu Lasten des Profits gehen sowie für die Vermögenssteuern. Eine interessante Entwicklung zeigte dagegen die Körperschaftsbesteuerung, die im Gegensatz zu den internationalen Tendenzen[11] absolut und relativ bis 1974 wuchs und danach (mit Ausnahme der außerordentlichen Besteuerung aus Verteidigungsgründen in den Jahren 1974-76) deutlich absank.
Insgesamt wird die Besteuerung des Profits in Griechenland, vor allem während der 70er Jahre, durch ein niedriges Niveau und eine absinkende Tendenz charakterisiert.
Es ist fragwürdig, ob die Profitbesteuerung noch die Hälfte der direkten Steuern erbringt. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß die Monopole jede ihnen gegebene Möglichkeit nutzen, auf den Konsumenten sowohl direkte (Sozialversicherungsbeiträge) als auch indirekte (Umsatzsteuer usw.) Steuern abzuwälzen. Professor Karagiorgas versuchte, den Abwälzungsgrad zu messen und kam zu der Erkenntnis, daß er zwischen 1964 und 1974 von 84 Prozent auf 100 Prozent angestiegen ist, was er mit der Verstärkung der Macht der Monopole in dieser Zeit erklärte.[12]

1980 um 125 Prozent.[14] Es ist folglich berechtigt, zu schlußfolgern, daß ein Teil des Lohnes bzw. des Einkommens der werktätigen Schichten den Hauptanteil der steuerlichen Einnahmen des Staates darstellt.

Zu fast ähnlichen Schlußfolgerungen über die ungerechten Steuerlasten kamen auch andere marxistische und sogar nichtmarxistische Untersuchungen.[15] Dazu sind jedoch zwei Bemerkungen zu machen:

a) Die ganze Problematik der Steuerlasten wird unter dem Betrachtungswinkel einer "progressiven" Besteuerung, einer "gerechten" Verteilung gesehen. Im Vordergrund steht die Frage, ob die unterschiedlichen Einkommensgruppen gleichmäßig durch die Steuer belastet werden bzw. aus den Staatsausgaben Nutzen ziehen. Die nichtmarxistischen griechischen Autoren vernachlässigen, daß die unentgeltliche Aneignung des Mehrwerts durch die Kapitalisten das Wesen der Ausbeutung darstellt und die Lohn- und Profitbesteuerung diese nur modifizieren kann. Insofern der Profit Erscheinungsform des Mehrwerts ist, bedeutet seine Besteuerung auch Umverteilung des Mehrwerts. Ihre Untersuchungen stimmen mit den Tendenzen der bürgerlichen ökonomischen Lehre überein, die als personelle Einkommensverteilungstheorie bekannt ist.[16]

b) Angesichts einiger einseitiger marxistischer Auffassungen über die Umverteilungsprozesse, welche alle Profitsteuern auf ihr Wesen, d.h. auf den Mehrwert reduzieren und die Lohnbesteuerung als "Ausbeutung in der Zirkulationssphäre" kennzeichnen, in der Kapitalbesteuerung dagegen keinerlei Beeinträchtigung für die Kapitalistenklasse sehen, verweist die personelle Einkommensverteilungstheorie allein auf die Komplexität der Umverteilungsprozesse heute. Die veränderte Arbeiter-, Kapital- und Sozialstruktur, die Anforderungen der gesellschaftlichen Konsumtion, die globalen ökonomischen Pro-

14) Kaliviannakis, K.: Die Lohnabhängigen tragen die dauerhaft wachsenden Lasten der Einkommensteuer. In: Ekonomikos Tachidromos 27/11/80 (gr.)

15) Vgl. Karagiorgas, D.: Die steuerliche Ausbeutung... a.a.O.; Negredoudi-Delivani, M.: Die griechische Wirtschaft. Athen 1981, S. 179 (gr.).

16) Vgl. Müller, K.: Irrwege der Verteilungstheorie. Verlag Die Wirtschaft. Berlin 1980. S. 140 ff.

blems, die Gewährleistung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, die Anforderungen der Entwicklung der neuen Produktivkräfte, der wachsende Klassenkampf, die Systemsicherung usw. sind Faktoren, welche die realen Widersprüche zwischen Bourgeoisie, Staat, Arbeiterklasse und den anderen Schichten hervorbringen und eine zugleich komplexe wie differenzierte Besteuerung erheischen. Nicht immer entsprechen alle Interessen der Bourgeoisie auch den einzelnen und/oder den Gesamtinteressen des Staates. So z.B. beeinträchtigen die direkten und indirekten Steuern stark die private Konsumtion in Griechenland (vgl. Tabelle 5), schmälern die Nachfrage nach Konsumgütern infolge ihrer Verteuerung und begrenzen damit die Akkumulationsmöglichkeiten der Abteilung II. Andererseits vermindern die wachsenden Kapitalsteuern die allgemeine Investitionstätigkeit des Kapitals. Daraus erklärt sich auch der Kampf der griechischen Bourgeoisie um die Milderung der Steuerlasten bzw. um spezielle Steuerarten und um die Schaffung eines billigen Staatsapparates.

Wachsende Steuern für höhere Staatseinnahmen, unabhängig davon, wie notwendig und wichtig sie für das ganze System sein mögen, stoßen - wie oben erwähnt - auf objektive Schranken des Verwertungsprozesses. Das Geschrei der griechischen Monopolkapitalisten gegen die Besteuerung hat auch reale Gründe. Die relative Rückständigkeit des Landes behindert die Kompensation des dadurch verursachten Mehrwertverlustes durch die Anwendung moderner Technik oder die Nutzung anderer Möglichkeiten.
Die wachsende Besteuerung im heutigen staatsmonopolistischen Kapitalismus hat also bestimmte Grenzen, die in Griechenland noch enger als in hochentwickelten Ländern sind. Berücksichtigt sie der Staat nicht, dann besteht die Möglichkeit des Ausbruchs eines Konflikts zwischen den Verwertungsinteressen des Monopols und den Gesamtinteressen der kapitalistischen Klasse. Dieser Widerspruch gewinnt an Bedeutung gerade unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und stimuliert die sogenannte Finanzkrise des Staates, die ohne Krise des staatsmonopolistischen Systems ist.

Die System- und die Profitsicherung sind zwei wichtige Aspekte, welche die Steuer- und Umverteilungspolitik des Staates im allgemeinen diktieren. Wichtig für den heutigen Monopolkapitalismus ist dabei nicht die kurzfristige Richtung dieser Umverteilung.[17] Selbst wenn die Steuerlasten des Kapitals größer wären, oder nennen wir es "gerechter", so würde das Monopol nicht aufgehoben, weil es ja nicht aus der Zirkulation erwächst. Viel wichtiger ist die Tatsache, daß der Staat heute, im Gegensatz zu früheren Zeiten, selbst einen bedeutenden Teil des Nationaleinkommens konzentriert und umverteilt. Das Hervorheben des Klassencharakters des Staates und der Steuer als Teil des Mehrwerts sind richtige Ausgangspunkte, lassen aber immer noch die Frage unbeantwortet, warum der Staat nicht direkt vom Kapitalisten bzw. den Monopolen und der Arbeiterklasse einen Teil des Mehrwerts als Steuer zentralisiert. Warum diese komplizierten Umwege über die verschiedensten Steuerarten? Sind es nur ideologische Legitimationsgründe? Oder ist es die Aufrechterhaltung des scheinbar neutralen Charakters des Staates gegenüber den Klassen?

Uns scheint, daß es heute die komplizierten Widersprüche des Monopolkapitalismus auf allen Ebenen sind, die das politische Element als relativ selbständig mehr denn je in den Vordergrund rücken und daher diese Umverteilungsprozesse selbst unvermeidlich und zum Gegenstand des Klassenkampfes machen. In diesem Fall wäre auch die Fragestellung berechtigt - zunächst theoretisch - inwiefern die Systemsicherung und Profitmaximierung der Monopole als Substanz der staatlichen Regulierung kurzfristig und mittelfristig immer zusammenfallen können.

2.2.3. Das wachsende Staatsdefizit und die Zunahme der Verschuldung des Staates

Wie festgestellt wurde, deckten die Staatseinnahmen in der Periode von 1950 bis 1980 reichlich 80 Prozent der Staatsaus-

---

[17] Vgl. Diskussion über den Träger der Steuerlasten. In: Ekonomikos Tachidromos, a.a.O. u.a. Drakos, T. 11/01/79, Papamargaris, T. 1/10/81, Drakos, G. 8/10/81, Kalivianakis, K. a.a.O.

gaben. Der übrige Teil wurde größtenteils durch innere und äußere Anleihen gedeckt, d.h., sie waren defizitäre Ausgaben.

In der Tabelle 8 ist das Staatsfinanzdefizit dargestellt. Seine wachsende Bedeutung zeigt sich als Prozentsatz des BNP in der Tabelle 14. Innerhalb von zwanzig Jahren (1958 bis 1977) hat er sich fast verdoppelt. Interessant ist auch seine Struktur. Sie enthält sowohl defizitäre Ausgaben des zentralen Staatshaushalts wie auch die Passivsalden der Fonds zur Regulierung des Agrarmarktes. Letztere haben in bestimmten Zeitabschnitten das gesamte Defizit sehr stark bestimmt, wie z.B. zwischen 1964 und 1966 sowie 1973 und 1976, Perioden, die mit Veränderungen im Staatsapparat verbunden waren (liberal-bürgerliche und nachdiktatorische bürgerlich-parlamentarische Regierungen), und in denen [illegible] Anpassungstendenzen der Monopolbourgeoisie zwecks Systemsicherung in Form von Zugeständnissen gegenüber den Werktätigen, insbesondere den Bauern, realisierten.

Die wachsenden defizitären Staatsausgaben bringen den Widerspruch zwischen dem Erfordernis der Erweiterung der ökonomischen Intervention des Staates und der begrenzten Basis für die Beschaffung der notwendigen Mittel zum Ausdruck. In der ersten Nachkriegsperiode wurden die Defizite fast ausschließlich aus äußeren Quellen gedeckt, im wesentlichen durch USA-"Hilfe" (siehe Tabelle 8). Ihr Auslaufen am Ende der 50er Jahre sowie die Wiederherstellung eines monetären Gleichgewichts zwang und ermöglichte zugleich dem Staat, Zuflucht auf den inneren Markt bzw. dem äußeren privaten Anleihen-Markt zu nehmen. In den 60er und 70er Jahren deckten die inneren Quellen 65 bis 96 Prozent des Defizits. Ausschlaggebend dafür war die 1953 vom Staat durchgesetzte Verpflichtung (übrigens einmalig in der Welt) der Geschäftsbanken, einen Teil ihrer Depositen[16] (Sicht- und Spareinlagen) in zinstragende Staatsanweisungen anzulegen. Breite Anwendung fand diese Finanzquelle in der Zeit der Diktatur, und bis heute deckte sie ca. die Hälfte des Defizits.

16) 1958=5%, 1959=10%, 1961=18%, 1968=26%, 1972=39%.

Verbunden mit den großen staatlichen Investitionen in der zweiten Hälfte der 50er und Anfang der 60er Jahre, aber auch in der Zeit der Diktatur, wandte sich der Staat auch dem privaten Anleihe-Markt in Form des Verkaufs von Schuldverschreibungen (Obligationsanleihe) zu. 20 bis 30 Prozent des Defizits wurden dadurch in jenen Jahren abgedeckt.
Aber die wachsende innere Inflation und steigende Zinssätze führten 1973 zu einem Verwendungsstop für diese Mittel.
Als eine weitere, dritte Quelle der inneren Defizitfinanzierung sind die inflationistischen Kredite des Staates bei der Staatsbank zu nennen, die zum überwiegenden Teil zur staatlichen Einkommens- und Preisregulierung in der Landwirtschaft dienten.
Die sich seit 1974 auf allen Wirtschaftsebenen verschärfende ökonomische Krise des Weltkapitalismus verschlechterte die Anleihebedingungen auf dem internationalen Kreditmarkt. Die hohen Zinssätze (8 bis 12 Prozent statt 3 bis 6 Prozent wie in den 60er Jahren), die relativ engen Rückzahlungsfristen (nicht länger als 15 Jahre) entzogen dem griechischen Staat faktisch diese wichtige Defizitdeckungsquelle, die in den Jahren 1960/61, 1964-66, hauptsächlich aber in der Zeit der Diktatur (ca. ein Viertel der gesamten Defizitdeckung) in hohem Maße genutzt wurde.
Der Wegfall des internationalen und nationalen Privat-Anleihemarktes nach 1974 und die sich verschärfenden Krisenerscheinungen des Weltkapitalismus (Stagnation, Depression, Inflation, Währungskrisen, Erdölkrisen usw.) haben den griechischen Staat in seiner Rolle als größten Kreditnehmer und Schuldner stark betroffen.
Die Inflation war - vom nationalen Standpunkt gesehen - eine Ursache für die wachsenden Schwierigkeiten beim Beschaffen von Geldmitteln. Andererseits trug der Staat selbst durch die Vergrößerung der Haushaltsdefizite und der zunehmenden Staatsverschuldung zu ihrer Entstehung bei und begünstigte ihre weitere Verschärfung.
Es kann festgestellt werden, daß es "streng genommen keine direkte Abhängigkeit zwischen Staatsschuld und Inflation gibt".[19]

19) Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. a.a.O. S. 442.

Die Anleihen des Staates bei der Bevölkerung oder bei dem privaten Leihmarkt modifizieren nur die Nachfragestruktur des Endeinkommens. Die inflationistischen Wirkungen des Defizits hängen von den Methoden ihrer Finanzierung ab. Nur bei Geldemission und Kreditschöpfung der Banken entsteht die Möglichkeit einer Preissteigerung, einer potentiellen Inflation. Das "wird aber letzten Endes vom Gesamtzustand der Wirtschaft bedingt"[20]. In Griechenland waren diese Bedingungen vorhanden. Am anschaulichsten erkennt man die inflationistische Rolle der Defizite am Anwachsen der Staatsverschuldung (siehe Tabelle 14), die Ende der 70er Jahre ein Viertel des BNP überstieg. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden über drei Viertel der inneren Staatsverschuldung aus "ungesunden" Quellen finanziert (siehe Tabelle 9), nämlich durch Notenbankkredit und durch die Diskontierung kurzfristiger Staatsanweisungen bei den Banken, die immer wieder prolongiert wurden. Diese "schwebende" Staatsschuld stellte eben eine Kreditschöpfung der Banken dar, die zusammen mit der Geldemission die Nachfrage gegenüber dem Angebot enorm erhöhte, zumal die Verwendung dieser Mittel nicht zu produktiven, sondern zu konsumtiven bzw. parasitären Zwekken den Staatsapparates diente.

Die Zeitperioden der mittleren (1964-65) und der höheren Inflation (1973-80) verlaufen parallel dem Wachstum der beiden genannten Arten von Staatsdefiziten bzw. der Staatsverschuldung, wobei aber auch die schlechte Wirtschaftslage nicht zu vergessen ist.

Die wachsenden defizitären Ausgaben, die Staatsverschuldung und die Inflation als ihr Ergebnis, verursachten in Griechenland wie in allen kapitalistischen Ländern einen Teufelskreis, der bedingt durch die Notwendigkeiten der staatsmonopolistischen Politik, zu einer fortwährenden Verflechtung zwischen Ursache und Wirkung führte. Die wachsenden Staatsausgaben und Defizite haben die Inflation der 70er Jahre zustande gebracht. Ihre Bekämpfung löste Krisenerscheinungen aus (siehe Kapitel 2.3.4.), die wieder nur mit wachsenden Staatsausgaben zu bekämpfen waren.

20) Ebenda.

die zwangsläufig eintretende "Finanzkrise des Staates" machte den Ziel-Mittel-Konflikt der staatsmonopolistischen Regulierung und ihre Krise sowie das Unvermögen des staatsmonopolistischen Finanzsystems deutlich, die Widersprüche der kapitalistischen Produktion zu lösen.

Insgesamt führte die Untersuchung der Staatsfinanzen in Griechenland zu folgenden wichtigen Erkenntnissen:

a) Obwohl das Wachstum der Staatsausgaben in den 60er und 70er Jahren als eine Auswirkung der neuen Phase des Monopolkapitalismus zutage trat, begann die Umstellung des Staates auf die neuen Bedingungen bereits mit den Steuerreformen in der Mitte der 50er Jahre. Man könnte zugespitzt sagen, der Staat selbst hat die Voraussetzungen für den späteren Aufschwung des Monopols vorbereitet, insofern die Staatseinnahmen die Grundlage für die Steigerung der Ausgaben schufen.

b) Die Ursachen für die Vervollkommnung der Staatsfinanzen als dem wichtigsten Hebel der staatlichen Regulierung waren überwiegend innerer Natur. Abgesehen von den ersten Nachkriegsjahren und den ersten 60er Jahren (vgl. Tabelle 8), sind die Staatseinnahmen durch die Steuer und innere Verschuldung abgedeckt worden. Ebenfalls war der größte Teil der Ausgaben von inneren Notwendigkeiten und Widersprüchen determiniert.

c) Der Klassencharakter der Staatsfinanzen war an ihrer Umverteilungsfunktion zu erkennen. Der größte Teil der Einnahmen kam aus der Arbeiterklasse und von den anderen Werktätigen. Was sie zurückbekamen, zielte entweder auf die Absicherung des Systems oder die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals, nicht zuletzt auch hinsichtlich der Befriedigung seines Bedarfs an gesunden und qualifizierten Arbeitern, ab. Den überwiegenden Teil der Staatsausgaben verwandte der Staat für die Absicherung seiner eigenen "erweiterten Reproduktion" und die Vergrößerung des Monopolprofits über die Zirkulationskanäle.

2.2.3. Das Geld- und Kreditinstrumentarium

Für die Länder des entwickelten Monopolkapitalismus ist die Geld- und Kreditpolitik zu einem wichtigen Instrument der kurzfristigen Wirtschaftsregulierung geworden. Sie soll vor allem dazu dienen, kurzfristige Schwankungen der Wirtschaftskonjunktur im Verlauf des industriellen Zyklus abzuschwächen.[1] Eine solche Politik war auch schon vor dem zweiten Weltkrieg zu beobachten, blieb aber damals "im wesentlichen auf Perioden tiefgreifender Wirtschaftskrisen und auf einige führende Länder beschränkt".[2]

Mit der Geld- und Kreditpolitik beabsichtigt der bürgerliche Staat, durch Veränderung des Geldangebots, der Zinsrate usw. die Investitionen, die Beschäftigung, die Preise und die Zahlungsbilanz nach den Erfordernissen des ökonomischen Zyklus zu beeinflussen. Somit wirkt sie, eng mit den Staatsausgaben verbunden, systemstabilisierend.

Von großer Bedeutung ist die Unterscheidung zwischen dem institutionellen Mechanismus und den Mitteln, mit denen diese Politik ausgeübt wird. Ihre Herausbildung lief historisch jedoch nicht immer parallel. Materielle Basis der Geld- und Kreditpolitik ist das Kredit- und Banksystem mit der Staatsbank an der Spitze.

In ihrer Gesamtheit ist die Geld- und Kreditpolitik eine indirekte Form der staatlichen Regulierung der Wirtschaft, im Gegensatz zu dem Staatseigentum oder der unter Befehlen erfolgenden Ressourcenverteilung in den Kriegszeiten.

Mittel und Formen dieser Politik können jedoch direkten oder indirekten Charakter tragen in Abhängigkeit davon, ob der Staat den Kräften des Marktes einen gewissen Spielraum läßt, oder ob er alles direkt und ausschließlich bestimmt, ohne den Erfordernissen des Marktes Rechnung zu tragen.

In diesem Abschnitt werden die Hauptmomente der historischen Entwicklung sowohl des Instrumentariums als auch der Mittel

1) Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. a.a.O. S. 453.
2) Ebenda. S. 448.

der Geld- und Kreditpolitik in Griechenland dargestellt und die Ursachen ihrer Entstehung erklärt. Die spezielle Bedeutung des Zinssatzes in Griechenland für die innere Kapitalakkumulation bis 1974 (seine Rolle als kurzfristig wirkender Konjunkturfaktor war bis dahin beschränkt) machte es notwendig, daß seine Untersuchung im Zusammenhang mit dem gesamten Reproduktionsprozeß in 2.3.1. erfolgt.

Die Grundlagen für eine umfassende gesamtwirtschaftliche Geld- und Kreditpolitik in Griechenland schuf die Gründung der Zentralen Staatsbank (TE) im Jahre 1928. Die Weltwirtschaftskrise 1929-33 und ihre speziellen Auswirkungen auf Griechenland bewiesen die Notwendigkeit der Existenz einer solchen Bank für den schwachen griechischen Monopolkapitalismus.
Die wichtigsten monetären Maßnahmen, die damals getroffen wurden, zielten im überwiegenden Maße auf die Regulierung der Beziehungen mit dem Ausland und damit die Milderung einer Reihe akuter Folgen der Krise. Solche Maßnahmen waren:

a) Die Aufhebung des Goldstandards,
b) die Erweiterung der Devisenbasis der Drachme auf Dollar und Pfund Sterling,
c) die Einführung der Devisenzwangswirtschaft und
d) die Aufhebung des Diskontsatzes, um die Kapitalflucht zu verhindern, usw.[3]

In der Nachkriegszeit wurde die Geld- und Kreditpolitik dazu benutzt, den Wiederaufbau zu ermöglichen, die Geldstabilität zu gewährleisten, die kapitalistische ökonomische Entwicklung zu stimulieren und den Staat mit finanziellen Mitteln auszustatten. Diesen Zielen war die Geld- und Kreditpolitik untergeordnet, und aus ihnen erklären sich bestimmte Besonderheiten gegenüber der monetären Politik in den entwickelten kapitalistischen Ländern, wo die antizyklischen Aspekte stärker im Vordergrund standen.

3) Siehe dazu: Stefanidis, D.: Die große Wirtschaftskrise und Griechenland. Saloniki 1932. (gr.)

Grundlage der Geld- und Kreditpolitik war ein administrativ aufgebauter und funktionierender Mechanismus, der sich bis Ende der 70er Jahre wenig veränderte. Er bestand aus drei Gliedern; der Monetären Kommission, der Zentralen Staatsbank und dem Netz der Geschäftsbanken. Letzteres ist schon in 2.2.2. behandelt worden.

Die Monetäre Kommission, die unmittelbar nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Zwangsgesetz 971/20.2.1946 gegründet und im Jahre 1951 mit dem Gesetz G 1837 in ein ständiges Staatsorgan verwandelt wurde, blieb fast während der gesamten zu untersuchenden Zeit die oberste Behörde für die Gestaltung und Kontrolle der Geld- und Kreditpolitik.[4] Ihre Macht ist durch den G.D. 538/1948 "über die Kontrolle des Kreditwesens" sowie durch weitere Gesetze während der drei Jahrzehnte ständig erweitert worden. Die Kuratoren ihrer Gründung waren die Regierungen Griechenlands und Großbritanniens. Ihre Mitglieder bildeten die jeweiligen für die ökonomischen Ressorts verantwortlichen Minister und der Vorsitzende der Staatsbank. (Anfänglich waren auch die USA und Großbritannien durch einige Mitglieder vertreten!)

Die Aufgaben und die Rolle der Monetären Kommission bestanden in der Bestimmung der Ziele der Kredit- und Geldpolitik der jeweiligen Regierung. Sie hatte die ausschließliche Macht über die Banknotenemission, bestimmte den Finanzierungsrahmen der Banken (quantitativ und qualitativ) sowie die Vergabebedingungen und die Fristen der Kredite. Sie hatte das Befugnis zur Festlegung der Mindestreserven der Geschäftsbanken und die Vollmacht für Devisengeschäfte, die sie an die Geschäftsbanken weitergab. Die Gründung einer neuen Bank war von ihrer Erlaubnis abhängig. Sie übte auch Kontrollfunktionen gegenüber den Geschäftsbanken - durch die Gründung eines "Allgemeinen Bankaufsichtsdienstes" - und gegenüber dessen Kunden bezüglich der Kredithöhe aus. Sie bestimmte direkt das Finanzierungsprogramm der spezialisierten Kreditinstitute und ver-

4) Ab 1976 unterstand sie - zumindest dem Scheine nach - dem im gleichen Jahr gegründeten "Wirtschaftskomitee" der Regierung, zu dessen Kompetenzen außer der Gestaltung der Geld- und Kreditpolitik auch die Staatshaushalts- und Einkommenspolitik gehörten.

fügte über das Recht zur Bestrafung dieser Banken, wenn sie Verordnungen verletzten, wobei die Kommission von diesem letzten Mittel allerdings selten Gebrauch machte.
Die Monetäre Kommission, die erst 1982 im Rahmen der Liberalisierung des Banksystems abgeschafft wurde, stellte eine einmalige Institution dar, die weder in Westeuropa noch in den USA anzutreffen war. Sie bestimmte wesentlich sowohl die Zielsetzung der Geld- und Kreditpolitik, was normalerweise Regierungsrecht ist, als auch die Konditionen ihrer Verwirklichung, die an sich den Befugnissen der Zentralbank unterliegen. Die ständige Erweiterung der Aufgaben der Monetären Kommission verwandelte diese in ein mächtiges Organ, das die ökonomische Politik des Landes bestimmte und gleichzeitig in ein schwerbewegliches und zentralisiertes Instrument, das über sehr gewichtige, aber auch sehr lapidare Themen entschied, so daß am Ende nicht einmal "die zuständigen Leute wußten, was gilt und was nicht"[5].
Trotz der vielen, auch von bürgerlichen Wissenschaftlern und Politikern kritisierten Nachteile des Funktionierens dieses mächtigen und zentralisierten Organs, sicherte die Monetäre Kommission im Laufe der Zeit zwei wesentliche Dinge, die anders nicht zu realisieren waren:

a) Der Staat konnte seine übermäßigen, nicht im Staatshaushalt vorgesehenen Ausgaben ohne größere Schwierigkeiten finanzieren.
b) Die privaten, besonders die monopolistischen Interessen fanden ein größeres Verständis als bei der Zentralbank. Viele Monopole erhielten dank ihrer engen Verbindung zur Monetären Kommission (d.h. zu den Ministern) Anleihen unter Bedingungen, die viel günstiger waren als die sonst üblichen.[6]

Die administrativen Entscheidungen der Monetären Kommission ersetzten oftmals Aktivitäten, die eigentlich durch das Kredit- und Geldinstrumentarium der Zentralbank realisiert wer-

5) Bericht in: Ekonomikos Tachidromos. a.a.O. 20/5/1982, S. 9.
6) Ebenda.

den sollten. Dadurch konnte die Bank ihre Rolle nicht vollständig verwirklichen.

Als das zuständige ausführende Organ der Realisierung der Geld- und Kreditpolitik erwies sich während der ganzen Zeit die zentrale Staatsbank. Sie ist zwar als AG organisiert, aber die Mehrheit der Aktien besitzt direkt oder indirekt der Staat.[7] Der Vorsitzende und seine zwei Stellvertreter werden von der jeweiligen Regierung bestimmt. Von ihrer Gründung im Jahre 1928 bis 1945, als die Monetäre Kommission gegründet wurde, besaß sie das Emissionsmonopol bei Banknoten. In der Nachkriegszeit war ihre Tätigkeit jedoch durch allgemeine Bestimmungen der Monetären Kommission beschränkt. Ihre Aufgaben waren nunmehr:

- Die Ausarbeitung von Vorschlägen für die Monetäre Kommission zu den verschiedenen Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik, die von der Kommission in der Regel angenommen wurden.
- Die ökonomische Beratung des Staates.
- Die Bestimmung der Mindestreserven der Handelsbanken sowie ihrer Liquidität.
- Die direkte Vergabe von Krediten an die Unternehmungen. (Davon wurde in den zwei letzten Jahrzehnten allerdings wenig Gebrauch gemacht.)
- Die Kreditierung des Staates durch
  a) das "Konto der Finanzierung von Konsumgüterlieferungen", d.h. die Finanzierung der Handelstätigkeit des Staates,
  b) Vorschüsse an den Staat zur Realisierung von Staatsausgaben,
  c) den Verkauf von zinstragenden Staatspapieren.
- Die Kontrolle der Devisengeschäfte.

Somit war die Staatsbank, obwohl von der Monetären Kommission in ihren Befugnissen amputiert, der wichtigste Hebel für die Durchsetzung der ökonomischen Politik des Staates.

Die Konfusion der Befugnisse der Staatsbank und der Monetären Kommission konstatierte in "positiver" Weise der langjährige Vorsitzende der Staatsbank und Mitverantwortliche für die Wirtschaftspolitik der gesamten Nachkriegszeit, X. Zolotas, als er schrieb, daß in Griechenland kein fester und von vornherein bestimmter Rahmen der Geld- und Kreditpolitik existierte.[8]

[7] Über die allgemeine Tendenz zur Umwandlung der Zentralbank in einen Bestandteil der Staatsbürokratie, siehe: Politische Ökonomie des heutigen ... a.a.O., S. 499 ff.

[8] Vgl. Zolotas, X.: Monetäres Gleichgewicht und ökonomische Entwicklung. Athen 1954, S. 77 (gr.)

Seiner Meinung nach würde durch diese Tatsache "eine Flexibilität und Anpassungsfähigkeit" der entsprechenden Politik an die veränderten Bedingungen gesichert, was von anderen Ökonomen aber widerum als widersprüchlich und unbegründet charakterisiert und kritisiert wurde.

Bestand bis Mitte der 70er Jahre eine mehr oder weniger "harmonische Zusammenarbeit"[9] zwischen Monetärer Kommission und Zentralbank bei fast vollständiger Bevormundung der letzteren durch die erste, so kam es zu gewissen Veränderungen, als die Wirtschaftskrise (1974-76) ausbrach und die Inflexibilität der Handhabung des Geld- und Kreditinstrumentariums seitens der Zentralbank offenbar wurde. Die Zentralbank war nicht in der Lage, die verschiedenen Mittel der Geld- und Kreditpolitik entsprechend den Bedingungen einzusetzen und zu verändern, ohne vorherige Bewilligung seitens der Monetären Kommission.[10] Dieser Umstand beeinträchtigte die staatliche Antikrisenpolitik und rief entsprechende Reaktionen des industriellen Monopolkapitals hervor (siehe ausführlicher 2.3.4.). Die sichtbar werdende institutionelle Unbeweglichkeit war ein zusätzlicher Grund für die vom Monopolkapital angestrebte Reform des Mechanismus und der Mittel der Geld- und Kreditpolitik, die unter dem Vorwand, Griechenlands Beitritt in die EWG vorzubereiten, Ende der 70er Jahre begannn.

Wie der Mechanismus trugen auch die eingesetzten Mittel der Geld- und Kreditpolitik direkten, administrativen Charakter. Die meisten wurden in der zweiten Hälfte der 50er Jahre herausgebildet und haben sich, ähnlich dem Geld- und Kreditmechanismus, bis Ende der 70er Jahre wenig verändert, wie hohe Bankbeamte auch konstatieren.[11] Daher wird von ihrer historischen Entwicklung abstrahiert.

---

9) Über den Inhalt und die Bedeutung der Konflikte zwischen Staatsbank und Regierungen in den führenden kapitalistischen Ländern, die aus der relativen Autonomie der Staatsbank hervorgehen, siehe: Politische Ökonomie des heutigen ... a.a.O. S. 451 ff.

10) N.-Charisopoulos-Komitee: Konspekte... a.a.O. S. 135.

11) "Die Struktur des Kreditsystems ist immer noch die gleiche, die zu lösenden Probleme haben sich im wesentlichen nicht verändert, und die Grundlage des Systems der qualitativen Kontrolle ist beinahe unangetastet geblieben." Chalikias, D.: a.a.O. S. 10.

I. Als das wichtigste Steuerungsmittel erwies sich die selektive quantitative und qualitative Kreditkontrolle. Danach wurden die Kreditgewährungen der Banken entsprechend der Kreditverwendung quantitativ und konditional fixiert.
Direkt nach dem Krieg waren Hauptkriterien dieser Konzeption die Wiederaufbaustrategie des Staates und die Begrenzung der Finanzressourcen. Dementsprechend sollten die zur Verfügung stehenden Mittel zuerst den Wiederaufbau der schon vor dem Krieg existierenden kapitalistischen Strukturen unterstützen. Eine präjudizielle mengenmäßige Bestimmung der Bankkredite durch Staatsbank und Staat war bis Mitte der 50er Jahre die Regel.
Zu dieser Zeit hatte sich besonders innerhalb der Spitze der Zentralbank die Auffassung herausgebildet, daß eine solche selektive Kreditkontrolle zu einem wichtigen Hebel auch der Politik der Wirtschaftsentwicklung und der weiteren Industrialisierung werden könnte. Zwar ist die präventive mengenmäßige Kreditkontrolle aufgehoben worden, doch hat sich ein kompliziertes System herausgebildet, wonach die Handelsbanken einen bestimmten Prozentsatz ihrer Depositen in Landeswährung (im Jahre 1957 10 Prozent, später 15 Prozent) in mittel- und langfristige Kredite, besonders zu Investitionszwecken, anlegen müssen. Ab 1966 sollten 6 Prozent der gleichen Depositen zur Finanzierung des Handwerks verwendet werden. Entsprechend diesen qualitativ bestimmten Kontrollen existierte keine Schranke hinsichtlich der Bankkredite für Exporte sowie für industrielle und andere produktive Tätigkeit. Im Gegensatz dazu gibt es strenge Regeln und Verbote bezüglich der Finanzierung des Imports, des Binnenhandels und dabei insbesondere des Einzelhandels. Nach der Tabelle 1 fließen offiziell fast zwei Drittel der Bankfinanzierung des privaten Sektors der Industrie (verarbeitende und extraktive) zu. Der Versuch, das Abfließen der Kredite in andere, parasitäre und konsumorientierte Bereiche zu verhindern, hat dazu geführt, daß das System der Kreditregelungen sehr kompliziert, bürokratisch, widerspruchlich und chaotisch geworden ist.[12]

12) Vgl. ebenda. S. 175, 178.

Die Benutzung der selektiven Kontrollmethoden als Stimulierungsmittel der Industrialisierung hat nicht die Wünsche seiner Initiatoren erfüllt, denn solche Kreditregeln "sind allgemeiner Natur und haben beschränkte Reichweite"[13]. In Mexiko z.B. wurden bei der Anwendung einer ähnlichen selektiven Kreditpolitik keine solchen übrigen Ziele wie in Griechenland gestellt. Die Vorbeugung des Abfließens der billigeren, für Investitionen bestimmten Kredite in andere Richtungen (Konsum usw.) konnte nur unter Anwendung anderer Mittel gewährleistet werden, die außerhalb der Kreditsphäre lagen, wie z.B. über spezielle und leicht kontrollierbare Fonds des Staatshaushaltes.

II. Eine zweite Form der Geld- und Kreditpolitik, die unmittelbar die Geldmenge und "die Liquidität der Wirtschaft" regelte, war die Anwendung der Mindestreservenpolitik. Danach müssen die Handelsbanken einen bestimmten Prozentsatz ihrer Depositen, den die Staatsbank je nach den Erfordernissen der Wirtschaft bestimmt und verändert, zinslos auf ein eigenes Konto (Reservenkonto) bei der Staatsbank deponieren. Diese Verpflichtung bezog sich in Griechenland bis 1966 auf den Umfang der privaten Depositen und seitdem auf das gewährte Kreditvolumen. Im Jahre 1977 waren die Handelsbanken in Griechenland gezwungen, Beträge in Höhe von 25 Prozent ihrer Kreditausreichungen und 7 Prozent ihrer Depositen (Sicht- und Termineinlagen) zinslos sowie 7 Prozent ihrer gesamten Passiva verzinslich bei der Staatsbank zu deponieren.
Die Besonderheiten des griechischen Monopolkapitalismus haben der Mindestreservenpolitik einen besonderen Charakter verliehen. Nicht die zyklischen Schwankungen, sondern die Geldstabilität und die Wirtschaftsentwicklung standen im Mittelpunkt ihrer Anwendung. Sie stieß jedoch auf zwei Schranken, die zum einen in der großen Liquidität der Handelsbanken lag, die aus ihrer Monopolstellung resultierte, so daß sie - nach allgemeiner Feststellung - selten zu zusätzlichen Finanzmitteln der Zentralbank Zuflucht nehmen mußten, und zum

13) Ebenda, S. 172.

anderen aus ihrer Verbindung mit der Entwicklungspolitik entsprang, die den Handelsbanken zusätzlich, nach der Art ihrer Kreditgewährungen, das Recht einräumte bzw. die Pflicht auferlegte, ihr Reservenkonto bei der Zentralbank um bestimmte Prozentsätze zu reduzieren bzw. aufzustocken. Diese beiden Faktoren schufen viele Schwierigkeiten bei der Gewährleistung der Geldstabilität. Die Mindestreservenpolitik wurde als ein Mittel für zwei konkurrierende und einander ausschließende Ziele verwendet. Die Unterstützung des einen Ziels untergrub das zweite und umgekehrt. Somit wurden in Griechenland die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen offen und mit Recht als sich widersprechend und sich bekämpfend gekennzeichnet.

III. Ein drittes Mittel der Geld- und Kreditpolitik, das am prägnantesten ihren stark administrativen Charakter zeigt, ist der Zinssatz. Sowohl der Depositen- als auch der Kreditzinssatz wurden von der Zentralen Bank verbindlich bestimmt und nicht, wie in den Ländern des entwickelten Monopolkapitalismus, über den Diskontsatz in hohem Maße von den Marktkräften. Die direkte Bestimmung der Zinssätze vom Staat war mit der von ihm angestrebten Wirtschaftspolitik verbunden. Von entscheidender Bedeutung war dabei das Jahr 1956, in dem der Zinssatz von 7 auf 10 Prozent erhöht wurde. Ziele dieser staatlichen Maßnahme waren die Akkumulation der privaten Ersparnisse bei den Banken, die Geldwertstabilisierung und die Erleichterung der Finanzierung der kapitalistischen Entwicklung. Als die beiden ersten Ziele erreicht wurden, verminderte die Staatsbank den Zinssatz wieder, um dem letztgenannten Zweck langfristig Genüge zu tun. Seitdem wurde der Zinssatz vom Staat vielfach, ausgehend von einer breiten Palette von Kriterien, die häufig miteinander konkurrierten, verändert, ohne dabei immer den angestrebten Erfolg auch zu erreichen.

Die Hauptmerkmale der Zinspolitik in Griechenland während der vergangenen dreißig Jahre sind in einem Bericht des "Charisopoulos-Komitees" wiefolgt zusammengefaßt worden:[14]

[14] Charisopoulos, K.-Komitee: Bericht... a.a.O. S. 20.

a) der Zinssatz wurde auf einem niedrigen Niveau im Vergleich zur Inflation gehalten;
b) er war differenziert nach Zweigen und Tätigkeiten;
c) er galt gleicherweise für alle Unternehmungen eines Zweiges;
d) der Zinssatz für langfristige Kreditgewährungen war niedriger als für kurzfristige.

Insgesamt ist festzustellen, daß der vom Staat niedrig gehaltene Zinssatz einer der wichtigsten Stimuli für die Verwertung des Kapitals in Griechenland war.

IV. Ab 1957 waren die Handelsbanken verpflichtet, einen Teil ihrer Depositen bzw. Reserven für bestimmte Zwecke zu verwenden und zu binden. So mußten sie 30 Prozent ihrer an die Staatsbank übertragenen Menge von privaten Ersparnissen in zinstragenden staatlichen Wertpapieren bzw. in staatlichen bzw. von Staatsunternehmen ausgegebenen Obligationen anlegen. Generell durfte dieser Betrag aber 15 Prozent der gesamten Depositen der Handelsbanken nicht übersteigen.
Die Bedeutung dieser Festlegung war im Sinne der kapitalistischen Entwicklungspolitik recht erheblich. Auf diesem Wege hat der Staat einen beträchtlichen Teil des volkswirtschaftlichen Kreditvolumens während der letzten zwei Jahrzehnte absorbiert und über den Staatshaushalt der staatlichen Investitionstätigkeit dienstbar gemacht (vgl. Tabelle 1).[15] Diese Form staatlicher Anleihen hat dem Staat eine große Menge billigen und leichten Geldes garantiert. Den Zinssatz, der beträchtlich unter dem Marktsatz lag, hat er selbst bestimmt. Der Umfang der Staatsanleihen wuchs gleichzeitig mit den Ersparnissen. Der Handel der Staatspapiere vollzog sich nur innerhalb des vom Staat streng kontrollierten Bankwesens.
Die Tatsache, daß der Staat erhebliche Beträge freien Leihkapitals ausleihen konnte, beweist, trotz entgegengesetzter Meinungen, die Unfähigkeit der griechischen Bourgeoisie und Monopole, den breiten Finanzierungsrahmen, den der Staat und die Banken einräumten, auszunutzen. Diese Feststellung trifft auch, natürlich von seinem Standpunkt aus, der Staatsbankvorsitzende:

[15] Beispielsweise nahm der Staat im Jahre 1977 auf diese Weise 38,9 Prozent der gesamten Kreditfinanzierung der Wirtschaft in Anspruch. Ebenda, S. 21.

"die Nachfrage von Krediten für produktive Zwecke stand den bestehenden Möglichkeiten nach".[16] Der parasitäre, kompradorische Charakter der griechischen Bourgeoisie wird noch anschaulicher, wenn die großen Geldmassen berücksichtigt werden, die sie zwar legal erhält, aber rechtswidrig für illegale Zwecke verwendet, um Handel, Import und um spekulative Geschäfte zu finanzieren.
Andererseits macht die Beschaffung der Geldmittel durch den Staat auf diesem Wege zugleich die autoritäre Verletzung der Marktgesetze deutlich. Das Geld beschaffte der Staat nicht auf der Grundlage von Angebot und Nachfrage, wie es in den kapitalistischen Ländern meist üblich ist, sondern durch direkte Ausübung der gesetzlichen, außerökonomischen Gewalt. Insofern erweist sich der griechische Staat als ein marktstörender Faktor und die Geldbeschaffung als eine quasi "Zwangsbeschlagnahme" von Geldmitteln der Bevölkerung.

V. Schließlich zeigte sich eine fünfte Form der administrativen Geld- und Kreditpolitik in den besonderen Beziehungen der Staatsbank zu den speziellen Kreditorganisationen (ATE, Ktimatiki usw.), die die Landwirtschaft, das Bauwesen, die Fischerei usw. finanzieren.
Die Einnahmequellen dieser Organisationen hingen direkt von der Staatsbank ab. Die Staatsbank gewährte ihnen auf der Basis jährlicher Programme eine zentral festgelegte Menge von Geld für ihre Zwecke. Somit kann die Staatsbank einen direkten Einfluß auf besondere Bereiche der Wirtschaft nehmen, wie z.B. auf das Bauwesen, den krisenanfälligsten und empfindlichsten Sektor der griechischen Wirtschaft. Das Gewicht dieser speziellen Kreditorganisationen zeigte sich unter anderem in der Tatsache, daß sie in der Mitte der 70er Jahre ca. ein Drittel der Kreditgewährungen der Wirtschaft getätigt haben. Außerdem stellen ihre jährlichen Programme auch ein wichtiges Instrument der Teilprogrammierung der Wirtschaft dar, was die meisten Wissenschaftler oft vergessen.

16) Zolotas, X.: a.a.O. S. 87.

Die direkte Abhängigkeit dieser speziellen Organisationen von der Staatsbank ist darauf zurückzuführen, daß innerhalb der Entwicklungspolitik besondere Tätigkeiten stimuliert werden sollten, wie z.B. die der Landwirtschaft usw. Der subventionierte Zinssatz der Staatsbank ermöglichte die Kreditgewährung zu niedrigeren Kosten.

Insgesamt läßt sich feststellen, daß für die gesamte Nachkriegszeit in Griechenland die Kontrolle der Gesamtgeldnachfrage der Wirtschaft und die Beeinflussung der einzelnen Größen der Monetarsphäre im wesentlichen über die Kontrolle des Umfanges und der Richtung der Bankkredite angestrebt wurde,[17] d.h. über Mittel, die der Kredit- und nicht der Geldsphäre im engeren Sinne angehörten. Trotz Gefahr der Überbetonung waren die quantitativen und qualitativen Kontrollen der Kreditgewährungen sowie die Mindestreservenpolitik gegenüber den Handelsbanken die entscheidensten Hebel und Mittel der Zentralen Bank.

Die Offen-Markt-Politik, d.h. die Beeinflussung der zirkulierenden Geldmenge durch den Kauf und Verkauf staatlicher Wertpapiere (Obligationen usw.) seitens der Staatsbank, die in den entwickelten kapitalistischen Ländern üblich ist (z.B. in den USA, Kanada, England), konnte sich wegen der sehr schwachen Entwicklung des inneren Geld- und Kapitalmarktes nicht geltend machen.

Aber auch die Diskontsatzpolitik als wichtiges Mittel zur Beeinflussung der Geldzirkulation und dadurch der Investitionen hat in der gesamten Nachkriegszeit eine unbedeutende Rolle in Griechenland gespielt. Diese Erscheinung ist jedoch nicht zu identifizieren mit der international festgestellten Tendenz der Abschwächung der Bedeutung der Diskontsatzpolitik [18], sondern ist auf spezielle griechische Bedingungen zurückzuführen, wie die großen Reserven und Depositen, über die die Geschäftsbanken aufgrund ihrer Monopolstellung verfügen.[19] Also sind letzten Endes die strukturellen Besonderheiten des griechi-

17) Vgl. Sitrinis, A.: Das Bankwesen in Griechenland, Athen 1971, S. 49 (gr.)
18) Vgl. Politische Ökonomie des heutigen ... a.a.O. S. 457.
19) Gutachtenkollektiv, W.-Komitee: Bericht ... a.a.O. S. 21.

schen Monopolkapitalismus, die die indirekten Methoden der Geld- und Kreditpolitik nicht wirksam werden ließen.
Solche indirekten Mittel der Geld- und Kreditpolitik kamen in Griechenland kaum zur Geltung (trotz zahlreicher Versuche und Wünsche). Es entwickelte sich im Gegenteil ein System von Mitteln vorwiegend direkten, administrativen Charakters, in dem die Marktkräfte einen viel kleineren Spielraum hatten, als in den Ländern des entwickelten Monopolkapitalismus.
Nun taucht die Frage auf, aus welchen Gründen hat die Geld- und Kreditpolitik in Griechenland in den vergangenen 30 Jahren einen überwiegend direkten und administrativen Charakter getragen?
Es ist charakteristisch für alle Länder Europas, deren Wirtschaft vom zweiten Weltkrieg schwer getroffen wurde, daß sie in den ersten Jahren nach dem Kriege in einem großen Umfange direkte und administrative Maßnahmen in der Geld- und Kreditsphäre zur Anwendung gebracht haben, um die verfügbaren Geldfonds zu zentralisieren und dann zielgerichtet einzusetzen, um Wirtschaft und Geldwesen wiederherzustellen. Griechenland war dabei keine Ausnahme.
Den allgemeinen Kapitalmangel und die dadurch hervorgerufene Schwächung der Geschäftsbanken zeigt Tabelle 2, nach der der Anteil der privaten Ersparnisse an den gesamten Passiva des Banksystems bis zum Jahre 1955 eine unbedeutende Größe darstellte.
Die Hauptquelle der Versorgung der Banken mit Kapital wurde der Staat. Bis 1953 machten Mittel der Zentralbank mehr als ein Viertel der Passiva der Geschäftsbanken aus.
Die entscheidende Quelle des Staatsbankkredits seinerseits war die USA-"Hilfe". Sie war in den ersten Jahren die wichtigste Stütze des Kreditsystems in Griechenland. Bis 1953 deckte das amerikanische Geld 30 Prozent der Passiva des gesamten Banksystems (vgl. Tabelle 3) und verschwand erst nach 1960. Diese Kapitalien standen unter der direkten Kontrolle der zuständigen amerikanischen Behörden.

Als weitere Quelle gilt die Übertragung des Rechtes, die Ersparnisse der unterschiedlichen staatlichen Organisationen aufzubewahren, von den Handelsbanken auf die Staatsbank (lt. Gesetz Nummer 1611 aus dem Jahre 1950).
Dadurch gelang es der Staatsbank, in ihren Händen wichtige Geldmittel zu konzentrieren, die nach den Verordnungen der Monetären Kommission zur Wiederherstellung der kapitalistischen Betriebe verwendet wurden. Zugleich kam es dadurch aber zu einer relativen Abschwächung der Handelsbanken, deren Möglichkeiten, bestimmte Unternehmen vorzugsweise finanzieren zu können, waren praktisch hinüber. Die Kreditaufzeichnung wurde nunmehr zugunsten der Interessen der gesamten herrschenden Klasse getroffen.
Eine dritte Quelle resultierte aus dem Emissionsrecht der Staatsbank, d.h. der Möglichkeit, Geld zu schaffen. Es ist bemerkenswert, daß bis in die 60er Jahre hinein das Steigerungstempo der Geldmenge über dem des Bruttosozialprodukts lag.
Der Mangel an Geld und Kapital sowie die Rolle des Staates bei ihrer Beschaffung determinierten auch seine Rechte bei der Beeinflussung der Verwendung dieser Fonds. Der Kapitalmangel bildete also eine entscheidende Voraussetzung für die weitere Einschränkung der Tätigkeit der Handelsbanken zugunsten der Staatsbank. Alle Anleihen unterlagen der Kontrolle der Staatsbank. "In der Wirklichkeit waren damals die Handelsbanken zu 'Übermittlern' ihrer Finanzierungsentscheidungen geworden, die sie selbst wenig beeinflussen konnten."[20] Unter den Bedingungen der präjudiziellen qualitativen Kontrolle der Kredite durch das zentrale Anleihekomitee, der Einführung der direkten Finanzierung der Unternehmen durch die Staatsbank und der Notwendigkeit der Genehmigung der Monetären Kommission für Anleihen von über 4 Mio. Drch schwächte sich die Stellung der Handelsbanken weiter ab. Im Vordergrund der staatlichen Intervention stand die Gewährleistung der Reproduktionsbedingungen der gesamten kapitalistischen Klasse sowie des Systems der Produktionsverhältnisse. Die direkte staatliche Einmischung ersetzte faktisch damals die Banken in ihrer Rolle bei der Kon-

[20] Chalikias, D.: s.a.O. S. 21.

zentration und Verteilung der verfügbaren Geldressourcen. Die Veränderung der ökonomischen Bedingungen ab Mitte der 50er Jahre, insbesondere die Erhöhung der privaten Einlagen bei den Geschäftsbanken infolge der Heraufsetzung des Zinssatzes (siehe 2.3.1.1.) und die daraus folgende Stärkung der Handelsbanken führten dann indes nicht zum Abbau der direkten staatlichen Kontrollen.

Schon ab 1954/55 "hörte die Zuflucht zu den qualitativen Kreditkontrollen und -regeln auf, als provisorisches Mittel zur Überwindung des Kapitalmangels aufgefaßt zu werden ... Die monetären Behörden erkannten dieser Politik breite Möglichkeiten zu und begannen, diese Politik auf die Stimulierung der Investitionen zu orientieren und mithin auf die Strukturverbesserung und die ökonomische Entwicklung des Landes schlechthin."[21]

Die ehemaligen, direkt über die Staatsbank von der Monetären Kommission ausgeübten Kontrollrechte wurden an die Banken weitergegeben. Faktisch vollzog sich eine Veränderung von einem System strikter Kontrollen zu einem mit weniger strikten Kontrollen. Die Qualität blieb indes die gleiche.

Andere Gründe für die Erhaltung des Systems der administrativen Kontrolle waren darüber hinaus das Erfordernis der reibungslosen Versorgung des Staates mit Geldmitteln sowie die Gewährleistung gleicher Konkurrensbedingungen für die Monopole, die von den sehr starken Bankmonopolen gefährdet wurde.

In der Tabelle 3 sieht man die Umverteilungsprozesse, die der Staat im Bankwesen verursachte. Infolge der administrativen Kontrolle und Regelungen hielt sich jedoch die Macht der großen Bankmonopole in Grenzen.

Trotzgleich die fortdauernde administrative Kontrolltätigkeit des Staates hinsichtlich der Versorgung des Staates mit Geld und der Garantierung annähernd gleicher Bedingungen für die monopolistischen Konkurrenten gewisse Erfolge hatte und die

21) Chalikias, D.: a.a.O. S. 45. Vgl. auch die theoretische Begründung dieser Politik in den Werken der führenden Köpfe der Zentralbank der 50er Jahre. J. Pesmazoglu: "The Relation between Monetary and Fiscal Policy". Athen 1965, S. 21 und K. Zolotas: "The role of the Banks in a Developing Country". Athen 1963. S. 12 f.

Existenz des administrativen staatlichen Instrumentariums dadurch gerechtfertigt wurde, um nun das nicht bezüglich der Stimulierung der ökonomischen Entwicklung behaupten. Wie auch die Denkschrift unterstreichen, ist es sehr schwierig, die Auswirkungen der Kreditkontrollen auf die ökonomische Entwicklung zu messen.[22] Jedoch hat die Politik des billigen Geldes zu keinen nennenswerten Industrieinvestitionen bis Mitte der 60er Jahre geführt.[23] Die wenigen großen Investitionen der 60er Jahre wurden vom ausländischen Kapital finanziert. Andererseits haben die schwachen griechischen Monopole auch nicht in dem Maße Gebrauch von den angebotenen Kapitalmengen gemacht, wie es möglich gewesen wäre.[24] Insgesamt hat sich die administrative Kreditpolitik als nicht effektiv für die Stimulierung der Industrialisierung erwiesen,[25] trotz der Bemühungen des Staates. Die Hauptschuld trugen nach offiziellen Aussagen die Monopole, die die gegebenen Möglichkeiten nur wenig ausnutzten.[26] Hieran werden im übrigen die Grenzen der staatlichen Regulierung der Wirtschaft im Kapitalismus sehr plastisch erkennbar; sie liegen begründet in den individuellen Interessen des Monopolkapitals an seiner höchstmöglichen Verwertung.

Aus der oberen Darstellung des staatlichen Instrumentariums in der Geld- und Kreditsphäre in Griechenland ergeben sich folgende Feststellungen:

a) Im Gegensatz zu den anderen Industrieländern war die Geld- und Kreditpolitik in Griechenland bis Ende der 70er Jahre durch administrative und direkte Mittel und Mechanismen gekennzeichnet. Hervorragende Stellung hatte dabei die selektive Kreditkontrolle.

b) Die Herausbildung dieses Instrumentariums erfolgte in der zweiten Hälfte der 50er Jahre, als eine Modifizierung und Weiterentwicklung der zunächst der Wiederherstellung der Wirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg dienenden Regelungen notwendig wurde.

22) Chalikias, D.: a.a.O. S.179.
23) Ebenda. S. 182.
24) Ebenda. S. 183.
25) Ebenda. S. 185.
26) Ebenda. S. 182, 184.

c) Mit dem Erstarken des monopolistischen Industriekapitalismus stellte sich dann das Erfordernis des Überganges zu indirekten Formen der Regulierung der Geld- und Kreditsphäre. Dieser Prozeß wurde durch Griechenlands Beitritt in die EWG noch beschleunigt.

2.2.4. Die Versuche der Programmierung der Wirtschaft

Die Entfaltung der staatlichen Regulierung der Wirtschaft in den Ländern des entwickelten Monopolkapitalismus erreichte nach dem zweiten Weltkrieg, insbesondere auch durch die allmählich zunehmenden Versuche der Wirtschaftsprogrammierung, eine neue Dimension. Formen der Wirtschaftsplanung waren in der Zeit des vormonopolistischen Kapitalismus noch unbekannt, entwickelten sich dann jedoch im Stadium des Imperialismus, wie z.B. in Deutschland und Rußland während des ersten Weltkrieges, als in die staatsmonopolistische Rohstoffbewirtschaftung in nennenswertem Maße Elemente der Programmierung eingebracht wurden, oder in mehreren Ländern im Gefolge der großen Wirtschaftskrise 1929-33, als Programme zur konjunkturellen Belebung ("New Deal" in den USA usw.) aufgestellt wurden.
Die Nachkriegsprogrammierung unterscheidet sich davon vornehmlich dadurch, daß sie sich globale makroökonomische Aufgaben stellt und eine langfristige wirtschaftspolitische Konzeption zum Ausdruck bringt, die auch in Verbindung mit kurz- und mittelfristigen, besonders konjunkturellen Zielsetzungen steht. Diese höhere Form der Programmierung wurde erst dann möglich, als der Staat selbst schon als großer Eigentümer, Investor, Bankier, Käufer und Händler in den Sphären des Reproduktionsprozesses auftrat. Es ergab sich daraus beinahe zwangsläufig auch das Bedürfnis, seine wirtschaftliche Tätigkeit zu koordinieren.
Andererseits rief auch die wachsende Konzentration der Produktion und die Verstärkung der monopolistischen Akkumulation die Notwendigkeit der Planung hervor, sowohl innerhalb der Monopolbetriebe als auch im allgemeinen Wirtschaftsrahmen. Die Planung der Qualität und Quantität der Ressourcen, darunter auch der

Arbeitskräfte, die Lage des Marktes einschließlich des öffentlichen Marktes, die Infrastruktur und die Richtungen der staatlichen Investitionen, das System von Stimulierungen, die Steuerpolitik usw. waren notwendige Größen und Variablen für die Monopoltätigkeit.
Darüber hinaus war das Monopolkapital jedes Landes auch daran interessiert, allgemeine Prognosen über den Zyklus, die Auswirtschaft, die Konkurrenten usw. zu haben.
Insofern wurde das Ziel der staatlichen Programmierung "eine mehr oder minder abgestimmte Zusammenfassung der verschiedenen perspektivischen Richtungen in der Wirtschaftspolitik des Staates", die "die gemeinsamen Interessen und strategischen Ziele des gesamten Monopolkapitals zum Ausdruck bringt".[1]

Die Wirtschaftsprogrammierung entwickelte sich im Laufe der Zeit ganz unterschiedlich im Zusammenhang mit historischen, sozialen und ökonomischen Bedingtheiten. Mittelfristige Strukturprogrammierungen sind in Frankreich, Italien, Japan, Belgien anzutreffen, was nicht zuletzt mit den Kriegeszerstörungen, der Stärke der Arbeiterbewegung und dem wachsenden Staatssektor zusammenhing. In den USA jedoch, die keine Kriegsschäden erlitten haben, wo der staatliche Sektor schwach und die privaten Monopole stark sind, entwickelte sich eine andere Form der Planung, die langfristige Prognostizierung.
In Griechenland gab es während der Zwischenkriegszeit Ansätze für Teilprogrammierungen in der Wirtschaft, so z.B. das Programm zur ökonomischen und sozialen Eingliederung der Flüchtlinge aus Kleinasien, die Schaffung eines "obersten Wirtschaftsrates". Es kann aber nicht behauptet werden, daß diese Maßnahmen ein mehr oder minder ausgebildetes Mittel der staatlichen Wirtschaftsadministration waren.[2]
Die ersten Schritte zu einer wirklichen Programmierung der Wirtschaft wurden nach dem zweiten Weltkrieg getan und ziel-

1) Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus. e.a.O. S. 454.
2) Mavrakis, G.: Von der praktischen Erfahrung der griechischen Programmierung. In: Derselbe: Fragen des griechischen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Athen 1977. S. 209 (gr.)

ten auf die Rekonstruktion der Wirtschaft ab. Mit den Notstandsgesetzen 711/45, 718/45, 129/46 wurden das Koordinationsministerium und mit dem G. 5/46 die "Organisation für den Wiederaufbau" gegründet. Das erste sollte die verschiedenen zuständigen Abteilungen der Ministerien für ökonomische Fragen koordinieren und in die gemeinsamen Anstrengungen für die Rekonstruktion der Wirtschaft integrieren. Die "Organisation für den Wiederaufbau" fertigte im Jahre 1947 in Zusammenarbeit mit den UNRA-Beratern den "Plan für die Wiederherstellung der Grundlagen der griechischen Wirtschaft", der für einen 20jährigen Zeitraum berechnet war, aus, wobei für die ersten 5 Jahre 2,2 Mrd. Dollar Ausgaben vorgesehen waren. Dieser Plan ist unter dem Druck der USA dann aber zurückgezogen worden.

Ebenfalls auf amerikanisches Anraten hin wurde die "Organisation für den Wiederaufbau" durch die "Hohe Kommission für den Wiederaufbau" abgelöst, die einen wesentlich engeren sog. Befugnisspielraum besaß. Auf der Basis der Marshall-Doktrin und der USA-Hilfe hat sie das "Reformierte provisorische langfristige Programm 1948-52" erstellt. Seine Ziele waren der Wiederaufbau und die Industrialisierung des Landes, die Lösung solcher Probleme wie die ökonomische Abhängigkeit, die Gewährleistung von Beschäftigung, die Erhöhung des Lebensniveaus usw. Hauptfinanzquelle dieses Programms war das Geld der amerikanischen "Hilfe". Aber nur ein kleiner Teil davon (unter 20 Prozent) wurde für produktive Objekte verwendet. Der Löwenanteil diente militärischen Zwecken (Finanzierung des Bürgerkriegs usw.)[3]. Die Behauptung, daß die Ziele des Programms fromme Wünsche geblieben sind, bedarf wohl keiner weiteren Erörterung.

---

3) "Von den 830 Mio Dollar des Marshall-Plans, die in der Zeit 1948-50 nach Griechenland flossen, waren 312 Mio direkte militärische Hilfe, 400 Mio wurden mittelbar für die Führung des Bürgerkrieges genutzt, und nur die übrigen 118 sind für andere Zwecke verwendet worden." Kiriazis, G.: Die Wurzeln der Nachkriegsabhängigkeit. Rizospastis 17/7/1982.

Interessant war in dieser Zeit noch ein anderer Versuch des griechischen Staates, die vom Krieg und Bürgerkrieg[4] verursachte Not und Armut zu begrenzen. Mit dem kurzfristigen Programm "Fürsorge durch Beschäftigung", finanzierte der Staat öffentliche Werke (Wasserversorgungsnetz und Straßenbau usw.) in den ärmeren Regionen des Landes. Die Gemeinderäte bestimmten die zu errichtenden Werke und zugleich die ärmeren Menschen der Dörfer, die dabei Arbeit erhalten sollten. Die gezahlten Löhne sollten für den monatlichen Unterhalt der Arbeitenden ausreichen. Durch dieses begrenzte Programm hat der Nachbürgerkriegsstaat eine provisorische Eindämmung der sozialen Widersprüche auf dem Lande erreicht.

Bis 1959 schlug die Regierung keinen neuen längerfristigen gesamtwirtschaftlichen Plan vor. Die Planungstätigkeit beschränkte sich auf die öffentlichen Investitionen auf Basis jährlicher Teilpläne. Ein dreijähriger komplexer Plan (1950-53), in dem die Errichtung von Grundstoffindustrien (Aluminium-, Stickstoff-, Stahl-, Soda-, Magnesiumindustrie) sowie von Wasser- und Wärmekraftwerken vorgesehen war, ist unter dem Druck "äußerer Faktoren", insbesondere seitens der USA, wie der langjährige Vorsitzende der Staatsbank, Zolotas, zugibt[5], wieder zurückgezogen worden. Das war kein Zufall. Es spiegelte sich darin die gesamte imperialistische Politik der USA gegenüber Griechenland wider, wonach Griechenland ein primär agrarwirtschaftliches Land ist und bleiben sollte. Diese Auffassung teilten auch die griechischen bürgerlichen Ökonomen und Politiker, wie z.B. Varvaressos, der der Hauptgestalter der ökonomischen Politik in dieser Zeit war, der, in anderer Hinsicht, progressiv einge-

[4] Der Befreiung Griechenlands von der faschistischen Besatzung während des zweiten Weltkrieges folgte ein vom englischen und amerikanischen Imperialismus hervorgerufener Bürgerkrieg (1946-1949), in dessen Verlauf die progressiven Kräfte Griechenlands eine schwere Niederlage erleiden sollten. Den verheerenden Katastrophen des Krieges sind noch die des Bürgerkrieges hinzugefügt worden, und daher war der ökonomische Wiederaufbau viel schwieriger und qualvoller als in den anderen europäischen Ländern.

[5] Vgl. Zolotas, X.: Währungsstabilität und wirtschaftliche Entwicklung. Athen 1958. S. 38 (gr.)

stellt, wegen seiner Auffassungen zugunsten einer aktiven staatlichen Einmischung in die Wirtschaft von Teilen der Bourgeoisie, besonders der industriellen, als Sozialist bezeichnet wurde. Nach solchen Auffassungen sollte Griechenland seine komparativen Vorteile in der Landwirtschaft, dem Wohnungsbau und der Leichtindustrie entwickeln und auf die Errichtung der Schwerindustrie verzichten. Von dieser Konzeption ausgehend, hat Griechenland auch dementsprechend auf die Übergabe eines ganzen Kriegswerftes verzichtet, das die BRD als Kriegsreparation bezahlen wollte und welches ein guter Anfang für die griechische Schwerindustrie gewesen wäre.
Von allen geplanten Objekten sind in den 50er Jahren nur die infrastrukturellen verwirklicht worden, von denen das wichtigste die Elektrifizierung des Landes war. Daneben wurden auch noch eine Raffinerie, die später reprivatisiert wurde, und die Werften von Niarchos errichtet.
Die Elektrizitätswerke (Produktion, Verteilungsnetz usw.), die vom Staat geplant und finanziert wurden, sind von ausländischen Monopolen errichtet worden. Sie sind nicht als Glied eines umfassenden Industrialisierungsprozesses aufgefaßt worden, blieben hinter den Bedürfnissen der Wirtschaft zurück und ermöglichten nur unzureichend die rationelle Nutzung der einheimischen Energiequellen.
G. Parakos, der die Energieprobleme Griechenlands ausführlich untersucht hat, unterstreicht: "Die Erfüllung des Elektrifizierungsprogramms nach dem Krieg spiegelt ganz deutlich die akkumulierte Erfahrung wider, was für eine Zukunft jedes ökonomische Programm des Landes haben wird, wenn es sich auf das ausländische Kapital stützt und nicht die Interessen der Wirtschaft und der Werktätigen berücksichtigt."[6]
Alle Pläne dieser Periode (bis 1959) waren weniger umfassend als die der folgenden Zeit. Sie basierten nicht auf der Wirtschaft insgesamt, sondern auf den öffentlichen Investitionen und dem öffentlichen Investitionshaushalt. Ihr Ziel war die Rationalisierung der öffentlichen Investitionen, ihre Abstimmung aufeinander und mit den privaten, ohne daß dies jedoch erreicht

5) Parakos, G.: Wirtschaftsentwicklung, a.a.O., S. 212.

werden konnte. Größere Objekte wurden zugunsten kleinerer vernachlässigt, so daß die gesamten Auswirkungen und Effekte in der Volkswirtschaft niedrig blieben. Es fehlte eine gründliche technische Vorbereitung und eine umfassende Konzeption. Die Pläne widerspiegelten die konkurrierenden ausländischen und einheimischen Interessen, in erster Linie die monopolistischen. Viele Marxisten sprachen zugespitzt nicht von Programmierung, sondern von "amerikanischen Hinweisen zur Verteilung des Geldes der Truman-Doktrin und des Marshall-Plans".[7]

Es ergibt sich nun die Frage, wieso sind die ersten griechischen Planungsversuche weitgehend gescheitert bzw. völlig unzulänglich verwirklicht worden?

Alle ersten Pläne gingen mehr oder weniger bei allen technischen Mängeln und oberflächlicher Vorbereitung von dem richtigen Ziel der Industrialisierung aus. Wären diese Programme verwirklicht worden, so hätte sich die Kluft zwischen den entwickelten Ländern und Griechenland beträchtlich verringert.[8]

Welche Faktoren standen nun aber den Industrialisierungszielen der ersten griechischen Programme entgegen?

An erster Stelle ist sicher die objektive wirtschaftliche Realität Griechenlands zu betrachten. Als ein wenig industrialisiertes Land verfügte es nur in geringem Maße über die nötigen Akkumulationsmittel zur Realisierung der verschiedenen geplanten Industrieobjekte. Das niedrige Nationaleinkommen begrenzte objektiv die Akkumulationsmöglichkeiten des Landes.

Der Bürgerkrieg und die wachsende Militarisierung des Landes haben zudem erhebliche Finanzmittel vergeudet, die unter anderen Bedingungen produktiv hätten investiert werden können.

Die durch den beendeten Bürgerkrieg kaum verminderte Stärke der Volksbewegung erschwerte zusätzlich die Bemühungen der griechischen Bourgeoisie, die innere Akkumulation für den industriellen Aufbau zu erhöhen (starker Widerstand gegen eine steigende Ausbeutung der Arbeitskraft).

7) Ebenda, S. 209.
8) Vgl. Zolotas, X.: a.a.O. S. 38.

Ja, es mußten sogar zusätzliche Mittel zur Stabilisierung der Klassenbeziehungen in Stadt und Land eingesetzt werden, um die sozialen Widersprüche möglichst zu entschärfen. So z.B. wurden Anfang der 50er Jahre fast ein Viertel der öffentlichen Investitionen zur Sanierung der Landwirtschaft, in der die Mehrheit der Bevölkerung arbeitete, verwendet.

Alle diese Faktoren haben der Mobilisierung der inneren Akkumulationsquellen objektive Schranken auferlegt und betrachtlich den industriellen Nachkriegsaufbau von den äußeren Finanzquellen abhängig gemacht (Gelder des Marshall-Planes usw.). Die Abhängigkeit der ersten griechischen Wiederaufbaupläne und damit der Industrialisierung insgesamt von den ausländischen Mitteln war die grundlegende Ursache, die die Industrialisierungsbemühungen, wie bescheiden sie auch immer gewesen sein mochten, zum Scheitern verurteilten.
Die Verstärkung der industriellen Basis Griechenlands würde eine Bedrohung der Vormachtstellung der USA-Monopole auf dem griechischen Markt bedeuten. Unter dem Druck, vor allem der USA, wurden die wichtigsten frühen Vorhaben zur Industrialisierung des Landes storniert.
Der langjährige Vorsitzende des Verbandes der griechischen Industriellen, einer der hervorragendsten Monopolisten in Griechenland, führt in einem Buch aus, daß viele Anträge auf Errichtung von Industriebetrieben von den Komitees, die das Geld der "Hilfe" verteilten, abgelehnt wurden. "Die Industrialisierung als Ausweg aus der ökonomischen Unterentwicklung hatte starke Feinde innerhalb der ausländischen Missionen, die die ausländische Hilfe programmierten und verteilten."[9]
Ein noch bedeutenderer Hemmfaktor gegen die industrielle Entwicklung war jedoch das Fehlen einer starken, eigene Interessen vertretenden griechischen Industriebourgeoisie, die sich dem Vormachtstreben der amerikanischen Monopole entgegenstellen hätte können, wie es in den Ländern Westeuropas nach dem zweiten Weltkrieg geschah, wo der Wiederaufbau und die Marshall-Gelder den nationalen Prioritäten im wesentlichen dienten.

9) Krakos, C.: Die Industrie in Griechenland. Athen 1980, S. 33.

In Griechenland war die historisch gewachsene Industriebourgeoisie sehr schwach im Vergleich zu den anderen Fraktionen der Bourgeoisie (Bankiers, Händler, Reeder usw.), deren Profite und Interessen mehr auf dem internationalen als auf dem nationalen Markt lagen. Die nichtindustriellen bürgerlichen Schichten waren sehr stark und eng mit dem ausländischen Kapital verbunden. Aus dieser sozialen Basis entstanden auch entsprechende Theorien und Ideologien (z.B. daß Griechenland keine industrielle Zukunft hat usw.), die einer konsequenten Industrialisierung entgegentraten. Insofern fielen die äußeren Bestrebungen, eine nationale Industrialisierung zu nehmen, im Innern auf einen sehr fruchtbaren Boden, fanden breite Unterstützung infolge der spezifischen Struktur des griechischen Kapitalismus. Nur dadurch ist es dem äußeren Faktor, d.h. den Interessen der ausländischen Monopole, gelungen, jegliche Industrialisierungspläne in Griechenland zum Scheitern zu bringen. Wären die inneren Kräfte der Bourgeoisie anders geartet gewesen, dann wäre die Wirkung des äußeren Faktors eine potentielle Möglichkeit geblieben, die sich nur sehr schwer hätte realisieren können.

Eine neue, zweite Etappe der Programmierung begann dann in den 60er Jahren. Alle drei Pläne, die während dieses Jahrzehnts aufgestellt wurden, erklärten die ökonomische Entwicklung des Landes und bestimmte progressive Strukturveränderungen zum Ziel. Stimulierend auf diese Programmierungsversuche wirkten folgende Faktoren:

a) Die kapitalistische Weiterentwicklung der 60er Jahre und die Dynamisierung der Wirtschaftsstrukturen erforderten die Prognostizierung.

b) Die offizielle Politik der Förderung ausländischer Kapitalanlagen im Lande verlangte auch die Gewährung von Informationen, Angaben, langfristigen Tendenzen und Prognosen an die Interessenten, hing doch davon die Verwirklichung der ausländischen Investitionen wesentlich ab.

c) Die Assoziierung Griechenlands an die EWG wirkte in gleicher Richtung. Die Finanzierung bestimmter "Entwicklungsobjekte" in Griechenland seitens der EWG, wie z.B. die 125 Mio Dollar "Hilfe" der "Europäischen Investitionsbank" in den 60er Jahren, erforderte die vorherige Aufstellung entsprechender Pläne. Ähnliche Zuschüsse aus den "regionalen Fonds" der EG, die zur Verfügung gestellt wurden, konnten bis Ende der 70er Jahre nicht in Anspruch genommen werden, weil die entsprechenden Pläne fehlten.[10]

d) Die wachsende Erweiterung des Staatseigentums und sein Gewicht in der Volkswirtschaft machten gleichfalls die Planung notwendig. Auf dieser materiellen Basis entwickelte sich besonders die Teilprogrammierung, z.B. die der speziellen Kreditinstitute zur Finanzier[illegible]der Landwirtschaft usw.

e) Auf die Entwicklung der Planungstätigkeit wirkte sich auch der Druck unterschiedlicher sozialer Kräfte förderlich aus. Vor allem waren dies die Arbeiterbewegung und die progressive Partei EDA, die unter dem Einfluß der KPG stand, die demokratische Intelligenz[11] sowie industrielle und monopolistische Kreise, die dadurch die Willkür der staatlichen Einmischung beschränken und die Effektivität ihrer Betriebe erhöhen wollten.[12]

Der erste Fünfjahrplan 1960/64 wurde von einer Gruppe italienischer Experten angefertigt ohne hinreichende Zusammenarbeit mit den relevanten staatlichen Organen und unter dem Druck sich zuspitzender Probleme, wie Auswanderung, Arbeitslosigkeit usw. Sein Aufbau war weitgehend lückenhaft. Es fehlten genaue Daten über die Höhe der Investitionen, präzise terminliche Festlegungen und andere Angaben über die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in den einzelnen Zweigen der Wirtschaft. "Man bewegte sich vielmehr in allgemeinen Formulie-

10) Vgl. auch Negreponti, M.: a.a.O. S. 461.
11) Vgl. z.B. die Diskussion der 60er Jahre in der Zeitschrift "Neue Wirtschaft", insbesondere: 1966/3, 1965/2, 1966/1, 1966/7. (Gr.)
12) Vgl. Ebenda: 1965/4 den Beitrag von Panagos, Vorsitzender der Handels- und Industriekammer von Athen.

rungen, die zum Teil parteipolitisch bedingt waren oder vielmehr das psychologische Klima beeinflussen sollten."[13] Die Ziele des Programms wurden nicht realisiert. Das Wachstum des Nationaleinkommens blieb unter den vorgenommenen Grössen. Der Industrieanteil blieb gleich (etwas 18 bis 19 Prozent des Nationaleinkommens), die Beschäftigung und das Lebensniveau haben sich nicht nennenswert erhöht. Als positiv an diesem Programm können solche konzeptionellen Ansätze anerkannt werden, die die aktive Rolle des Staates in der Industrie, die importsubstituierende Industrialisierungsstrategie sowie die Lockerung der Abhängigkeit von ausländischen Kapital beinhalteten. In den späteren Programmen sind dann jedoch solche Leitideen zurückgedrängt worden.

Zwei günstige Voraussetzungen lagen der Ausarbeitung und Aufstellung des zweiten Wirtschaftsprogramms 1966/70 zugrunde: erstens eine politische, d.h. die Regierungsübernahme (1964/66) durch die bürgerlich-liberale Zentrumspartei, die gewisse wichtige Veränderungen in Staat und Wirtschaft einzuleiten versuchte, und zweitens eine technische Voraussetzung, nämlich die im Jahre 1964 durch das Gesetzesdekret 435576/64 erfolgte Gründung des Zentrums für Wirtschaftsplanung und Forschung (KEPE) mit der Kompetenz der Aufstellung langfristiger Pläne unter Beachtung der allgemeinen politischen Richtlinien, die letztlich von der Regierung - und nicht vom Parlament - bestimmt und kontrolliert wurden. Die Pläne blieben also verwaltungsinterne Angelegenheit.

Die allgemeine wirtschaftspolitische Konzeption dieses Planes kam durch die Betonung solcher Richtlinien zum Ausdruck, wie die Beschränkung der Abhängigkeit vom ausländischen Kapital durch die Mobilisierung der inneren Akkumulationskräfte, die Bevorzugung der Industrie gegenüber den anderen Sektoren (Dienstleistungen, Handel usw.), so daß am Ende der Periode ein "selbstgetragenes Wachstum" der Wirtschaft erreicht wurde. Gleichzeitig aber beinhaltete der Plan eine Unterschätzung der Entwicklungsfähigkeit des inneren Marktes in Form

13) Kassakos, P.: Markt und Entwicklung. Zu ordnungspolitischer Problematik am Beispiel Griechenlands. Diss. Kiel 1971, S. 152.

der Zurückhaltung bei der Förderung importsubstituierender Industrien und der Unterstützung der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen im Rahmen der EWG. Weiterhin wurde die entscheidende Rolle der privaten Initiative und die nur ergänzende Rolle der wirtschaftlichen Staatstätigkeit betont, wobei dennoch die Ausweitung des Staatssektors vorgesehen war. Für die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit hat man auf die Auswanderung der Arbeitskräfte orientiert. Die Herstellung von gleichen Konkurrenzbedingungen für die Industrien wurde durch Maßnahmen institutioneller Natur durchgesetzt, wie z.B. die Beseitigung der Zweckmäßigkeitserlaubnis, die Lockerung bestimmter Preiskontrollen und die Aufhebung der Schließung bestimmter Gewerbe.

Was die einzelnen Ziele und ihre Indikatoren betrifft, waren die meisten davon Extrapolationen der Eigendynamik der Entwicklungsprozesse der griechischen Wirtschaft, und es ist zweifelhaft, ob ein solcher Plan sie zu ändern überhaupt fähig war. Dieser Plan sah z.B. durchschnittlich 7,5 Prozent Zuwachs beim Bruttosozialprodukt, eine Steigerung des Anteils der Industrieproduktion am Nationaleinkommen von 18,5 auf 21,7 Prozent usw. vor. Weitere Ziele des Planes waren: die Erhöhung der Investitionsrate von 22,3 auf 25,0 Prozent des BSP, der schnellere Anstieg der Steigerung der Produktivität im öffentlichen Sektor, vor allem durch technische Veränderungen (Gründung eines Nationalen Forschungsrates usw.), die Begünstigung der produktiven Investitionen, eine produktivitätsfördernde Einkommenspolitik, die Stimulierung der Exporte durch Anreize usw.

Der Plan sah vor, daß die Finanzierung zu 17 Prozent aus privaten Ersparnissen, zu 38 Prozent aus dem Eigenkapital der Unternehmen und zu 45 Prozent aus ausländischen und staatlichen Kapitalien erfolgt.

Stellte dieser Plan auch eine positive Entwicklung gegenüber den früheren Plänen dar, so muß trotzdem festgestellt werden, daß er nicht in genügendem Maße den tatsächlichen Bedürfnissen des Landes Rechnung trug.[14]

14) Vgl. Parakos, G.: a.a.O. S. 262 ff.

In diesem Plan kann man wohl die ersten Anfänge einer neuen Wirtschaftspolitik im Sinne der Zurückdrängung der direkten, administrativen, zugunsten der indirekten, über den Markt vermittelten, staatlichen Maßnahmen vermerken, die den inzwischen gestärkten einheimischen und ausländischen Monopolen dienten, wie in 2.3. dargestellt werden wird.
Die Regierung selbst hat jedoch die Ziele des Programms untergraben und es offiziell zu Beginn des Jahres 1967 aufgegeben.
Der dritte Wirtschaftsplan 1968/72 wurde von der Militärjunta aufgestellt. Er entsprach faktisch dem zweiten Plan mit unwesentlichen Veränderungen in bezug auf die Ziele, Methoden und Strategien. Alle Ökonomen stimmen darin überein, daß er demagogischen Charakter trug. Dieser Plan wurde von einem anderen, nicht veröffentlichten (für die Zeit 1973/77) abgelöst. Gleichfalls hat die Diktatur im Jahre 1972 ein langfristiges Entwicklungsprogramm bis zum Jahr 2000 ausgearbeitet, welches aber nie in Kraft trat.
Die Tradition der erfolglosen Programmierung der Militärregierungszeit setzten die nachfolgenden bürgerlichen Regierungen (1974 bis 1980) noch weiter fort. Durch zwei Maßnahmen institutionellen Charakters wurde versucht, das Planungsverfahren zu festigen:
1) Der Plan wurde im Grundgesetz verankert.
2) Seine Billigung wurde dem Parlament übertragen.

Der Druck des Grundgesetzes und die Eröffnung der Verhandlungen Griechenlands mit der EWG mit dem Ziel der griechischen Vollmitgliedschaft zwangen die Regierung zur Aufstellung des Fünfjahrplans 1976/80, der indes bis Mitte 1977 nicht dem Parlament zur Zustimmung vorgelegen hatte. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Größen in eine andere Richtung als in die, die der Plan vorschrieb, und die Wahlen von 1977 führten zur Aufgabe des Plans bzw. zu seiner Reformierung durch den Fünfjahrplan 1978/82. Auch dieser war bis Anfang 1980 noch nicht dem Parlament zur Billigung vorgelegt. Was beide meta-diktatorischen Pläne gemeinsam hatten, war nach allgemeinem Ein-

geständnis vieler Ökonomen das Fehlen der Bereitschaft der Regierung, sie zu verwirklichen, und die Widersprüchlichkeit im Verhältnis zu der konkreten laufenden und mittelfristigen Wirtschaftspolitik. Das zeigte sich nicht nur an der Verzögerung bei der Ausarbeitung und Aufstellung, sondern auch an den ambitiösen Zielen der Pläne, die die komplizierten internationalen Bedingungen der zweiten Hälfte der 70er Jahre und die äußerst engen Bindungen Griechenlands an das Ausland nicht ausreichend berücksichtigen.

Die rasche Industrialisierung der beiden letzten Jahrzehnte konzentrierte sich insbesondere auf die zwei Regionen um Athen und Saloniki. Diese Tatsache spitzte die Bevölkerungs-, Einkommens-, Beschäftigungsunterschiede zwischen den verschiedenen Regionen des Landes weiter zu (siehe Tabelle 1,2,3) mit dem Ergebnis eines wachsenden Dualismus Griechenlands zwischen einem entwickelten (Athen, Saloniki) und einem unterentwickelten Raum (Übriges Griechenland). Aus diesem Grund kam es auch zu regionalplanerischen Versuchen des Staates mit dem Ziel einer harmonischen Verteilung der Entwicklungseffekte, der Verminderung der Einkommens- und Lebensstandardunterschiede der Bevölkerung und schließlich der Systemsicherung.

Der erste Versuch in Form eines Experiments wurde im Jahre 1960 mit dem Hepiros-Plan unternommen.[15] Hepiros war und ist eine der ärmsten Regionen Griechenlands. Das Planziel war die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, die verkehrsmäßige Erschließung der Region und das Aufhalten der Binnen- und Außenwanderung. Die Schwächen des Planes lagen darin, daß es keine Verbindung zum laufenden Fünfjahrplan gab, er ausschließlich auf die Landwirtschaft orientiert war und die industrielle Produktion, die Dienstleistungen und die Erschließung der Bodenschätze vernachlässigt wurden.
Eine systematische Behandlung der Raumordnungsprobleme Griechenlands beinhalteten der zweite Fünfjahrplan sowie die spä-

15) Koordinationsministerium Griechenlands "Plan für die wirtschaftliche Entwicklung Hepiros' Janina 1961. Vgl. auch Psaros, D.: Spoudo. Bd. XVI 1965, H. 1 Athen 1953, S. 153. (gr.)

teren Pläne. Die Grundkonzeption dieser Programme war die Unterteilung des Landes in Zonen entsprechend dem Grad ihrer ökonomischen, insbesondere industriellen Entwicklung und eine danach differenzierte ökonomische Stimulierung (verschiedene Stufen von Abschreibungssätzen, Subventionierungen, steuerlichen Vergünstigungen sowie direkte Finanzierung eines Teils der Investitionen usw.) mit dem Endziel der Verlagerung der Industrietätigkeit auf die schwach entwickelten Gebiete. Zwischen 1963 und 1967 wurde das System der Zweckmäßigkeitserlaubnis für die Errichtung von Betrieben in zurückgebliebenen Gebieten aufgehoben. Mit dem Gesetz 4458/65 begann unter der Aufsicht von ETBA die Landeseinteilung nach Industriezonen. Während der 70er Jahre, nicht zuletzt auch unter dem Druck verschiedener ökonomischer und politischer Machtgruppen, veränderte sich sowohl das Verteilungs- als auch das Anreizsystem, so z.B. durch die Gesetze 1078/71, 1134/1972, 1212/1972, 1312/1972, 1377/73, 169/76 usw. Schließlich kristallisierte sich Ende der 70er Jahre, auch unter dem unmittelbaren Druck des Beitritts Griechenlands in die EWG (z.B. erforderte die Gewährung von Zuschüssen aus der Regionalfondskasse der EWG zur Entwicklung zurückgebliebener Gebiete eine entsprechende Planung durch die Regierungen bzw. war es nötig, das Anreizsystem dem der anderen EWG-Länder anzupassen), ein mehr oder weniger lockeres System von Industriezonen und Anreizen heraus.

Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist auch ein erfolgloser partieller Regionalplanungsversuch, der von einem ausländischen Monopol unter der Diktatur unternommen wurde. Das ist der berüchtigte "Fall Litton", benannt nach dem gleichnamigen Konzern. Kern dieses Programms war die touristische Erschließung Kretas und West Peloponnes' als Ausgangspunkt einer prosperierenden wirtschaftlichen Entwicklung. Die halbkolonialen Bedingungen des Vertrages[16] unterstrichen nochmals nachdrücklich den abenteuerlichen und spekulativen Charakter der Wirtschaftspolitik der Diktatur.

16) Vgl. Kasakos, P.: a.a.O. S. 199.

Eine kritische Auseinandersetzung mit der Praxis der Regionalplanung in Griechenland läßt sich auf folgende Punkte konzentrieren. Längere Zeit hatte der Staat keinerlei Konzeptionen für die geographische Verteilung der Investitionen. Die Unterteilung des Landes nach Zonen industrieller Entwicklung mit jeweils besonderem Status kam sehr spät, erst in den 70er Jahren. Außer in den Gebieten Athen und Saloniki fehlte es weitgehend an technischer und sozialer Infrastruktur. Die Regionalpolitik veränderte sich ständig, und es mangelte ihr an einer langfristigen einheitlichen Konzeption. Die Stimuli zeitigten letztlich nur einige Erfolge bei der Umorientierung der Investitionen:[17]
Mutatis mutandis gelten diese Feststellungen auch für die gesamte Wirtschaftsprogrammierung in Griechenland zwischen 1950 und 1980.
Widersprüchlichkeit, mangelnde oder zwanghafte Vorbereitung, ehrgeizige aber unzureichend fundierte Zielsetzungen, sektorale Lückenhaftigkeit und nicht koordinierte Teilprogramme, ungenügende Kontrolle usw. charakterisieren die Planungstätigkeit. Keiner der aufgestellten Gesamtpläne ist jemals vollständig realisiert worden. Nach höchstens zwei Jahren wurden sie von den Regierungen nicht mehr genutzt. Infolgedessen kann man sehr schwer vom Plan als dem "organischen Zusammenhang der Wirtschaftspolitik" des Staates sprechen, wie in anderen kapitalistischen Ländern. Es wäre nicht übertrieben zu sagen, daß der Plan in Griechenland im großen Maße eher eine Erläuterung und Erklärung der Hauptprinzipien der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung darstellte und daher a priori zum Scheitern verurteilt war. Die Gründe für das Scheitern liegen deshalb nicht allein in den allgemeinen Grenzen globaler Programmierung im Kapitalismus, sondern vor allem auch in spezifisch griechischen Faktoren.
Wie bekannt, ist die allgemeine Ursache der Planung im Kapitalismus die wachsende Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktion. Das trifft auch für Griechenland zu. Mit dem Wirt-

[17] Vgl. Kotti, G.: Industrielle Dezentralisierung und regionale Entwicklung. ICOC. Athen 1980, S. 180.

schaftsplan orientierte der kapitalistische Staat auf zwei Ziele: Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals und Gewährleistung und Legitimation des Systems durch die Regulierungsversuche des gesamten Reproduktionsprozesses. Die objektiven Schranken des kapitalistischen bzw. Monopoleigentums jedoch verhindern die Realisierung jeglicher Planung im Sinne von verbindlichen, imperativen Aufgaben und Zielsetzungen in der Wirtschaft. Das kann nur bei der sozialistischen Planung geschehen. Aus diesem Blickwinkel aber das Scheitern der griechischen Wirtschaftsprogrammierung erklären zu wollen, wie es zuweilen geschieht,[18] ist zwar nützlich für die Systemkritik im allgemeinen, erklärt jedoch nicht die besondere Erfolglosigkeit der griechischen Planungen. Außerdem erschwert diese Auffassung auch die Ausarbeitung alternative Konzepte zur staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung durch die progressiven Kräfte.

Gegen eine solche Betrachtungsweise, nämlich das Zurückführen des Scheiterns der griechischen Programmierung nur auf die Schranken des kapitalistischen Wachstums, gibt es zwei wesentliche Einwände. Erstens läßt sich Wirtschaftsprogrammierung nicht mit staatlicher Wirtschaftsregulierung identifizieren. Erstere ist eine Form der Wirtschaftsregulierung. Sie vereint alle Instrumente der ökonomischen Aktivität des Staates und erhöht dadurch ihre Wirksamkeit und Qualität.[19] Somit besitzt die Wirtschaftsprogrammierung eine innere Logik, die ihr auch einen relativen Erfolg im monopolkapitalistischen Rahmen gewährleistet. Das Kapitaleigentum stellt eine Schranke für die gesamte staatliche Regulierung des Reproduktionsprozesses dar, und zwar in langfristiger Hinsicht. Jedes Instrument der staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung, eingeschlossen die Programmierung, kann einen gewissen Erfolg für kurze bzw. längere Zeit innerhalb seines eigenen engen Bewegungsrahmen haben,[20] wie die Erfahrungen der Wirtschaftsprogrammierung der entwickelten kapitalistischen Länder (z.B. Frankreich) zeigten.

18) Vgl. dazu Farakos, C.: a.a.O. S. 274; Babanasis - Soulas a.a.O. S. 107.

19) Die Programmierung erweist sich jedoch effektiver als die laufende sporadische Regulierung der Wirtschaft, die nur einige Bereiche der Wirtschaft berührt. In: Politische Ökonomie des heutigen ... a.a.O. S. 474.

20) Vgl. auch Fundulis, X.: Die Frage nach dem STK in Griechenland. In: Kommunistiki Epitheorisi 4/1978, Athen, S. 35 (gr.)

Zweitens: Im griechischen Fall wurden beträchtliche Schwierigkeiten für die staatsmonopolistische Planung durch die komplizierte wirtschaftliche und soziale Struktur des Landes verursacht. Die starke ökonomische Abhängigkeit vom Ausland, die Koexistenz entwickelter und zurückgebliebener Gebiete und Sektoren usw. verliehen den ökonomischen Prozessen eine große spezifische Labilität, die schwer zu bewältigen war. Es gab und gibt also in Griechenland Besonderheiten der kapitalistischen Entwicklung, die eine erfolgreiche Programmierung zusätzlich erschweren.
Schließlich wurde die staatsmonopolistische Programmierung durch die Unfähigkeit des Staatsapparates und das Fehlen von qualifizierten Kräften und Institutionen erheblich erschwert, die in der Lage gewesen wären, realistische Wirtschaftsprogramme aufzustellen und durchzusetzen.
Insgesamt läßt die historische Untersuchung der wirtschaftlichen Programmierung in Griechenland erkennen, daß sie als eine höhere Form der staatsmonopolistischen Regulierung erst ab Anfang der 60er Jahre in Erscheinung trat. Erst von diesem Zeitpunkt ab sind gesamtwirtschaftliche Pläne entstanden, im Unterschied zu den Teilprogrammen der früheren Zeit. Ihr Mißerfolg jedoch - an kapitalistischen Maßstäben gemessen - lag an dem Fehlen des politischen Willens der konservativen Kräfte, sie zu realisieren, sowie an den komplizierten sozialökonomischen Strukturen des schwachen griechischen Kapitalismus.

2.2.5. Kurze Schlußfolgerungen

Das staatliche Instrumentarium der staatsmonopolistischen Regulierung entwickelte sich in der Nachkriegszeit in unterschiedlichem Tempo und Umfang weiter.
Die neue Phase der Entwicklung des Monopolkapitalismus ab Anfang der 60er Jahre führte zur Verstärkung und zur Vervollkommnung der anzuwendenden Mittel der staatlichen Regulierung der Wirtschaft (Entstehung der Wirtschaftsprogrammierung, weitere Entwicklung des Finanzinstrumentariums usw.).

Die Grundlagen dafür sind jedoch bereits in der zweiten Hälfte der 50er Jahre gelegt worden (Steuerreform, Geld- und Kreditpolitik, Gründung von Staatsunternehmungen usw.), als der Wiederaufbau der Wirtschaft bereits abgeschlossen war. Eine relative Schwächung bzw. Stagnation der Entwicklung des staatsmonopolistischen Instrumentariums brachte die Zeit der Militärjunta (1967/74). Dies wurde allerdings durch die Verstärkung direkter Formen des staatlichen Eingreifens (Gesetzgebung usw.) kompensiert, was im nächsten Kapitel detailliert zu untersuchen sein wird.

Der griechische Staat war bis Ende der 70er Jahre zum wichtigsten Wirtschaftsfaktor geworden. Er hatte ca. 40 Prozent der gesamten Wirtschaft in Form des Staatseigentums direkt unter seiner Kontrolle. Er konzentrierte und verteilte über die Staatsfinanzen ca. ein Drittel des BSP um und besaß in der Geld- und Kreditsphäre entscheidende Hebel für die Beeinflussung des kapitalistischen Reproduktionsprozesses.

Im Vergleich zu den staatsmonopolistischen Instrumentarium der entwickelten kapitalistischen Länder erwies sich das griechische als durch viele Besonderheiten im Hinblick auf seinen Aufbau und Umfang, seine Anwendung und Effektivität gekennzeichnet, welche auf die besonderen strukturellen Merkmale des griechischen Monopolkapitalismus zurückzuführen sind. Eine bedeutende Besonderheit ist dabei das spezifische Gewicht der direkten Instrumentarien im gesamten Ensemble der staatlichen Wirtschaftsregulierung, die im Staatseigentum und in der Kredit- und Geldsphäre zum Ausdruck kommen. Von der Bedeutung dieses Merkmals des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Griechenland wird noch in folgenden die Rede sein.

Die konkret historischen Ursachen, die zur Entwicklung des Systems der staatlichen Regulierung führten, waren vielfältig und hingen im wesentlichen mit der Zuspitzung der allgemeinen und besonderen Widersprüche des griechischen Kapitalismus zusammen. Im Gegensatz zu der wichtigen Rolle, die äußere Faktoren beim Durchbruch des Monopols zum herrschenden Produktionsverhältnis in Griechenland spielten, waren die Ursachen der Entwicklung des staatlichen Wirtschaftsinstrumen-

tariums im wesentlichen innerer Natur (mit wenigen Ausnahmen, wie z.B. bei der Wirtschaftsprogrammierung festgestellt wurde), insbesondere weil die wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche, die das Eindringen und die Entwicklung des Monopolkapitals auslöste, innere Notwendigkeiten, innere ökonomische, soziale und politische Reaktionen bedingten.
Die weitere Darstellung der ökonomischen Staatsaktivität wird im folgenden den inneren Charakter dieser Ursachen noch deutlicher machen.

2.3. Die staatliche Wirtschaftstätigkeit und der monopolkapitalistische Reproduktionsprozeß in Griechenland

Die Darstellung der ökonomischen Staatstätigkeit und des staatlichen Instrumentariums der Wirtschaftsregulierung als einen bestimmenden Faktor in der griechischen Wirtschaft folgt in diesem Kapitel die Untersuchung der Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung entscheidender Aspekte der volkswirtschaftlichen Reproduktion, wie der industriellen und der agrarischen Entwicklung, der Reproduktion der Arbeitskraft und der Bekämpfung der Wirtschaftskrisen.
In diesen Analysen offenbaren sich unmittelbar die Bedeutung und Effektivität der unterschiedlichen staatsmonopolistischen Instrumentarien und der Charakter der vom Staat verfolgten Politik zur Gewährleistung des monopolkapitalistischen Systems und seiner erweiterten Reproduktion. Das notwendige agieren des Staates im materiellen Reproduktionsprozeß wird unter dem Aspekt der sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Widersprüche behandelt. Dabei wird nachhaltig die Ohnmacht des privaten und die Macht des öffentlichen Kapitalisten, diese Widersprüche zu beeinflussen, die Schwierigkeiten bei der Kapitalverwertung zu beseitigen, verdeutlicht.
Von besonderer Bedeutung für die Prognose der zukünftigen staatsmonopolistischen Tätigkeit ist aber auch die Berücksichtigung des im Laufe der monopolkapitalistischen Entwicklung veränderten Charakters bzw. der Formen der staatlichen Regulierung, nämlich den Übergang von vorwiegend administra-

tiven zu vorwiegend indirekten, über den Markt stimulierenden staatsinterventionistischen Maßnahmen.
Der Gegenstand dieses Kapitels erfordert eine Veränderung der Untersuchungsweise von der vorherrschend historisch-logischen zur vorherrschend logisch-historischen Methode.

2.3.1. Die staatliche Regulierungstätigkeit und die erweiterte Reproduktion des Monopolkapitals in der Industrie

Die Industrie ist das Hauptfeld, in dem das moderne kapitalistische Monopol tätig ist. Um die Verhältnisse zwischen dem bürgerlichen Staat und dem Monopolkapital zu untersuchen, bietet daher der Industriebereich die günstigsten Voraussetzungen.
Im folgenden werden vier wichtige Bereiche der staatlichen Industriepolitik der Analyse unterzogen: die Zinspolitik, die Politik der Stimulierung ausländischer Investitionen, das Anreizsystem und der Konkurrenzrahmen.
Von großer Relevanz für den griechischen SMK sind die Resultate und der Einfluß dieser Staatstätigkeiten sowohl auf das Monopolkapital als auch auf die gesamte Wirtschaft.

2.3.1.1. Die Mobilisierung der inneren Akkumulationsquellen. Der administrativ gelenkte Zinssatz.

Die Politik der kapitalistischen Entwicklung und des ökonomischen Wachstums, die der griechische Staat ab Mitte der 50er Jahre anstrebte, stieß alsbald auf die begrenzten inneren Akkumulationsmöglichkeiten. Das niedrige Niveau des Nationaleinkommens und der Akkumulationsrate als Ergebnis der schwachen kapitalistischen Entwicklung und der katastrophalen Wirtschaftslage sowie die hohe Inflation erschwerten in den ersten Nachkriegsjahren in hohem Maße die erweiterte Reproduktion des Kapitals, insbesondere des Monopolkapitals.
Der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen und den Möglichkeiten der erweiterten Reproduktion des griechischen Kapitalismus verstärkte sich noch weiter durch das Aufhören der USA- "Wirtschaftshilfe" Anfang der 50er Jahre.

Dem Staat als Gesamtkapitalisten fiel nun die Aufgabe zu, bewußt und zielstrebig Kapitalquellen im Inneren des Landes zu finden und zu mobilisieren.
Ein wichtiges Mobilisierungsinstrument, das in anderen kapitalistischen Ländern eine große Bedeutung gehabt hatte, nämlich die Börse, spielte in Griechenland wegen des niedrigen Grades der kapitalistischen Entwicklung kaum eine Rolle.
Es blieben jedoch die Fonds der Banken, deren Stellenwert unter diesen Bedingungen viel größer war als bei Existenz eines Kapitalmarktes. Die Ersparnisse bei den Banken, d.h. das Leihkapital, mußte in Griechenland nicht nur als zirkulierendes Kapital (was üblich ist), sondern auch zur Erneuerung bzw. Erweiterung des konstanten fixen Kapitals eingesetzt werden.
Die erste Aufgabe des Staates war daher die Mobilisierung der inneren Spareinlagen der Bevölkerung und nachfolgend ihre Verteilung entsprechend den gewünschten Zielen. Die Nachkriegsinflation und die schlechte Wirtschaftslage führten jedoch zu einem Mißtrauen gegenüber den Banken und dem Geld schlechthin. Wenn auch die bis 1955 erreichte Geldwertstabilisierung eine notwendige Voraussetzung für den Zufluß der Spargelder in die Portefeuille der Banken war, so reichte das allein jedoch nicht aus.[1]
Im Jahre 1956 sind dann auch zwei wichtige Maßnahmen zur Stimulierung der Geldakkumulation bei den Banken getroffen worden. a) Die Staatsbank startete eine neue interventionistische Politik auf dem nationalen Goldmarkt zur Auflösung der privaten Schätze. Der Staat verzichtete nunmehr darauf, den Preis des Goldes niedrig zu halten, und begann, es vielmehr zu kaufen für Preise, die den internationalen überstiegen. b) Außerdem wurde der Depositenzinssatz von 7 auf 10 Prozent erhöht.

Durch diese Maßnahmen verdreifachten sich die Spareinlagen bis Ende desselben Jahres, und die Sparquote des Landes erhöhte sich spürbar, wie es Tabelle 1 ausweist. Damit stand nunmehr der Industriebourgeoisie ausreichend Leihkapital zur Verfügung, und der oben genannte Widerspruch fand eine zeitweilige Lösung.

1) Vgl. Zolotas, X.: Monetäres ... a.a.O., S. 78 ff.

In den folgenden Jahren bis 1961 wurde der Zinssatz allmählich von 10 auf 4,5 bzw. 5,5 Prozent für Spar- und Termineinlagen bis zu einem Jahr, wie aus Schema 1 zu ersehen ist, gesenkt. Damit bezweckte der Staat "die Senkung der Geldkosten" für die industriellen Kapitalisten und die Erhöhung ihres Profits.

Die staatliche Lenkung des Depositenzinssatzes bei wachsenden Bankdepositen sicherte dem griechischen Kapitalismus billiges Geld und damit Kapital auf Kosten der kleineren und mittleren Sparer (Mittelschichten, Bauern, Werktätige usw.). Der Staat nutzte den Zinssatz bewußt zur Umverteilung des Nationaleinkommens.

In Schema 1 wurde versucht, diese realen Umverteilungsprozesse über den Depositenzinssatz anschaulich zu machen, und in der Tabelle 2 sie annähernd zu quantifizieren.

In dem Zeitabschnitt 1958-73, der die entscheidende Periode der Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland darstellt, lag der durchschnittliche Depositenzinssatz mit 5,8 Prozent über dem durchschnittlichen Tempo der Preissteigerung (2,6 Prozent), aber erheblich unter der durchschnittlichen Profitrate des Kapitals in der Industrie (10,7 Prozent). Würden die Golddepositen der Bevölkerung entsprechend den Marktkräften und der Konkurrenz ihren Zins gebracht haben, dann läge der Satz mit Sicherheit näher der Höchstgrenze von 13,3 Prozent (2,6 + 10,7), d.h. bei einem Niveau, das sowohl die Inflationsverluste kompensiert als auch eine geringe Diskrepanz zum Profit der Industrie aufweist. Das Niedrighalten des Depositenzinssatzes auf weniger als die Hälfte des maximal möglichen bedeutete einen relativen Wertverlust für die Sparer.

Mit dem Ausbruch der großen Inflationswelle von 1973 bis 1980 ergaben sich sogar absolute Wertverluste, weil der Zinssatz hinter dem Tempo der Preissteigerungen zurück blieb, wie in Schema 1 illustriert ist.

Andere Untersuchungen haben ergeben, daß im Falle einer Regelung des Zinssatzes entsprechend den Marktkräften, dem Verhältnis von Nachfrage und Angebot, er für die Zeit 1950/75 auf durchschnittlich 17 Prozent festgelegt hätte werden müssen, während

der tatsächliche, vom Staat bestimmte Zinssatz im Durchschnitt nur 10,7 Prozent betrug.[2]

Die Bedeutung des administrativ niedrig gehaltenen Zinssatzes für die Verwertungsbedürfnisse des industriellen Kapitals wird noch größer, wenn eine andere Tatsache mit berücksichtigt wird, und zwar der sehr hohe Anteil des fremden Kapitals am Gesamtkapital der Industriebetriebe (vgl. Tabelle 2a).

Für die gesamte zu untersuchende Zeit hatten Kredite einen sehr hohen Anteil am fungierenden Kapital der griechischen Verarbeitungsindustrie. Ihr Anteil am Zuwachs des gesamten fungierenden Kapitals betrug zwischen 1959 und 1973 ca. 55,5 Prozent, wobei er 77 Prozent bei der Erweiterung des zirkulierend und 23 Prozent bei der Erweiterung des konstanten fixen Kapitals trug.[3]

Im Gegensatz zu den entwickelten kapitalistischen Ländern, wo das Fremdkapital der Betriebe im allgemeinen 30-40 Prozent des gesamten Kapitals ausmacht, betrug es in Griechenland im Jahre 1980 im Durchschnitt 77 Prozent.[4]

Diese Tatsache des hohen Anteils fremden Kapitals in den griechischen Betrieben offenbart ganz deutlich die zusätzlichen Profitmöglichkeiten, die der Staat der griechischen Industriebourgeoisie einräumte. Mehr Leihkapital bedeutet Erweiterung des Ausbeutungsfeldes, größere Gewinne, verstärkte Akkumulation, beschleunigte Ausnutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und Verminderung des eigenen Risikos.

Wenn also die progressiven Kräfte des Landes in dem administrativ gelenkten Zinssatz ein Mittel zur Umverteilung des Nationaleinkommens zugunsten des Monopolkapitals sehen und um seine Erhöhung kämpfen, so bedeutet dies nicht, daß sie den Zinssatz dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen wollen. Letztere Meinung war der Grundgedanke zahlreicher Bücher, Publikationen, Veröffentlichungen, Vorträge und Äußerungen von

2) Papadakis, J: Die Politik des gelenkten Zinssatzes. IOBE, Athen 1978, S. 30 (gr.)
3) Vgl. Koutsomaris, G.: a.a.O. S. 60.
4) ICAP: Kleine, mittlere und große Betriebe in der griechischen Industrie. Athen 1982, S. 12 (gr.)

bürgerlichen Wissenschaftlern, Journalisten und Vertretern der Monopole in Griechenland seit Mitte der 70er Jahre. Sie gipfelte in dem Vorschlag des Komitees für die Untersuchung des griechischen Banksystems, den Zinssatz frei den Marktkräften zu überlassen und nur indirekte Einflußnahme durch den Staat zu gestatten. Diese Vorstellung sollte im Rahmen einer allgemeinen Reform der Geld- und Kreditpolitik[5] realisiert werden.

Die Frage, die sich nun ergibt, ist die, weshalb das griechische Monopolkapital, das ja den größten Teil des Leihgeldes kreditiv aufnahm, eine Erhöhung des Zinssatzes befürwortete. Steht das nicht offenkundig im Gegensatz zu elementarsten Axiomen kapitalistischen Wirtschaftens?

Folgende zwei Faktoren, jedoch sekundärer Natur, spielen für diese Haltung eine Rolle:

a) Die hohe Inflationsrate der zweiten Hälfte der 70er Jahre und die daraus resultierende Gefahr der Senkung der Ersparnisse und Depositen seitens der Bevölkerung machte eine Zinssatzsteigerung auch im Interesse der Gewährleistung der reibungslosen Finanzierung der entsprechenden Bedürfnisse des Kapitals erforderlich.

b) Die in Vorbereitung des Beitritts Griechenlands zur EG notwendig gewordene Anpassung der staatlichen Regulierung der Wirtschaft, darunter auch des Mechanismus der Zinssatzfestlegung an die in der EG geltenden entsprechenden Bestimmungen, d.h. hier konkret die Ersetzung des administrativ gelenkten Zinssatzes durch ein Instrumentarium der indirekten Regulierung, in dem die Marktkräfte mehr Spielraum und Gewicht haben, mußte zwangsläufig auch zu einer Zinssatzerhöhung führen.

Die wahre Ursache jedoch, die auf eine Erhöhung des Zinssatzes und folglich eine Reform der Zinspolitik drängte, war die weitere Stärkung des Monopolkapitals in den 70er Jahren.

Die Zinspolitik beurteilen zu wollen, bedeutet, die ganze Kreditpolitik in Betracht zu ziehen. Zinssatzpolitik und selektive qualitative und quantitative Kontrollen, wie sie in 2.2.

5) Charisopoulos, N.- Komitee für die Untersuchung...s Bericht.

dargestellt wurden, waren in der Zeit von 1950 bis 1980 immer miteinander verbunden. Daher beinhaltet die Forderung nach einer Reform der Zinspolitik seitens der Monopole auch die Aufhebung der administrativen qualitativen und quantitativen Kontrolle der Kreditgewährung.
Die Kreditpolitik, wie sie in den 50er Jahren konstruiert und in den 60er und 70er Jahren verwirklicht wurde, zielte auf:

a) die ausreichende und billige Versorgung der kapitalistischen Unternehmen und insbesondere der Monopole mit Krediten,
b) die hinreichende Kreditierung des Staates, um seine aktives Eingreifen in den Reproduktionsprozeß der rückständigen Zweige, wie namentlich der Landwirtschaft und der Infrastruktur, sicherzustellen.

Die allgemeine Schwäche des Kapitals, besonders aber des Monopolkapitals in Griechenland bis Ende der 60er Jahre, die relative Abschirmung des Marktes und die Beschränkung der Konkurrenz führten zu einer vorübergehenden relativen Identifikation der Interessen des Kapitals insgesamt, der Monopole und der staatlichen Systemsicherungspolitik.
Diese Lage begann sich jedoch auf der Grundlage der Stärkung der Monopole und ihrer expansionistischen Tendenzen zu verändern. Die Verwertungsbedürfnisse des Monopols in Griechenland stießen zunehmend auf die Schranken der alten staatlichen Regulierung in der Kreditsphäre. Es entwickelten sich infolgedessen zwei Widersprüche, die die Verwertung des Monopolkapitals stark tangierten:

I. Der Widerspruch zwischen dem monopolistischen und dem nichtmonopolistischen Kapital:
Hierbei ging es um den Durchschnittsprofit und seine Beeinträchtigung durch die "künstliche" Weiterexistenz technisch rückständiger und wenig rentabler kapitalistischer Betriebe. Es handelte sich eigentlich um eine Auswirkung des Dualismus der griechischen Industrie.
Wie vorhin betont wurde, arbeiteten die meisten griechischen Industriebetriebe mit einem sehr hohen Anteil fremden, von den Banken ausgeliehenen Kapitals. Dieser Anteil lag fast

um 100 Prozent über dem internationalen Durchschnitt. Der hohe Anteil Fremdkapitals war nicht nur für die Monopole, sondern auch für die mittleren und kleineren Betriebe charakteristisch (vgl. Tabelle 2a).
In den mittleren und kleineren Betrieben einer Reihe "traditioneller" Zweige, wie z.B. in der Lebensmittel-, Bekleidungs-, Schuh-, Holz-, Tabakindustrie usw., lag die Kapitalrentabilität unter der durchschnittlichen (0,65), obwohl das Wachstumstempo ihrer Kapitalanlage höher war als das durchschnittliche.[6] Dieser Fakt bezeugt nicht nur die Nichtauslastung von Produktionskapazitäten in diesen Betrieben, sondern weist auch auf die Ursachen ihrer "künstlichen" Weiterexistenz, nämlich das billige Leihgeld, das die Banken ihnen gewähren, hin. Mit diesen Krediten errichteten die mittleren und kleineren Kapitalisten nicht nur Anlagen, sondern bildeten auch Reserven, räumten ihren Kunden Handels- und Konsumkredite ein usw. Wäre das Leihgeld teurer und knapper, hätten sich diese Kapitalisten nicht mehr behaupten können. Diese Tatsache beeinflußte doppelt auf die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals:

1) Sie wirkte einmal insofern, als die Kreditpolitik die niedrige Kapital- und Investitionsrentabilität der "traditionellen" Zweige indirekt förderte und damit zur Erhöhung der Kosten der entsprechenden Produkte beitrug. Weil es dabei aber vorwiegend um Lebensmittel- und Konsumgüterzweige ging, die direkt den Wert der Arbeitskraft sowie deren Kaufkraft bestimmten, verschlechterten sich die allgemeinen Verwertungsbedingungen des Kapitals, besonders in den modernen Zweigen (Chemie, Plasten, Kautschuk, Erdölprodukte, Transportmittel usw.), die zunehmend mit internationaler Konkurrenz zu tun hatten.

2) Durch die subventionistische Kreditpolitik entging ein Teil des Leihgeldes der Verfügungsgewalt der Monopole zugunsten der kleineren und mittleren Kapitalisten.
Den Monopolen aber geht es nicht um den Preis des Geldes. Heut-

6) Vgl. Koutzoumaris, G.: a.a.O. S.119 ff.

zutage hängen die Investitionen nicht mehr so sehr vom Zinssatz ab, wie selbst viele bürgerliche Ökonomen konstatieren mußten. Andere Faktoren gewannen an Bedeutung, besonders die Menge des zur Verfügung stehenden Geldes. Außerdem können die großen Monopole die höheren Zinsen auf der Grundlage ihrer höheren Kapitalrentabilität durchaus kompensieren. Was die Monopole heute brauchen, ist viel Leihgeld und Kapital für alle ihre Tätigkeiten. Das bezeugt auch die untypische Relation zwischen eigenem und fremden Kapital in ihrer Kapitalstruktur (vgl. Tabelle 2a). Der höhere Zinssatz würde das Leihgeld für die nichtmonopolistischen Betriebe teurer machen. Ihr Zugrundegehen würde dann neue Massen von Leihkapital bzw. Geld für die Monopole freisetzen.

II. Der Widerspruch zwischen den Verwertungsbedürfnissen des Monopolkapitals und der staatlichen Politik zur Förderung anderer Wirtschaftssektoren zwecks Systemsicherung:

Dabei ging es letztendlich auch wieder um den Umfang des zur Verfügung stehenden Leihkapitals. Wie die Tabelle 3 zeigt, absorbierten die Verarbeitungsindustrie und der Bergbau in der Nachkriegszeit ca. ein Drittel der Kredite der Banken, wovon wiederum nur ein Drittel langfristige Kredite waren. Ein weiteres Drittel des Kreditfonds der Banken nahmen der Staat und die Landwirtschaft zu einem viel niedrigerem Zinssatz, als er für die anderen Bereiche galt, in Anspruch. Förderung der Landwirtschaft, Schaffung einer Infrastruktur usw. haben ihrer zentralen Bedeutung wegen einen erheblichen Teil des Leihgeldes abgeschöpft. Wäre nicht das billige Leihgeld gewesen, wäre das heutige Niveau der Entwicklung dieser Zweige kaum erreicht worden.

Aus dem oben Dargestellten geht deutlich hervor, daß die Verstärkung und Entwicklung des modernen kapitalistischen Monopols in Griechenland ab Ende der 60er Jahre eine Reform der bisher praktizierten Kredit- und Zinssatzpolitik auf die Tagesordnung setzte. Ein hoher Zinssatz ist für die gefestigten Monopole kein Hindernis ihrer Kapitalverwertung, sondern im Gegenteil eine unabdingbare Voraussetzung für deren weitere Verdichtung.

Die konkreten Ziele der neu angestrebten Kreditpolitik waren:

a) die Umverteilung der Kreditmittel der Banken zugunsten der großen Monopole;

b) die Besserstellung der kleineren und mittleren Kapitalisten, die die Steigerung der Profite hemmen.

Vom heutigen Standpunkt aus und zurückblickend auf die dreißig vergangenen Jahre kommt man zu dem Schluß, daß die Kreditpolitik die allgemeinen günstigen Voraussetzungen für die Akkumulation des Kapitals und die Gewährleistung des gesamten Reproduktionsprozesses schuf, indem sie die Spareinlagen nicht für Investitionen, sondern ökonomisch und politisch bestimmten Zielen entsprechend umverteilte. Insofern hat der Staat nicht nur die Akkumulation des Monopolkapitals stimuliert, sondern auch aktiv an der Reproduktion der Landwirtschaft, des Handwerks, des nichtmonopolistischen Kapitals, der Infrastruktur usw. teil, d.h. solcher Zweige, die in einem Klima der ungehinderten Wirkung der Marktgesetze nicht in der Lage gewesen wären, zu überleben. Diese systemsichernde Regulierung der ökonomischen und sozialen Beziehungen entsprach dann schließlich immer weniger den unmittelbaren Verwertungsbedürfnissen des Monopolkapitals, wie die ungestrebte Reform deutlich zeigt.

Widersprüche ähnlicher Art offenbaren auch die publizistischen Auseinandersetzungen der letzten 15 Jahre zwischen der Staatsbank und dem Verband der griechischen Industriellen über das Angebot an Leihkapital und seine produktive Verwertung.

2.3.1.2. Die staatliche Politik zur Stimulierung der Investitionen des ausländischen Kapitals

Wie bereits erwähnt, begann sich ab Mitte der 50er Jahre unter den herrschenden Kreisen des Staates und der Bourgeoisie eine andere, auslandsorientierte Konzeption zur wirtschaftlichen Entwicklung abzuzeichnen. Im Mittelpunkt standen solche Probleme, wie die des Wirtschaftswachstums, der Zahlungsbilanzdefizite und der Beschäftigung. Der Zufluß des ausländischen Kapitals nach Griechenland wurde als eine günstige, den Interessen der Finanzoligarchie dienende Lösung betrachtet und deshalb mit allen Mitteln stimuliert.

Der erste Schritt dafür war die Abwertung der Währung im Jahre 1953. Der neue Währungskurs gegenüber dem Dollar (1 Doll = 30-31 Drch) galt bis 1975; seitdem wird die Drachme nicht mehr auf den Dollar bezogen. Mit der Währungsreform der 50er Jahre zielte man nicht nur auf eine Steigerung der Exporte, sondern hauptsächlich darauf, günstigeren "Boden" für den Kapitalimport zu schaffen.

Ein zweiter Schritt zur Stimulierung ausländischer Investitionen war die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens, der durch verfassungsmäßige Garantien verstärkt werden ist. Außerdem bestand immer die Möglichkeit der Vereinbarung spezieller Verträge (Konzessionen) zwischen dem griechischen Staat und ausländischen Investoren, die sehr günstige Anlagebedingungen garantierten.

Die entsprechende Gesetzgebung begann schon sehr frühzeitig. Schon im Jahre 1953 wurde das grundlegende Gesetz 2687/53 verabschiedet und in der späteren Zeit ergänzt und ausgebaut (G. 4171/61, 378/68, 89/67, 916/71, 159/75). Mit diesen Gesetzen garantierte der griechische Staat den ausländischen Investoren große Privilegien und Begünstigungen, die ihre Monopolstellung und Macht verstärken sollten. Wichtige Regelungen waren:

zoll- und steuerfreier Import von Anlagen, Rohstoffen, Materialien für die Betriebseinrichtung; die Gewährung des Rechts auf Wiederausfuhr des investierten Kapitals in jährlicher Höhe von maximal 10 Prozent für Abschreibungen, 12 Prozent für Gewinne, 10 Prozent für Zinsen von Anleihen; die uneingeschränkte Beteiligung an inländischen Betrieben (mit wenigen Ausnahmen); die Reduzierung der Umsatzsteuer; die Möglichkeit der Ausnutzung des einheimischen Kapitalmarktes und der Ersparnisse, ebenso der Beschäftigung ausländischen Personals, der Reininvestition der Gewinne mit gleichen Vorteilen und der kumulativen und nachträglichen Kapitalausfuhr; besonderer Schutz vor Beschlagnahme bzw. Nationalisierung sowie das Recht auf Anrufung internationaler Schiedsgerichte.

Unter dem Druck des einheimischen Monopolkapitals werden diese Privilegien im Jahre 1961 auf jegliche Investitionsvorhaben mit einem Umfang von über 150 Mio Drch ausgedehnt. Für über 500 Mio Drch Investitionsvorhaben, egal welcher Provenienz, sind zusätzlich weitgehende steuerliche und andere Vorteile vorgesehen worden. Schließlich wurden die Rechte des ausländischen Monopolkapitals durch die großzügige Gesetzgebung der Diktatur nochmals erweitert. Die Politik der "offenen Türen" war nunmehr voll und ganz realisiert.
Aus dieser kurzen zusammenfassenden Darstellung der speziellen Gesetzgebung zur Anlage von Auslandskapital wird ersichtlich, welcher Teil der Bourgeoisie dadurch begünstigt wurde.

In erster Linie war dies das ausländische Monopolkapital, insbesondere die Filialen der multinationalen Konzerne, die in Griechenland vertreten waren; in nächster Instanz das einheimische Monopolkapital mit seinen erheblichen Privilegien gegenüber den nichtmonopolisierten Kreisen der Bourgeoisie. Die Anreize, Zuschüsse, Steuer- und Zollfreiheiten, die diese Gesetzgebung gewährte, verstärkten direkt die weitere Konzentration und Macht des Monopolkapitals.[7]
Noch stärkere Vorteile ergaben sich für die ausländischen und Teile der einheimischen, mit dem Auslandskapital liierten Monopole aus den speziellen Konzessionsverträgen, die sie mit dem griechischen Staat abschlossen. In diesem Rahmen bekamen sie bestimmte Privilegien, die ihre Profite noch mehr erhöhten. Solche Privilegien konnten verschiedener Art sein. Sie beinhalteten beispielsweise die Vorgabe temporärer territorialer Monopolrechte, wie wir sie aus dem Arsenal der spätfeudalistischen Merkantilpolitik kennen (z.B. "Olympic Airways" im inneren Flugzeugverkehr für 30 Jahre), die vollständige Steuer- und Zollbefreiung (Werften von Niarchos, Kuno-Pappas usw.), das Zugeständnis längerer Vertragsfristen (z.B. Phillips für 90 Jahre, Peschiney für 50 Jahre usw.) oder der ausschließlichen Rohstoffversorgung durch den eigenen Stammkonzern, die langjährige Bezahlung von Lizenzgebühren usw. usf.

7) Vgl. Anm. Vergiotis, K., Multinationale Unternehmen und Gewinntransfer in Griechenland. Athen 1976, S. 22,30 (gr.)

Solche Konzessionsverträge haben im wesentlichen die namhaftesten Multis geschlossen, darunter Esso, Pechiney, Goodyear, Pirelli, ALCLOR usw. Es ist daher der Schluß berechtigt, daß die Vorteile der Konzessionsverträge hauptsächlich multinationaler Konzerne wirksam wurden.

Im Vergleich zu anderen Ländern gleichen Niveaus der kapitalistischen Entwicklung, wie z.B. Mexiko, weist der griechische institutionelle Rahmen für den Kapitalimport einen viel zu schwachen Schutz der nationalen Bourgeoisie und ihrer Interessen auf. In Mexiko z.B. kann ausländisches Kapital nur als Minderheitsbeteiligung und nicht in für das Land wichtigen Zweigen angelegt werden. In Griechenland gelten solche Verbote heute lediglich für den Bergbau (G. 210/1973 und 274/1976), im Bankwesen, in der Schiffahrt und dort, wo ein staatliches Monopol existiert. In Brasilien und Mexiko verpflichten sich die ausländischen Investoren, einheimische Arbeitskräfte einzusetzen, was in Griechenland nicht gewährleistet wird.

An diesem Vergleich wird der Charakter der griechischen Gesetzgebung noch deutlicher. Sie garantiert besser als in vielen anderen Ländern die Vorteile und die Verwertung für das ausländische Monopolkapital.[8]

Schließlich war ein weiteres Mittel, mit dem man glaubte, den Kapitalimport nach Griechenland stimulieren zu können, die Assoziierung Griechenlands an die EWG im Jahre 1962. Diese Tatsache aber hatte keinen bedeutenden Einfluß auf den Umfang der ausländischen Investitionen im Lande. "Der größte Teil dieser Investitionen wurde unabhängig von der Assoziierung realisiert, weil diese auf die Erschließung des inneren Marktes und die Kontrolle der natürlichen Rohstoffe (wie z.B. Bauxit) zielten."[9]

8) zu ähnlichen Schlüssen kommen:
- Roumeliotis, P.: a.a.O. S. 192.
- Katsilieris, K.: Das ausländische Kapital und seine Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands. Diss. Marburg 1971, S. 123.

9) Glenitzis, A.: Griechenlands Assoziierung... a.a.O. S. 127.

Die Assoziierung stimulierte nur insofern den Einströmen ausländischer Investitionen, insbesondere amerikanischer in den 60er Jahren, als daß dadurch der EWG-Markt leichter zugänglich wurde. (Die Zunahme der westdeutschen Investitionen Anfang der 70er Jahre war hauptsächlich Reflexion des allgemeinen Trends der Verlagerung arbeitsintensiver Betriebe, wie z.B. der Textilindustrien, in Länder mit niedrigeren Löhnen.)
Es taucht nun die Frage auf, inwieweit die staatliche Politik gegenüber dem ausländischen Kapital erfolgreich war angesichts ihrer oben genannten konkreten Ziele? Rechtfertigte sich die Gewährung umfangreicher Privilegien gegenüber dem ausländischen Kapital durch den sich daraus ergebenden Nutzen?
Sicher ist es sehr schwierig, Aufwand und Nutzen im gesamtwirtschaftlichen Maßstab zu messen. Es wird daher versucht, zumindest Tendenzen und Ansätze aufzuzeigen.
Insgesamt flossen in der Zeit von 1953 bis 1979 1430 Mio. Dollar an ausländischem Kapital nach Griechenland (entsprechend dem Gesetz 2687/53).[10] Davon sind 984,6 Mio oder 68 Prozent des gesamten Kapitals in der Verarbeitungsindustrie angelegt worden. Die genaue Zweigverteilung ersieht man aus der Tabelle 4. In der Periode 1961/71 realisierte das ausländische Kapital ca. 14 Prozent der gesamten Investitionen an konstantem fixen Kapital in der Verarbeitungsindustrie, und bis 1973 erhöhte sich dieser Anteil auf 16,4 Prozent.[11] Auf den ersten Blick scheint der Beitrag des ausländischen Kapitals an den gesamten inneren Investitionen niedrig zu sein. Das Bild verändert sich jedoch, wenn wir die einzelnen Zweige betrachten. Wie aus Tabelle 4 ersichtlich ist, konzentrierten sich fast drei Viertel der direkten ausländischen Investitionen auf solche modernen Zweige der Verarbeitungsindustrie, wie die zur Produktionsmittelindustrie gehörenden (Plasto-, Kautschuk-, Erdölprodukte, sonstige chemische Industrie, Trans-

10) Angaben des Koordinationsministeriums, zitiert von A. Gianitsis in: Wirtschaft und Gesellschaft, 5/1979, S. 85-86. Derselbe sowie andere bestreiten stark diese Angaben. Nach den jährlichen Berichten der Staatsbank sollten beispielsweise die ausländischen Investitionen in der Verarbeitungsindustrie im Zeitraum 1953-1979 853,3 Mio. Doll. betragen haben.
11) Vgl. Zolotas, X.: Rahmen und Richtungen der industriellen Entwicklung. Athen 1976, S. 17 (gr.)

portmittel, elektrische Appate usw.). In den 60er Jahren betrug der ausländische Anteil an den Investitionen dieser Zweige 17 bis 40 Prozent. Damit förderte das ausländische Kapital die Industrialisierung Griechenlands, besonders die Entwicklung der Produktionsmittelindustrie nach dem zweiten Weltkrieg.

Ein anderes Ergebnis dieser ausländischen Investitionen war jedoch die zunehmende Abhängigkeit der griechischen Industrie vom Ausland. Unter der Ausnutzung der inneren Ersparnisse, des Kapitalmarktes, des Beteiligungssystems usw. vergrößerte sich die Macht des ausländischen Monopolkapitals weit über das Maß seines Kapitalimports hinaus. In der Spalte 3 der Tabelle 4 ist der Anteil des ausländischen Kapitals an den gesamten Aktiva aller Unternehmen der Verarbeitungsindustrie angegeben. Sein tatsächlicher Anteil ist jedoch noch größer, da hier die Minderheitsbeteiligungen nicht mitgerechnet sind. Es wäre also nicht übertrieben zu sagen, daß ca. ein Drittel der griechischen Verarbeitungsindustrie auslandsabhängig ist. Was die Produktionsmittelindustrie jedoch betrifft, ist diese Abhängigkeit noch größer; sie liegt zwischen 30 - 97 Prozent. Die dynamischsten, modernsten, entwicklungsfähigsten Zweige der griechischen Wirtschaft werden faktisch direkt vom Ausland dirigiert und unterliegen den Verwertungs- und Reproduktionserfordernissen der großen multinationalen Konzerne, die die Hauptkapitalimporteure in Griechenland sind.

Der älteren und permanenten Kritik der progressiven Kräfte Griechenlands an den schweren Folgen der ausländischen Investitionen für die nationale Wirtschaft schlossen sich seit den frühen 70er Jahren breitere Schichten des einheimischen Kapitals sowie nichtmarxistische Wirtschaftswissenschaftler an, wenngleich natürlich mit unterschiedlichen Akzenten. Die einheimischen Monopole verlangten im Namen der nationalen Interessen vom Staat stärkeren Schutz vor der ausländischen Konkurrenz und insbesondere den multinationalen Konzernen.[12] Der langjährige Vorsitzende der Staatsbank, Zolotas, forderte sogar die Festlegung der griechischen Mehrheitsbe-

12) Siehe verschiedene Beiträge in: Kongreß der griechischen Industriellen. Athen 1975 (gr.)

teiligung bei den meisten Anlagen des ausländischen Kapitals.[13] Damit verschärften sich die Widersprüche zwischen einheimischen und ausländischen Monopolen in den 70er Jahren, was auch nicht ohne Auswirkung auf die Politik bleiben konnte.

Zunehmend kam es in den 70er Jahren auch zu wissenschaftlichen Versuchen, die negativen Effekte des hohen Anteils von ausländischem Kapital in der griechischen Volkswirtschaft zu zeigen und zu messen. Diese Untersuchungen gingen meist von nichtmarxistischen radikalen Ökonomen aus, die im Staatsapparat arbeiteten und Zugang zu internen Angaben und Informationen hatten. Ihre Messungsmethoden (Umfrage, Modellierung), obwohl partielle, einseitige, mit beschränkter Aussagekraft, erlaubten es immerhin, die Tendenzen und die Probleme anzudeuten, die sich hinter den ausländischen Investitionen verbergen.

Ihre Untersuchungen sind hauptsächlich unter dem Aspekt der Zahlungsbilanzdefizite durchgeführt worden. Sie haben die Ohnmacht des Staates, die Auslandsinvestitionen zu kontrollieren und in die erwünschten Richtungen zu lenken, dargelegt. Sie kritisierten die von den Regierungen und hohen Staatsbeamten vertretene Auffassung, daß der Zufluß von ausländischem Kapital entscheidend sei für die Deckung der Zahlungsbilanzdefizite und daß zugunsten dieses Ziels den multinationalen Konzernen jegliche Freiheiten, Begünstigungen, Zuschüsse, Zuwendungen und Privilegien gewährt wurden, zu Lasten des nationalen Kapitals und seiner Interessen. Die Hauptargumentation der Kritiker bestand darin, daß einerseits die ausländischen Investitionen nicht zur Importsubstitution geführt haben, im Gegenteil, die "foreign-owned enterprises" mit einem hohen Anteil von importierten Mitteln und Rohstoffen arbeiteten,[14] was dazu beitrug, daß der im Lande neugeschaffene Wert vergleichsweise niedrig blieb (mit gewissen Ausnahmen) und wichtige Devisen zunehmend für Importe verwendet werden mußten.[15]

13) Ebenda, S. 18.

14) Vgl. Caniatzos, T.: Foreign - owned Enterprises in the Greek manufacturing. University of California, 1971. Joanidis, G.: Einführung von ausländischen Technologien und Verflechtung der Zweige in der griechischen Wirtschaft. Vervielfältigte Studie. Athen 1976; zitiert nach P. Roumeliotis, a.a.O. S. 114 ff.

15) Roumeliotis, P.: a.a.O. S. 169, 172.

Andererseits war der Kapitalrückfluß ins Ausland größer, als er in den Statistiken ausgewiesen ist, infolge von Preismanipulationen bei den Import-Export-Geschäften der Filialen mit ihren Stamm-Konzernen. In der Zeit von 1974 bis 1976 bedeuteten 48 Prozent des Reingewinns der metallverarbeitenden Industrie infolge Profittransfers Devisenverlust für Griechenland. In der chemischen Industrie betrug dieser Prozentsatz sogar 53 Prozent. Von diesen Untersuchungsergebnissen ausgehend, stellten sie fest, daß der Kapitalfluß von dem Ausland die Zahlungsbilanz langfristig eher belastete als erleichterte.
In ähnlicher Weise zeigten diese Untersuchungen auch die relativ geringen Vorteile Griechenlands im Bereich der Beschäftigung, der Technologie und der Zweigverflechtungen der Volkswirtschaft auf. Ihr allgemeiner Schluß war, ... die Vorteile, die der Staat dem ausländischen Kapital gewährt hatte, viel größer waren als sich der daraus ergebende Nutzen für die Volkswirtschaft.
An der Problematik der Auslandsinvestitionen erkennt man deutlicher als in jedem anderen Bereich die engen Verbindungen der staatsmonopolistischen Politik mit dem Monopolprofit. Die Interessen der ausländischen Monopole fanden im griechischen Staat während der Nachkriegszeit einen zuverlässigen Verbündeten.

2.3.1.3. Das Stimulierungssystem und seine Bedeutung für die Anlage von konstantem fixen Kapital

Die Mobilisierung der Spareinlagen der Bevölkerung und das Heranziehen äußerer Akkumulationsquellen wurde vom Staat im Rahmen der Politik der ökonomischen Entwicklung durch ein umfassendes System von Anreizen und Privilegien ergänzt, das die Anlage von konstantem fixen Kapital und die Verbesserung der Kapitalverwertung begünstigen und erleichtern sollte. Deutlich läßt sich der Beginn der Konstituierung und Anwendung dieses Systems am Ende der 50er Jahre ausmachen. Bis dahin waren die staatlichen Bemühungen zur Förderung der Akkumulation von konstantem Kapital sehr gering, unzulänglich

und nicht ausreichend. Das war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß bis Ende der 50er Jahre die Zweckmäßigkeit der Industrialisierung des Landes stark und heftig von den herrschenden gesellschaftlichen Kreisen bestritten wurde.[16]
Am Anfang der 60er Jahre wurden die ersten Gesetze zur Stimulierung der industriellen Tätigkeit verabschiedet. Die vom Staat gewährten Vergünstigungen erstreckten sich auf ein breites Feld. Es waren dies z.B. Steuer-, Zoll-, Fusions-, Export-, Abschreibungs-, Kredit- und Subventionsstimuli. Die wichtigsten waren:

a) Festsetzung eines niedrigen Zinssatzes (2-3 Prozent unter dem Üblichen) für langfristige Kredite an die Industrie, den Bergbau, das Handwerk und die Subventionierung dieses Zinssatzes ab 1972 (G.D. 1312/72). Der zu zahlende Zinssatz sollte generell 3 Prozent nicht überschreiten.

b) Steuerbefreiungen für den gesamten reinvestierten Reingewinn (G.D. 147/67) sowie für den in der Forschung investierten Anteil der Gewinne.

c) Abschreibungsförderung: Mit dem G.D. 1077/71 und 98/73 wurde der Abschreibungssatz erhöht und als verbindlich erklärt. Durch die beschleunigten Abschreibungen konnte ein Teil des Gewinns unter Kosten verbucht werden, wodurch die Steuer umgangen werden konnte. Das Resultat war letztlich ein beschleunigter Umschlag des fixen Kapitals und eine beschleunigte Erneuerung der Technik, was besonders den größten Monopolen zugute kam.[17] Die Bedeutung dieser Maßnahme wird auch deutlich, wenn man die Tatsache berücksichtigt, daß ein Drittel der neuen Anlageinvestitionen in der Zeit von 1958 bis 1973 aus dem Amortisationsfonds finanziert wurde.[18]

d) Stimulierung von Unternehmensfusionen bzw. ihrer Umwandlung in Aktiengesellschaften. Der entsprechende juristische Rahmen dafür bildete sich zwischen 1957 und 1962 heraus (G. 3765/57, 4002/59, 4231/62) und blieb seitdem im wesentlichen

16) Vgl. Stefanidis, D.: Nationale ökonomische Politik. Athen 1961, S. 190 ff. (gr.)
17) Vgl. Bericht in: Ekonomikos Tachidromos, 9/1/1975, über die Proteste der kleineren und mittleren Unternehmer gegen die übermäßige Pflichtabschreibung, welche per Gesetz bestimmt wurde.
18) Vgl. Koutsomaris, a.a.O. S. 34.

unverändert.[19] Er sah die Gebühren- und Steuerbefreiung bei den entsprechenden Transformationen vor.

Differenzierung der oben genannten Stimuli nach Regionen mit dem Ziel der gleichmäßigen ökonomischen Entwicklung. Eine umfassende staatliche Politik in dieser Richtung gab es allerdings erst relativ spät, und zwar ab 1972, d.h. als entscheidende Schritte der Industrialisierung bereits vollzogen waren.

Natürlich stellt sich an dieser Stelle natürlich die Frage, inwiefern diese Anreizsystem tatsächlich die Anlage von konstantem Kapital in der Industrie unterstützt hat.
Eine erste quantitative Einschätzung seiner Wirkung auf die innere Akkumulation des privaten Kapitals gibt uns die Tabelle 5. Trotz aller Bedenken bezüglich der Aussagekraft solcher Messungen kann jedoch die genannte Tabelle 5 das Verhältnis der verschiedenen Größen näherungsweise verdeutlichen. Ein Vergleich der ungefähren Kosten der staatlichen Stimulierung mit den realen Investitionen zeigt, daß ca. ein Drittel der letzteren potentiell durch die staatlichen Begünstigungen finanziert worden sein könnte. Damit wird die aktive Rolle des Staates bei der Erweiterung und Erneuerung des fungierenden Kapitals zumindest grob erfaßbar. Gleichzeitig zeigt die innere Struktur des Anreizsystems durchaus brauchbare Ansätze für eine künftige staatliche Politik auf diesem Gebiet. Kann zwischen 1960 und 1975 die Zollbegünstigungen mit 40 Prozent der gesamten Stimulierungskosten den Schwerpunkt des Anreizsystems dargestellten, so dürfte dies sich in der Zukunft aufgrund des griechischen Beitritts zur EG und der Aufhebung der Zollschranken mit Sicherheit ändern. Aus der ökonomischen Analyse des Zeitraums von 1967 bis 1972 läßt sich mit großer Wahrscheinlichkeit schließen, daß andere Stimuli in den Vordergrund treten werden, wie z.B. die Förderung der Abschreibungen, die Steuerbefreiungen[20] und die Zuschüsse. Von diesen Maßnahmen dürfte die private Investitionstätigkeit in der Zukunft vor allem abhängen.

19) Kazantzakis, P.: a.a.O., S. 95. unterstreicht die durch diesen gesetzlichen Rahmen entstandene Gefahr der Überfremdung der griechischen Unternehmen.
20) Vgl. Evgakis, G./Kanellopoulos, N.: Der Beitrag der ökonomischen, steuerlichen und anderen Anreize zur Entwicklung der Industrie, besonders in Griechenland. Vervielfältigte Arbeit für die Athener Akademie. Athen 1970. Danach kann 1 Prozent industrielles Wachstum erreicht worden mit einer Erhöhung des Abschreibungssatzes um 9,17 Prozent, mit einer Erhöhung der Zollnachlässe für Investitionsgüter um 19,9 Prozent, mit einer Steigerung der Steuernachlässe bei den Gewinnen um 10,1 Prozent oder einer Verminderung des Zinssatzes für langfristiges Geld um 31,2 Prozent.

Die zweite Seite der oben gestellten Frage betrifft den qualitativen Aspekt des Beitrages des Anreizsystems zur industriellen Entwicklung.
Die meisten Stimuli wirkten sowohl explizit (siehe z.B. den vorherigen Abschnitt, der zeigt, daß für besonders große Investitionen lt. Gesetz 4121/61 bestimmte Steuer- und Zollbefreiungen galten) als auch faktisch (Abschreibungsförderung, Fusionsförderung, Exportsubventionen usw.) vor allem zugunsten der großen Monopole. Sie trugen wesentlich zur Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals bei. Die enge Verflechtung des modernen Monopols mit dem staatlichen Anreizsystem wird auch durch die historische Parallelität ihrer Entfaltungsprozesse anschaulich dokumentiert.
Der Verstärkung und dem Expansionsdrang der Monopole sowie dem Druck der EG entsprechend, wurde am Ende der 70er Jahre schließlich ein einheitliches Anreizsystem eingeführt, wobei den bis dahin in Griechenland unbekannten, aber in den anderen führenden kapitalistischen Ländern breit praktizierten Zuschüssen (grants), d.h. direkte staatliche Finanzierung der privaten Investitionen mit einem Anteil bis zu 50 Prozent (G.D. 1116/81), eine zentrale Stellung eingeräumt wurde.
Eine Beurteilung der tatsächlichen Wirksamkeit und Effektivität des Anreizsystems unter qualitativen Aspekten schließt die Frage ein, inwiefern es die Strukturveränderungen, derer, die ökonomische und industrielle Entwicklung Griechenlands bedurfte, förderte.
Es war charakteristisch für die gesamte Zeit, daß es kein stabiles, einheitliches und von einer fundierten Konzeption zur Förderung bestimmter Zweige und Gebiete getragenes Anreizsystem gab. Zwischen 1950 und 1978 kamen 28 Förderungsgesetze zur Geltung. Viele davon waren nur Modifizierungen bzw. Fortschreibungen älterer Gesetze, von denen manche bis auf die Zeit von 1915 bis 1920 zurückgingen. Ein äußerer Beobachter der Entwicklung der griechischen Industrie hat dazu festgestellt: "Das Beihilfesystem ist weniger ein Teil eines Industrialisierungskonzepts als vielmehr eine Ansammlung einzelner Förderungsmaßnahmen".[21]

21) Thumm, W.: Die entwicklungspolitische Strategie Griechenlands im Lichte seiner Integration in die Europäische Gemeinschaft. In: Griechenland und die EG. Herausgeber: W. Gumpelt, Oldenburg-München 1980. S. 27.

Es wäre aber falsch, die Ursachen dieser Unzulänglichkeiten des Steuersystems nur in dem unausgereiften politischen Willen der staatlichen Führung oder in den wechselnden Anforderungen, die sich aus bestimmten Interessen des Monopolkapitals ergeben, zu suchen. Die tieferen Gründe lagen primär, wie auch in anderen Fällen, darin, daß die komplizierten sozialökonomischen Strukturen des Landes keine kontinuierliche konsequente und zielstrebige Politik auf diesem Gebiet erlaubten. Die Vielfältigkeit der verschiedenen Interessen, die sich durchkreuzten und widersprachen und die Schwäche des Staatsapparates ihnen gegenüber, führten zu dem Ergebnis, daß das Antimonopolgesetz zwar eine Erweiterung der Anlage von konstantem fixen Kapital stimulierte, ohne aber diese in bestimmte, ausgewählte Richtungen gelenkt zu haben. Richtungen und Ziele der Kapitalverwertung waren völlig vom privaten Monopolkapital bestimmt, entsprachen allein seinen Verwertungsbedürfnissen.

2.3.1.4. Die Gestaltung der Konkurrenzbedingungen des Kapitals durch den Staat

Wie bekannt, stellt die Konkurrenz die Bewegungsform des warenproduzierenden Privateigentums in der Zirkulation dar. Durch die Konkurrenz machen sich alle Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion als Zwangsgesetze geltend und offenbaren sich als blindwirkende Tendenzen.[22]

Die kapitalistische Konkurrenz um die profitabelste Kapitalanlage in der Produktionssphäre sowie um den Absatz der Produkte bestimmt wesentlich das Niveau der Durchschnittsprofitrate sowie den Extraprofit der verschiedenen Kapitalien.

Die Verhinderung der Konkurrenz durch natürliche, künstliche oder ökonomische Monopolstellungen einiger Kapitalisten bringt Extraprofite, die die allgemeine Durchschnittsprofitrate überschreiten.[23]

Die moderne monopolistische Konkurrenz stützt sich nicht nur auf das ökonomische Monopol, das aus der wachsenden Konzentra-

22) Marx, K.: Das Kapital. Bd. 1. a.a.O. S. 256.
23) Autorenkollektiv (Leitung: H. Wagner) Politische Ökonomie des Kapitalismus. 12. Lehrbrief - 1. veränderte Ausgabe. Berlin S. 19 ff.

tion und Zentralisation des Kapitals entspringt, sondern findet weitgehend auch eine Basis in den staatlichen Regulierungsmaßnahmen, die die Konkurrenzbedingungen modifizieren, und zwar mehrheitlich zugunsten der Interessen des Monopolkapitals des eigenen Landes.

Entsprechend der Rolle und Stücke des Monopolkapitals unterscheidet man in der Wirtschaftsgeschichte Griechenlands nach dem zweiten Weltkrieg zwei Perioden, in denen der Staat eine interventionistische Haltung gegenüber der monopolistischen Konkurrenz einnahm:

einmal positiv im Sinne der Beschränkung der Konkurrenz und einmal negativ im Sinne der allmählichen Aufhebung der Schranken der freien Bewegung des Kapitals.

Die erste Periode, die von den 30er Jahren bis in die Mitte der 60er Jahre dauerte, wird dadurch gekennzeichnet, daß wenige schwache, vorwiegend auf den inneren Markt orientierte Investitionsmonopole das Verwertungsfeld beherrschten. Ihre Existenz wurde vom Staat sowohl gegen die äußere als auch gegen die innere potentielle Konkurrenz durch ein vielseitiges und umfangreiches Schutzinstrumentarium garantiert. Die wichtigsten Regelungen waren dabei folgende:

a) Ein komplizierter Mechanismus zur Betriebsgründung und/oder -aufnahme, dessen Kern die vom Staat gewährte Zweckmäßigkeitserlaubnis war (G. 5/3/1935). Dementsprechend hing die Gründung eines Unternehmens von der Genehmigung des verantwortlichen Ministeriums ab. Das Hauptkriterium für diese Genehmigung war, daß der neue Betrieb nicht die Gefahr der Überproduktion erhöht und nicht zu vernichtender Konkurrenz in der Wirtschaft führt. Deutlich sind hier die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise 1929-33 zu erkennen. Tatsächlich aber nutzten die schon existierenden Monopole diese Verordnung, um vermittels ihrer Interessenvertreter im Staatsapparat diese Erlaubnis ihren zukünftigen und potentiellen Konkurrenten zu verweigern. Es gab somit quasi eine "Eintrittssperre" für neue Kapitalien und eine Verewigung der monopolistischen Privilegien der schon existierenden Unternehmen. Eine Anzahl charakteristischer Beispiele erwähnt der Amerikaner Ellis, so z.B. den Kampf um die Gründung einer neuen Papierfabrik Ende der 50er Jahre. Nachdem das bis dahin alleine in der Papierindustrie existierende Monopol [illegible]

die Zweckmäßigkeitserlaubnis lange gegen die neue Gründung gekämpft hatte, gab es schließlich auf und kam mit dem "Neuling" zu einer stillschweigenden Absprache über die Verteilung des Marktes.[24]

Die Chancen eines "Neuen" hingen wesentlich von seinem politischen und ökonomischen "Hinterland", seinen Beziehungen und Verwandtschaften ab.

Viele Politiker waren offizielle oder heimliche Eigentümer schon existierender Monopolbetriebe und hatten somit Interesse, die entsprechende Genehmigung nicht zu gewähren.

) Die Handelspolitik: Von 1923 und bis Anfang der 60er Jahre herrschte in Griechenland ein Status von Hochschutzzöllen, die bis zu 60 Prozent des Fakturenwertes betrugen. Diese hohen Schutzzölle waren nicht nur ein Ergebnis der Politik der industriellen Entwicklung, der Verteidigung der Interessen der eigenen Monopole, sondern auch ein Ergebnis der Weltwirtschaftskrise; sie wurden bis 1953 auch noch durch Einfuhrkontingentierungen ergänzt.

Die verfolgte Schutzzollpolitik brachte nicht nur stabile und sichere Gewinne für die Monopole, sondern schützte gleichzeitig auch die kleineren Kapitalisten und Handwerker vor der ausländischen Konkurrenz. Der enge innere Markt und die schwache innere Konkurrenz führten faktisch zur Stagnation der Technik, zum Desinteresse an neuen Investitionen, zum Verzicht auf internationale Arbeitsteilung, insgesamt zu Tendenzen der Verewigung des niedrigen Niveaus der Produktivkräfte.

Daher ist es auch nicht möglich, die griechische Zollpolitik mit den Schutzzöllen anderer Länder, wie z. B. Deutschlands im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts, auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Dort sind die einheimischen Monopole vor ausländischer Konkurrenz geschützt worden, um sie zu verstärken, um ihre äußere Expansion abzusichern. Somit war auch eine Entwicklung der inneren materiell-technischen Basis verbunden, was in Griechenland nicht der Fall war.

) Ellis, a.a.O., S. 335 ff.

c) Preispolitik: Die Preise der verschiedenen Produkte wurden während dieser Zeit vom Handelsministerium kontrolliert. Außer den Lebensmittelpreisen, deren Kontrolle relativ streng war, wurden die anderen Preise wahrscheinlich nur sporadisch kontrolliert. Es fehlen eigentlich Informationen darüber. Es ist aber die Auffassung sehr verbreitet, daß die Preiskontrolle in der Wirklichkeit nie richtig angewendet wurde, zumal die Ministerien nicht über entsprechend qualifiziertes Personal verfügten. Andere Kritiker wiederum sehen in der Preiskontrolle, die sich in Form der Gewinn- und nicht der Kostenkontrolle vollziehen sollte, eine Abschwächung des Profitmotivs als der entscheidenden Triebfeder der kapitalistischen Entwicklung und damit die Erzeugung von Interessenlosigkeit für technische Neuerungen.

d) Die geschlossenen Berufe: Fast bis in die Zeit der Diktatur hinein war der Zugang zu einigen Berufen streng kontigentiert (z.B. Börsenhändler, Apotheker, Spediteure u.a.). Die entsprechenden Gesetze sind auch in den 30er Jahren entstanden und zielten auf eine Stabilisierung der Mittelschichten ab.

Die aktive Intervention des Staates zur Modifizierung der für das schwache griechische Monopolkapital ungünstigen Konkurrenzbedingungen gegenüber dem Ausland wirkte auch stabilisierend für andere, kleine und mittlere Kapitalisten, Handwerker usw. Im Zusammenhang damit sprechen viele bürgerliche Autoren, wie I. Zolotas in allen seinen Schriften, von dem "technisch rückständigen und schwachen Monopol" in Griechenland[25], dessen Existenzbedingung die übermäßige staatliche Schutzpolitik darstellt.

Für das bürgerliche ökonomische Denken ist es in hohem Maße typisch, das Wesen ökonomischer Erscheinungen, wie z.B. das Monopol, nicht aus der Produktions-, sondern aus der Zirkulationssphäre zu erklären. Wenn das moderne Monopol als ein "Marktanteil" definiert wird, so das frühere als ein Produkt der Staatstätigkeit.

---

[25] Einige bürgerliche Autoren sprechen hier auch von einem "stillschweigenden Monopol". Vgl. Apostolopoulos, Th.: Die Neuorientierung der griechischen Wirtschaftspolitik nach der Assoziierung mit der EWG im Hinblick auf die zukünftige Vollmitgliedschaft. Diss. Köln 1970.

Der Unsinn solcher Meinungen kulminiert in der Feststellung, daß die griechischen Monopole schwach geblieben sind, weil sie nicht der internationalen Konkurrenz ausgesetzt waren. Dieser Standpunkt verkehrt die Wirklichkeit und plädiert für eine uneingeschränkte monopolistische Konkurrenz, bei der die schwachen griechischen mit den starken ausländischen Monopolen auf dem griechischen Markt kämpfen sollten. Das Ergebnis wäre zweifelsohne die noch stärkere ökonomische Abhängigkeit Griechenlands vom Ausland.

Tatsächlich brauchte das griechische Monopolkapital die staatliche Hilfe, gerade weil es historisch bedingt relativ schwach war. Und diese staatliche Hilfe mußte viel größer sein, als diejenige in anderen Ländern, z.B. Deutschland im 19. Jahrhundert, weil die internationale Konkurrenz nun im 20. Jahrhundert mittlerweile viel schärfer war.

Das griechische Monopol, so wie es sich bis Mitte der 60er Jahre konstituiert hat, war Ergebnis der kapitalistischen Entwicklung. Es wurzelte in der Produktionssphäre und repräsentierte differenzierte Formen des Kapitaleigentums. Es war in letzter Instanz kein Produkt des staatlichen Protektionismus. Jedoch kann man nicht leugnen, daß letzterer sehr ausgeprägt war, sodaß tatsächlich der Eindruck entstehen könnte, es handelt sich beim griechischen Monopol um ein künstliches bzw. staatlich determiniertes.

Die Problematik dieses Phänomens ist offenkundig, auch für die marxistische Wissenschaft. Ihre Bedeutung für die richtige Erkenntnis des griechischen Monopolkapitalismus ist so wesentlich, daß die zukünftige Forschung sich stärker noch dieser Frage annehmen muß.

Dieses protektionistisch modifizierte Konkurrenzsystem, das dem "alten Monopol" entsprach, fing Anfang der 60er Jahre an zusammenzubrechen, als die konstituierenden Momente des alten Monopols, nämlich der niedrige Grad der inneren Akkumulation wie auch der Expansionsbewegung des internationalen Monopolkapitals, wegfielen.

Die Katalysator-Rolle in diesem Prozeß spielten die äußeren Antriebskräfte, d.h. das Eindringen des internationalen Monopolkapitals (ausländisches und ursprünglich griechisches). Dieses

Kapital transformierte gewaltsam das noch merkantilistisch verbrämte kapitalistische System Griechenlands in die moderne staatsmonopolistische Ära. Daß nicht Kapital schlechthin angelegt wurde, sondern hochgradig monopolistisches, bestimmte zwangsläufig auch die Form der Konkurrenz. Das moderne kapitalistische Monopol bedingt natürlich nicht die freie, sondern die monopolistische Konkurrenz. Dementsprechend und unter dem Druck der neuen sozialen Kräfte, der Repräsentanten des modernen Monopols, begann der griechische Staat, den alten Konkurrenzrahmen zu verändern.

Die neuen monopolistischen Konkurrenzregeln bzw. der Abbau der älteren setzten sich sehr langsam durch, so daß noch bis Anfang der 80er Jahre viele Überreste der alten Interventionspolitik geblieben sind. Der heftige Kampf der modernen Monopole gegen solche Bestimmungen - auch in Form der Anpassung der sogenannten Wettbewerbsregeln an die der EWG - stieß auf systemsichernde Ansprüche und Aspekte der staatlichen Wirtschaftspolitik. Der Staat mußte natürlich weiterhin als Repräsentant und Stabilisator des gesamten Systems auftreten.

Der Übergang von der weitgehend administrativ regulierten Konkurrenz zur monopolistischen Konkurrenz drückt sich in den folgenden Aspekten aus:

a) In der ersten Hälfte der 60er Jahre lockerte der Staat die Beschränkung der Kapitalwanderungsbewegung. Die Gewährung der Zweckmäßigkeitserlaubnis wurde von nur noch einem Kriterium abhängig gemacht, nämlich der Verstärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft. Damit konnten nun mehr ausländische Monopole in Griechenland fußfassen. Formal allerdings blieb ihre Niederlassung immer noch abhängig vom Willen der politischen Führung, da die Zweckmäßigkeitserlaubnis weiterhin erforderlich war.

b) Mit der ab 1953 eingeführten Importfreiheit und dem 1962 unterzeichneten Abkommen über die Assoziierung Griechenlands an die EWG verstärkte sich die monopolistische Konkurrenz. Die hohen griechischen Zölle sollten allmählich, in einem Zeitraum von 12 bzw. 22 Jahren, je nach Art der Produkte abgebaut werden. Trotzdem blieben die Zölle für viele griechische Produkte bis Anfang der 80er Jahre nicht gering, was mit dem Schutz der traditionellen Zweige und damit breiter Bevölkerungsschichten zu tun hatte.

Der Staat begünstigte mit den hohen Zöllen die weitere Stärkung der griechischen Monopole, die in den traditionellen Zweigen tätig waren und hinderte andererseits aber erheblich durch Verweigerung des Zollschutzes die Entstehung neuer, technologisch fortschrittlicher Zweige, die das Land für seine ökonomische Entwicklung brauchte (vgl. dazu die Zollsätze in der Tabelle 6). Hierin zeigt sich ganz deutlich nicht nur die Tatsache der Interessenverbindungen zwischen Staat und schon existierenden Monopolen, sondern auch die Divergenzen zwischen Monopol- und nationalen Interessen sowie der reaktionäre und Fäulnischarakter des Monopolkapitals.

c) Ab Ende der 60er Jahre überstieg in Griechenland der Export von Industriewaren den Agrarexport.[26] Darin zeigte sich u.a. der Industrialisierungsfortschritt des Landes. Der größte Teil der Industriewarenexporte jedoch wurde von nur 15 bis 20 großen Monopolen realisiert, wie es in 2.2.2. dargestellt wurde (vgl. entsprechende Tabelle). Die Verstärkung und der Expansionsdrang des Monopolkapitals zeigten sich nicht nur im Suchen nach größeren Märkten, z.B. über die Integration Griechenlands in die EG, sondern auch in der günstigeren Gestaltung von Konkurrenzbedingungen. Mit dem Beschluß 1470 (1971) der Monetären Kommission wurden stärkere Exportanreize eingeführt (Subventionierung und Rückerstattung der Zinsen für Exportkredite, Steuerfreiheiten usw.). So stieg z.B. die Zinsenrückzahlung von 297 auf 2.183 Mio. Drch zwischen 1970 und 1975, und insgesamt kosteten den Staat die Exportanreize ca. ein Viertel der gesamten Kosten der ökonomischen Stimulierung der Zeit von 1961 bis 1975.[27] Dadurch verbesserte der Staat die internationale Konkurrenzfähigkeit des griechischen Monopolkapitals.

d) Obwohl das moderne kapitalistische Monopol anstrebte, das alte, vom Staat geschützte und gestützte Monopol zu sprengen, hat es nicht dessen Ersetzung durch die freie Konkurrenz gewollt, sondern die Etablierung seiner eigenen Monopolstellung. Das wurde u.a. durch die bereits weiter oben angeführten Verträge, die die Monopole mit dem griechischen Staat abschlossen, deutlich. Dadurch ist die Konkurrenz zwischen den Kapitalien wieder beschränkt worden. Das "freie Spiel der Marktkräfte" blieb durch

26) Siehe Tabelle 7 im Kap. 2.3.2.
27) vgl. Roumeliotis, P.: a.a.O., S. 101 f.

die Sicherung bestimmter Privilegien ein leerer Begriff, der allein ideologischen Zwecken diente.

Die Wirkung und Realisierung der ökonomischen Gesetze war nicht mehr Resultat rein ökonomischer Prozesse. Das Wertgesetz wirkte nicht mehr uneingeschränkt, sondern modifiziert durch politische Entscheidungen. So war z.B. das für die ökonomische Entwicklung Griechenlands so wichtige Aluminiummonopol Peschine verpflichtet - entsprechend einem Vertrag mit dem Staat - 15 Prozent seiner jährlichen Produktion zu Exportpreisen auf dem inneren Markt zu verkaufen, während der übrige Inlandsabsatz im Preis frei von ihm bestimmt wurde.[28] Leider werden Details solcher Verträge von der Öffentlichkeit ferngehalten, und somit kann ein vollständiges Bild von den Konkurrenzschranken kaum vermittelt werden.

Trotz wichtiger Schritte, die bei der Säuberung des "alten" Monopols durch die moderne monopolistische Konkurrenz erreicht wurden, blieben viele Überreste. Die Herstellung der monopolistischen Konkurrenz setzte sich sehr langsam durch, so daß bis Anfang der 80er Jahre der Konkurrenzrahmen nicht vollständig den Verwertungsbedürfnissen des modernen Monopols entsprach. Die Gründe dafür waren nicht nur der Widerstand "alter" Monopole oder kleinerer und mittlerer kapitalistischer Betriebe, was sich am deutlichsten in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem griechischen Beitritt zur EG zeigte, sondern war auch in zweierlei Hinsicht der politische Wille. Zunächst im positiven Sinne, d.h., systemsichernde und-legitimierende Überlegungen setzten der uneingeschränkten Beseitigung alter Schutzregeln für bestimmte Zweige, Kapitalgruppen oder Bevölkerungsschichten gewisse Grenzen.

Zweitens im negativen Sinne, d.h. der alte Konkurrenzrahmen war Teil eines breiteren gesetzlichen Rahmens, der im Laufe der Zeit errichtet wurde. Seine Veränderung mußte zwangsläufig mit radikalen Veränderungen im Staatsapparat einhergehen, welche jedoch für eine politische Macht, die dreißig Jahre fast unaufhörlich regierte, nicht ohne Konsequenzen und Risiken bleiben konnten, weshalb die etablierte Macht notwendig davor zurückschrecken und für den Prozeß hemmend wirken mußte.

28) Vgl. Giannitzis, T. - Milionis, T.: Die Aluminiumindustrie in Griechenland. In: Wirtschaft und Gesellschaft. Juni 1981/17. S. 34 (gr.)

Das Verschwinden der Überreste des "alten" Konkurrenzrahmens, die in der modernen bürgerlichen Fachsprache "Anti-Anreize der ökonomischen Entwicklung" heißen, war eine der ersten Forderungen, die die EG im Hinblick auf die griechische Mitgliedschaft gestellt hat. "Anti-Anreize", d.h. Hindernisse für die Herstellung solcher monopolistischer Konkurrenzbedingungen, wie sie in den entwickelten kapitalistischen Ländern existieren, finden noch heute ihren Niederschlag in der Gesetzgebung, in den Funktionen des Staatsapparates und schließlich auch in der Finanzierung von Investitionen, Exporten und in der Besteuerung.[29] Der Charakter der "Anti-Anreize" als eine Summe von Überresten quasi merkantilistischer Schutzmaßnahmen für die griechische Wirtschaft wird auch von bürgerlicher Seite anerkannt: "... Das Anti-Anreizsystem ist Ergebnis eines langen Prozesses, der nach der wirtschaftlichen Krise von 1929 begann, sich nach dem zweiten Weltkrieg fortsetzte und in den neueren Jahren größere Dimensionen angenommen hat."[30]
All das erlaubt die Schlußfolgerung, daß die Durchsetzung eines vollständig den Interessen der starken und modernen Monopole entsprechenden Konkurrenzrahmens in Griechenland noch relativ lange Zeit dauern wird, trotz der beschleunigenden Effekte, die aus Griechenlands Beitritt zur EWG resultieren.

2.3.1.5. Kurze Schlußfolgerungen

Die staatliche Regulierung des Reproduktionsprozesses in der Industrie ist in verschiedenen Formen und unter Einsatz verschiedener Mittel vor sich gegangen. Die obige Untersuchung hat zu wichtigen Feststellungen geführt.
Erstens: Die direkten alten staatlichen Regulierungsformen, die dem "alten" und schwachen Monopol der 30er und 50er Jahre entsprachen, haben sich mit der neuen Phase des Monopolkapitalismus seit den 60er Jahren weitgehend überlebt und wurden zunehmend von indirekten Formen abgelöst. Dieser Prozeß vollzog sich in

29) Eine Kodifizierung und Zusammenfassung solcher "Anti-Anreize" ist in Zusammenarbeit der Zentralen Bank und der Monopolkreise entstanden. Vgl. "Berichte der Kommission für die Anti-Anreize", Athen 1979 (gr.)

30) Vgl. Erklärungen von X. Zolotas, Vorsitzender der Staatsbank, in: Ekonomikí Poriá. Juli 1979, S. 16 (gr.)

einem sehr langsamen Tempo und war bis Ende der 70er Jahre noch nicht abgeschlossen. Als besonderes Mittel der Regulierung des Reproduktionsprozesses in der Industrie erwies sich neben dem schon in 2.2. behandelten staatsmonopolistischen Instrumentarium die Gesetzgebung. Einen besonderen Aufschwung nahm diese Form in der Zeit der Militärjunta (1967-74).

Zweitens: Es ist die große Bedeutung der staatlichen Regulierungsmaßnahmen für den Profit und die Reproduktion des Monopolkapitals nachgewiesen worden. Ohne die billigen Kredite, die günstigen Anlagebedingungen, die indirekte Finanzierung eines Teils des Profits durch die Anreize hätte das griechische und ausländische Monopolkapital nicht die großen Gewinne erzielen können, die es real erreicht hat (vgl. dazu Kapitel 2.1.1.). Die staatliche Aktivität läßt sich somit als ein integraler Bestandteil der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals bestimmen.

Drittens: Es wäre indes aber sehr vereinfacht anzunehmen, daß jede staatliche Tätigkeit uneingeschränkt dem Profitinteresse der Monopole dient. Ein wichtiger Teil der staatlichen Regulierung war der Systemsicherung und -legitimation gegenüber den kleinen und mittleren Kapitalisten, den Handwerkern usw. geschuldet.

Der Aspekt der Systemerhaltung erklärt auch die zunehmenden Schwierigkeiten des Staates, den alten direkten Regulierungsrahmen (z.B. der administrativ gelenkte Zinssatz oder der enge gesetzliche Konkurrenzrahmen) durch einen neuen zu ersetzen, in dem die Interessen der inzwischen stark gewordenen Monopole größere Realisierungsmöglichkeiten finden. Die Zurückhaltung des Staates gegenüber solchen Bestrebungen des Monopolkapital sichert langfristig die Monopolherrschaft, indem er die Differenzierungsprozesse innerhalb der kapitalistischen Privateigentümer abschwächt und verlangsamt.
Die Berücksichtigung beider Aspekte der staatlichen Wirtschaftsregulierung entspricht voll und ganz dem Wesen jedes kapitalistischen Staates. Sein Wesen läßt sich dahingehend bestimmen, daß er nicht nur bestimmte Klasseninteressen vertritt, sondern auch gesamtgesellschaftliche Interessen wahrnimmt. Wäre der bürgerliche Staat ein zu offensichtliches Instrument in den Händen der Monopolbourgeoisie, könnte er seine Rolle bei der

Eindämmung der sozialen Widersprüche nicht spielen. Sein Auftreten als Klassenstaat, auch in der Wirtschaft, setzt etwas Elementares voraus:
Er muß vor allem von den anderen Schichten und Klassen akzeptiert und legitimiert werden, sonst wäre jegliche Staatstätigkeit offene Parteinahme für eine Klasse und würde am Ende "den Krieg aller gegen alle" in der Gesellschaft hervorrufen. Die "illusorische Gemeinschaftlichkeit", um mit Marx zu sprechen, die der bürgerliche Staat vertritt, muß letzten Endes auch in einer gewissen "realen Gemeinschaftlichkeit" wurzeln, und diese "reale Gemeinschaftlichkeit" muß sich auch ständig reproduzieren, insofern auch Interessen der nichtherrschenden bürgerlichen Schichten, der Handwerker, der Bauern und der Arbeiter; in verschiedenem Maße berücksichtigt werden. In den nächsten Abschnitten werden diese systemsichernden Aspekte des SMK noch deutlicher.

Viertens: Die staatliche Aktivität im Bereich der Industrie läßt noch einige andere Merkmale des griechischen Staates erkennen. Soweit der griechische Staat indirekt oder direkt (staatliche Investitionen) die Industrialisierung und damit die Produktivkräfte vorangetrieben hat, spielte er objektiv eine progressive Rolle für die gesellschaftliche Entwicklung.
Zugleich aber wies die staatliche Industrietätigkeit auch reaktionäre Züge auf, weil sie primär den Interessen der Monopole und nicht denen der nationalen Entwicklung diente. Die griechische Industrialisierung nach dem zweiten Weltkrieg hatte eindeutig den Charakter einer monopolistischen Industrialisierung. Der Staat hatte wenig Einfluß und konnte noch weniger die Ziele und Richtungen der Entwicklung bestimmen.
Die Untersuchung der staatlichen Investitionen in 2.2.1. hat deutlich gezeigt, daß der Staat keine Strukturänderungen in der verarbeitenden Industrie zugunsten der modernen, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt verkörpernden und die ökonomische Unabhängigkeit ermöglichenden Zweige betrieb.
Zu der gleichen Feststellung kommt man, wenn die indirekten Möglichkeiten und Hebel staatlicher Industrialisierungspolitik berücksichtigt werden (gesetzlicher Rahmen für Auslandsinvestitionen, Anreizsystem usw.). Quantitative Fortschritte sind zwar

erzielt worden, aber die Herstellung eines autonomen nationalen Reproduktionsprozesses mit weitgehenden Verflechtungen zwischen den Zweigen wurde nicht erreicht. Der staatliche Stimulierungsrahmen und die gesamte Staatstätigkeit waren entsprechend den Verwertungsinteressen des privaten, hauptsächlich internationalen Monopolkapitals gestaltet. Somit konnte der griechische Staat keinen positiven Einfluß auf die Strukturentwicklung der Investitionen und damit der Industrialisierung ausüben. Dies verblieb "im Ermessen des privaten und ausländischen Kapitals".[31]

2.3.2. Die staatliche Regulierung der Klassenbeziehungen und des Arbeitslohnes

Die kapitalistische Produktion ist Produktion von Mehrwert. Der Mehrwert wird während des Produktionsprozesses allein vom Arbeiter geschaffen. Er wird in der Mehrarbeitszeit erarbeitet, die über die zur Reproduktion der Ware Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit hinausgeht. Der Mehrwert wird vom Kapitalisten unentgeldlich auf Grund seines kapitalistischen Eigentumsmonopols angeeignet. Je niedriger der Wertteil der Ware Arbeitskraft am gesamten neugeschaffenen Wert, desto größer ist der Mehrwertteil des Kapitalisten, desto größer ist der Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse.

Aus diesem Grundgesetz der kapitalistischen Produktion, dem Mehrwertgesetz, ist ersichtlich, welche Bedeutung der Wert der Ware Arbeitskraft für die Verwertungsbedingungen des Kapitals hat. Der Wert der Ware Arbeitskraft erscheint an der Oberfläche der kapitalistischen Realität in Form des Arbeitslohnes. Der Arbeitslohn ist der Preis der Ware Arbeitskraft. Der Wert und der Preis der Ware Arbeitskraft fallen jedoch in der Regel nicht zusammen. Die Herabsetzung des Arbeitslohnes unter den objektiv bestimmten Wert der Ware Arbeitskraft ist ein sehr wirksames Mittel für die Kapitalisten, die Ausbeutung zu verstärken und den Mehrwert zu erhöhen.

Das Lohngesetz, nämlich das Verhältnis zwischen dem Preis und dem Wert der Ware Arbeitskraft, setzt sich mittels der Konkur-

31) Aleku, P.: Investitions- und Strukturpolitik und ihre demokratisch-antimonopolistische Entwicklungsperspektive in Griechenland. Habilitationsschrift - Berlin 1970, S. 115.

renz und dem Klassenkampf zwischen Kapital und Lohnarbeit durch. Die Organisiertheit der Arbeiterklasse und der gewerkschaftliche Kampf wirken der Tendenz des Lohnes, unter den Wert der Ware Arbeitskraft zu sinken, entgegen.[1]

Die Bedeutung der Gewerkschaften und des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse für die Verwertungsbedingungen des Kapitals erkannte der griechische Staat sehr früh. Er stellte sich aktiv an die Seite des Kapitals mit dem Ziel, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse zu unterdrücken bzw. unter Kontrolle zu halten. Hier wird der Klassencharakter des Staates als ein "öffentlicher Ausschuß" der gesamten Kapitalistenklasse zur Regulierung des Arbeitslohnes ganz deutlich.

Die griechische Gewerkschaftsorganisation entwickelte sich während der Zeit bis 1980 - abgesehen von einer kurzen Phase zwischen 1918 (Gründung des Gewerkschaftsbundes Griechenlands GSEE) und 1936 (Errichtung der Metaxas-Diktatur), in der ein starker, kämpferischer, klassenorientierter und vom Staat unabhängiger gewerkschaftlicher Kampf geführt worden war[2] - als typisch korporatorisch-faschistische Gewerkschaftsbewegung, eine besondere Form des Staatssyndikalismus.[3]

Das Wesen des Staatssyndikalismus, als einer Form der staatlichen Regulierung der Klassenbeziehungen, besteht darin, daß er die Gewerkschaften zu einem Anhängsel des staatlichen Apparates und dadurch zum Träger der staatlichen Politik macht.

Das Fehlen der gewerkschaftlichen Autonomie und der Verhandlungsfreiheit gegenüber dem Kapital und dem Staat unterstreicht zugleich das Unvermögen dieser Gewerkschaften, die Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Welches sind nun die Hauptmerkmale und die Inhalte des griechischen Staatssyndikalismus, wie er zwischen 1950 und 1980 praktiziert wurde?

a) Die Führungen der Gewerkschaften in allen Ebenen wurden meistens nicht über eine Wahl unter den Gewerkschaftsmitgliedern

1) "Ohne den Widerstand durch die Trade-Union erhält der Arbeiter nicht einmal das, was ihm nach den Regeln des Lohnsystems zusteht. Nur die Furcht vor den Trade-Unions kann den Kapitalisten zwingen, dem Arbeiter den vollen Marktwert seiner Arbeitskraft zu zahlen." Engels, F.: Das Lohnsystem. In: MEW, Bd. 19, Berlin, S. 253.

2) Es war die "heroische" Epoche der griechischen Gewerkschaftsbewegung. Vgl. G. Grawaritou-Maniataki: Syndikalismus und

in ihre Funktion berufen, sondern durch direkte staatliche Gewalt und Druck aufgezwungen und eingesetzt. (Wahlfälschungen, Vertreibung bzw. Arrest der gewählten Führung oder gewaltsame Entfernung bis hin zum Mord waren Methoden der Politik gegenüber den Gewerkschaften.) Die vom Staat eingesetzten Gewerkschaftsführer, denen der Spitzname "Arbeiterväter" gegeben wurde, kamen zum Teil nicht aus Kreisen der Arbeiter, sondern rekrutierten sich aus ehemaligen Beamten des Ministeriums für Arbeit.[4] Diese Führung hat jegliche Aktionsbewegung und den ökonomischen Kampf der Arbeiter erstickt und gelähmt. Sie akzeptierten als offizielle Gesprächspartner der Regierungen ohne bedeutende Einwände die von jener festgelegten Tarifbestimmungen zuungunsten der Arbeiterklasse.

b) Typisch für den griechischen Staatssyndikalismus war die gesetzliche und tatsächliche Beseitigung der Verhandlungsfreiheit der Gewerkschaften gegenüber dem Kapital; obwohl die "freien" Tarifverträge und -verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Kapital schon in den 30er Jahren durchgesetzt wurden und eine Errungenschaft der Arbeiterklasse darstellten, sind sie in der Nachkriegszeit fast nie zur Geltung gekommen.[5] Das lag wiederum an staatlichen Interventionen, die über folgende Mittel erfolgten:

1) Die sehr oft praktizierte Zwangsschlichtung nach der bei Nichtübereinstimmung der Arbeitgeber mit den Staatsgewerkschaften über die Tarifverträge Schlichtungsgerichte entschieden, in denen die Arbeiter in der Minderheit waren und wo wirtschaftspolitische Aspekte als Entscheidungskriterien überwogen. So sind z.B. im Jahre 1977 146 Tarifverträge unterschrieben und 179 Schlichtungsentscheidungen[6] getroffen worden.

2) Die Nichtbestätigung oder Modifizierung der Tarifverträge durch den Staat, wenn diese der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung widersprachen (§ 20, Gesetz 3239/1955);

3) die völlige Außerkraftsetzung der Tarifverhandlungen durch die Junta.

Durch die gesetzlichen Bestimmungen und die große Rolle der Gerichte bei den Tarifverhandlungen wurde also der Konkurrenzkampf zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse enorm zugunsten der letzteren beschränkt.

3) Das korporatorisch-faschistische Gewerkschaftsmodell, praktiziert vor allem in Italien von Mussolini, fand Verbreitung im diktatorischen Spanien nach dem Bürgerkrieg sowie in Portugal und in den lateinamerikanischen Ländern.

c) Die Gewerkschaften waren ökonomisch vom Staat abhängig (staatliche Gewerkschaftskasse usw.), was ihre allgemeine Abhängigkeit weiter verstärkte. Zugleich machte sich der Staat durch die organisatorischen, gesetzlichen und ökonomischen Beziehungen zwischen ihm und den Gewerkschaften (z.B. Minderheitsvertretung der Arbeiter in ihrer SV-Kasse usw.) die grossen Sozialversicherungsfonds der Gewerkschaften zunutze (Zwangsanlagen in Wertpapieren usw.)[7].

d) Der rückständige und reaktionäre Charakter des griechischen Staatssyndikalismus kommt letztlich in seiner Isolierung von der internationalen Gewerkschaftsbewegung, in seiner ablehnenden Haltung, internationale Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung der entwickelten kapitalistischen Länder, die in internationalen Verträgen und Vereinbarungen fixiert sind, zu nutzen und zu realisieren, zum Ausdruck. So sind z.B. bis Anfang der 80er Jahre die 103. und 135. internationale Arbeitskonvention, die u.a. die freie gewerkschaftliche Tätigkeit am Arbeitsplatz und -ort unter gesetzlichen Schutz stellt, noch nicht vom griechischen Staat unterschrieben worden. Damit hindert er beträchtlich die Entwicklung des gewerkschaftlich organisierten Kampfes der griechischen Arbeiterklasse und trachtet danach, die Gewerkschaften weiterhin zu bevormunden.

Insgesamt kann man feststellen, daß der griechische Staatssyndikalismus durch direkte Zwangs- und Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Staat und Gewerkschaften gekennzeichnet war[8], die ihn von neukorporatistischen Formen der Regulierung der Klassenbeziehungen unterschieden, wie sie z.B. in der "konzertierten Aktion" in der BRD 1967-77 zum Ausdruck kamen. Im letzten Fall ist die Einbindung der Gewerkschaften in die staatliche Einkommenspolitik eine Folge von intergewerkschaftlichen Prozessen und enthält das Element der Zustimmung. Die ideologische Basis

4) Growaritou-Maniataki, G.: a.a.O., S. 319.
5) Ebenda S. 323.
6) Fakiolas, P.: Die Gewerkschaftsbewegung in Griechenland. Athen 1978, S. 205.
7) Vgl. Berichte in "Rizospastis" 7-9-1979 u.a.
8) Vgl. auch Katzabanis, S.: Die Entwicklung der Betriebsgewerkschaften in Griechenland. Kapitel: Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Griechenland. (unveröff. Ms), (West-) Berlin 1982.

ist sozialreformistischen Charakters und wird meistens über sozialdemokratische Parteien vermittelt.[9]

Worin lagen die Ursachen und die Notwendigkeit der Herausbildung des Staatssyndikalismus in Griechenland?

Hauptgrund dafür war die schwache und langsame Entwicklung des Kapitalismus überhaupt im Lande.

Das schwache griechische Kapital, besonders in seiner monopolistischen Form, konnte nicht mit dem internationalen Monopolkapital konkurrieren. Letzteres hatte nicht nur den Vorteil des früheren Entstehens, sondern stützte sich auch erheblich auf äußere Quellen und Ressourcen, die seinen Profit erhöhten. Hinzu kam, daß das einheimische Kapital der Konkurrenz durch die ausländischen Monopole im eigenen Lande ausgesetzt war. Der einzige Ausweg zur Verbesserung seiner Verwertungsbedingungen war die verstärkte Ausbeutung und Ausnutzung der inneren Produktivkräfte, in erster Linie der Arbeitskraft, was nur bei Niederhaltung der Gewerkschaftsbewegung möglich war. Das daraus dann folgende relative Erstarken des Monopolkapitals in den 60er Jahren hob den Staatssyndikalismus nicht automatisch auf. Solche idealen Bedingungen nutzt jedes Kapital aus, sie können sich nur durch den Druck des Kampfes der Arbeiterklasse und den Druck anderer Verwertungsbedürfnisse des Kapitals ändern.

Möglich war die Durchsetzung und jahrzehntelange Behauptung des Staatssyndikalismus wiederum auch nur durch die Schwäche der Arbeiterklasse gewesen. Die Industriearbeiter machten Anfang der 50er Jahre nur 13,2 Prozent der berufstätigen Bevölkerung aus (vgl. Tabelle 8, Kapitel 2.1.). Die Verdoppelung dieser Zahl bis Anfang der 70er Jahre war bedeutsam, aber trotzdem blieb der Anteil relativ niedrig. Negativ wirkte ebenfalls der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad der Industriearbeiter. Genaue Angaben darüber gibt es nicht. Nach Schätzungen fortschrittlicher Gewerkschaftsfunktionäre, die sich gegenüber dem Verfasser geäußert haben, überschritt die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bis Mitte der 70er Jahre nicht 20 Prozent der gesamten Zahl der Lohnabhängigen.

Restriktiv auf die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und die Herausbildung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse wirkten der niedrige Konzentrationsgrad der Arbeiter in den

9) Vgl.: Arbeiterklasse und staatsmonopolistische Regulierung der Klassenbeziehungen. Autorenkollektiv - IPW - Forschungsheft 2/81. Berlin 1981, S. 122 ff.

Industriebetrieben, das niedrige Ausbildungsniveau als Folge des langen Fehlens wichtiger Schwerindustriezweige[10] und die weitgehenden Verbindungen der neu entstandenen Teile der Arbeiterschaft mit der Landwirtschaft. Alle diese Faktoren begünstigten die Entfaltung und Weitererhaltung des Staatssyndikalismus.

Eine spezielle und beträchtliche Rolle spielte dabei der Staat. Durch die Metaxas-Diktatur (1936-1940), die faschistische Besatzung Griechenlands im zweiten Weltkrieg und den darauf folgenden Bürgerkrieg (1946-49), den kalten Krieg der 50er Jahre und die Militärdiktatur (1967-74) sind alle Bestrebungen - und es gab viele - der Arbeiterklasse, autonome Klassengewerkschaften zu gründen, gewaltsam und blutig unterdrückt worden. Wenn man von einigen kurzen Perioden absieht, hat der griechische Staat von Mitte der 30er bis Mitte der 70er Jahre ununterbrochen die Regulierung der Klassenbeziehungen durch offene politische Gewalt realisiert. Somit ist es berechtigt zu sagen, daß die Unterdrückungsfunktion und die unmittelbare politische Gewalt integraler Bestandteil des Staatssyndikalismus sind. Das läßt sich auch am Beispiel Spaniens und Portugals bestätigen, wo die gleiche Form der Gewerkschaften durch die langjährigen diktatorischen Regimes konstituiert wurde.

Im weiteren muß man auch die Frage stellen, ob nicht nur die direkten, administrativen Formen staatlicher Regulierung der Wirtschaft (eine davon ist der Staatssyndikalismus), was die Annahme der vorliegenden Arbeit ist, sondern auch die offene politische Unterdrückungsfunktion des Staates notwendig und typisch sind für die Gewährleistung der Interessen der Monopole und des Reproduktionsprozesses in solchen Ländern wie Griechenland, Spanien und Portugal, in denen sich der Kapitalismus verspätet, schwächer, stufenweise und abhängig vom Ausland entwickelte.

Welchen Einfluß hatte nun der Staatssyndikalismus auf die Lage der Arbeiterklasse in Griechenland? Wie wurde der Arbeitslohn dadurch reguliert?

10) Nur 2,3 Prozent der Werktätigen in der Verarbeitungsindustrie hatten bis 1971 einen Qualifizierungskurs abgeschlossen. Vgl. dazu: Babanasis, S./Soulas, K.: Griechenland... a.a.O., S. 188.

Während der 60er und 70er Jahre überschritten die den Arbeitern tatsächlich gezahlten Nominallöhne die vom Staat festgesetzten Mindestlöhne (vgl. Tabelle 4). Letztere sind in denjenigen Ländern, in welchen die Gewerkschaften über ein Verhandlungsrecht zum Abschluß von Tarifverträgen verfügen, ein sehr wichtiges Mittel dafür, daß der Preis der Arbeitskraft nicht mehr völlig den Schwankungen der Konkurrenz der Arbeiter untereinander einerseits und zwischen Arbeitern und Kapitalisten andererseits unterliegt. Unter den Bedingungen des griechischen Staatssyndikalismus indes "übten die Mindestlöhne keinen entscheidenden Einfluß" auf das Wachstum der tatsächlich gezahlten Löhne aus, wie offiziell anerkannt wurde.[11] Die für die Reproduktion der Arbeitskräfte notwendigen Löhne wurden meist von der Arbeiterklasse selbst erkämpft, was auch die Entwicklung der Streikbewegung in der Tabelle 3 verdeutlicht.

Dennoch entsprach die Bewegung des Nominallohnes nicht dem Wert der Ware Arbeitskraft. In den 60er und 70er Jahren verlief die Nominallohnentwicklung langsamer als die der Preissteigerung und die Arbeitsproduktivitätssteigerung (vgl. Tabelle 1). In der Periode der Militärdiktatur (1967-74) ging der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen sogar zurück trotz des Wachstums des Anteils der Lohnabhängigen an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung (vgl. Tabelle 2). Gerade in dieser Tatsache äußert sich ganz deutlich die arbeiterfeindliche Politik der Diktatur, ihre besonderen Beziehungen und Verflechtungen mit dem Monopolkapital.

Doch in zwei Perioden, als die "inoffizielle", spontane bzw. nicht in den Staatssyndikaten organisierte Streik- und Gewerkschaftsbewegung entfaltet wurde, nämlich zwischen 1956-67 und 1974-80 (siehe Tabelle 3), erkämpfte die Arbeiterklasse solche Lohnerhöhungen, die die Inflationsrate überschritten und den Reallohn stabilisierten, die jedoch trotzdem noch hinter dem Wachstum des BSP zurückblieben.

Das Fehlen einer starken klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung hatte insgesamt verheerende Auswirkungen auf die Lage der Arbeiterklasse. Der Ausbeutungsgrad der Arbeiterklasse, d.h. die

---

11) Zentrum für Planung und ökonomische Forschung (KEPE): Entwicklungsprogramm 1976-80. - Einkommenspolitik. Bericht der Arbeitsgruppe. Athen 1976. S. 48.

Jahresurlaubs in der Industrie, stieg von 150 Prozent im Jahre 1958 auf 280 Prozent im Jahre 1973.[12]

Diese Tatsache ist zurückzuführen auf das schnelle Wachstum der Arbeitsproduktivität, durch die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und auch durch die Erhöhung der Arbeitsintensität.[13] Indirekt spiegelt sich die Erhöhung der Arbeitsintensität in wachsenden Unfallzahlen wider. Die Zahl der Arbeitsunfälle war in Griechenland in den 70er Jahren sechs mal so hoch wie in den Ländern der EWG, stellte das internationale Arbeitsbüro fest.[14]

Beeinträchtigend auf die Arbeitsbedingungen wirkten die Einsparungen der Kapitalisten an konstantem Kapital bei Schutz- und Sanitäreinrichtungen. Die gleiche Untersuchung des internationalen Arbeitsbüros konstatierte, daß 45 Prozent der Arbeiter in Griechenland unter "unerträglichen" Arbeitsbedingungen arbeitet. Nur 15 Betriebe in Griechenland verfügten über Betriebsambulatorien!

Der Druck auf die untere Grenze der Lohnhöhe wurde vor allem durch die Ausnutzung billiger Arbeitskräfte wie Frauen, Kinder und ausländische Gastarbeiter (insbesondere aus asiatischen und afrikanischen Ländern, deren Zahl 1980 auf ca. 120 000 geschätzt wurde) ausgeübt.

Die Gleichberechtigung der Frau im Arbeitsleben, das Prinzip des gleichen Lohnes für die Verrichtung der gleichen Arbeit, ist in Griechenland noch nicht verwirklicht worden. Der Anteil der berufstätigen Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten betrug während der 70er Jahre ca. 25 Prozent, der Lohn der Frau betrug jedoch nur ca. zwei Drittel des durchschnittlichen Männerlohnes für die gleiche Arbeit (vgl. Tabelle 3). Es liegt auf der Hand, daß die griechischen Monopole aus der Frauenbeschäftigung hohe Profite realisierten.

Der Staatssyndikalismus wird besonders bei der Durchsetzung solcher Ausbeutungsformen eingesetzt, die dem Kapital absoluten Mehrwert bringen. Dazu gehört die Ausdehnung des Ausbeutungsfeldes durch Überstunden oder Schichtarbeit. Nach Berechnungen haben drei Viertel der Lohnabhängigen im Jahre 1979 Überstunden

12) Vgl. Kotziss, N.: Die Lebensweise der Arbeiterklasse in Griechenland. In: Kommunistiki Epitheorisi, 5/1980, Athen, S. 29.
13) Vgl. Babanasis, S.: a.a.O. S. 27.
14) In dem Jahrzehnt von 1970 bis 1980 lag die durchschnittliche Zahl der Arbeitsunfälle bei 47.500 pro Jahr. Vgl. Zeitung "Eleftherotipia", 3. 4. 1979.

gemacht.[15] Die Überstundenarbeit wurde vom Staat besonders während der Diktaturzeit[16] durch verschiedene Gesetze begünstigt.[17]

Weiterhin ist die Lage der Arbeiter in Griechenland durch hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Die vollständig Arbeitslosen und die verdeckt Arbeitenden sowie die landwirtschaftliche Überbevölkerung machten 1961 23,6 Prozent der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung aus.[18] Durch die Auswanderung und die steigende Beschäftigung sank dieser Anteil und betrug im Jahre 1971 15 Prozent. Die Unglaubwürdigkeit der offiziellen Angaben erschwert die Berechnungen. Ende der 70er Jahre ermittelte die EWG, daß in Griechenland ca. 15-17,8 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung arbeitslos war. Besonders hoch war die Arbeitslosigkeit unter der Jugend.[19]

Die Auswirkungen der kapitalistischen Profitgier auf die Lage der Arbeiterklasse zeigt sich auch in den niedrigen Renten, in wachsender Umweltverschmutzung in den Arbeiterstädten, in den mangelhaften Wohnbedingungen usw. Insgesamt war das Schicksal des Arbeiters in Griechenland in den vergangenen dreißig Jahren der Kapitalverwertung völlig untergeordnet. Die einzig entgegenwirkenden Faktoren, die gewerkschaftliche Organisation und der gewerkschaftliche Kampf, spielten dank des staatlichen Eingreifens keine ernsthafte Rolle.

Dadurch gestaltete und modifizierte der bürgerliche Staat erheblich den Verlauf des Verwertungsprozesses. Er verschaffte dem schwachen griechischen Kapital ideale Bedingungen für die Ausbeutung der griechischen Arbeiterklasse.

Die Modifizierung der ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Ordnung unter dem staatsmonopolistischen Kapitalismus wirkt sich auch auf das Lohngesetz aus. Neben der Entwicklung des individuellen Arbeitslohnes gewinnt immer mehr derjenige Teil des Wertes der Ware Arbeitskraft an Bedeutung, der die Reproduktion der Arbeiter als Klasse insgesamt garantiert, nämlich der Soziallohn.

---

15) Kotzias, N.: a.a.O. S. 35.

16) Vgl. Theodorou, Th.: Angaben über die Arbeiterklasse in Griechenland heute. Athen 1975.

17) Wie die Überstundenarbeit in verschiedenen Betrieben erzwungen und verwirklicht wurde, zeigt u.a.: Bericht in der Zeitung "Rizospastis" 31/6/1980, M. Michailidis: Überstunden: Schaden für den Arbeiter, Gewinn für den Kapitalisten. [illegible] 2/1981, Athen, S. 35.

Die wachsenden Ausgaben des bürgerlichen Staates für das Gesundheitswesen, die Ausbildung, die Sozialversorgung, kurz alles, was als Sozialpolitik verstanden wird, bringt den wachsenden Vergesellschaftungsprozeß zum Ausdruck. Unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution und des verstärkten Kampfes der Arbeiterklasse gerät die Kategorie Arbeitslohn in einen inneren Widerspruch zur fortwährenden Vergesellschaftung der Produktion. Hierin äußert sich eine besondere Form der Verschärfung des Grundwiderspruchs des Kapitalismus. Der Soziallohn als vergesellschafteter Teil des historisch-moralischen Elements des Wertes der Arbeitskraft stellt eine Reaktion, eine Anpassung des Kapitalismus an die veränderten Bedingungen dar. Er weist darauf hin, daß " das Fundament, worauf die bürgerliche Ordnung beruht, erschüttert ist."[20]
Die prinzipielle Bedeutung des vergesellschafteten Teils des Arbeitslohnes besteht darin, "daß in ihm potentiell gewisse Einschränkungen des Mehrwertgesetzes enthalten sind."[21] Insofern schließt der Klassenkampf heute nicht nur das Ziel der Verbesserung der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft ein, sondern darüber hinaus den Kampf um die Veränderung der Lage des Proletariats in der Gesellschaft schlechthin.
Im Gegensatz zu den entwickelten kapitalistischen Ländern repräsentiert der gesellschaftliche Teil des Lohnes in Griechenland einen sehr geringen Anteil des Bruttosozialproduktu, so ist er nur etwa halb so hoch wie in der BRD (Vgl. Tabelle 8). Darin äußert sich unter anderem die schwache Entwicklung des griechischen Kapitalismus, offenbart dieser Prozentsatz doch den niedrigen Anteil der Arbeiterklasse an der gesamten Bevölkerung und die noch schwache Bedeutung des vergesellschafteten Teils des Lohnes für die Reproduktion der Arbeiterklasse. Deutlicher noch veranschaulicht diese letzte Besonderheit die Diskrepanz zwischen Brutto- und Nettolohn. Während in der BRD die Lohnabzüge (Steuer, SV-Beiträge usw.) im Jahre 1979 durchschnittlich 32,6 Prozent des Bruttolohnes bzw. -gehaltes ausmachten, überschritten sie

18) Zabanakis, K.: a.a.O., S. 25.
19) Vgl. Bericht in: Ekonomikos Tachidromos. 27-11-1980, Athen, S. 8.
20) Vgl. Tjulpanow, S.: Die marxistisch-leninistische Mehrwerttheorie und die Gegenwart. In: Autorenkollektiv DDR-UdSSR: Kapitalistische Ausbeutung heute. Verlag die Wirtschaft, Berlin 1977, S. 23.
21) Ebenda, S. 31.

in Griechenland im gleichen Jahr erstmals knapp die 10 Prozent (vgl. Tabelle 10), was sogar noch unter dem entsprechenden Wert für die BRD im Jahre 1950 liegt.[22]

Die Zentralisierung dieses Teils des Lohnes durch den Staat und seine folgende Umverteilung in die verschiedenen Richtungen weist in Griechenland viele Besonderheiten auf, wie z.B. den hohen Anteil für Renten und den sehr niedrigen Anteil für das Gesundheitswesen (nur 2,3 Prozent des BSP) an den gesamten Ausgaben,[23] deren weitere Analyse hier indes nicht vorgenommen werden kann.

Worauf jedoch unbedingt verwiesen werden muß, ist die Tatsache, daß die Umverteilungsprozesse einen großen Teil des Lohnsteueraufkommens in verschiedenen Formen den Portefeuilles der Monopole führen. Das wird durch die Zersplitterung des Fonds für Sozialversicherung auf die verschiedenen Berufsgruppen sowie durch die Nichtteilnahme der Gewerkschaften an der Verwaltung und Leitung dieses Fonds ermöglicht.

So entschied der griechische Staat im Jahre 1979, daß 1,5 Mrd. Drch von den Reserven der Sozialversicherungsfonds zum Kauf von Aktien an der Börse angelegt werden müßten. Die ergiebigsten dieser Aktien würfen eine Dividende von annähernd der Hälfte des Depositenzinssatzes ab![24] Wer davon profitierte, ist offensichtlich. Nach anderen Berichten verloren die Sozialversicherungsfonds von 1975 bis 1980 67 Mrd. Drch durch die niedrigen Zinssätze der Banken für die Guthaben der Fonds.[25] Aufgrund der Toleranz des Staates behalten die Kapitalisten einen großen Teil ihrer Pflichtbeiträge an die Sozialversicherungsfonds ein. Diese"Schulden" betrugen im Jahr 1980 8,5-9 Mrd. Drch und wurden vom Staat "eingefroren". Von 1951 bis 1980 sind diese Schulden insgesamt 11 mal zugunsten des Profits des Kapitals, insbesondere des Monopolkapitals, das die Mehrheit der Arbeiter beschäftigt und zur Abführung der Beiträge verpflichtet war, eingefroren worden.

Im großen und ganzen war die Ausdehnung der sozialpolitischen Tätigkeiten des Staates in Griechenland Ergebnis der Zuspitzung der inneren ökonomischen und sozialen Widersprüche des Monopol-

22) Vgl. dazu: Imperialistische Sozialpolitik in der Klassenauseinandersetzung. IPW-Berichte 3/77, Berlin, S. 46.
23) Für eine vergleichende Untersuchung der Sozialausgaben in Griechenland und in der EG siehe: Kalaskas, Th.: Die Sozialausgaben in den EG-Ländern und in Griechenland. In: Spende. Bd. KZ, H. 3, Athen 1977 (gr.).
24) Vgl. Bericht der Zeitung "Rinospastis. 1-9-79.
25) Ebenda, 13-10-80.

kapitalismus. Die Modernisierungsbestrebungen, die der bürgerliche Staat seit 1974 unternommen hat (Erneuerung des Ausbildungssystems, Verbesserung des Gesundheitswesens usw.), entsprachen nicht nur dem Interesse der Arbeiterklasse, sondern auch den Monopolinteressen nach qualifizierter Arbeit. Insofern verfolgte der Staat mit seiner Sozialpolitik parallel zwei Zielrichtungen, nämlich die Verwertungsbedingungen zu verbessern sowie zugleich das System zu stabilisieren.

Wie wird nun in der Zukunft sich dieses System der staatlichen Regulierung der Klassenverhältnisse und des Lohnes mit überwiegend direkten bzw. Zwangsmitteln entwickeln, welche inneren Widersprüche bestimmen die Entwicklung dieses Systems?
Erst relativ spät nach dem Sturz der Diktatur zeichneten sich Erscheinungen ab, die bestimmte Widersprüche und daraus regulierende Veränderungen sichtbar machten. Diese deuten auch zukünftige Modifizierungen des schon existierenden Systems der direkten staatlichen Regulierung an. Die folgenden drei Widersprüche sind von Bedeutung:
Infolge der langjährigen Unterdrückung des ökonomischen Kampfes der Arbeiterklasse während der Diktatur entfaltete sich nach 1974 eine enorme und gewaltige Streik- und Gewerkschaftsbewegung mit Lohnforderungen, kaum zu vergleichen mit der Zeit vor 1967 (Tabelle 3). Sie erfaßte fast alle Berufskategorien der Lohnabhängigen, alle Wirtschaftszweige und Regionen des Landes. Die schon 1960-66 entstandene Doppelstruktur der Gewerkschaftsbewegung, das Nebeneinander offizieller und nichtoffizieller Gewerkschaften, trat wieder stark in den Vordergrund. Trotz der mit allen Mitteln geführten Verfolgung und Unterdrückung erkämpften die nichtoffiziellen Gewerkschaften sehr viele Erfolge, wie oben erwähnt wurde, und machten infolgedessen in der Praxis die Unwirksamkeit des Staatssyndikalismus und seiner Methoden deutlich.

Ein zweiter Widerspruch entfaltete sich auf der Grundlage der qualitativen Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse. Weder die Bauarbeiter, wie vor 1967, noch die Tabak- und die Schuharbeiter, wie vor dem zweiten Weltkrieg, waren an der Spitze der Streik- und Gewerkschaftsbewegung, sondern die Industriearbeiter der modernen Betriebe (siehe Tabelle 6). Als direktes Ergebnis dessen bildeten sich neben den alten berufsständischen Körperschaften der Arbeiter, die die konzentrierte Organisation der Klasse zugunsten der Zersplitterung in von zünft-

lerischen Interessen bestimmter Verbände heraus, neue Formen gewerkschaftlicher Organisation heraus; die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterkommissionen. Durch diese neuen auf Betriebsbasis organisierten Gewerkschaften haben sich faktisch die alten Körperschaften und die "Arbeiterväter" als überholte und funktionsunfähige Verhandlungspartner des Staates und des Kapitals erwiesen.

Ein dritter Widerspruch, der die alte Gewerkschaftsstruktur und den Staatssyndikalismus in Frage stellte, resultierte angesichts der Verlagerung der Streiks auf die Verarbeitungsindustrie und dabei vor allem auf die großen monopolistischen Unternehmen aus den zunehmend abgeschlossenen Tarifverträgen (formell wie z.B. bei Esso-Pappos, bei DEI, OTE, den Banken usw. bzw. nichtformell). Obwohl diese Art von Tarifvertragen noch eine Ausnahme darstellt,[26] haben sie durch direkte Verhandlungen der Arbeiter mit den Unternehmern die Zwangsschlichtung und andere Mittel der staatlichen Intervention im Bereich der Tarifvertrage untergraben.

Wenn durch die Verschärfung dieser Widersprüche der bisher praktizierte Staatssyndikalismus sich als ungeeignet erwies, die Interessen des Monopolkapitalismus weiter zu vertreten und seine notwendige Reform den Tendenzen in Richtung auf indirekte staatliche Eingreifensmethoden Rechnung trägt,[27] vollzog sich jedoch dieser Reformprozeß bisher sehr langsam und unter großem Widerstand.[28] Es sind nicht nur die besonderen Interessen der "Arbeiterväter" oder die Angst vor der progressiven Arbeiterbewegung, die die "Öffnung" des Staatssyndikalismus für die "euro-

26) Grawaritou-Maniataki, G.: a.a.O., S. 330.

27) In der Verfassung von 1975 war der Staat zum ersten Mal gezwungen, ausdrücklich das Recht auf Gewerkschaftsbildung und Streik anzuerkennen. Das Ziel dieses Gesetzesaktes war, nach dem Bekenntnis des Arbeitsministers, die Zügelung der Gewerkschaftsbewegung auf neue Weise und die Beschränkung der spontanen Aktionen. Vgl. Protokolle des V. Revisionsparlaments, Vortrag von Laskaris, Athen 1975 (gr.).

28) Mit dem Gesetz 330/76, welches das alte 3239/55 revidierte, erkannte die Regierung offiziell die neuen Realitäten an. Aber auch dieses Gesetz entsprach nicht den Forderungen der Gewerkschaftsbewegung in Griechenland, was nicht zuletzt der größte Streik der Nachkriegszeit zu dessen Rücknahme bewies. Vgl. Tzoudaki, S.E.: Der institutionelle Rahmen der Arbeitsbeziehungen: Verfassung, Gesetz und Praxis nach der Diktatur. In: Sinchrona Themata. 8/1980, Athen, S. 91 (gr.)

päischen Modelle, behindere wie einige Ökonomen glauben.[29] Vielmehr wird diese Umwandlung noch von der inneren Struktur des Kapitals in Griechenland gehemmt. Die Vielzahl der kleinen, mittleren und nicht-monopolistischen Betriebe sind angesichts der technisch-organisatorischen und finanziellen Unterlegenheit (siehe Tabelle 12) gegenüber den Monopolen nicht in der Lage, ihren Arbeitern höhere Löhne ohne bestimmte Konkurrenzfähigkeitsverluste zu zahlen. In den Tabellen 7 und 11 erkennt man deutlich die Diskrepanz in der Lohnhöhe zwischen monopolistischem und nichtmonopolistischem Bereich. Wenn sich also die Monopole den Lohnforderungen und einer Reform der Gewerkschaftsbewegung anpassen und es sich leisten können, dann gilt dies nicht für die nichtmonopolistischen Unternehmen, die sich dadurch bedroht fühlen und deshalb den Staatssyndikalismus als adäquate Form ihrer Interessen auf der Ebene der Konkurrenz von Kapital und Arbeit verteidigen.[30]

Widersprüchlich und von besonderem Gewicht ist dabei die Rolle des Staates als selbständiger Faktor. Einerseits zielt ein den Staatssyndikalismus konservierendes Eingreifen nicht nur auf den Schutz des nichtmonopolistischen Kapitals ab, sondern auch auf die Bewältigung der Inflation durch das Diktat der Einkommenspolitik.
Andererseits jedoch zeichnet sich eine Gegentendenz ab, d.h. der Staat verhält sich angesichts seinen Verbindungen zum Monopolkapital tolerant gegenüber dem Übergang zu neuen Formen der Gewerkschaftsorganisation. In diese Richtung wirkt auch die wachsende Erkenntnis der Staatsleute und Industriellen, daß die Kontrolle der Löhne durch den Staatssyndikalismus und die Einkommenspolitik die Inflation nicht bekämpfen kann, weil das Lohneinkommen in Griechenland im Gegensatz zu den führenden Industrieländern nur einen Bruchteil des Nationaleinkommens ausmacht.[31] Der Mißerfolg der 1975 gegründeten Kommission für Preise und Einkommen belegt das.[32]

29) Vgl. Katzabanis, S.: a.a.O.
30) Bei den Verhandlungen über den allgemeinen nationalen Tarifvertrag ist es gerade der Vertreter der Bankiers (GSEBE), der meistens die Verhandlungen einstellt und die Zwangsschlichtung herbeiführt. Vgl. Tzedaki, D.: a.a.O., S. 87.
31) Vgl.: Berufsstruktur und Einkommensverteilung. In: "Epilogi" Februar 1978, Athen, S. 87 (gr.).
32) Ekonomou, G.: Die Preis- und Einkommenspolitik in Griechenland. KEPE, Athen 1981, S. 24 ff. (gr.).

Der soziale Widerspruch zwischen monopolistischer und nichtmonopolistischer Bourgeoisie sowie die spezielle Sozialstruktur Griechenlands sind also von entscheidender Bedeutung (was das bürgerliche Lager betrifft) für den Übergang vom Staatssyndikalismus zu indirekten Formen der staatlichen Regulierung der Klassenbeziehungen. Der Beitritt Griechenlands in die EG wird auch hier nicht die konstituierende Rolle für die neuen Formen spielen. Er wird jedoch beschleunigend auf die Prozesse wirken.

Die entscheidenden Triebkräfte der Abschaffung des Staatssyndikalismus, nämlich die Gewerkschaftsbewegung und die Monopole, existierten und entwickelten sich auf der Basis der inneren Entwicklung der monopolistischen Industrialisierung der 60er und 70er Jahre.

2.3.3. Die staatliche Regulierung der Landwirtschaft

Bei der Untersuchung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner Rolle für die Entwicklung Griechenlands kommt der Betrachtung der Landwirtschaft große Bedeutung zu. Dafür gibt es zwei Gründe: Einerseits erhält der größte Teil der griechischen Bevölkerung sein Einkommen direkt oder indirekt aus dem Agrarsektor und andererseits bildete die Landwirtschaft sehr frühzeitig eine Profitquelle für die schwachen griechischen Monopole, die sich in der internationalen Arena als nicht konkurrenzfähig genug erwiesen. Somit richtete sich die staatliche Regulierung von Beginn an sowohl auf die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals als auch auf eine Stabilisierung des kapitalistischen Systems in Form von Zugeständnissen an die Bauernschaft.
Die Landwirtschaft in Griechenland bot schon sehr frühzeitig - besonders ab 1917, als die zweite radikale Bodenreform stattfand - ein weites Feld für die Entwicklung staatlicher Aktivitäten. Bis Mitte der 60er Jahre hatte sich ein staatliches System von Mitteln, Regelungen und Institutionen herausgebildet, mit Hilfe dessen der Staat die erweiterte Reproduktion der Landwirtschaft zu beeinflussen suchte.
Die Ziele der Agrarpolitik des Staates lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft insgesamt, insbesondere ihrer materiell-technischen Basis;

b) Versorgung der nichtagrarischen Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln und der Industrie mit preisgünstigen Rohstoffen;
c) Unterstützung des bäuerlichen Einkommens und die Betreibung einer "sozialen Politik" auf dem Lande zwecks Verhinderung der Abwanderung in die Städte sowie zur Systemsicherung;
d) Bekämpfung der Agrarüberproduktionskrisen bzw. Absorption der agrarischen Überschüsse.

Die Erreichung dieser Ziele wurde mit einem breiten und vielfältigen System von Mitteln und Methoden angestrebt, von denen die meisten schon vor dem zweiten Weltkrieg, vor allem in den 20er Jahren, zur Anwendung kamen.
Als grundlegende staatliche Institutionen zur Regulierung der Landwirtschaft erwiesen sich die Landwirtschaftliche Bank Griechenlands (ATE), die Bank von Griechenland (TE) sowie die Staatshaushaltsmittel des landwirtschaftlichen Ministeriums. Eine zweite Gruppe staatlicher bzw. halbstaatlicher oder genossenschaftlicher Institutionen bildeten die verschiedenen Organisationen, die den Handel, die Konzentration, die Vermittlung usw. der Agrarprodukte bzw. der von der Landwirtschaft verwendeten Industrieprodukte abwickelten. Dazu gehören beispielsweise: die KYDEP (gegründet 1940) - verantwortlich für die staatliche Konzentration der Agrarprodukte, insbesondere des Getreides; die SEKE (1944) - verantwortlich für die Konzentration der Tabakproduktion und den Verkauf der Erzeugnisse dieses Landwirtschaftszweiges; die KSOS (1940) - verantwortlich für Sultaninen; die SYKIKI (1953) - verantwortlich für Feigen; die AGREX AE als Exportorganisation von frischem Obst und Gemüse; die EOK - verantwortlich für die staatliche Tabakpolitik; die Baumwollorganisation (1958); die ASO (1925) - verantwortlich für Korinthen usw. Alle diese speziellen Organisationen waren vielfältig mit dem Staat verbunden, besonders durch ihre direkte Finanzierung sowie ihre Personal- und Preispolitik, und übten faktisch staatliche Funktionen aus.
Als das wichtigste Instrument des Staates für die Regulierung der Landwirtschaft gilt jedoch seit ihrer Gründung im Jahre 1929 die ATE. Sie ist nicht nur einfach eine Bank, wie ihr Name besagt, sondern sie erstreckt ihre Tätigkeit auch auf

viele andere Gebiete. Die ATE ist das Auge und die Hand des Staates in der Landwirtschaft. Sie hat, obwohl nicht de jure, das absolute Monopol für Bankgeschäfte mit der Landwirtschaft. Der Grund hierfür liegt vor allem in den niedrigeren und vom Staat subventionierten Zinssätzen für die von ihr gewährten Anleihen. Die starke Abhängigkeit der ATE vom Staat liegt im wesentlichen in folgenden zwei Fakten begründet:

a) der Finanzabhängigkeit vom Staat und der TE auf der Basis jährlicher Pläne,

b) der Nominierung ihres Vorstandes durch die jeweilige Regierung.

Somit bleibt der Bewegungs- und Entscheidungsspielraum der Bank selbst sehr beschränkt und ist praktisch auf das Niveau eines exekutiven staatlichen Organs reduziert, das völlig von Direktiven abhängig ist. Die Bedeutung dieser Art von Bindung der ATE an den Staat wird noch größer, wenn man ihre Tätigkeiten außerhalb des Bankgeschäfts, wie z.B. das ausschließliche Recht der Versorgung und Verteilung einiger Produktionsmittel, Industriewaren (z.B. Düngemittel), Saatgut u.a., an die Landwirtschaft, die Aufsichtsfunktionen über die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die beratende Rolle bei verschiedenen Einrichtungen und die Mitfinanzierung der Gründung von Verarbeitungsbetrieben für Agrarprodukte, berücksichtigt.

Die enge und direkte Verbindung zwischen den Institutionen aller Ebenen, mittels derer die staatliche Politik für die Landwirtschaft entschieden, geplant und verwirklicht wurde, hatte während der gesamten Nachkriegszeit diesem Instrumentarium und somit der Agrarpolitik selbst einen streng zentralisierten Charakter verliehen, mit dem Ziel einer völligen, schnellen und präzisen Durchsetzung des jeweiligen politischen Willens. Das blieb für die 30 Nachkriegsjahre ein ständiges Merkmal der Regulierung des landwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses.

Auf welchem Wege ist nun die staatliche Regulierung der Landwirtschaft vor sich gegangen?

Dazu gehört eine breite Palette von Mitteln und Aktivitäten wie die staatlichen Investitionen, die Preispolitik, die Subventionierung des Kaufes der Produktionsmittel oder der Exporte, die Einkommensunterstützungen, die Anreize für die Veränderung der Anbaustruktur, die Zölle und die Einfuhrkontingente,

die Konzentration der meisten Agrarprodukte, die Absorption und der Abbau von Überschüssen, niedrige Zinssätze usw. usf. Daraus wird ersichtlich, daß sich in der Landwirtschaft, wie auf keinem anderen Gebiet der Volkswirtschaft, alle Mittel und Formen des Systems der staatlichen Regulierung überschneidet verdichten. Eine wichtige Besonderheit im Fall Griechenlands stellt die enge Verflechtung all dieser Mittel und Maßnahmen, ihre Kompliziertheit sowie die Widersprüchlichkeit ihrer Ziele durch ständige Veränderungen und den Wechsel der Kompetenzbereiche dar. So z.B. galten Mitte der 60er Jahre 20 verschiedene Arten von Subventionen für Produktionsmittel, 12 Typen von Unterstützungspreisen, 11 Arten von Exportsubventionen, viele Regelungen für die Abdeckung der Handelsdefizite bei 10 wichtigen Agrarprodukten u.a.[1] Infolgedessen wurde dieses System so kompliziert, unüberschaubar und schwer verständlich, sowohl für die Bauern als auch für die staatlichen Träger, daß im Laufe der Zeit viele dieser Regelungen in ihr Gegenteil umschlugen und ihre Existenzberechtigung verloren. Ab Mitte der 70er Jahre wurde dann das Bedürfnis einer Reform dieses Systems immer deutlicher.

Jedoch sagen diese Anhäufung der Widersprüche im System der staatlichen Regulierung der Landwirtschaft, wie wichtig sie auch sein mögen und die nach Griechenlands EWG-Beitritt erforderliche Anpassung des griechischen Regulierungsrahmens der Landwirtschaft an den der EWG noch nichts über die objektiven Gründe und Ursachen aus, die die Reform der Agrarpolitik und des staatlichen Regulierungssystems notwendig machten. Sie stellen jedoch zumindest an der Oberfläche die krassesten Erscheinungsformen anderer systembedingter, objektiver, innerer Widersprüche dar. Diese liegen in den sozialökonomischen Strukturveränderungen Griechenlands infolge der monopolistischen Industrialisierung während der 60er und 70er Jahre und den daraus erwachsenden neuen Anforderungen des Monopolkapitalismus an die Landwirtschaft. In der folgenden Darstellung der vom Staat verfolgten Ziele der Agrarpolitik, wie sie am Anfang formuliert worden sind, wird auch das Zustandekommen und die Entwicklung dieser Widersprüche deutlich.

1) Vgl. Weltbank: Die Entwicklung der Landwirtschaft in Griechenland. Washington 1966. In: Epilogi. Athen 1967, S. 141 (gr.).

Die Ausgangspunkte für das Verständnis des staatlichen Eingreifens in die Landwirtschaft, ja für ihre ganze Entwicklung überhaupt, bilden zwei historische Tatsachen, die Griechenland von den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern unterscheiden:

a) das allgemeine Zurückbleiben der Entwicklung des Kapitalismus und der Produktivkräfte überhaupt und
b) die Vorherrschaft des kleinen Familienbetriebes als typisches Strukturelement auf dem Lande infolge einer Drei-Stadien-Bodenreform in den Jahren 1880, 1917 und 1952.

Der Typ der Industrialisierung Griechenlands als monopolistische Industrialisierung hat durch seine verschiedenen eigenartigen Momente erheblich auf die Landwirtschaft eingewirkt: Das niedrige Niveau der inneren Akkumulation des Kapitals und die Orientierung des vom Ausland einfließenden Kapitals vorwiegend auf die Industrie ließen die Landwirtschaft als Anlagesphäre von konstantem fixen Kapital außer Acht. Dadurch konnte sich in der Landwirtschaft der Kapitalismus nicht herausbilden. Andererseits haben sich das Fehlen einer inneren Dynamik bei der Entwicklung des Industriekapitalismus, sein wellenförmiges Vorantreiben durch äußere Kräfte, belastend auf die Verflechtung der verschiedenen Zweige, besonders zwischen Industrie und Landwirtschaft, ausgewirkt. Somit konnte sich die Volkswirtschaft nicht harmonisch als integriertes Ganzes, sondern nur partiell und einseitig entwickeln. Dieses letzte Moment kommt besonders in der Tatsache zum Ausdruck, daß eine breite, latente Überbevölkerung existiert. Während z.B. der Anteil der Landwirtschaft am BIP von 27,7 Prozent im Jahre 1950 auf ca. 14 Prozent im Jahre 1980 zurückgegangen ist[2], sank der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der gesamten berufstätigen Bevölkerung in der Zeit von 1955-1975 nur von 66,3 auf 36,4 Prozent.[3] Diese Kennziffern zeugen von der Unfähigkeit der inneren Industrie und anderer Sektoren, diese latente Agrarüberproduktion zu absorbieren und die Diskrepanz in der Verflechtung beider Sektoren zu mildern.

2) Vgl.: National Accounts of Greece, a.a.O. s. 6 ff
3) Vgl. National Statistical Service of Greece "Statistical Yearbook". Es gibt starke Zweifel an der Richtigkeit der staatlichen Angaben, die die Beschäftigtenzahl in der Landwirtschaft sehr niedrig ausweist. Vgl. dazu z.B. Bericht in: Ekonomikos Tachidromos, a.a.O., 30/8/79.

Hatten der besondere Typ der Industrialisierung und das allgemein niedrige Niveau der Produktivkräfte die Rückständigkeit der Landwirtschaft und ihren Ausschluß von der Investitionstätigkeit des Kapitals verursacht, so wirkte letztere Tatsache nunmehr auch der weiteren Entwicklung des Industriekapitalismus entgegen bzw. hemmte sie, indem sie dem Kapital nicht einen dem Tempo der Industrialisierung entsprechend erweiterten inneren Markt bieten konnte. Das verdeutlicht unter anderem der niedrige Anteil agrikoler Produkte, der auf dem Markt veräußert wurde. Fast 70 Prozent der landwirtschaftlichen Produktion am Ende der 50er und ca. 50 Prozent am Ende der 60er Jahre wurden nicht in Waren verwandelt[4], sondern von den Bauern selbst konsumiert. Insofern blieb der innere Markt eingeengt, und der weiteren Entwicklung des Kapitals wurden zusätzliche Schranken gesetzt.

Der zweite historische Ausgangspunkt für das Verständnis der Entwicklung der Landwirtschaft und somit der Besonderheiten der Agrarpolitik in Griechenland ist die Vorherrschaft des kleinen landwirtschaftlichen Betriebes. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, besaßen in der ganzen Nachkriegszeit über 93 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe nur bis zu 9,9 Hektar Nutzfläche. Ihr Anteil an der gesamten Nutzfläche betrug über 70 Prozent. Die durchschnittliche Bodenfläche je Betrieb vergrößerte sich in den Nachkriegsjahrzehnten kaum. Sie schwankte in der ganzen Zeit zwischen 3,4 und 3,6 Hektar, blieb also sehr klein im Vergleich zu den 17 bis 18 Hektar je Produktionseinheit im Durchschnitt aller EWG-Länder und ist somit völlig ungeeignet für eine rationelle, moderne Bewirtschaftung.

Diese Strukturbesonderheit der griechischen Landwirtschaft war ebenfalls eine Ursache für das Zurückbleiben der Entwicklung des Kapitalismus und der Konservation der Rückständigkeit der Landwirtschaft.

Die vergleichsweise geringe Größe der landwirtschaftlichen Betriebe war der Hintergrund für die allgemeine Armut der Bauernschaft. Trotz des absoluten Wachstums des Pro-Kopf-Bruttoagrarprodukts betrug das Bruttoagrarprodukt in der Zeit von 1955 bis 1975 unverändert nur rund ein Drittel des entsprechenden Produkts im Nicht-Agrarsektor.[5] Das niedrige Einkommen der

4) Skountzos, Th./Mattheos, G.: Input-Output Tables of the Greek Economy 1958-1977. CPER, Athen 1980.
5) Sakeli, M.: Die Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft. In: "Agrotiki", Heft 2/79 S. 110.

Bauern, ihre Armut demonstrieren hier noch einmal die Verengung des inneren Marktes für das Kapital.
Andererseits hatte die Armut der Bauernschaft die Entwicklung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität kaum stimulieren können. Die Akkumulationsmöglichkeiten der Bauern waren sehr gering, ja sie waren nicht in der Lage, ihre bloße Existenz (einfache Reproduktion) zu sichern und emigrierten in hoher Zahl ins Ausland.
Die Rückständigkeit der Produktivkräfte wird unter anderem anhand der durchschnittlichen Bodenergiebigkeit pro Hektar, der Düngemittelverwendung pro Hektar und des Mechanisierungsgrades deutlich. In allen diesen Kennziffern war Griechenland Mitte der 70er Jahre an anderen EWG-Ländern weit unterlegen, wie aus den Tabellen 2 und 3 ersichtlich ist. Das allgemeine Zurückbleiben der griechischen Landwirtschaft widerspiegelt sich am auffallendsten in der Tatsache, daß ein Beschäftigter in der Landwirtschaft der EG-Länder Mitte der 70er Jahre 25, in Griechenland aber nur 9 andere Bürger ernähren konnte.
Diese Realitäten setzten den Verwertungsbedingungen des Kapitals Schranken, nicht nur hinsichtlich des Marktes, sondern auch hinsichtlich seines Bedürfnisses nach billigen Lebensmitteln für die Arbeiter resp. nach billigen Rohstoffen. Eine Besserung der entsprechenden Bedingungen für das Monopolkapital war aber nur dann zu erreichen, wenn die objektiven Schranken, die der kleinbäuerliche Betrieb der Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft setzte, überwunden wurden.
Die Eigentümlichkeit der Geschichte liegt nun darin, daß das was spontan durch die Wirkung des Wertgesetzes nicht erreicht wurde, nämlich das Entstehen einer kapitalistischen Schicht in der Landwirtschaft oder das, was der Staat in seiner Unterdrückungsfunktion auch mit Gewalt nicht durchsetzen konnte, nämlich die Expropriation der Bauern(aufgrund ihrer revolutionären Traditionen), der Staat jetzt indirekt, mittels Wahrnehmung seiner ökonomischen Funktion durchsetzen mußte. Die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft war die allererste Aufgabe des griechischen Staates auf dem Gebiet der Landwirtschaft in der Nachkriegszeit, um den Erfordernissen der Entwicklung des Kapitalismus überhaupt gerecht zu werden. Ihr waren die anderen Ziele der Agrarpolitik untergeordnet.

Im folgenden werden die verschiednen Richtungen der staatlichen Agrarregulierung untersucht, die als Reaktion auf die Verschärfung der Widersprüche im landwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß entstanden.
Dazu gehören:

I. Die Entwicklung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft durch den Staat

Auf welchem Wege hat nun der Staat die materiellen Produktivkräfte auf dem Lande konkret-historisch stimuliert?
Zuerst sei die staatliche Investitionspolitik genannt, denn die bäuerliche Akkumulation selbst war, wie schon festgestellt, äußerst niedrig. Die direkten staatlichen Investitionen in der Landwirtschaft betrugen im Durchschnitt rund 40 Prozent aller Investitionen in diesem Sektor in der Nachkriegszeit (siehe Tabelle 5). Der größte Anteil davon, ca. 60 bis 70 Prozent, wurde für die Bodenverbesserung bzw. für Bewässerungsanlagen verwendet. Der sich daraus ergebende Nutzen aber war aufgrund der niedrigen Effektivität dieser Investitionen und ihrer wenig durchdachten Planung und Realsierung (keine vollständige Ausnutzung der Anlagen; Zersplitterung der Investitionsfonds auf kleinere, wenig ergiebige Anlagen, diktiert durch politisch-spekulative Überlegungen usw. usf.)[6], d.h. durch Mängel in der staatlichen Politik selbst, sehr gering.
In die gleiche Richtung wie die verstärkte direkte staatliche Anlage von konstantem fixen Kapital wirkte die staatliche Kreditpolitik mit der Gewährung von mittel- und langfristigen Anleihen durch die ATE an die Bauern zum Kauf von Produktionsmitteln. Diese Anlagen stellten praktisch indirekte staatliche Investitionen dar. Wie aus Tabelle 5, Zeile 3 ersichtlich ist, überschritten allein diese Kredite in der Zeit nach 1960 erheblich die gesamten Investitionen in der Landwirtschaft. Das ist allerdings nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß durch mittel- und langfristige Kreditfinanzierung auch andere Vorhaben neben den Anlage- und Vorratsinvestitionen in den Agrarbetrieben selbst unterstützt wurden (Bodenkauf, Errichtung von landwirtschaftlichen Industrien, Ausgaben zu anderen Zwecken usw.).

6) Vgl. "Weltbank ..." a.a.O., S. 144.

Direkte und indirekte staatliche Agrarinvestitionen bilde. insgesamt eine beträchtliche Summe, die die privaten Investitionen weit überstiegen, so daß man zu dem Schluß kommen kann, daß es kaum noch irgendeine Anlage von konstantem fixen Kapital in der Landwirtschaft ohne staatliches Zutun gab.
Der tatsächliche staatliche Charakter der angeführten, indirekt staatlichen Investitionen resultiert nicht allein daraus, daß sie aus staatlichem Leihkapital finanziert wurden, sondern vielmehr aus dem niedrigen, durch den Staat subventionierten Zinssatz, mit dem dieses Kapital den Bauern gelichen wurde sowie aus der periodischen Beseitigung bzw. Reduzierung der Schulden der Bauern und somit ihrer Entlastung von der Rückzahlung dieser Anleihen. Selbstverständlich mußte am Ende der Staat alle diese Verluste bezahlen.
Die Politik des billigen und subventionierten Zinssatzes war in der Nachkriegszeit ein konstituierendes Element der Agrarpolitik. Der Zinssatz für Agrarkredite lag immer unter dem für die Industrie relevanten. Bei langfristigen Krediten betrug der Zinsunterschied zwischen den beiden Wirtschaftsbereichen sogar bis zu 7 Prozent (siehe Tabelle 12).
Die Bedeutung des billigen, subventionierten Zinssatzes war für die Entwicklung der griechischen Landwirtschaft erheblich, besonders angesichts der schon festgestellten Armut und der geringen Akkumulationsmöglichkeiten der Bauern. Die Auswirkungen dieser Politik werden unter anderem an der umfangreichen Inanspruchnahme mittlerer und langfristiger Kredite, die in den 70er Jahren fast die Hälfte aller der Landwirtschaft gewährten Anleihen ausmachten, erkennbar.
Die staatliche Kreditpolitik trug auch beträchtlich zur Mechanisierung der Landwirtschaft bei. Der Kauf der Maschinen, Traktoren und Ausrüstungen durch die Bauern vollzog sich über den privaten Markt, aber vor allem mit Hilfe der Anleihen und faktischen Subventionen, die sie von der ATE erhielten. Die Subventionen betrugen ca. 30 Prozent des Wertes der Maschinen, für einige, z.B. Baumwollsammler, sogar bis zu 70 Prozent. Vor allem aufgrund der staatlichen Beihilfe wurde die Zahl der Traktoren in der Zeit von 1955 bis 1975 mehr als verzehnfacht (siehe Tabelle 13)!

Ähnliche Fortschritte sind auch auf dem Gebiet der Steigerung der Bodenerträge durch Erhöhung der Bodenfruchtbarkeit und -effektivität erzielt worden. Zwischen 1955 und 1975 verdoppelte sich die Pro-Hektar-Produktion von Getreide, Baumwolle, Tabak und anderer Produkte (siehe Tabelle 14). Dies wurde durch die stärkere Chemisierung und die Nutzung von Erkenntnissen der Biologie in der Landwirtschaft erreicht, wobei der Staat wiederum die primäre Rolle spielte.

Ab 1947 bekam die ATE mit über 750 Verteilungszentren auf dem ganzen Lande das ausschließliche Privileg der Versorgung der Bauern mit Düngemitteln. Den Bauern wurde damit gleichzeitig das Recht genommen, Düngemittel aus beliebigen Quellen zu beziehen. Statt dessen jedoch erhielten sie von der ATE bestimmte Düngemittel zu stabilen und subventionierten Preisen, die z.T. sogar unter den Selbstkosten der ATE lagen (siehe Tabelle 15). Das galt vor allem für die nicht im Lande produzierten Düngemittel, deren Importpreise sehr hoch waren. Zugleich erhöhte sich die Bodenergiebigkeit durch die Verwendung wirksamerer Saatgüter, die in entsprechenden staatlichen Zentren entwickelt und den Bauern vom Staat zur Verfügung gestellt wurden. Die staatlichen Bemühungen jedoch, die Bodeneffektivität durch die Überwindung der Bodenzersplitterung mit Hilfe einer Flurbereinigung zu vergrößern, blieben trotz der erheblichen investierten Mittel ohne Erfolg (siehe Tabelle 1).

Insgesamt gesehen hat sich in der griechischen Landwirtschaft nach dem zweiten Weltkrieg eine bemerkenswerte Entwicklung vollzogen. Das Brutto-Agrarprodukt erhöhte sich um mehr als das 2,5fache und die Arbeitsproduktivität um das 4fache. Letztere übertraf sogar das Wachstumstempo der Arbeitsproduktivität im nichtlandwirtschaftlichen Sektor, wie in Tabelle 19 zu sehen ist. Den wichtigsten Faktor dieser Entwicklung bildete neben der harten Arbeit der Bauern die vielfältige Stimulierung des landwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses durch den Staat, der damit zur Überwindung der historisch begründeten strukturellen Schwäche, bedingt durch das relative Zurückbleiben sowohl der Landwirtschaft als auch des Kapitalismus in Griechenland überhaupt, beitrug (siehe Tabelle 4).

II. Die staatliche Stimulierung der wachsenden Ausbeutung der Bauernschaft durch das Kapital, insbesondere das Monopolkapital

Die so interessante Entwicklung der materiellen Produktivkräfte der Landwirtschaft ging einher mit deren wachsender Ausplünderung und der Ausbeutung der Bauernschaft zugunsten des Industriekapitals. Auch hier war der Staat der Stimulator und Hauptvermittler dieses Prozesses, und zwar vor allem über den Weg der Regulierung des Agrarmarktes. Was als zweites Ziel der Agrarpolitik im Nachkriegsgriechenland genannt wurde, nämlich die Versorgung des industriellen Sektors mit billigen Lebensmitteln und Rohstoffen, realisierte der Staat über die administrative Bestimmung der Agrarpreise, d.h. auf dem Wege ihres systematischen und beständigen Drückens unter die Kosten der Agrarprodukte.

In der Tabelle 8 wird die Entwicklung der Preise der wichtigsten Agrarprodukte deutlich. Mittels der verschiedenen Arten staatlicher Preisbestimmung (Versicherungs-, Stützungs- u.a. Preise) hielt der Staat die Preise der Agrarprodukte auf einem äußerst niedrigen Niveau, so daß sich viele von ihnen im Laufe mehrerer Jahre kaum oder nur wenig veränderten. Die Kulmination wurde in der Zeit der Diktatur erreicht, als der Staat jegliche Preissteigerungen verbot. Die Politik der billigen Lebensmittel ermöglichte aber gleichzeitig ein Niedrighalten der Löhne und damit die Erhöhung des kapitalistischen Profits, besonders des Monopolprofits.

Außerordentlich günstig für den Profit einiger starker Monopole, hauptsächlich der Tabak- und Webereiindustrie, war die staatliche Regulierung einiger Agrarrohstoffpreise, wie z.B. der für Baumwolle und Tabak.

In der Tabelle 11 erkennt man deutlich die wachsende Ausbeutung der Bauernschaft, wenn man die Preissteigerung für Agrarrohstoffe mit derjenigen der entsprechenden Industriewaren vergleicht.

Erreichten die Bauern durch ihren Kampf dennoch höhere Preise als die Monopole wünschten, dann öffnete der Staat die Schleusen für billige Importe, um das innere Preisniveau wieder zu senken.[7]

7) Vgl. u.a. die Darstellung der Politik für die verschiedenen Agrarprodukte in G. Lampsidis "Bericht". In: Ekonomikos Tachidromos. 1/11/1973, S. 9.

Erhebliche Vorteile und Gewinne sicherte der Staat auch dem Exportkapital. Die Agrarprodukte machten bis Ende der 60er Jahre den größten Anteil am griechischen Exportvolumen aus (siehe Tabelle 7). Die Exportmonopole kauften die Agrarprodukte zu den vom Staat festgelegten niedrigen Versicherungspreisen und realisierten zugleich noch die vom Staat vorgesehenen Exportsubventionen. Die Versicherungspreise für Tabak z.B. deckten im Jahr 1981 nicht einmal die Hälfte der Produktionskosten.[8]

Die wachsende Ausbeutung der Landwirtschaft durch das industrielle Monopolkapital insgesamt äußerte sich unter anderem in der Veränderung der Austauschbedingungen zwischen Industrie und Landwirtschaft zulasten der letzteren. Die Dimensionen der "Preisschere" zulasten der Bauernschaft während der gesamten zu untersuchenden Zeitspanne, mit Ausnahme der zweiten Hälfte der 70er Jahre, veranschaulicht die Tabelle 16. Aber auch die Erhöhung der Agrarpreise in den 70er Jahren führte aufgrund der hohen Inflationsrate kaum zur Erhöhung des bäuerlichen Einkommens (siehe Schema 1).

Aus all dem wird ersichtlich, daß die administrative Regulierung des Agrarmarktes durch den Staat über die als "Schutzpreise" propagierten Preise zur wachsenden Ausbeutung der Bauern durch das Kapital, ja sogar zur Abschöpfung eines Teils ihres notwendigen Produkts führte, da die Preise unter den Produktionskosten der Agrarprodukte lagen, wie einige Analysen gezeigt haben (siehe Tabelle 20).

Die von der gesamten Agrarpolitik hervorgerufene Ausplünderung der Bauern, ihr niedriges Einkommen, ihre unsichere Zukunft sowie der wachsende Widerspruch zwischen Landwirtschaft und staatlicher Agrarpolitik führten schließlich zu einer massiven Abwanderung der Landbevölkerung. Sie sank in der Zeit von 1955 bis 1975 von 2,5133 auf 1,1181 Mio. Obwohl ein großer Teil emigrierte, bildete der Rest dennoch ein wertvolles Reservoir billiger Arbeitskräfte, günstig für die Verwertungsbedingungen des Industrie- und Monopolkapitals. Damit vollendete sich die Integration der Landwirtschaft in die Reproduktionsbedingungen des Kapitals und ihre Unterordnung unter das Kommando des Monopolkapitalismus.

8) Vgl. Bericht in: "Agrotiki Anageniesi" 5-6/1981, Athen.

Erhebliche Vorteile und Gewinne sicherte der Staat auch dem Exportkapital. Die Agrarprodukte machten bis Ende der 60er Jahre den größten Anteil am griechischen Exportvolumen aus (siehe Tabelle 7). Die Exportmonopole kauften die Agrarprodukte zu den vom Staat festgelegten niedrigen Versicherungspreisen und realisierten zugleich noch die vom Staat vorgesehenen Exportsubventionen. Die Versicherungspreise für Tabak z.B. deckten im Jahr 1981 nicht einmal die Hälfte der Produktionskosten.[8]

Die wachsende Ausbeutung der Landwirtschaft durch das industrielle Monopolkapital insgesamt äußerte sich unter anderem in der Veränderung der Austauschbedingungen zwischen Industrie und Landwirtschaft zulasten der letzteren. Die Dimensionen der "Preisschere" zulasten der Bauernschaft während der gesamten zu untersuchenden Zeitspanne, mit Ausnahme der zweiten Hälfte der 70er Jahre, veranschaulicht die Tabelle 16. Aber auch die Erhöhung der Agrarpreise in den 70er Jahren führte aufgrund der hohen Inflationsrate kaum zur Erhöhung des bäuerlichen Einkommens (siehe Schema 1).

Aus all dem wird ersichtlich, daß die administrative Regulierung des Agrarmarktes durch den Staat über die als "Schutzpreise" propagierten Preise zur wachsenden Ausbeutung der Bauern durch das Kapital, ja sogar zur Abschöpfung eines Teils ihres notwendigen Produkts führte, da die Preise unter den Produktionskosten der Agrarprodukte lagen, wie einige Analysen gezeigt haben (siehe Tabelle 20).

Die von der gesamten Agrarpolitik hervorgerufene Ausplünderung der Bauern, ihr niedriges Einkommen, ihre unsichere Zukunft sowie der wachsende Widerspruch zwischen Landwirtschaft und staatlicher Agrarpolitik führten schließlich zu einer massiven Abwanderung der Landbevölkerung. Sie sank in der Zeit von 1955 bis 1975 von 2,5133 auf 1,1181 Mio. Obwohl ein großer Teil emigrierte, bildete der Rest dennoch ein wertvolles Reservoir billiger Arbeitskräfte, günstig für die Verwertungsbedingungen des Industrie- und Monopolkapitals. Damit vollendete sich die Integration der Landwirtschaft in die Reproduktionsbedingungen des Kapitals und ihre Unterordnung unter das Kommando des Monopolkapitalismus.

8) Vgl. Bericht in: "Agrotiki Anagenissi" 5-6/1981, Athen.

III. Die systemstabilisierende Einkommens- und Sozialpolitik für die Bauernschaft

Infolge der Ausplünderung der Bauernschaft verschlechterte sich deren Lage zunehmend. Die harte Arbeit des Bauern sicherte ihm nur noch ein Minimum an Existenzmitteln, ganz zu schweigen von den Möglichkeiten eines Gewinns bzw. der Akkumulation. In diesem Sinne unterschied sich die soziale Lage des Bauern nicht viel von der des Lohnarbeiters und sein Arbeitsertrag nicht viel vom Arbeitslohn, wie viele Ökonomen treffend unterstrichen haben.[9] Sein Eigentumsrecht am Boden blieb ihm formal erhalten, aber ohne die Perspektive einer Bereicherung, eines sozialen Aufstieges.

Eine solche Situation mußte jedoch langfristig die Grundlagen des kapitalistischen Verwertungsprozesses überhaupt gefährden. Die wachsende Gleichgültigkeit des Bauern seinem Eigentum gegenüber, seine Abwanderung in die Städte, wo das Pro-Kopf-Einkommen dreimal so hoch war, geriet in Widerspruch zu den Bedürfnissen des Kapitals, eine ständig wachsende und billige Agrarproduktion zur Verfügung zu haben. Voraussetzung dafür war nicht nur die Entwicklung der materiell-technischen Basis der Landwirtschaft, sondern auch das Vorhandensein der entsprechenden Arbeitskräfte. Dafür hatte nun wieder der Staat mit einer sogenannten "Sozial- und Einkommenspolitik" zugunsten der agrarischen Bevölkerung zu sorgen.

Weil die staatlich regulierten Preise unter den durchschnittlichen Produktionskosten lagen, wurden die ärmeren Bauern am stärksten belastet, da sie in der Regel unter den schlechtest Produktionsbedingungen produzierten. Die Verluste versuchte der Staat durch Einkommenszuschläge zu kompensieren, die ursprünglich in die Versicherungspreise einkalkuliert, später jedoch getrennt als Einkommensunterstützung gezahlt wurden.

In die gleiche Richtung wie die Unterstützung des Bauerneinkommens wirkte auch die eingeführte Befreiung der Bauernschaft von der direkten Steuer, obwohl der Staat über höhere indirekte Steuern wiederum das bäuerliche Einkommen erheblich belastete.[10]

9) Bergopoulos, K.: Die Agrarfrage in Griechenland. Athen 1974 S. 264 (gr.).
10) Diese Seite untersuchte Bergopoulos ebenda, S. 234 ff.

Mit der Einkommenspolitik versuchte der Staat, den Bauern einerseits das Existenzminimum zu sichern, andererseits aber ihn fest an das Land zu fesseln.
Dem gleichen Ziel diente auch die vom Staat betriebene Sozialpolitik auf dem Lande. Früher als in den anderen kapitalistischen Ländern (im Jahr 1955) führte der Staat die Bauernsozialversicherung ein (Rente, Gesundheitsbetreuung usw.). Diese Fonds wurden vom Staatshaushalt abgedeckt und bewirkten eine Einkommensumverteilung zulasten der nichtagrarischen Schichten. Das Ziel war die relative Überbrückung des scharfen Widerspruchs zwischen den Lebensbedingungen der Stadt und des Landes.
Zeigte sich schließlich die staatliche Einkommens- und Sozialpolitik als unfähig, die Widersprüche zu bewältigen und erschienen letztere ganz kraß an der Oberfläche, dann nahm der Staat zu unmittelbaren, administrativen Mitteln Zuflucht. Das gilt z.B. für die aus der wachsenden Verschuldung der Bauern erfolgten Regulierungen dieser Schulden, entweder auf dem Wege der Verlängerung der Tilgungsfristen oder der Zinsbefreiung oder der Reduzierung der Raten, wie es 1963 und 1966 geschehen ist, oder durch die endgültige Streichung von Bauernschulden, wie z.B. im Jahre 1968 in Höhe von 7,5 Mrd. Dreh (ein Fünftel des landwirtschaftlichen Bruttoprodukts).

Diese Interventionen des Staates zur Stabilisierung des sozialen Status der Bauernschaft bedeuteten nicht nur eine direkte staatliche Regulierung der Produktionsverhältnisse zwecks Systemerhaltung, sondern dienten, wie bereits oben hervorgehoben, auch den unmittelbaren Interessen des Kapitals, einer dauerhaften Ausbeutung der Landbevölkerung.
Die wachsende Bauernverschuldung stellte letztlich, trotz der aktiven staatlichen Einkommens- und Sozialpolitik und dem sonstigen direkten staatlichen Eingreifen, die Bewegungsform des Widerspruchs zwischen den unmittelbaren und individuellen sowie den mittelbaren und Gesamtinteressen des Kapitals an der Ausbeutung der Landwirtschaft dar und zeigt das Unvermögen des Staates, diese Interessen in eine einheitliche Politik zu integrieren.

IV. Die Überwindung der landwirtschaftlichen Produktionskrisen

Schließlich erschien der Staat hinsichtlich der staatlichen Regulierung der Landwirtschaft noch in einer vierten Rolle, und zwar als Absorptionsfaktor der Überproduktionskrisen. Mittels der Konzentrationspreise kaufte der Staat einen Teil oder die gesamte Produktion eines Erzeugnisses auf und verhinderte damit den Fall der Agrarpreise und damit den Fall des Bauerneinkommens unter ein gewünschtes Niveau. Die konzentrierten Überschüsse versuchte der Staat entweder zu exportieren, zu subventionierten Preisen zu verkaufen oder zu beseitigen. Manchmal trug der Staat jedoch selbst mit seiner Politik zu solchen Überschüssen bei, die er danach mit erneuten Maßnahmen bekämpfen mußte. Charakteristisch dafür ist das Beispiel des Getreides. Nachdem der Staat in den 50er Jahren zur Gewährleistung einer Getreideautarkie höhere Preise, als auf dem Weltmarkt üblich, zahlte und dadurch Getreideüberschüsse entstanden, mußte er das Getreide schließlich auf Kosten des Staatshaushaltes aufkaufen und für lange Zeit lagern. Das Erreichen der Getreideautarkie führte im weiteren dann wieder zur Herabsetzung der Preise durch die Diktatur und mithin zum Abbau der Überschüsse. Der Ankauf und die Verwaltung der Agrarüberschüsse seitens des Staates führte immer wieder zu ständigen Finanzierungsproblemen, die den Staatshaushalt schwer belasteten und den Unmut der industriellen Kreise förderten. Jedoch setzte diese Politik den spontanen und anarchischen Auswirkungen der Marktgesetze Grenzen, milderte die schweren Konsequenzen für das Bauerneinkommen und trug zu einer relativen Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Dorf in diesem doppelten Sinne bei, wie es anhand der Betrachtung der Einkommens- und Sozialpolitik deutlich wurde.

Aus allem bisher Gesagten geht eindeutig hervor, daß die erweiterte landwirtschaftliche Reproduktion in Griechenland nach dem zweiten Weltkrieg nicht möglich gewesen wäre ohne eine aktive und starke staatliche Intervention. Die Ursache der umfassenden, stark zentralisierten und zumeist administrativen staatlichen Regulierung lag in dem Widerspruch

zwischen den Bedürfnissen des Kapitals, insbesondere des Monopolkapitals, nach billigen Lebensmitteln, Rohstoffen, Arbeitskräften sowie einem aufnahmefähigen inneren Markt einerseits und den im Ergebnis historischer Prozesse relativ eng begrenzten Möglichkeiten der griechischen Landwirtschaft diesen Kapitalbedürfnissen gerecht zu werden, andererseits.

Die Lösung dieses Widerspruchs setzte die Entwicklung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft voraus. Weil die spontane Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft aufgrund der beiden anfänglich erwähnten historischen Tatsachen sowie der Angst vor sozialen Spannungen kaum möglich war, mußte der Staat alle Kosten der Entwicklung übernehmen bei gleichzeitiger Gewährleistung der privaten Aneignung der Ergebnisse durch das Kapital sowie relativer Stabilisierung des sozialen Status der Bauern, jedoch nicht als selbständige Unternehmer, sondern faktisch als Lohnarbeiter, die zugleich noch formale Eigentümer waren. Erweckt die erste Funktion der staatlichen Regulierung den Eindruck einer de facto Vergesellschaftung der Landwirtschaft,[11] so führt letztere zu dem Anschein, daß der Staat und das Kapital das kleine bäuerliche Eigentum geschützt bzw. ein Interesse an seiner weiteren Erhaltung gehabt hätten.

Wie unhaltbar letztere Aussage nach aller Erfahrung auch scheinen mag (massenhafte Abwanderung vom Dorf, nur noch formelles Eigentumsrecht, Ruinierung der kleinen Bauern und Verschlechterung der Reproduktionsbedingungen usw.), weist sie aber doch auf die interessante Tatsache hin, daß die staatliche Regulierung die Konzentrations- und Kapitalisierungsprozesse in der Landwirtschaft hemmte bzw. verlangsamte und daß die Integration der Landwirtschaft in den Kapitalismus nicht durch eine kapitalistische Entwicklung in der Landwirtschaft selbst, sondern durch die weitgehend staatlich organisierte Verflechtung der Landwirtschaft mit dem Kapital als Ganzes vor sich gegangen ist.
Es ist das Verdienst von Bergopoulos, in seiner Schrift "Die Agrarfrage in Griechenland" auf diese Tatsache in Griechenland aufmerksam gemacht zu haben. Seine Thesen aber, die

11) Ebenda, S. 184.

bestenfalls eine begrenzte wirtschaftshistorische Interpretation eines Entwicklungsabschnitts der griechischen Landwirtschaft bieten, beinhalten eine Reihe von theoretischen und historischen Fehlern, die zu fragwürdigen Verallgemeinerungen führen.[12] Die Auseinandersetzung damit kann an dieser Stelle nur aus dem engen wirtschaftshistorischen Blickwinkel der Analyse der staatlichen Regulierung der griechischen Landwirtschaft geführt werden.

Obwohl die Herausbildung des kleinen bäuerlichen Betriebes in Griechenland historisch betrachtet wird, ist seine Etablierung als Bestreben des Kapitals erklärt, sowohl die Großgrundeigentümer als auch die Agrarkapitalisten zu beseitigen bzw. fernzuhalten, damit ihnen keine Grundrente bzw. kein Surplusprofit bezahlt werden muß. Dementsprechend wurde (besonders vom Staat) "eine systematische Politik des unaufhörlichen Preisverfalls der Agrarprodukte" angewandt, die langsam die Landwirtschaft aus dem Feld der kapitalistischen Investitionstätigkeit "verdrängte".[13] Als Mechanismen dieser Verdrängung werden genannt, der kontinuierliche Preisverfall der Agrarprodukte, der Preisanstieg bei Industrieprodukten, der Preisanstieg beim Boden, die Kapitalversorgung der Landwirtschaft durch den Staat und die Steuerlasten.[14]

Mit dieser Auffassung werden aber zwei historische Tatsachen der Entwicklung der griechischen Landwirtschaft ignoriert, was zur Verabsolutierung der historisch bedingten Form der staatlichen Regulierung der Landwirtschaft, wie sie bis Mitte der 60er Jahre praktiziert wurde, führte.

I) Die sozial-ökonomische Struktur der Landwirtschaft, nämlich die Etablierung des kleinen bäuerlichen Betriebes, läßt sich einseitig aus dem Willen des Kapitals selbst erklären, keine Grundrente bzw. keinen Surplusprofit bezahlen zu wollen. Man kann bereits im Griechenland des vorigen Jahrhunderts Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Grundeigentümern um die Rente nachweisen, ähnlich wie die in England im vorigen Jahr-

12) Für eine marxistische, allerdings noch begrenzte Kritik siehe: Panitzidis, G.: Kritik der Theorie der nichtkapitalistischen Entwicklung der Landwirtschaft". In: Kommunistiki Epitheorisi 6/1981, Athen, (gr.).
13) Siehe Bergopoulos, K.: a.a.O., S. 182/3
14) Ebenda, S. 185.

hundert, obwohl bis 1960 der weitaus größte Teil der landwirtschaftlichen Produktion von den Bauern selbst konsumiert wurde, d.h. sich nicht in Ware verwandelte, und infolgedessen keine Rente abwerfen konnte. Bei dieser Interpretation wird die Rolle des ständigen und heroischen bäuerlichen Kampfes, die Einwanderung von 1,5 Mio. Flüchtlingen aus Kleinasien im Jahre 1922 und die massive Teilnahme der Bauernschaft an der progressiven Widerstandsbewegung, die zur Verteilung des Bodens zwang, d.h. der Klassenkampf als ganzes kaum mitberücksichtigt. Andererseits hindert die fehlende Bezugnahme auf die griechische Industrialisierung Bergopoulos zu sehen, daß das Fernhalten des Kapitals von der griechischen Landwirtschaft nicht Ergebnis einer diskriminierenden, profitfeindlichen Preispolitik gewesen war, sondern Ergebnis des Kapitalmangels selbst, des Fehlens von Kapitalisten, die bereit waren, sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie zu investieren. Für entwickelte kapitalistische Länder, wie z.B. Frankreich, wäre eine solche wirtschaftshistorische Auffassung über die "Verdrängung der Landwirtschaft aus dem kapitalistischen Anlagefeld durch staatliche Preispolitik" berechtigt. Für Länder wie Griechenland aber, in denen sich der Kapitalismus überwiegend auf der Grundlage äußerer Kapitalquellen entwickelte, ist diese Ansicht ex definicio unhaltbar.

II.) Die zweite historische Tatsache, die Bergopoulos ignoriert, war die infolge der monopolistischen Industrialisierung gesetzmäßig hervorgerufene Forderung nach Veränderungen in der Landwirtschaft und der Agrarpolitik, die ab Mitte der 60er, stärker aber noch in den 70er Jahren, zu verzeichnen ist. Diese Tendenzen und Entwicklungen markieren die historisch-theoretische Grenze der These Bergopoulos' und die Unzulänglichkeit, aus der Verallgemeinerung einer historisch kurzen Periode ein theoretisches Axiom abzuleiten. Auch in der griechischen Landwirtschaft gingen gewisse Konzentrationsprozesse vor sich (siehe Tabelle 1). Noch stärker waren jedoch ab Ende der 60er Jahre solche Prozesse, die über nichtstaatliche Zirkulationsprozesse die Landwirtschaft mit dem Kapital, besonders dem monopolistischen, verflochten.

Damit ist die Entwicklung der vertikalen Integration gemeint.[15] Hierin zeigt sich die sich entwickelnde private Variante im Nebeneinander mit der schon dargestellten staatlichen Variante der Integration der Landwirtschaft über die Zirkulationssphäre in die Verwertungsbedingungen des Kapitals. Daraus ergibt sich, daß die staatliche Preispolitik das wichtigste, aber nicht das einzigste Mittel der Erhaltung des kleinen bäuerlichen Betriebes war und ist. Ferner: Die staatliche Politik gegenüber der Landwirtschaft, wie sie nach dem zweiten Weltkrieg praktiziert und hier bereits dargestellt wurde, begann in ihr Gegenteil umzuschlagen. Sie wurde zum Hemmschuh der Akkumulationsbedingungen des Kapitals. Ihre Reform ist für das Kapital unabdingbar geworden. Auf diese Tatsache weisen eine Reihe von inneren Widersprüchen hin, die sich im Laufe der Zeit weiter verschärften:

1) Die Verbilligung der Agrarprodukte konnte nicht mehr länger über den Rückgang des Bauerneinkommens erkauft werden, ohne eine Gefährdung des Systems nach sich zu ziehen. Das zeigten die starken Bauernkämpfe nach 1974. Gleichfalls hatte die Mechanisierung und Chemisierung der Landwirtschaft Mitte der 70er Jahre ihre Grenze erreicht. Jede weitere Kapitalinvestition in der Landwirtschaft zur Senkung der Preise mußte nunmehr unausbleiblich verbunden werden mit der Vergrößerung des bäuerlichen Betriebes, mit der effektiven Nutzung von Maschinen und anderen Produktionsmitteln. Die Mechanisierung der Landwirtschaft setzte aber die Existenz eines Betriebes mit mindestens 10 Hektar Bodenfläche notwendig voraus. Schließlich erforderte die Verbilligung der Agrarprodukte die Aufhebung der Importschranken für die Einfuhr billiger Agrarprodukte. Die Schutzzollpolitik hat z.B. allein bei Getreide die Konsumenten von 1954 bis 1964 mit 7,3 Mrd. Drch belastet, d.h. mit 3 Prozent des Bruttoagrarprodukts.[16] Die Aufhebung der Zölle für Getreide Ende der 60er Jahre zeigte schon die Tendenzen der Veränderung der

15) Mehr zur vertikalen Integration in Griechenland siehe: Panitzidis, G.: a.a.O., S. 84/85.

16) Zentrum für Planung und ökonomische Forschung: Studien des Fünfjahrplanes. Agrarsubventionen, Athen 1966, S. 14 und Tabelle 2 (gr.).

Agrarpolitik, des Übergangs zu einer indirekten staatlichen Regulierung, bei der den Marktkräften eine größere Rolle zufiel.

2) Das traditionelle System der staatlichen Regulierung der Landwirtschaft wirkte ab Mitte der 70er Jahre zunehmend auch begrenzend auf die Erweiterung des inneren Marktes und setzte damit der Profitrealisierung des industriellen Kapitals Grenzen. Einige Ökonomen sehen darin sogar die Ursache der abnehmenden Investitionstätigkeit in der zweiten Hälfte der 70er Jahre.[17] Das staatlich geregelte Preis- und Handelssystem für Agrarprodukte beschränkte erheblich das Einkommen der Bauern und begünstigte eine kompradorische Schicht von Vermittlern, Händlern u.ä., die ihr Einkommen durch Druck auf die Produzenten und Hochtreiben der Konsumentenpreise erzielten. Das Einkommen dieser Schicht, das meistens parasitär konsumiert wurde, ist schwierig zu ermitteln.[18] Es existieren darüber nur indirekte Berechnungen. So erwähnt der ehemalige Vorsitzende der Landwirtschaftlichen Bank, daß die Differenz zwischen Produzenten- und Konsumentenpreisen bis zu 50 Prozent des Produktionspreises der Agrarprodukte erreichte.[19] Einige empirische Untersuchungen der ATE zeigen ebenfalls, daß bei einigen Arten von Gemüse und Obst die zusätzliche Belastung der Konsumentenpreise über 50 Prozent betrug (vgl. Tabelle 9). Die Beschneidung des bäuerlichen Einkommens durch diese parasitäre Schicht zeigte sich schließlich in der Tatsache, daß trotz der Verbesserung der Preise für Agrarprodukte 1975-80 das Pro-Kopf-Einkommen der Bauern nur gering anstieg.[20]

Die Liquidierung der Schicht der Zwischenhändler, die im Interesse sowohl der Bauern als der Arbeiter und auch des industriellen Kapitals liegt, ist unmöglich ohne eine Reform des geltenden Systems der staatlichen Regulierung.

3) Die vom Staat betriebene vielfältige Unterstützung der Landwirtschaft (Entwicklung der materiell-technischen Basis, Einkommens- und Sozialpolitik usw.) führte allmählich zur

17) Vgl. Negrepondi, M.: a.a.O., S. 56.
18) Vgl. Apergis, S.: Die Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Produktion, ATE 1978, S. 17 und Negrepondi, M.: a.a.O. S. 192 ff.
19) Vgl. Pepelasis, A.: Agrarpolitik und Entwicklung. Athen 1976, S. 107.
20) Vgl. auch Negrepondi, M.: a.a.O., S. 48-56.

Herausbildung eines kostspieligen Systems der staatlichen Regulierung. Die "Vergesellschaftungskosten" der Landwirtschaft, die Mitte der 60er Jahre 12-14 Prozent des laufenden Staatshaushaltes betrugen, verdoppelten sich bis 1976/77 und machten ca. 24-25 Prozent aus (siehe Tabelle 6a und 6b). Sie mußten letztendlich über die Steuern vom Profit und vom Lohn bezahlt werden. Insoweit die Ausgaben des Staates für die Landwirtschaft defizitäre Ausgaben darstellten, trugen sie auch zur Verstärkung der Inflation bei. An diese Tatsache knüpft ein zusätzliches Interesse des industriellen Monopolkapitals zur Reform des existierenden Systems der staatlichen Regulierung der Landwirtschaft, was in den 70er Jahren stark von der ökonomischen Fachpresse reflektiert wurde, an.

4) Seit Mitte der 60er Jahre stellt man fest, daß die in den 50er und 60er Jahren "betriebene Politik des Schutzes des Bauerneinkommens sich in großem Maße an den Erfordernissen einer neuen Agrarpolitik, die auf die Umstrukturierung der Landwirtschaft orientiert, stieß".[21] Dies hing damit zusammen, daß die Einkommensunterstützungen in die Preise bestimmter traditioneller Agrarprodukte einkalkuliert waren. Damit aber wurde indirekt der Anbau neuer Agrarprodukte mit höherer Einkommensrentabilität resp. mit Perspektiven der industriellen Verarbeitung bzw. des Exportes verhindert. Zu einer Umstrukturierung drängte auch angesichts der griechischen Assoziierung an die EWG die Konkurrenz der anderen Agrarexportländer (Italien, Frankreich u.a.) bzw. die Nachfragestruktur auf dem EWG-Markt. Die Lösung der bäuerlichen Einkommenspolitik von den Preisen der Agrarprodukte (wie es Ende der 60er Jahre bei Getreide begonnen wurde) zwecks Umstrukturierung der Agrarproduktion bedeutete gleichzeitig den Übergang zu neuen, differenzierten und vielfältigen Formen der Unterstützung des bäuerlichen Einkommens, orientiert an den in der EWG praktizierten.

Insgesamt kann man feststellen, daß die Entfaltung und Verschärfung der vier analysierten Widersprüche zu einer Reform des Systems der Agrarpolitik, zur Ersetzung der umfassenden,

21) Zolotas, X.: Monetäres Gleichgewicht... a.a.O., S. 298.

mehr administrativen und direkten staatlichen Regulierung durch eine indirekte, bei der den Marktkräften mehr Raum geboten wird, drängte.
Die Einbeziehung der griechischen Landwirtschaft in die indirekte Regulierung, ihre Öffnung für den Markt und der daraus resultierende Abbau des staatlichen Schutzschirmes für das kleine bäuerliche Eigentum mußte aber in Widerspruch geraten mit der Hypothese von Bergopoulos, daß der Staat das kleine bäuerliche Eigentum schützt. Mit dem Abbau des staatlichen Schutzschirmes wird aber dem kleinen bäuerlichen Eigentum die Existenzgrundlage entzogen und gleichzeitig werden dem Kapital zusätzliche Wege der Ausbeutung der Landwirtschaft eröffnet.
Hätten Staat und Monopolkapital tatsächlich ein Interesse an der Weiterexistenz des kleinen bäuerlichen Betriebes, wie könnten dann die Zerstörungs- und Differenzierungskräfte erklärt werden, die sie mit dem Übergang zu indirekten Formen der Regulierung freisetzten und die gesetzmäßig zur Ruinierung ihres "Schützlings", des Kleinbauern, führen müssen? Wirken damit aber Kapital und Staat nicht letztlich auch gegen sich selbst? Zu diesem Paradoxon kommt man unter anderem, wenn man die Bergopoulos-Hypothese über einen bestimmten Zeitabschnitt hinaus als allgemeingültig und typisch für die Entwicklung der Landwirtschaft in Griechenland erklärt.
Erfolgt auch diese Umgestaltung der Agrarpolitik mit dem Alibi der Anpassung Griechenlands an die "Gemeinsame Agrarpolitik" der EWG-Länder, die ab 1981 in Gang gesetzt wurde, so bedeutet dies jedoch nicht, daß die Ursachen für eine verstärkte indirekte Regulierung primär äußerer Natur sind. Die wahre Ursache, die Hauptprieb-kraft des Übergangs zu indirekten Maßnahmen der staatlichen Regulierung der Landwirtschaft, ist im Inneren des Landes, und zwar in der Stärkung des industriellen Monopolkapitals zu suchen. Darüber hinaus bleibt immer noch eine Frage für die zukünftige wirtschaftshistorische Forschung offen, den Zeitpunkt der Entfaltung der Widersprüche, die zur Reform der Agrarpolitik führten, genauer zu bestimmen. Der "verspätete" Beginn ihrer Durchsetzung in den 80er Jahren sagt nichts über das Zustandekommen ihrer Notwendigkeit aus. Alle Faktoren und Tatsachen deuten aber da-

rauf hin, wie es übrigens oft betont wird, daß spätestens Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre die erwähnten Widersprüche spürbar geworden waren. Wenn dem aber tatsächlich so ist, hätte der Verfasser der "Agrarfrage in Griechenland" diese Veränderungstendenzen in Betracht ziehen und diese einseitigen Schlußfolgerungen vermeiden müssen.
Abschließend lassen sich die getroffenen Aussagen wie folgt zusammenfassen:
Die Untersuchung der staatlichen Regulierung der Landwirtschaft hat die bedeutende Rolle des Staates für die Entwicklung und Reproduktion dieses Bereiches gezeigt.
Die Ursachen der staatlichen Agrarregulierung sind in den Bestrebungen des Monopolkapitals zu suchen, die Landwirtschaft in seine Verwertungsbedingungen einzubeziehen. Darüber hinaus richtete sich die staatliche Aktivität auf die Erhaltung des Systems, indem sie die Klassenlage im Dorf durch Zugeständnisse stabilisierte. Insofern entsprach die staatliche Regulierung der Landwirtschaft inneren Notwendigkeiten.
Die Veränderung der Formen der Agrarpolitik und der Übergang zu indirekten, marktstimulierenden Formen, eine Tendenz, die den gesamten staatsmonopolistischen Kapitalismus in Griechenland ab Mitte der 60er Jahre kennzeichnet, spiegelte die Verstärkung des Monopolkapitals und die Veränderung seiner Verwertungsbedürfnisse wider. Gerade dieser Übergang verdeutlicht die enge Beziehung zwischen den Monopolinteressen an der Landwirtschaft und dem Staat sehr gut, indem nämlich jegliche staatliche Regulierung in der Landwirtschaft nicht dem Wohle und den Wünschen der Bauern, sondern einzig und allein den Verwertungsbedürfnissen und der Herrschaft des Monopolkapitals dient.

2.3.4. Zur antizyklischen Wirtschaftsregulierung

In diesem Abschnitt wird die staatliche Reaktion auf die sich seit 1974 vollziehenden Krisenprozesse in der Wirtschaft Griechenlands untersucht. Neben der notwendigen Darstellung der Besonderheiten des industriellen Zyklus in Griechenland wird auch die Rolle des Staates als grundlegender Faktor hervorge-

hoben, der die Wirksamkeit des staatlichen antizyklischen Instrumentariums und der entsprechenden Politik durch die Inflation (vgl. 2.2.2.3.) untergraben.
Der Rolle des Staates entsprechend, findet seine ökonomische Aktivität ihre prägnanteste Verwirklichung besonders dort, wo die Widersprüche der Produktionsweise am schärfsten hervortreten, nämlich während der Überproduktionskrisen. "Die Krisen sind immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen."[1]
Je nach der Art, Tiefe und Qualität der Widersprüche interveniert der Staat als Gesamtkapitalist in die ökonomischen und sozialen Krisenprozesse, um die Reproduktion des Systems zu sichern. Mit dem entsprechenden staatlichen Instrumentarium von Mitteln und Methoden, das sich besonders nach der großen Weltwirtschaftskrise 1929-33 herausbildete, wird versucht, den ökonomischen und sozialen Folgen der Krisen vorzubeugen und sie zu mildern bzw. einzudämmen.
In Griechenland gab es vor dem zweiten Weltkrieg ökonomische Krisen hauptsächlich in Form von Agrarkrisen (Überschuß von unverkäuflichen Agrarprodukten) oder von Krisen der öffentlichen Finanzen. Es kam zwar auch zu Krisenprozessen, in der Industrie (wie z.B. während der Weltwirtschaftskrise 1929-33), aber diese waren in der Regel nicht tief und dauerten nur kurz.
Die Besonderheit der ökonomischen Krisen bis zum zweiten Weltkrieg liegt in der Tatsache, daß sie im wesentlichen Folgen der Unterbrechung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen (1. Weltkrieg, Weltwirtschaftskrise 1929-33 usw.) waren. Ihre Ursachen waren also primär äußerer Natur, was sich aus der schwachen Entwicklung des Kapitalismus und des inneren Marktes Griechenlands erklärt.
In der Nachkriegszeit hatte die Verminderung der Bautätigkeit zeitweilig Teilkrisen verursacht. Jedoch eine wirkliche Überproduktionskrise brach erst im Jahre 1974 und eine weite-

---

1) Marx, K.: Das Kapital. Bd. 3. MEW. a.a.O., S. 259.

re Mitte 1979 aus.[2]

Die Krise von 1974 hat erstmals nach dem zweiten Weltkrieg zu einer absoluten Senkung des Bruttoinlandproduktes geführt (-1,9 Prozent), wie aus der Tabelle 1 ersichtlich ist. Noch stärker fiel die Industrieproduktion (-11 Prozent), gleichfalls ein historisches Novum in der Nachkriegszeit (vgl. Tabelle 2).

Im Ergebnis dessen stieg die Zahl der Arbeitslosen innerhalb der erwerbstätigen Bevölkerung von 2,1 Prozent im Jahre 1973 auf 3,1 Prozent im Jahre 1975. Diese Zahlen, die offiziell gegeben wurden, sind jedoch nur beschränkt aussagekräftig und sind auch von internationalen Organisationen mit Recht angezweifelt worden. Zunächst wegen des hohen Anteils der Unterbeschäftigung, Auswanderung und Beschäftigung in der "Nebenwirtschaft" sowie andererseits wegen absichtlich falscher Berechnungsmethoden. Nach eigenen Berechnungen von M. Negrepoundi-Deliwani betrug der durchschnittliche jährliche Anteil der Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung im Zeitraum 1960 - 78 9,8 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung und nicht 4,47 Prozent, wie offiziell veröffentlicht wurde.[3]

Eine Untersuchung der strukturellen Entwicklung des Industrievolumens während der Krise (Tabelle 4) zeigt deutlich, daß die Hauptursache des Rückgangs der Industrieproduktion der sehr starke Fall der Bauproduktion war. Das veranschaulicht auch, die Entwicklung in konstanten Preisen darstellend, das Abbild 1.

Wenn man nun die materielle Grundlage der zyklischen Entwicklung betrachtet, d.h. die Bewegung der Bruttoanlageinvestitionen (Abbild 2 und Tabelle 3) läßt sich das auslösende Moment der Krise, nämlich der Rückgang der Bauinvestitionen, feststellen:

a) Die zyklische Entwicklung der gesamten Anlageinvestitionen und der Bauten zeigen einen fast ähnlichen Verlauf, und das nicht nur in den 70er Jahren. Rückläufige Tendenzen und

2) Über die Kriterien der Krise und des Zyklus wurden und werden unter den Marxisten noch verschiedene Standpunkte vertreten. Vgl. unter anderem:
- Die Besonderheiten des gegenwärtigen kapitalistischen Zyklus. Diskussionsbericht in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Berlin 11/1973;
- H.J.Böhme: Diskussion über den Krisenzyklus im gegenwärtigen Kapitalismus. In: Einheit, Berlin 12/1974; derselbe: Probleme des gegenwärtigen kapitalistischen Krisenzyklus. IPW-Forschungsheft 2/1982, Berlin, S. 38.

3) Vgl. Negrepodi-Deliwani, M.: a.a.O., S. 91.

Schwankungen der Bauinvestitionen 1967 und 1970 wiesen ähnliche Tiefpunkte auch für die gesamten Anlageinvestitionen hervor, während die Investitionen der Verarbeitungsindustrie relativ konstant geblieben sind.

b) Für die Krise 1974/75 ist die Tatsache zu vermerken, daß dem Fall der Investitionen im Bauwesen (1974) eine entsprechende Entwicklung in der Verarbeitungsindustrie mit relativer Verzögerung nachfolgte (1975), so als ob ein Ursache-Wirkung-Verhältnis zwischen ihnen bestanden hätte.

Woher erklärt sich diese übergewichtige Relevanz des Bauwesens für den Verlauf des industriellen Zyklus' in Griechenland?

Das hängt in erster Linie damit zusammen, daß das Bauwesen eine erhebliche Rolle bei der Industrialisierung des Landes spielte. In der gesamten Nachkriegszeit machten die Bruttoanlageinvestitionen im Bauwesen durchschnittlich 25-33 Prozent der gesamten Investitionen des Landes aus (vgl. Tabelle 3) und waren damit fast doppelt so hoch wie die in der Verarbeitungsindustrie (Tabelle 5). Somit kennzeichnete der Umfang des Bauwesens stark den Industrialisierungsweg Griechenlands, ähnlich übrigens wie in Spanien.

Während aber in Spanien der Bau von Touristen-Hotels das ausschlaggebende Moment war, wurde in Griechenland das Bauwesen vor allem durch die große und autonome Nachfrage nach Wohnungen stimuliert.

Die Gründe dieser besonders ausgeprägten zahlungsfähigen Nachfrage nach Wohnungen lagen hauptsächlich in der sozialökonomischen Struktur Griechenlands.[4] Die Existenz einer breiten Schicht von kleinbürgerlichen Elementen (Bauern, Handwerker, Städter, Beamte und Angestellte) und Gastarbeitern mit einem zersplitterten und zugleich wachsenden Fonds privater Ersparnisse stimulierte die Investitionen in Wohnungen, einerseits um sich selbst mit Wohnraum zu versorgen, andererseits um durch die

4) In der Diskussion über die Ursache und die Rolle des Bauwesens in der griechischen Entwicklung werden verschiedene Meinungen vertreten. Ein "technischer" Standpunkt rückt den Kapitalkoeffizienten in der Bauwirtschaft (dreimal so hoch wie in der Verarbeitungsindustrie) in den Vordergrund und erklärt damit den unproduktiven Charakter dieses Sektors (z.B. Zolotas). Eine andere Meinung, die auch von den Linken in den 60er Jahren vertreten wurde, betrachtet das hypertrophierte Bauwesen in Griechenland als Ergebnis eines vom Ausland diktierten und von einheimischen Staat praktizierten "Entwicklungsmodells" im Rahmen dessen, die "unproduktiven" Tätigkeiten, wie z.B. die des Bauwesens in den

Vermietung ein kleines zusätzliches Einkommen zu beschaffen. Diese Entwicklung wurde durch die niedrigen Baukosten (niedrige Löhne und billige Baumaterialien) noch zusätzlich begünstigt.

Die o.g. zwei Feststellungen, d.h. a) die Existenz eines sehr wichtigen Zusammenhangs zwischen industriellem Krisenzyklus und Bauinvestitionen und b) die sozialbedingten Ursachen der hohen bauwirtschaftlichen Tätigkeit, benötigen jedoch eine Ergänzung hinsichtlich der Vermittlung des Zusammenhangs beider Faktoren. Wie verbinden sich organisch Krisenzyklus und Industrieproduktion insgesamt mit Bauwirtschaft und -investitionen? Spielte vielleicht nicht doch der äußere Markt auch eine Rolle, besonders unter dem Aspekt der exportorientierten Zweige?

Die letzte Frage ist zuerst zu verneinen. Obwohl in der Krise 1980/81 die ersten Zeichen einer Rückwirkung der äußeren Nachfrage auf die innere Produktion sich abzeichneten, entwickelten sich in den 70er Jahren die Exporte von Industrieprodukten schneller als die Industrieproduktion (vgl. Tabelle 6). Die Industrie in Griechenland blieb überwiegend "binnenorientiert", die Exporte machten kaum 15 Prozent des BNP aus (Tabelle 7) , und wichtige früher exportorientierte Zweige, die von internationalen Monopolen beherrscht werden, wandten sich sogar noch mit der Erweiterung des Marktes ab Ende der 60er Jahre allmählich mehr dem Inlandsgeschäft zu.[5] Infolge dessen hatte die internationale Krise 1974-76 keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Verlauf des Industriezyklus in Griechenland.

Die Untersuchung der Verflechtung zwischen Bauwirtschaft und allgemeiner Industrieproduktion im Inneren des Landes gibt gleichzeitig eine Erklärung der Ursachen, die die Krise zum Ausbruch brachten.

---

abhängigen Ländern stimuliert werden sollten. Für eine Kritik dieser Standpunkte siehe: Emmanuil, D.: Die Bauinvestitionen in Griechenland. In: Wirtschaft und Gesellschaft. 13/1980, Athen (gr.); Tridafilidia, K.: Der Wohnungsbau als Entwicklungsfaktor der griechischen Wirtschaft. In: Technika Chronika 6-1972, Athen, (gr.).

5) Vgl. Giannitzis, T.: Die multinationalen Unternehmen. In: Wirtschaft und Gesellschaft, 11/1980, Athen, S. 27/28,(gr.).

Obwohl eine Reihe von Betrieben der Verarbeitungsindustrie (Investitionsgüterproduktion) direkt für die Bauwirtschaft arbeiten (z.B. Zement- und Holzindustrie), hatte die erneute Minderung der Bautätigkeit im Jahre 1974 noch zu keiner Einschränkung ihrer Produktion geführt. Für die Zementindustrie z.B. war aufgrund der gewaltigen Exporttätigkeit in die arabischen und afrikanischen Länder das Gegenteil der Fall (siehe Tabelle 8). Das Fehlen eines kausalen Zusammenhangs zwischen der Verminderung der Bautätigkeit und dem Fall der Industrieproduktion insgesamt bestätigt auch der sehr niedrige Rückgang der Produktionsmittelproduktion im Vergleich zu den übrigen Zweigen (Tabelle 9). Vor allem wird also deutlich, daß die starke Verminderung der Bauinvestitionen keineswegs direkt zur Krise in der Verarbeitungsindustrie geführt hat.

Die Krise wurde im wesentlichen auf einem anderen Weg herbeigeführt, und zwar über den Rückgang der inneren konsuntiven Nachfrage. Die Bauwirtschaft war und ist nicht nur mit einer Reihe von Industriezweigen verflochten, sondern stimuliert indirekt viele andere Tätigkeiten und Zweige, aus denen ein großer Teil der erwerbstätigen Bevölkerung sein Einkommen bezieht. Jede Schwankung der Bautätigkeit beeinflußt indirekt das Einkommen breiter Schichten von Werktätigen und somit schließlich die Nachfrage nach Industriegütern insgesamt und in nächster Instanz die Industrieproduktion und -investitionen.

Es ist charakteristisch in diesem Zusammenhang, daß die Industrieproduktion in den Zweigen besonders stark zurückgegangen ist, die langlebige Konsumgüter produzieren und die in einem engen Zusammenhang zum Wohnungsbau stehen, z.B. Möbelindustrie, Haushaltsgeräteindustrie usw. (vgl. Tabellen 8 und 9).

Im Gegensatz dazu sank die Investitionsgüternachfrage nur geringfügig. Nach Angaben des Verbandes der griechischen Industriellen waren 30-35 Prozent der Kapazitäten der Betriebe nicht ausgelastet![6] Diese Tatsachen bestätigen nachdrücklich, daß der Ausbruch der Krise durch die mangelnde zahlungsfähige Konsumgüternachfrage auf dem inneren Markt, beruhend auf der Zurückdrängung der Bautätigkeit verursacht wurde. Die Krise war in Grie-

6) Entnommen von N. Stamatis: Die ökonomische Krise und ihre Folgen. In: Kommunistiki Epitheorisi, 12/1976, Athen, S. 75, (gr.).

chenland also eher ein Realisierungsproblem als eine Investitionsabstinenz der Industriellen wegen sinkender Profitraten.

Die enge organische Verbindung der Industrieproduktion mit den Bauinvestitionen, vermittelt durch die Entstehung von Einkommen und effektiver Nachfrage, war während der ganzen Nachkriegsperiode die Bewegungsform des industriellen Zyklus in Griechenland. Auf dieser Realität basierte weitgehend auch die staatliche Wirtschaftspolitik zur Bekämpfung sowohl der Inflation als auch der zyklischen Schwankungen und Krisen, unabhängig von der jeweiligen spekulativen bzw. apologetischen Tarnungen unter den Titeln "Wachstumspolitik" oder "Strukturveränderungen zugunsten der produktiven Sektoren".

Es gibt aber auch eine Besonderheit, die die Bauinvestitionen als ideales Mittel der Reaktion auf kurzfristige zyklische Schwankungen der Wirtschaft erscheinen läßt. Der Wohnungsbau reagiert wegen des hohen Kapitalkoeffizienten sehr sensibel auf jede Veränderung der Finanzierungsbedingungen. Daher wird er als ein sehr effektives Wirkungsfeld für die Durchsetzung der jeweiligen Wirtschaftspolitik angesehen.[7]

Bevor aber auf die antizyklische Wirtschaftspolitik eingegangen wird, soll zunächst die Rolle des Staates als ein, die Wirtschaftskrise verursachender Faktor erklärt werden, zumal sich dies als ein neues Merkmal des jüngsten Krisenausbruchs nicht nur in Griechenland, sondern auch im internationalen Maßstab erwies, welches viele Dogmen der neokeynesianischen Wirtschaftslehre und -praxis in Frage gestellt hat.

Wie schon in 2.3.1. verdeutlicht wurde, zielte die entwicklungsorientierte Wirtschaftspolitik in Griechenland ab Mitte der 50er Jahre mit allen Mitteln auf die Stimulierung der produktiven Kapitalakkumulation, da "Kapitalknappheit" als die wichtigste Ursache des sozialökonomischen Zurückbleibens betrachtet wurde. Der Staat hatte dabei direkt (öffentliche Investitionen) und indirekt (Anleihen, Finanzierung, Anreize usw.) geholfen, nicht nur indem er die inneren Ersparnisse mobilisiert und in produktives Kapital umgewandelt hat, sondern auch durch wachsende defizitäre Ausgaben, finanziert über Anleihen im In- und Ausland.

7) Vgl. K. Triadafilidis: a.a.O., S. 586.

An und für sich haben die defizitären staatlichen Ausgaben sowie die Staatsverschuldung nicht Negatives an sich. Man kann damit die Reichweite des ökonomischen Potentials der Wirtschaft ausdehnen, Ressourcen mobilisieren, die sonst ungenutzt geblieben wären und das Nationaleinkommen steigern. Diese Methode jedoch, die mit dem Ziel des Wirtschaftswachstums nach dem zweiten Weltkrieg breite Anwendung in den kapitalistischen Ländern gefunden hat, unterliegt zwei Schranken, deren Ignorierung zu unerwünschten Resultaten führen kann. Die Deckung der wachsenden Defizite darf sich a) nicht über erhöhte Besteuerung vollziehen, weil dann die allgemeine Wirtschaftstätigkeit sinkt und das angestrebte Wachstum verhindert wird und darf b) nicht durch "ungesundes" inflationistisches Geld realisiert werden, denn dann bricht früher oder später die Inflation aus.

Die Verletzung des zweiten Prinzips war genau der Grund für die ab Ende 1972 sprunghaft ausbrechende Inflation in Griechenland, wie in 2.2.2. bereits dargestellt wurde. Die Ursache war die spekulative, mit allen Mitteln betriebene Wachstumspolitik der Diktatur, die mit der maßlosen Erhöhung der effektiven Nachfrage durch defizitäre Ausgaben, besonders zur Stimulierung der Bautätigkeit, und unter Mißachtung jeglicher Geldstabilitätsaspekte, die bis 1967 von den bürgerlichen regierenden Kreisen streng berücksichtigt wurden, ein "Wirtschaftswunder" anstrebte. Die spekulative und übermäßige Stimulierung der Bautätigkeit während der Diktatur (der Staat selbst hat allerdings nur wenig investiert) erkennt man deutlich in der Tabelle 9. Die Kreditierung der Bauwirtschaft durch den Staat stieg von 31,1 Prozent der gesamten Bauinvestitionen im Jahre 1966 auf 91,1 Prozent kurz vor Inflationsausbruch im Jahre 1971. Zur Drosselung der Inflation, die 1973 10,4 Prozent betrug, sind die Kreditierung und die unmittelbaren öffentlichen Investitionen drastisch reduziert worden, was zu einem starken Investitionsfall zuerst im Wohnungsbau und dann in der übrigen Industrie führte.

Damit kam in Griechenland ab 1974 die Stagflation zum Durchbruch und dauert faktisch bis heute noch an. Die Inflationsrate ist seitdem immer zweistellig, und die Industrieproduktion hat volumenmäßig das Niveau von 1973 bislang nicht wieder erreicht (Tabelle 4). Insofern findet der Terminus Stag-

flation in Griechenland seine volle Bestätigung.
Auf der Ebene des Staates bedeutet nun die Stagflation eine Krise der Wirtschaftspolitik, eine Krise der bis in die Gegenwart praktizierten staatsmonopolistischen Wirtschaftsregulierung. Die früher von den Keynesianern vorgenommene strenge Trennung zwischen Wachstums-, antizyklischer und antiinflationistischer Politik existiert nicht mehr. Die Hebel zur Bekämpfung der Krisenerscheinungen führen zur Inflation und umgekehrt. Der Staat, seine ökonomische Politik, ist selbst zu einem bestimmenden Faktor für die Stagflation geworden. Die daraus entstehenden Widersprüche haben sich so miteinander verflochten, daß die Krise der staatlichen Regulierung der Wirtschaft eines der wesentlichsten Merkmale der Wirtschaftskrise überhaupt geworden ist.
Aus dem oben Dargestellten ergibt sich ebenfalls, daß die Ursachen sowohl der Stagflation als auch der Krise der staatlichen Wirtschaftsregulierung primär im Inneren des Landes zu suchen sind,[8] d.h. in den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in Griechenland selbst, wobei die internationalen Vorgänge natürlich auch einen nicht zu unterschätzenden Beitrag geleistet haben (Ölkrise, Wirtschaftskrise und Begrenzung der Auslandsanleihen usw.). Das Primat der inneren Ursachen aber muß deswegen betont werden, weil die Bourgeoisie und die regierenden Kreise sich immer wieder auf die äußeren Faktoren berufen und sich damit von den eigenen Sünden freisprechen.
Wie entwickelte sich nun die antizyklische Wirtschaftspolitik nach 1974? Ihre erfolglosen Ergebnisse sind schon im Zusammenhang mit der Stagflation analysiert worden. Die Bedeutung der praktizierten Maßnahmen geht jedoch über ihren unmittelbaren Erfolg oder Mißerfolg hinaus. Sie zeigen den Stand und den Charakter der staatlichen ökonomischen Tätigkeit.
Die Bekämpfung der Krise durch den Staat hat in Griechenland keine Besonderheiten aufzuweisen. Es ist weitgehend die traditionelle antizyklische Finanz-, Kredit- und Einkommenspolitik angewandt worden, um die Investitionen zu fördern, die

---

8) Das erkennt auch die Staatsbank hinsichtlich der Inflation an. Siehe dazu: "50 Jahre Bank von Griechenland" TE, S. 653, Athen 1978, (gr.).

Nachfrage zu erhöhen und die Arbeitslosigkeit zu mildern.[9]
In der Kreditsphäre minderte man den Diskont-satz im September 1974 von 11 auf 8 Prozent, den Zinssatz für Depositen, Kredite und Mindestreserven, die die Geschäftsbanken bei der Staatsbank halten müssen. Darüber hinaus sind alle im Jahre 1972 zur Bekämpfung der Inflation eingesetzten Kreditkontrollen aufgehoben worden, darunter auch die für die Baukreditierung. Viel und billiges Geld ist seit jeher als ein wichtiger Faktor der Wirtschaftsbelebung und der Stimulierung der privaten Investitionen angesehen worden.
In der einkommenspolitischen Sphäre ist 1974 eine Erhöhung der Mindestlöhne um 10 Prozent durchgesetzt worden. In den folgenden drei Jahren von 1975 bis 1977 wuchs der Stundenlohn in der Industrie um 24,7, 28,6 und 20,9 Prozent. Hierin drücken sich nicht nur die harten Kämpfe der Arbeiterklasse, wie sie in 2.3.2. analysiert wurden, aus, sondern spiegelt sich auch das lebendige Interesse der Bourgeoisie an der Erhaltung der effektiven Nachfrage wider, die wegen der Zurückhaltung der Löhne während der Diktatur und der anhaltenden Inflation in einem gefährlichen Maß zurückgegangen war. Der langjährige Vorsitzende der Staatsbank, der die Ursache der Krise im Fehlen einer hinreichenden effektiven Nachfrage sah, forderte aus diesem Grunde direkt die Erhöhung des Volkseinkommens und erklärte dies als anzustrebende Politik zur Bekämpfung der Krise.[10]
Auf finanzwirtschaftlicher Ebene zeichnete sich der umfassenste und stärkste Versuch der antizyklischen Politik mit Konsequenzen sowohl für die Investitionen als auch für die Nachfrage ab.
Nach der modernen bürgerlichen Finanzlehre soll jeder Staat während der Konjunkturphase Einnahmen und Finanzfonds im Staatshaushalt akkumulieren, um sie dann während der Stagnation und der Krise mit dem Ziel der Stimulierung der Investitionen (direkt oder indirekt) einsetzen zu können.

9) Die von H. Mottek festgestellte allgemeine Tendenz, daß der bürgerliche Staat im Gegensatz zu früheren Krisenzeiten in der Krise der 70er Jahre vom Gebrauch direkter staatsmonopolistischer Methoden (Preis- und Lohnstop) abgesehen hat, läßt sich am griechischen Fall bestätigen. Der griechische Staat hat es nicht gewagt, über ein zeitlich begrenztes "Preis-Gentleman's-Agreement" mit den Industriellen hinauszugehen, um die Inflation zu bekämpfen. Und dies am Ende der 70er Jahre! Vgl. Mottek, H.: Die Krisen und die Entwicklung des Kapitalismus. Akademie-Verlag, Berlin 1982. S. 161.

Als Instrument der Realisierung würden vor allem die öffentlichen Investitionen in Betracht kommen, eine "Staatshaushalts-Harmonika", wie Zolotas sagte, die sich nach Befehl öffnet und schließt. Aus zwei Gründen bevorzugt die herrschende Klasse gerade die öffentlichen Ausgaben;

a) aus "technischen" Gründen: gemeinsam mit den militärischen Ausgaben besitzen die öffentlichen Investitionen die größten Multiplikatoreffekte für die effektive Nachfrage;

b) aus "politisch-sozialen" Gründen: sie gehören zu den sogenannten "elastischen" Ausgaben, man kann sie nämlich ohne weiteres beschränken bzw. erweitern, während die Ausgaben für den repressiven Staatsapparat als unantastbar betrachtet werden.

Angesichts dieser Prämissen erscheint es verwunderlich, daß die öffentlichen Investitionen in Griechenland während und nach der Krise, also gerade zu der Zeit, als sie ökonomisch notwendig wurden, absolut zurückgingen (siehe Tabelle 3, Kapitel 2.2.1.). Dieses Phänomen ist aber erklärbar aus der erforderlichen antiinflationistischen Politik, der der Staat den Vorrang gab, und aus der Krise, in die die Staatsfinanzen wegen der langjährigen Defizite und der hohen Verschuldung geraten war. Dementsprechend mußte und konnte man nicht öffentliche Investitionen durchführen. Man verwandte diese Fonds vor 1974 nicht, um Krisen zu bekämpfen, sondern um das Wachstum zu beschleunigen. Daher liefen private und öffentliche Investitionen in Griechenland parallel (Abbild 3) und nicht entgegengesetzt und sich ergänzend, wie es in anderen Ländern in Krisenzeiten häufig der Fall war. Aus diesem Grund scheint es überhaupt fragwürdig, ob die öffentlichen Investitionen in Griechenland je als antizyklisch gedacht waren. Das Ergebnis dessen war das Unvermögen, dieses sehr wichtige Mittel antizyklisch einzusetzen, als die Zeit dafür kam, mit seinen daraus resultierenden, beträchtlichen Konsequenzen für die Verlängerung der Krise und der Stagnation.

Im Gegensatz dazu scheint die Steuerpolitik durch die Verminderung der Steuereinnahmen seit 1974 (siehe Tabelle 10) einschließlich der geringen Kürzung der indirekten Steuern antizyklische Effekte ausgelöst zu haben. Dadurch begünstigte

10) Siehe Zolotas, X.: Unser ökonomisches Problem. Athen 1975, S. 178, (gr.).

der Staat die Steigerung der effektiven Nachfrage und versuchte, die ökonomische Belebung zu stimulieren.
Einige Schlußfolgerungen zu dem Dargestellten lassen sich besser mittels internationaler Vergleiche ziehen.
Erstens: Die erste wirklich zyklische industrielle Überproduktionskrise in Griechenland nach dem zweiten Weltkrieg im Jahre 1974 und die ihre folgende Stagnation bis in die 80er Jahre hinein fiel mit der tiefsten, umfassendsten und längsten Weltkrise des Nachkriegskapitalismus zusammen. Mit dieser Überproduktionskrise war auch die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung und des antizyklischen Instrumentariums des Staates und der Staatsfinanzen verbunden. Während sie aber in den fortgeschrittenen Industrieländern einen gewissen Endpunkt eines früher relativ erfolgreichen Einsatzes bildete, hatte die Krise des antizyklischen staatlichen Instrumentariums in Griechenland (besonders der Staatsfinanzen) die Krise 1974/75 nicht nur nicht verhindern können, sondern sie im Gegenteil noch hervorgerufen. Also fallen die erste industrielle Überproduktionskrise und die Krise der staatlichen antizyklischen Regulierung in Griechenland zusammen und unterstreichen die widersprüchliche Entwicklung des einheimischen Kapitalismus.
Zweitens: Die Verflechtung der Überproduktionskrise und der Krise der staatsmonopolistischen Regulierung bewirkte den Verzicht der bürgerlichen Staaten auf eine umfassende aktive Wachstums- und Konjunkturstimulierung (die sogenannte Globalsteuerung).
Man mußte sich mit beschränkten kurzfristigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung und Inflationsdrosselung begnügen. Eine ähnliche Entwicklung machte sich auch in Griechenland geltend. Während aber in den entwickelten Industriestaaten in den Jahren nach der Krise der Staat aktiv in die Zweigstruktur der Wirtschaft eingriff und neben den traditionellen Mitteln der Wirtschaftspolitik (Kredit-, Steuer- und Finanzmaßnahmen), die die gesamtwirtschaftlichen Parameter zu beeinflussen versuchten, auch spezielle staatliche Programme für bestimmte Bereiche aufstellte[11] (z.B. Rekonstruktionsprogramme für den Maschinenbau, die Informatik und die Elektronik in England, Italien und den Niederlanden oder die ak-

[11] Siehe Autorenkollektiv: Krisenprozesse in der kapitalistischen Weltwirtschaft. Dietz Verlag, Berlin 1981, S. 396.

tive staatliche Förderung der Demontage veralteter Anlagen und des Abbaus von Überkapazitäten in solchen, von der Krise betroffenen Zweigen wie Metallurgie, Schiffbau, Textilindustrie usw.), ist die griechische antizyklische Politik fast ausschließlich den traditionellen Mitteln (Finanz- und Kreditpolitik) treu geblieben, abgesehen nur von einigen Maßnahmen im Energiesektor (z.B. die Gründung des öffentlichen Erdölunternehmens DEP und das Programm für verstärkte Erschließung der einheimischen Energiequellen, die staatlichen Zuschüsse und Anleihen an die großen Zementmonopole Ende der 70er Jahre für die Umstellung ihrer Energiebasis).

Diese Tatsache zeigt nicht nur eine wichtige Besonderheit der antizyklischen Regulierung in Griechenland, ihres sozusagen "zurückgebliebenen" Charakters im Vergleich zu den anderen EG-Staaten, sondern erhärtet zugleich die Hypothese, daß die Krise 1974/75 in Griechenland primär ein Realisierungs- und weniger ein Profitratenproblem war.[12] Obwohl unter theoretischem, politökonomischem Blickwinkel kein strenger Gegensatz zwischen den die Krise verursachenden Widersprüchen existiert[13], kann es sein, daß im historischen Verlauf der eine oder der andere Widerspruch der krisenauslösende Faktor wird. Wenn also in den entwickelten kapitalistischen Ländern die strukturellen Veränderungen der Industrie und der Wirtschaft auf die gesunkene Profitrate des Kapitals hinweisen und die Notwendigkeit ihrer Erhöhung durch Neustrukturierung, Modernisierung und Rationalisierung der Betriebe verdeutlichen, so darf man diese Vorgänge nicht mechanisch auf die griechischen Bedingungen übertragen.[14] Dagegen deutet das weitgehende Fehlen von Strukturveränderungen im konstanten Kapital in Griechenland an, welche Faktoren die Krise hier tatsächlich bedingt haben. Darüber hinaus bleibt für die weitere Forschung noch die Frage offen, welche Formen die Krisenfaktoren in den wenig entwickelten kapita-

12) Vgl. zur Diskussion über die Krisenursachen Tsakiris, I.: Aspekte der ökonomischen Krise in Griechenland. In: "Risospastis" 27/2/1977; Zachareas, A.: "Avgi" 7/12/76, (gr.).
13) Vgl. Reinhold, O.: Die Wirtschaftskrisen. Lehrheft, Berlin 1974, S. 23 ff.
14) Vgl. z.B. Karagiorgas, D.: Die ökonomische Krise in Griechenland. In: Kommunistikio Theoria ke Politiki, 20/1977, S. 21; Zachareas, A.: a.a.O.

listischen Ländern, deren Reproduktionsbedingungen stärker von der Weltwirtschaft bestimmt sind, annehmen, wie und aus welchen konkreten Widersprüchen sich dort überhaupt Überproduktionskrisen entwickeln.

Drittens: Die Tatsache, daß ein Grund für das Ausbrechen der Wirtschaftskrise die staatliche Politik auf anderen Ebenen (Bekämpfung der Inflation, Verbesserung der Zahlungsbilanz usw.) ist, ruft einen doppelten Konflikt zwischen den Mitteln und Zielen sowie den Ergebnissen der einzuleitenden staatlichen Maßnahmen hervor. In Griechenland aber kommen noch weitere Faktoren hinzu und komplizieren erheblich die Sache. Anzuführen ist in diesem Zusammenhang die spezielle sozialökonomische Struktur mit der Masse der Kleineigentümer sowie die in größerem Ausmaß vorhandene Abhängigkeit des Reproduktionsprozesses vom Ausland. Das macht jegliche staatliche Politik äußerst labil und verlangt einen häufigen Wechsel der einzusetzenden Mittel und Hebel zur Beeinflussung der Prozesse. Wenn dazu die "subjektiven" Unzulänglichkeiten und die Schwäche der für die Wirtschaft zuständigen Staatsorgane in Betracht gezogen werden, dann ist die "Kritik" liberaler bürgerlicher und progressiver Wissenschaftler verständlich, die der staatlichen Politik "Konzeptionslosigkeit", "Spontanität", "Widersprüchlichkeit", "Verzögerung", "häufige Änderungen" usw. bei der Bekämpfung der Stagflation vorwerfen. Und dies ist eine reale Tatsache, da sich zwischen 1972 und 1976 die Wirtschaftspolitik alle 6 Monate änderte. Einmal überwogen die antiinflationistischen, dann wieder die antizyklischen Kriterien. Seitens der die Wirtschaftspolitik bestimmenden Organe (z.B. Staatsbank) ist versucht worden, diesem Fakt einen objektivistischen Hintergrund zu verleihen.[15] Damit wird versucht, sich und die in aller Regel arbeiterfeindlich angelegte Wirtschaftspolitik zu rechtfertigen.

Mehr denn je ist heute für die progressive Bewegung in Griechenland das Erfordernis gegeben, vom polarisierten Dilemma der Ursachen (subjektivistisch oder objektivistisch) der Erfolglosigkeit der antizyklischen und der der Wirtschaftspolitik insgesamt abzukommen. Der Betonung der objektiv bedingten Ursachen dieses Versagens durch die bürgerlichen

15) Vgl. "50 Jahre ..." a.a.O. S. 723.

Ökonomen, ideologisch-apologetisch resp. praktisch begründet, sollte man nicht aus kurzfristigen taktisch-politischen Aspekten heraus das subjektive Unvermögen und die Fehler der bürgerlichen Regierungen gegenüberstellen, wie es ein Teil der liberal-oppositionellen Ökonomen macht. Für die Marxisten ergibt sich die Notwendigkeit, bei der Enthüllung der wahren letzten Ursachen der ökonomischen Krisen und des Versagens der staatlichen Regulierung insgesamt, nämlich der Existenz des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln und der imperialistischen Abhängigkeit, nicht stehenzubleiben.[16] Angesichts der aktuellen Veränderungen in Griechenland und der Notwendigkeit der weiteren Verarbeitung, Vertiefung und Konkretisierung des Programms für eine demokratisch-antimonopolistische Umwälzung ist verstärkt auf die konkret-objektiven Bedingungen, nicht des Kapitalismus schlechthin, sondern des konkreten in Griechenland einzugehen. Nur dadurch kann man Fehler und spekulative Experimente vermeiden und die Übergangsperiode zum Sozialismus bewältigen.

Die Wirtschaftskrise und die Inflation der 70er Jahre haben die Krise der staatsmonopolistischen Regulierung und das Scheitern des antizyklischen Instrumentariums des Staates auch in Griechenland deutlich gemacht. Lag dies auch primär an der Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus im allgemeinen, so trat jedoch als konkrete Ursache dafür in Griechenland nicht das vorherige starke Wachstum, sondern die Entwicklungspolitik des Staates auf, die die Möglichkeiten des antizyklischen Instrumentariums bereits untergraben hatte.

Eine zweite Feststellung ist, daß angesichts der strukturellen Schwäche der Industrie in Griechenland die Bekämpfung der Krisenerscheinungen allein durch "traditionelle" antizyklische staatliche Formen und Mittel zur Erhöhung der Nachfrage und nicht durch moderne Formen, wie z.B. die Stimulierung der Rationalisierung, die Politik zur "Verbesserung des Angebots", die Verminderung der Steuern usw., wie in den imperialistischen Hauptländern praktiziert, angestrebt wurde.

16) Das Hervorheben der allgemeinen Ursachen ist im Artikel von E. Stamatis, a.a.O. zu sehen.

3. Abschließende Bemerkungen über die Rolle des Staates in der griechischen Wirtschaft

3.1. Über die Ursachen der ökonomischen Staatstätigkeit

Das Ziel der vorliegenden Arbeit bestand in der Untersuchung der Staatstätigkeit in der Wirtschaft Griechenlands in der Zeit vom zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart sowie in der Aufdeckung der tieferen Ursachen, die die staatliche Regulierung zu einem festen, unabdingbaren und organisch mit dem privaten Regulierungsmechanismus der Monopole verflochtenen Element des kapitalistischen Reproduktionsprozesses gemacht haben.

Im Ergebnis der analytischen Untersuchungen des zweiten Abschnitts wurde bereits festgestellt, daß der griechische Staat sich während der ganzen Periode als der größte kapitalistische Eigentümer, Produzent, Nachfragefaktor und Manager sowie Gläubiger und Schuldner der griechischen Wirtschaft erwies. In diesem Tätigkeitsrahmen kontrollierte und verteilte er ca. ein Drittel des Bruttosozialproduktes um. Keine bedeutende ökonomische Aktivität ist vor sich gegangen ohne die direkte oder indirekte Einmischung und Hilfe des Staatsapparates. Das "erstickende" Vorhandensein der Staatstätigkeit in den ökonomischen Vorgängen in Griechenland wird heute weder von bürgerlichen noch von marxistischen Ökonomen negiert. Der griechische Staat spielte somit in den vergangenen mehr als dreißig Jahren eine bedeutende und unersetzbare Rolle bei der erweiterten Reproduktion des griechischen Monopolkapitalismus. Aus welchen Bedingungen und aus welchen Ursachen heraus sowie zu wessen Nutzen hat sich diese enorme Staatstätigkeit entwickelt?

Nach der Phasen-Theorie des SMK ist die ökonomische Tätigkeit des Staates im Monopolkapitalismus auf die Entwicklung der Produktivkräfte zurückzuführen. Entwickelte Produktivkräfte, wie sie z.B. die wissenschaftlich-technische Revolution hervorbringt, rufen die Notwendigkeit der Modifizierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse hervor. Es entsteht somit der staatsmonopolistische Kapitalismus als eine neue Entwicklungsphase des Monopols. Seine volle Herausbildung ging nach dem zweiten Weltkrieg in den hochin-

dustrialisierten Ländern des Kapitals vor sich.
Daß diese Interpretation die Wirklichkeit nicht real widerspiegelt, wurde im 1. Teil der Arbeit verdeutlicht.
Wie zeigt sich dies nun konkret im Licht der griechischen Erfahrung? Wie kann man die staatsmonopolistische Regulierung in Griechenland erklären, wo ein mittleres Niveau in der Produktivkraftentwicklung herrscht (siehe 2.1.)? Steht diese Tatsache nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Phasentheorie? Wenn dem aber so ist, müssen dann nicht andere Ursachen zur ökonomischen Staatstätigkeit drängen, müßte infolgedessen nicht die Diskussion über den staatsmonopolistischen Kapitalismus auf einer anderen Abstraktionsebene erfolgen als auf der des Widerspruchs Produktivkräfte-Produktionsverhältnisse? Ein kurzer Rückblick auf die Tätigkeit des Staates wird die wahren Ursachen deutlich machen.
Sowohl die in den 50er Jahren existierenden als auch die neugeschaffenen und inzwischen gestärkten Monopole der 60er und 70er Jahre hätten nicht die Macht erreicht, die sie real erlangten, ohne die freigiebige und großzügige Hilfe des Staates, die er zu ihren Gunsten gewährte. Die Anreize, Subventionen, niedrigen Zinssätze, Exportsubventionen, niedrigen Arbeitslöhne sowie Preise und Tarife für den Kauf bzw. die Benutzung der vom Staat produzierten Mittel und Dienstleistungen (z.B. Elektroenergie, Transportkosten usw.) förderten die Steigerung der Monopolprofite, wirkten den Tendenzen zur Senkung der Profitrate und Kapitalentwertung entgegen, trugen zur Verstärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit im Inneren und im Ausland bei. Staatstätigkeit und Monopolmechanismus kooperierten miteinander und verflochten sich zur Gestaltung günstiger Verwertungsbedingungen der Monopole, zu ihrer Profitmaximierung.
Es wäre aber simplifikant, deshalb zu behaupten, daß jegliche Staatstätigkeit in der Ökonomik unmittelbar und vordergründig zugunsten der Monopole erfolgt. Das bedeutet, daß auch die Beziehungen des Staates und der Monopole nicht ohne Widersprüche und Konflikte vor sich gingen bzw. sich entwickelten.
Der Verschmelzung und Kooperation des Staates und der Monopole zur Profitmaximierung letzterer wirkten bestimmte Kräfte entgegen, nämlich die Notwendigkeit der Sicherung des ge-

samten Reproduktionsprozesses, der Regulierung der Klassenbeziehungen und der Aufrechterhaltung der politischen Macht (besonders gegenüber dem Sozialismus), d.h. politische Überlegungen zur Systemsicherung. Die staatliche Aktivität zur Lösung dieser Aufgaben geriet oftmals in Widerspruch zu den direkten Verwertungsinteressen des Monopolkapitals.
Die sozialen und politischen Widersprüche z.B. zwangen den griechischen Staat zu einer zunehmenden sozialpolitischen Tätigkeit, zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern. Das hat freilich zur Erhaltung und Legitimierung des gesamten Systems des Monopolkapitalismus geführt, zur Milderung des politischen und sozialen Kampfes, rief zugleich jedoch immer wieder Gegenattacken der Monopolkreise hervor.
Ist dieser Widerspruch heute mehr oder weniger allen Ländern des Kapitalismus gemein, so drücken sich jedoch die spezifischen Widersprüche zwischen Staat und Monopolen in Griechenland am deutlichsten in der starken Staatstätigkeit zur Regulierung des gesamten Reproduktionsprozesses aus, der durch die Tätigkeit der Monopole gefährdet wurde.
a) Der Staat im Monopolkapitalismus überhaupt und der griechische Staat im besonderen verhält sich je nach den Erfordernissen des Reproduktionsprozesses, der Machtkonstellation usw., nie gleichsam gegenüber den einzelnen Monopolen bzw. Monopolfraktionen.
Die allmähliche Verstaatlichung des Bankwesens in Griechenland, die Herausbildung des staatlichen Finanzkapitals hat die bis zum zweiten Weltkrieg übermäßig angewachsene Führungsgruppe des griechischen Finanzkapitals, das Bankkapital, beseitigt. Damit konnte der Staat aber den Profit der Industriemonopole, die Geldstabilität und die Politik der ökonomischen Entwicklung gewährleisten. Die Sicherung also des gesamten Reproduktionsprozesses brachte den griechischen Staat in Widerspruch zu einigen aufgeblühten Fraktionen des Monopolkapitals. Hierin ist infolgedessen keine Verflechtung des Staates mit dem Monopolkapital insgesamt festzustellen.
b) Einen zweiten Widerspruch des gesamten Reproduktionsprozesses, der die Interessen des Staates in Konflikt mit denen des Monopolkapitals brachte, stellte die relative Rück-

ständigkeit der Entwicklung des Kapitalismus dar. Die breiten Schichten von Handwerkern, mittleren und kleineren Betrieben sowie Mittelschichten schufen einen quasi zurückgebliebenen Sektor (niedrige Arbeitsproduktivität, alte Technik, Fehlen einer Produktionsorganisation, unqualifizierte Arbeit usw.) ohne Beziehungen zu dem modernen, meist von den Monopolen beherrschten Sektor. Die uneingeschränkte Tätigkeit der Monopole hätte zur Ruinierung dieser Schichten führen müssen. Der Staat also mußte aus politischen Gründen den Reproduktionsprozeß dieser Schichten garantieren und unterstützen, indem er z.B. niedrige Löhne und Zinssätze festlegte, die materiell-technische Entwicklung der Landwirtschaft stimulierte usw. Diese Wirtschaftstätigkeit des Staates diente ebenfalls nicht der Profitmaximierung des Monopolkapitals.

c) Ein dritter Komplex von Widersprüchen im gesamten Reproduktionsprozeß ergab sich aus der starken und einseitigen Verbindung Griechenlands mit dem Ausland, der besonderen Empfindlichkeit des inneren Reproduktionsprozesses gegenüber äußeren Störungsfaktoren. Hieraus entstand auch ein Wirkungsfeld für eine Staatstätigkeit, die mit dem Monopolprofit nicht direkt verbunden war, so z.B. die enorme staatliche Tätigkeit infolge der großen Wirtschaftskrise 1929-1933 oder der Wirtschafts- und Erdölkrise in den 70er Jahren, die zur Gründung öffentlicher Erdölunternehmen führte, usw.

Aus dem oben Gesagten geht deutlich hervor, daß eine Reihe von Widersprüchen bzw. Ursachen zu einer wachsenden Staatstätigkeit in der Ökonomik führten. Kurz zusammengefaßt sind das:

a) der Widerspruch zwischen dem Streben des Monopolkapitals nach Profitmaximierung und der Unfähigkeit, sie aus eigenen Kräften, d.h. allein mittels des privatmonopolistischen Regulierungsapparates, zu erreichen;

b) der Widerspruch zwischen der Profitmaximierung der Monopole und der Gefährdung des gesamten Reproduktionsprozesses, die dadurch entstand. Der Staat mußte also gegen die Profitmaximierung bestimmter Monopole bzw. Monopolgruppen und für eine Profitregulierung eintreten;

c) der Widerspruch zwischen der gestärkten und organisierten Arbeiterklasse und der kapitalistischen bzw. monopolistischen Herrschaft zwang den bürgerlichen Staat in wachsendem Maße zu Zugeständnissen und zur Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter, die das Kapital allein nicht realisieren konnte und wollte.

Sieht man alle diese drei Widersprüche als konkrete Ursachen der wachsenden Tätigkeit des Staates in der Ökonomik Griechenlands, dann ist es sehr schwer, die gesamte staatliche Regulierung, die Staatsaktivität, als den Interessen der Finanzoligarchie und des Monopolkapitals untergeordnet zu sehen, wie es unter dem Einfluß des Entwicklungsstandes der Theorie des SMK in den 60er Jahren auch in Griechenland behauptet wurde.[1]

Noch schwieriger ist, auch von einer Verschmelzung zwischen dem Staat und den Monopolen zu sprechen. Wie mehrfach erwähnt, die unmittelbaren Interessen der Monopole korrespondieren nicht immer mit der staatlichen Tätigkeit. Die ökonomische Rolle des Staates im Imperialismus hat nicht nur das Ziel, den spontanen Marktmechanismus und die Selbstregulierung der Monopole beim Erreichen des Monopolprofits zu unterstützen, sondern sie muß auch den gesamten Reproduktionsprozeß des Kapitals sowie die Reproduktion der sozialen und politischen Verhältnisse garantieren. Aber diese Zwecke geraten oft in Widerspruch zu den Verwertungsbedürfnissen der Monopole. Daraus entstehen Konflikte, Auseinandersetzungen usw. zwischen dem Monopolkapital und dem Staat, so daß ihre Beziehungen sich sehr widerspruchsvoll, kompliziert und wechselhaft entfalten.

Wenn also der ökonomische Staatsinterventionismus nur teilweise aus dem Profitstreben der Monopole heraus zu erklären ist, wie ist die staatsmonopolistische Regulierung als Vereinigung der Riesenmacht der Monopole mit der des Staates überhaupt zu verstehen?

Aus der Fragestellung geht deutlich hervor, daß für eine Antwort die Bezugs- und Abstraktionsebene etwas erweitert werden muß. Nicht die Monopole schlechthin, sondern die Exi-

1) Farakos, G.: Fragen des griechischen staatsmonopolistischen Kapitalismus, Athen 1977, S. 32 (gr.).

[illegible] der monopolistischen Staatstätigkeit, so daß [illegible] der Produktionsverhältnisse und [illegible] für [illegible] und höheren Entwicklung [illegible] [illegible] [illegible]

nicht widerspruchsfrei. Sie war mit starken Einflüssen der damals und heute noch von der Mehrzahl der marxistischen Ökonomen vertretenen Phasentheorie des SMK verwickelt.[4] Infolgedessen versuchten sie ihre Schlußfolgerungen noch weiter auf eine höhere Abstraktionsstufe, auf den Grundwiderspruch zwischen den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zurückzuführen. Daraus sind unterschiedliche Formulierungen bezüglich der Notwendigkeit der Entstehung des SMK in Griechenland entstanden[5], meistens von entsprechenden Erfahrungen in den Entwicklungsländern geprägt, wobei aber die Rolle der monopolistischen Produktionsverhältnisse und der Monopole als Triebkräfte in den Hintergrund gerückt wurde zugunsten der "allgemeinen", "neutralen" Notwendigkeiten der Überwindung der Rückständigkeit der ökonomischen Entwicklung.

Die letzten Forschungen zum SMK in den hochindustrialisierten Ländern haben bewiesen, daß das staatliche Eingreifen im Monopolkapitalismus nur letztendlich und auf komplizierte Weise mit der Produktivkräfteentwicklung verbunden ist.[6] Die unmittelbare kausale Ursache war die Entwicklung des Monopolkapitalismus, was die griechische Erfahrung nachdrücklich zeigt.

3.2. Die direkten administrativen Formen der Staatstätigkeit

Auf der Grundlage der Phasentheorie des SMK sind die griechischen marxistischen Ökonomen auch zu anderen mechanischen, irreführenden Verallgemeinerungen gelangt, die ihren wirklichen wissenschaftlichen Beitrag über die Ursachen des SMK teilweise abschwächen.

Ausgehend von der These, daß der SMK ein entwickeltes kapitalistisches Produktionsverhältnis ist, versuchte man den

4) Vgl. z.B. bei Samaras, A.: S. 287 "Der Monopolkapitalismus war historisch dem SMK vorausgeeilt und war die Basis seiner Entwicklung."

5) Überwiegend wird die Notwendigkeit des SMK aus dem Widerspruch zwischen der objektiven Notwendigkeit für die ökonomische und soziale Entwicklung (Produktivkräfteseite) und der Unmöglichkeit der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse, diesem Erfordernis gerecht zu werden, begründet. Vgl. u.a. Samaras, A.: a.a.O., S. 290, Malios, A.: a.a.O., S. 151, Parakos, G.: a.a.O., S. 29.

6) Vgl. Nussbaum, M.: "Staatsmonopolistischer Kapitalismus heute". Rezension über das Buch S.J. Tjulpanow/V.L. Scheinis: "Aktuelle Probleme der politischen Ökonomie des heutigen Kapitalismus". In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1960/III, S. 129.

des Monopolkapitalismus und somit kein "Teil" der Produktionsverhältnisse. Gemeinsam mit dem privaten Regulierungsmechanismus der Wirtschaft und der Monopole bildet sie den gesamten Regulierungsmechanismus der Wirtschaft.
Natürlich kann man die Tiefe und die Breite der kapitalistischen bzw. monopolistischen Produktionsverhältnisse einschätzen. Will man aber die staatsmonopolistische Intensität messen, dann muß man die Intensität und den Umfang der staatlichen und monopolistischen Regulierung und nicht den Regulierungsapparat des Staates und den Monopolisierungsgrad der Wirtschaft, nämlich zwei qualitativ unterschiedliche Größen, erfassen. Nur durch ein solches Vorgehen können quantitative Einschätzungen Erfolg haben. Sonst führen sie zu solchen widersprüchlichen Ergebnissen, wie oben dargestellt wurde.
Die Dialektik von Qualität und Quantität in der Entwicklung des SMK in einem Land - was auch für Vergleiche zwischen den Ländern gültig sein kann - formuliert ein Vertreter der Grundzugstheorie des SMK auf folgende Weise:
"Etappen der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus lassen sich also in zweifacher Hinsicht unterscheiden, nämlich sowohl hinsichtlich des Wechsels der Formen und Methoden des Instrumentariums ... wie auch hinsichtlich der Intensität und des Umfanges der staatlichen Regulierung."[14]

Wodurch sich nun der SMK in Griechenland von dem in anderen Ländern ähnlichen Niveaus der sozialökonomischen Entwicklung unterscheidet, das ist die unterschiedliche Qualität der Formen der Staatstätigkeit - der private Regulierungsmechanismus der Monopole steht hier nicht zur Debatte.
Es ist eine wichtige Schlußfolgerung der vorliegenden Arbeit, daß in Griechenland während der Nachkriegszeit überwiegend direkte, administrative Formen und Methoden der staatlichen Regulierung, jedoch mit absinkender Tendenz, herrschten. Nicht nur der Umfang des Staatseigentums, sondern auch die Art und Weise der Regulierung der Klassenbeziehungen in der Stadt und im Dorf, das Finanz- und Kreditsystem usw. engten weitgehend den relativen Spielraum, in dem sich die entgegengesetzten sozialen und Marktkräfte bewegten, ein.

14) Kussbaum, M.: a.a.O., S. 131.

Der Staat verfügte somit über eine relativ größere Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit als in anderen Ländern, wo starke private und soziale Interessen mit der staatlichen Tätigkeit konkurrierten.

Diese Realität ist auf die schon erwähnten tiefen Widersprüche eines relativ schwachen, stark und einseitig vom Ausland abhängigen Monopolkapitalismus zurückzuführen, die einen äußerst labilen Reproduktionsprozeß der materiellen Produktion, des sozialen und politischen Systems verursachten.

Historisch jedoch stützten sich die direkten Formen und Mittel der staatlichen Regulierung weitgehend auf das Instrumentarium und die Methoden, die sich in den 30er und den ersten Nachkriegsjahren herausgebildet hatten, d.h. Jahren, in denen außerordentliche Maßnahmen und Methoden angewandt werden mußten. Die Aufhebung ihrer konstituierenden Bedingungen hat jedoch nur sehr langsam zu ihrer Umwandlung geführt. /

Jedoch der Sprung in der Entwicklung der monopolistischen Produktionsverhältnisse ab Anfang der 60er Jahre, die Verstärkung und der Expansionsdrang des Monopolkapitals in den 70er Jahren hatten allmählich zu einer Verstärkung der indirekten Formen der staatlichen Regulierung geführt, ohne daß sich diese bis Ende der 70er Jahre endgültig durchsetzen konnten. Das Anwachsen der indirekten Formen zeigt sich u.a. in der Liberalisierung bei der Bestimmung der Preise und im Devisenhandel, in der geplanten Beseitigung der Bauernunterstützungen, und es war begleitet von Tendenzen der Reduzierung der ökonomischen Rolle des Staates (Reprivatisierungsversuche).

Für die Wirtschaftsgeschichte des griechischen staatsmonopolistischen Kapitalismus ist der Beginn dieses Übergangs von großer Bedeutung. Im analytischen Teil der Arbeit ist als solcher die zweite Hälfte der 50er Jahre bestimmt worden. Jedoch gab es Ansätze dazu schon früher. Im Jahr 1953 traf der Staat drei wichtige Maßnahmen: a) er weitete die griechische Währung spürbar, b) Er baute die starken Schutzzölle ab und c) verabschiedete er das Gesetz über die ausländischen Investitionen. Das war der erste große Einschnitt, der die neue Phase der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus einleitete. Die erst nach fast einem Jahrzehnt eintretende Erfüllung der mit diesen Maßnahmen verbundenen Er-

wartungen weist nicht nur auf den Vorbereitungscharakter der 50er Jahre, sondern auch auf die Möglichkeit des Vorauseilens der Staatstätigkeit gegenüber den ökonomischen Prozessen hin.

Die Tendenz des Übergangs zu indirekten Formen der staatlichen Regulierung wurde durch die Assoziierung bzw. den Beitritt Griechenlands zur EWG beschleunigt. Dabei ist aber darauf zu verweisen, daß die geplante weitgehende Demontierung der direkten Methoden der Staatstätigkeit keine von außen, d.h. von der EWG bzw. fremden Interessen diktierte Politik ist, sondern voll und ganz den Interessen der inzwischen stark gewordenen griechischen Monopole, die dadurch ihre Monopolprofite vergrößern möchten, entspricht.

Das allmähliche Zurückdrängen der direkten und das Vortreten der indirekten Staatstätigkeit bleibt somit die Bewegungstendenz der Entwicklung des SMK auch in den 80er Jahren in Griechenland.

Diese Besonderheit bei der Bestimmung und Bewegung der Methoden der Staatstätigkeit in Griechenland unterscheidet sie grundsätzlich von den anderen Ländern des entwickelten Kapitalismus, wo seit langem überwiegend indirekte Formen herrschen.

Dieser qualitative Unterschied wird jedoch in den verschiedenen schon erwähnten Arbeiten übersehen bzw. überhaupt nicht berücksichtigt, so z.B. Kalios: "Die Besonderheiten des SMK in diesen Ländern (mit mittlerem Entwicklungsniveau der Produktivkräfte - d. Verf.) entstehen nicht durch den Staat und seine Funktionen ... sondern seitens der Monopole... Dem Staat gehört nicht die Initiative zur Entwicklung des SMK."[15]

Die Ignorierung der Tatsache, daß in einer Reihe von Ländern angesichts der speziellen Bedingungen und Widersprüche, d.h. der schwachen und verspäteten Entwicklung des Monopolkapitalismus, andere Formen der Staatstätigkeit herrschen als in den hochentwickelten Ländern - wo übrigens auch ein historischer Wechsel verschiedener Formen stattgefunden hat - kann zu theoretischen und praktisch-politischen Fehlern führen.

Theoretisch zuerst kulminiert diese Herangehensweise in solchen quantitativen Messungen, mechanischen Vergleichen, wie

15) Kalios, M.: a.a.O., S. 155.

anfangs dargestellt wurde, in denen die historische Besonderheit und Qualität der staatlichen Regulierung im Dunkeln bleibt.
Praktisch-politisch andererseits ergeben sich Schwierigkeiten, die konkrete staatliche Wirtschaftspolitik und Maßnahmen mit allen ihren Schwächen und Widersprüchen zu erklären.

Im folgenden werden einige Überlegungen hinsichtlich der bisherigen Vorherrschaft der praktischen und theoretischen Schlüsse entwickelt, die aus der direkten staatlichen Regulierungsmethoden in Griechenland resultierten.
Im ersten Abschnitt wurde versucht nachzuweisen, daß, je schwächer die herrschenden Produktionsverhältnisse eines Landes, je tiefer die Widersprüche des Reproduktionsprozesses sind, desto stärker die Rolle des Staates ausgeprägt ist. Das wird auch durch die heutige internationale[16] und griechische[17] Forschung betont. Je stärker aber die Rolle des Staates, desto größer ist seine relative Selbständigkeit in der Gesellschaft.

Die Vorherrschaft der direkten staatlichen Regulierung in Griechenland erweiterte enorm das Aktionsfeld der Staatsbürokratie und des Staatsapparates gegenüber dem Monopolkapital sowie den anderen sozialen Schichten, wobei die strukturellen Überreste und traditionellen Besonderheiten des politischen Systems und Staatsapparates fördernd darauf einwirkten.[18]
Der direkte Zusammenhang zwischen den direkten Formen der staatlichen Regulierung der Wirtschaft und der relativen Selbständigkeit des Staatsapparates überhaupt ist der Geschichte nicht fremd. Er läßt sich vor allem an Extremfällen nachweisen, so z.B. in den letzten Weltkriegen, wo die Parallelität der unmittelbaren staatlichen Regulierung und der Verselbständigung des politischen Willens und Staatsapparates gegenüber den Klassen bzw. Klassenfraktionen am deutlichsten ausgeprägt war. Ähnliche Entwicklungen lassen sich heute auch

15) "Je schwächer zu einem gegebenen Zeitpunkt das kapitalistische ökonomische System eines Landes, je schwächer seine Position im Rahmen der kapitalistischen Weltwirtschaft, um so stärker werden die Staatseingriffe in den Reproduktionsprozeß sein. Umgekehrt - umgekehrt." Baudis, D./Hussbaum, H.: a.a.O., S. 117.
17) Siehe Samaras, A.: a.a.O., S. 189; Helios, K.: a.a.O., S. 149.
18) Vgl. z.B. die interessante Hypothese über die Rolle des Staatsapparates in Griechenland bis 1870/80. In: Tsoukalas, K.:

in den Entwicklungsländern nachweisen, wo die Produktionsverhältnisse schwach ausgeprägt, die sozialökonomischen Widersprüche aber größer sind und der Staat daher einen breiten Aktionsradius für seine Entscheidungen und Taten besitzt.[19]

Konkret-historisch ergibt sich die Frage, wie stark und inwieweit autonom der Staat in Griechenland war. Wie weit konnten Staatsapparat und -bürokratie ihren Willen gegenüber den privaten monopolistischen und nichtmonopolistischen Interessen durchsetzen?

Am Beispiel der Industrialisierungspolitik zeichnet sich m.E. die Grenze der relativen Autonomie des Staates ab.

Es ist schon im analytischen Teil der Arbeit gezeigt worden (2.2.4.), daß der griechische Staat keine konsequente Industrialisierungspolitik zur Herstellung eines weitgehend autonomen nationalen Reproduktionsprozesses angestrebt hat.

In solchen Ländern, wie z.B. Brasilien, hat sich der Staat, sowohl vor als auch nach 1964 (Diktaturzeit), vielseitig nicht für eine beliebige "ökonomische Entwicklung", sondern für eine industrielle Entwicklung eingesetzt und engagiert.[20]

Solche Institutionen, wie z.B. der Rat für industrielle Entwicklung, oder eine entsprechende Ideologie, wie der Desarrollismus[21], fehlten in Griechenland ganz und gar.

Der griechische Staat hat, abgesehen von bestimmten unbedeutenden Ausnahmen, diese wichtige Aufgabe der "privaten Initiative" überlassen, die nur teilweise diesen Anforderungen gewachsen war. Die enorme staatliche Tätigkeit konzentrierte sich nur auf die "Stopfung der Lücken", Infrastruktur usw. und die Gewährleistung der Gewinne, die durch die "freien Marktgesetze" nicht erreichbar waren. Nach außen jedoch trat der Staat mit dem Anspruch eines uneingeschränkten Wirtschaftsliberalismus auf, der im Widerspruch zu seiner wirklichen Rolle stand und deswegen einen rein ideologischen Charakter trug.[22]

19) Vgl. S. J. Tjulpanow: Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern. Berlin 1975, S. 202 ff.

20) Vgl. Mikkelsen, J.: State Economic Intervention in Br Bil. Stockholm 1978; Kapitalismus und Militärdiktatur in Brasilien. In: Autorenkollektiv "Lateinamerika im antiimperialistischen Kampf. Akademie Verlag, Berlin 1978.

21) Desarrollismus - Theorie von der Entwicklung der Produktivkräfte, siehe ebenda, S. 341.

22) Vgl. u.a. Gianitzis, A.: Probleme der griechischen Entwicklung. In: Wirtschaft und Gesellschaft, Mai 1979, S. 36 (gr.).

Insgesamt beobachtet man einen doppelten Widerspruch in der Tätigkeit des Staates hinsichtlich der Industrialisierungsproblematik, einerseits zwischen den ideologischen Erklärungen (Liberalismus) und der Wirklichkeit (intensiver Staatsinterventionismus) und andererseits zwischen den Möglichkeiten (relativ starke Selbständigkeit des Staatsapparates, schwache privatkapitalitische Interessen) und der Wirklichkeit (Zurückhaltung bei dem Vorantreiben einer konsequenten Industrialisierung). Welches waren nun die Gründe für diese Zurückhaltung? Warum hat sich die Staatsbürokratie derartig verhalten? Eine vollkommene Antwort ist hier nicht möglich. Als Orientierung jedoch sollen folgende Faktoren beachtet werden:[23]

a) Einen Faktor bildet die Struktur der griechischen Bourgeoisie, wie sie historisch entstanden ist. Bis Ende der 50er Jahre war die Industriebourgeoisie zu schwach, um ihre Interessen gegenüber dem Staat durchzusetzen. Im Unterschied dazu waren andere Bourgeoisiefraktionen, deren Profit vom Weltmarkt abhing, bedeutend stärker. Jede Industrialisierungskonzeption des Staates fand beträchtlichen Widerstand in diesen Kreisen und bei ihren Leuten im Staatsapparat.

b) Die starke politische Auslandsabhängigkeit, besonders von den USA, wie sie sich namentlich in den ersten Nachkriegsjahren herausgebildet hatte, hemmte z.T. mit direkten Verboten jegliche Industrialisierungsversuche,[24]

c) Die Nachkriegsbedingungen brachten erhebliche Schwierigkeiten für den bürgerlichen Staat, der mühevoll einen Bürgerkrieg zu Ende gebracht hatte, eine eigene Staatsideologie zu entwickeln. Jeglicher Etatismus und selbständige staatliche Tätigkeit für die Entwicklung der Industrie waren für alle Teile der Bourgeoisie gleich Sozialismus und Planung und daher zu bekämpfen. Der innere und äußere Klassenkampf zwang also die Staatsbürokratie, Träger einer Liberalisierungsideologie zu werden und Abstand zu halten von dem "Heiligsten", dem kapitalistischen Eigentum.

23) Vgl., ebenda, S. 37 ff.

24) Eine von vielen entsprechenden Äußerungen: "Die Industrialisierung als Ausweg aus der Unterentwicklung hatte viele starke und beharrliche Gegner unter den ausländischen Missionen, die die ausländische Hilfe programmierten und verwalteten." Drukos, G.: (jahrelang Vorsitzender des Verbandes der griechischen Industriellen) "Die Industrie in Griechenland". Athen 1980, S. 33 (gr.).

3) Schließlich führten die Besonderheiten des griechischen politischen Systems selbst zu fehlendem Engagement für die Industrialisierung. Im Grunde re-gierten, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung, immer die gleichen politischen und sozialen Kräfte während der Zeit von 1950 bis 1980, was einen hohen Grad der Integration dieser Kräfte in den Staatsapparat nach sich zog. Andere bürgerlich-liberale Kräfte hatten ihre Modernisierungs- und Industrialisierungspläne nicht verwirklichen können.[25]

Die genannten Faktoren sowie die gesamte Darstellung zeigen demonstrativ die Vielfältigkeit der Bezugs- und Forschungsebenen, in denen eine Antwort auf die Frage nach der relativen Selbständigkeit des Staatsapparates zu suchen ist. Angesichts der negativen Rolle des Staates beim Vorantreiben eines nationalen Industrialisierungsprozesses muß man vor der Gefahr warnen, die schon dargelegte, komplizierte Dialektik der relativen Autonomie des Staates und seiner Kooperation mit den jeweils herrschenden Verhältnissen zu vereinfachen, was in der Tat besonders bei marxistischen Veröffentlichungen propagandistischen Charakters passiert.

Es ist hier versucht worden, einige theoretische Schwerpunkte, die die Besonderheiten der ökonomischen Staatstätigkeit in Griechenland aufwerfen, im Rahmen der allgemeinen Theorie des SMK zu diskutieren.

Es gibt jedoch eine Reihe von anderen Problemen, auf die nicht eingegangen worden ist, und das aus zwei Gründen: Zuerst ist die Klärung einiger Fragen auf der Basis der vom Verfasser vertretenen Grundzugstheorie des SMK ganz selbstverständlich, z.B. die Problematik des "abhängigen SMK", die gelegentlich in bezug auf Griechenland und häufig auch auf die lateinamerikanischen Länder benutzt wird.

Nachdem am Anfang verdeutlicht wurde, daß die Eigenschaften des Monopolkapitalismus nicht unkritisch auf die staatsmonopolistische Regulierung bzw. ökonomische Staatstätigkeit zu übertragen sind, weil sie zwei verschiedene Qualitäten darstellen, ist es verständlich, daß der Beweis der Auslands-

---

25) Das kurzzeitige Regieren einer liberal-bürgerlichen Partei, der EK, von 1964-1966.

Abhängigkeit der staatlichen Regulierung das Übergewicht der äußeren Ursachen bei der Entstehung der staatlichen Regulierung bildet. Ein solcher Nachweis aber wird weder von der vorliegenden Arbeit (siehe Kapitel 2.2.), noch von anderen erbracht.[26] Selbst der Kategorie "abhängiger Monopolkapitalismus" werden seit einiger Zeit von lateinamerikanischen Wissenschaftlern starke Einwände entgegengebracht.[27]

Ein zweiter Grund ist der noch niedrige Stand der Wirtschaftshistoriographie des 20. Jahrhunderts in Griechenland. Analytische Untersuchungen der ökonomischen Staatstätigkeit in den zwei vergangenen Stadien der Industrialisierung Griechenlands sind nicht vorhanden. Einige Ausnahmen weisen, trotz ihrer Mängel, die Kontinuität der Staatstätigkeit und ihre Verbindung mit dem Monopolkapitalismus nach.[28] Infolgedessen ist selbstverständlich, daß Periodisierungsprobleme, Klassifizierungen, Einschätzung von Überresten alter staatlicher Tätigkeit unter den monopolistischen Bedingungen, das Wechselverhältnis innerer und äußerer Antriebskräfte usw., usf. nur aus der Erfahrung der Zeit 1950-1980 nicht richtig bewertet werden können.

Für zukünftige Arbeiten auf dem Gebiet der Erforschung der ökonomischen Rolle des Staates vor dem zweiten Weltkrieg in Griechenland sollten folgende Aspekte beachtet werden:

a) Die Herausbildung, die Entwicklung und die Besonderheiten des Monopols in Griechenland müssen Gegenstand intensiver Forschungen werden. Besondere Aufmerksamkeit verdient das Monopolkapital in Bank-, Handels- und Seefahrtsektor, was in der bisherigen Forschung wenig Beachtung fand.

26) Vgl. Sameras, A.: S. 317, 318; Aleka, P.: a.a.O., S. 785.
27) Vgl. Blecker, H./Schöne, V.: "Einige Fragen der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Ländern Lateinamerikas". In: Asien-Afrika-Lateinamerika. H. 5/1981, Akademie Verlag, Berlin. Auch: Göthner, K.G.: Probleme der Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Brasilien. In: ebenda, H. 4/1981. Andere Meinungen jedoch, wie der Titel bereits verrät, werden vertreten in: Kolloquium zu Lateinamerika - neueste Tendenzen der Entwicklung des abhängigen Kapitalismus. Rostock 1979.
28) Siehe Psirukis, N.: Der Faschismus und der 4. August. Athen 1977; auch Sakellaropoulos, Th: a.a.O.; Starke Elemente der Herausbildung des SMK vor dem zweiten Weltkrieg benennen auch die meisten der vorhin erwähnten griechischen Marxisten.

b) Es sollte stärker auf die Anwendung der stadialen vergleichenden Methode orientiert werden,[29] das heißt, die Einbeziehung der stadialen Systemfaktoren, die in den spätkommenden Ländern vom Reifeniveau des Weltkapitalismus, vom Muster des englischen Kapitalismus oder der nachindustrialisierten monopolkapitalistischen Länder abweichen. Ergebnis ist somit die viel stärkere Präsenz des Staates (z.B. Deutschland, Japan) und das Erscheinen eines bunten und ungleichmäßigen Bildes der Staatstätigkeit.[30]

c) In Griechenland und ähnlichen Ländern, in denen der Kapitalismus spät und verzögert entfaltet wurde, werden vorkapitalistische Formen der ökonomischen Staatstätigkeit nicht gänzlich überwunden, sondern existieren in verschiedenem Maße weiter, so z.B. das staatliche Eigentum der "nationalen Ländereien" bis zur Bodenreform (1917) oder die breite politische und militärische Staatsbürokratie, die vor allem bis Ende des Jahrhunderts den Staat als Basis ihrer ökonomischen und politischen Herrschaft nutzte.[31] Die Integration der alten Formen ökonomischer Staatstätigkeit in die neuen, die Traditionen des Staates als ein ökonomischer Faktor usw. modifizierten natürlich das Bild der Staatstätigkeit in Griechenland. Deshalb sollte auch in dieser Richtung intensiv und umfassend geforscht werden. Die strukturell-genetische Herangehensweise ist somit auch eine unabdingbare Voraussetzung für die weitere Forschung.

Aus all dem Gesagten geht deutlich hervor, daß die bisherige, von den Marxisten weithin angewandte Phasentheorie des IMR nicht geeignet ist, die weitere Erforschung der ökonomischen Rolle des Staates in Griechenland zu stimulieren. Im Gegensatz dazu stellt die Grundzugsauffassung ein effektives methodologisches Instrument und eine gute theoretische Grundlage für die Gewinnung neuer umfassender empirischer Erkenntnisse und ihrer theoretischen Verallgemeinerung dar.

27) Vgl. Ustenvenco, A.K.: Über die Arbeit der Sektion "Genesis des Kapitalismus" des wissenschaftlichen Komplexrates "Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung der sozialistischen und des Übergangs von einer sozialökonomischen Formation zu einer anderen" in Moskau. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1973/III, S. 227; auch Baudis, D./[illegible] a.a.O. S. 115 ff.

30) Vgl. ebenda, S. 113 ff.

31) Vgl. Baudis, D.: a.a.O..

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere hiermit an Eides Statt, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung unzulässiger Hilfsmittel angefertigt habe.

Es wurde nur die angegebene Literatur von mir verwendet. Von anderen Autoren übernommene Auffassungen wurden als solche gekennzeichnet, daß über die geistige Urheberschaft keine Mißverständnisse möglich sind.

Diese Arbeit habe ich nur an der Hochschule für Ökonomie "Bruno Leuschner" Berlin eingereicht.

Theodoros Sakellaropoulos

Berlin, März 1983